



Industriebuch 2024

des Industriewissenschaftlichen Institutes

Mörk, Schneider (Hrsg.)

Mörk / Schneider
(Hrsg.)

Industriebuch 2024
des Industriewissenschaftlichen Institutes

Industriebuch 2024

des Industriegewissenschaftlichen Institutes

Mörk / Schneider
(Hrsg.)



Wien, März 2024

Diese Publikation wurde mit Unterstützung der
Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich erstellt.



IWI-Studie 300

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die Rechte der Verbreitung, der Vervielfältigung, der Übersetzung, des Nachdrucks und die Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege, durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere elektronische Verfahren sowie der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, dem Industriewissenschaftlichen Institut vorbehalten.

Im Hinblick auf eine bessere Lesbarkeit werden geschlechtsspezifische Bezeichnungen meist in ihrer männlichen Form angeführt.

Herausgeber:

Mag. Andreas Mörk, FH-Hon. Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Autoren:

Peter Luptáčík; Mag. Siegfried Menz; Mag. Andreas Mörk; Ronald Scheucher, MA;
FH-Hon. Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Redaktionelle Bearbeitung:

Mag. Philipp Brunner; Peter Luptáčík; Mgr. Jana Otrubová

Herstellung:

Print Alliance HAV Produktions GmbH

Foto (Cover): Schubert

ISBN 978-3-901978-19-7

© Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

1050 Wien, Mittersteig 10/4

Tel.: (+43 1) 513 44 11

Fax: (+43 1) 513 44 11 DW 2099

Email: office@iwi.ac.at

Homepage: <http://www.iwi.ac.at>

Vorwort

Europa: Auf dem Rücken der Industrie zu neuen Ufern ...

Europa steht in der Frühphase eines Wandlungsprozesses, der in zweifacher Hinsicht Grundpfeiler der Tätigkeit der Industrie berührt: Der demografische Wandel führt zu einem unvermeidlichen Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Arbeitsprozess und damit zu einer weiteren Zuspitzung der Arbeitskräfteknappheit – in quantitativer Hinsicht, aber noch mehr hinsichtlich entscheidender Schlüsselqualifikationen. Gleichzeitig macht die energiepolitische Wende mit dem Ziel der Dekarbonisierung die Umstellung des Energiekonsums der Industrie auf erneuerbare Energieträger – sowie die Veränderung vieler Produktionsprozesse – notwendig.

In den letzten Jahren hat die europäische Industrie einen Vorgeschmack der Größe dieser Herausforderungen bekommen: Die Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften ist immer mehr zu einem europaweiten Problem geworden, das auch in Phasen mit geringerer wirtschaftlicher Dynamik die Unternehmen nicht mehr loslässt. Und der graduelle Einstieg in die Transformation des Energiesystems hat plötzlich eine dramatische Zuspitzung erfahren, als der Ukrainekrieg eine sichere Energieversorgung zu konkurrenzfähigen Preisen infrage stellte.

Hat in einem alternden Europa, das sich dem Ziel der Netto-null-Emission verschrieben hat, industrielle Tätigkeit überhaupt noch einen Platz? Aus Sicht der Industrie muss man diese Frage umkehren: Kann Europa auf die Innovationskraft und die Produktivität der Industrie verzichten, gerade wenn es den mit einer alternden Bevölkerung und einem Totalumbau des Energiesystems verbundenen Herausforderungen wirkungsvoll begegnen will? Die Antwort darauf ist ein klares „Nein“ – und daher muss industrielle Tätigkeit in Europa Zukunft haben.

Folglich stellt sich aber die Frage nach den Voraussetzungen und Bedingungen, wie diese industrielle Tätigkeit in Europa weiter erfolgreich durchgeführt werden kann.

Das vorliegende Buch zeigt dazu zwei wesentliche Linien auf:

Zum einen bedarf es einer – im wahrsten Sinne des Wortes – „sachverständigen“ Politik, die umfassend für jene Rahmenbedingungen sorgt, die eine Zukunft für Europa ermöglichen: Eine Zukunft in Wohlstand, die ohne entsprechende Wertschöpfung der Industrie – als zentraler Motor und Stabilitätsanker einer Volkswirtschaft – nicht möglich wäre. Eine solche „sachverständige“ Politik bedarf mehr denn je eines engen Kontakts zwischen Politik und Industrie.

In dieser neuen Ausgabe des Industriebuchs werden zentrale Aspekte einer zukunftsweisenden Politik angesprochen. An dieser Stelle können nicht alle Teilbereiche wiederholt werden, in denen politischer Gestaltungsbedarf – aber auch Gestaltungsmöglichkeit – besteht. Hervorheben möchte ich aber den Bildungsbereich, der mehr als je zuvor jene zentrale Ressource darstellt, welche die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg einer Volkswirtschaft bildet. Es geht darum Talente zu fördern und Stärken zu stärken. Wichtig sind Qualifikationen auf verschiedenen Ebenen, aber als Industriestandort mit dem Anspruch an der globalen Spitze mit dabei zu sein und damit einer entsprechenden Position im Bereich der Forschung und Entwicklung. Ein weiterer zentraler Punkt politischer Anstrengungen muss – vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – eine wirkungsvolle Einbeziehung des durch die Migrationsbewegungen zusätzlich entstehenden Arbeitskräftepotentials in das Wirtschaftsleben sein. Staaten, in denen diese Integration gut gelingt, werden im internationalen Wettbewerb einen wesentlichen Vorsprung erzielen.

Gleichzeitig ist die Industrie selbst gefordert, ihre starke Innovationskraft und ihre Fähigkeit zu unternehmerischem Handeln bestmöglich zur Geltung zu bringen: Gerade in Zeiten eines Wandlungsprozesses, dessen Verlauf und dessen Ergebnis nur schemenhaft zu erkennen sind, kann die Industrie ihre Erfahrung ausspielen und rationale Handlungsfähigkeit unter Unsicherheit zeigen – denn diese Fähigkeit müssen Industrieunternehmen tagtäglich auf Märkten üben.

Europa versucht neue Ufer zu erreichen. Nur die Industrie kann Europa zu diesen neuen Ufern tragen – wie im europäischen Gründungsmythos die Prinzessin „Europa“ über das Meer auf den „neuen“ Kontinent getragen wurde.

Mag. Sigi MENZ
Obmann der Bundessparte Industrie

Wien, im März 2024

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII

Teil I

1 Zukunft der Industrie am Standort Österreichs	11
<i>Andreas MÖRK</i>	
Lehrlingsausbildung: Einsatz lohnt sich	15
<i>Thomas MAYR</i>	
Stärken stärken in der Standortpolitik	17
<i>Jonas PUCK, Jakob MÜLLNER</i>	
Attraktivität im Wettbewerb dank zielgerichteter F&E Fördermaßnahmen.....	19
<i>Sonja SHEIKH</i>	
Finanzierung als zentraler Faktor für Innovation	20
<i>Bernhard SAGMEISTER</i>	
Verstärkte Investitionen in Schlüsseltechnologien.....	21
<i>Henrietta EGERTH-STADLHUBER, Karin TAUSZ</i>	
Genehmigungsverfahren: Digitaltaugliches Recht und digitale Fitness.....	23
<i>Hans Werner STREICHER</i>	
Österreich als Industrie-, Forschungs- und Innovationsland präsentieren.....	25
<i>René TRITSCHER</i>	
Versorgungssicherheit, Strommarkt und 100% Erneuerbare, (k)ein Zielkonflikt.....	28
<i>Gerhard CHRISTINER</i>	
Grundlagen für Energieversorgung auf erneuerbarer Basis.....	29
<i>Andreas WINDSPERGER, Bernhard WINDSPERGER</i>	
Österreichs Wandel vom Empfänger zum Gestalter	34
<i>Harald HAUKE</i>	
Rohstoffe: Uneingeschränkte Verfügbarkeit ist nicht selbstverständlich	35
<i>Helmut RECHBERGER</i>	
Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen optimieren	36
<i>Gabriel FELBERMAYR</i>	
2 Unternehmen in Zeiten des Wandels.....	41
<i>Herwig W. SCHNEIDER</i>	

Teil II	Struktur und Entwicklung der Industrie Österreichs	
	<i>Ronald SCHEUCHER, Peter LUPTÁČIK</i>	
3	Produktionsleistung, Wachstum und Konzentrationsprozesse	57
4	Wettbewerbsfähigkeit auf Auslandsmärkten	68
5	Die Industrie im Außenhandel	72
6	Finanzielle Performance der Industrie	77
7	Die Industrie als Arbeitgeber	82
8	Die Industrie als Zukunftsakteur	96
Teil III	Factsheets zur Industrie Österreichs	
9	Factsheets der Industriegruppen Österreichs	112
10	Factsheets der Landesindustriesparten Österreichs	144
Teil IV	Methoden- und Datenappendix	
	Grundlagen zur qualifizierten Betrachtung der Industrie Österreichs	165
	Quellen, Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	169
	Ergänzende Zahlen, Daten und Fakten zur Industrie Österreichs	176
	Glossar	232
	Stichwortverzeichnis	238
	Bibliografie	239

Teil I

Zukunft der Industrie am Standort Österreich

Andreas MÖRK

mit Gastbeiträgen von:

Gerhard CHRISTINER
Henrietta EGERTH-STADLHUBER
Gabriel FELBERMAYR
Harald HAUKE
Thomas MAYR
Jakob MÜLLNER
Jonas PUCK
Helmut RECHBERGER
Bernhard SAGMEISTER
Sonja SHEIKH
Hans Werner STREICHER
Karin TAUSZ
René TRITSCHER
Andreas WINDSPERGER
Bernhard WINDSPERGER

1 Zukunft der Industrie am Standort Österreich

Andreas MÖRK

Die österreichische Industrie hat in den vergangenen 30 Jahren eine beispiellose Erfolgsgeschichte geschrieben: Dank vieler hervorragender Industriebetriebe mit hoher unternehmerischer Kompetenz, und einer wirkungsvollen Vertretung der Interessen der Industrie gegenüber politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit, konnte die Rolle der Industrie als maßgebliche Quelle von Wertschöpfung – und damit Beschäftigung, Einkommen und auch Steuerleistung – und als stabilisierende Kraft im Konjunkturzyklus gefestigt werden. Zur Mitte des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts steht die Industrie in Österreich aber vor neuen Herausforderungen, die außerordentliche Anstrengungen erfordern.

Sowohl in der Dotcom-Krise (2000) als auch in der Subprime-Krise (2007/08) und in der COVID-Krise (2020/21) war die Industrie eine stabilisierende Kraft, die jeweils einen noch stärkeren Rückgang der Wirtschaftsleistung verhindert hat. Daher begann in den 2010er weltweit ein Nachdenkenprozess, ob nicht ein höherer Anteil der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung die Krisenfestigkeit – Resilienz – einer gesamten Volkswirtschaft steigern könnte. In Europa waren Volkswirtschaften mit hoher industrieller Wertschöpfung oft unmittelbare Nachbarn von Volkswirtschaften mit geringerer industrieller Wertschöpfung, und der Vergleich war eindeutig: Industrie ist nicht nur Wachstumstreiber, sondern auch Stabilitätsanker in Krisenzeiten.

Aus diesen Überlegungen heraus entstand dann im Jahr 2012 das sogenannte „Industrieziel“ der Europäischen Union, das eine Steigerung der Industriequote – Anteil der Sachgütererzeugung am Bruttoinlandsprodukt – in der Europäischen Union von rund 15 auf 20% vorsah. Gerade heute wäre es von größter Bedeutung, das „Industrieziel“ der Europäischen Union wieder in den Vordergrund zu stellen. Denn die europäische Industrie steht vor Herausforderungen, die weit jenseits üblicher unternehmerischer Herausforderungen liegen:

Zum einen kann nur von und mit der Industrie der enorme technologische Schritt zur Umstellung von Produkten und Produktion in Richtung Klimaneutralität gelingen. Nur die Industrie kann daher sicherstellen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit leistbaren Konsumgütern auch in einem klimaneutralen Europa möglich bleibt. Ohne diesen entscheidenden Beitrag der Industrie wäre die, in einer Demokratie notwendige, breite Unterstützung für eine umwelt- und energiepolitische Wende wohl nicht gegeben.

Zum anderen würde jede Verringerung der industriellen Tätigkeit in Europa gleichbedeutend mit einer Verlagerung der Industrie aus Europa in andere Weltregionen sein; damit würde aber die Produktion aus einem Raum höchstmöglicher Energieeffizienz und geringstmöglicher Emissionen in andere Weltgegenden verlagert, in denen dies nicht der Fall ist. Die Folge wäre zwar ein mustergültig das Klima schonende Europa – aber eine Verschlechterung der globalen Umweltsituation. Eine desaströse Lösung, die Europa massiv Wohlstand kosten und gleichzeitig die globale Umwelt- und Klimasituation verschlechtern würde. Und für die wohl niemand Verständnis hätte.

Die Verschärfungen der klimapolitischen Zielsetzungen in der Europäischen Union und das Ende der günstigen energiepolitischen Anbindung an Russland zum Bezug von Erdgas als energiepolitisch akzeptierte Brückentechnologie haben – insbesondere in den starken Industriestandorten Zentraleuropas – zuletzt zu deutlichem Gegenwind für industrielle Tätigkeit geführt.

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, dass es auf europäischer Ebene nicht gelungen ist, die klimapolitischen Rahmenbedingungen, bei denen gezielte Verteuerungen des Einsatzes klimarelevanter Energierohstoffe eine wichtige Rolle spielen, mit der schlagartigen Verteuerung von Energie aufgrund der Ukraine Krise sinnvoll zu koordinieren. Ebenso bedauerlich ist, dass in den EU-Mitgliedsländern sehr unterschiedlich und unterschiedlich erfolgreich die Auswirkungen der Störungen am Energiemarkt abgedeckt werden konnten. In beiderlei Hinsicht muss man aber den Akteuren zugutehalten, dass sie sehr rasch auf Herausforderungen reagieren mussten.

Mit Blick auf die nahe Zukunft ist sehr problematisch, dass bis heute nicht einmal im Ansatz Überlegungen dazu bestehen, wie Volkswirtschaften künftig mit extern ausgelagerten Kostenbelastungen umgehen sollen. Man muss kein Prophet sein um vorherzusagen zu können, dass der Weg zur Klimaneutralität in Europa sehr teuer wird: Klimaneutrale Produkte und Produktionsweisen werden, jedenfalls mehr kosten als die gegenwärtigen Waren und Herstellungsverfahren; höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung aber auch höhere Investitionen in Sachanlagen und beschleunigte Abschreibung obsolet gewordener Vermögenswerte werden Unternehmen belasten und Inflationsraten antreiben – wenn auch wohl nicht so radikal wie zuletzt. Aber dennoch wird eine vollständige Abgeltung dieses klimapolitisch induzierten, externen Preisauftriebes im Zuge von Lohnverhandlungen nicht möglich sein. Die Konflikte rund um die Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst 2023 in Österreich können diesbezüglich eine düstere Vorschau auf ein Problem darstellen, auf das weder die europäische noch die nationale Politik auch nur einen Schatten einer Antwort versucht hat. Jedenfalls gilt es die Entwicklung der Lohnstückkosten im Vergleich zu den anderen europäischen Haupthandelspartnern, insbesondere zu Deutschland, sehr genau zu beobachten. Hier droht eine massive Verschlechterung der heimischen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Industrie steht also wieder einmal vor enormen Herausforderungen. Aufgrund der hohen unternehmerischen Kompetenz besteht Grund zur Zuversicht, dass es wiederum gelingen wird dem Gespenst der De-Industrialisierung zu entkommen und Europa – und insbesondere auch Österreich – als Industriestandort zu behaupten. Dazu

wird aber eine zukunftsorientierte Gestaltung des Umfeldes für industrielle Tätigkeit unabdingbar sein. Die Europäische Union hat bereits erkennen lassen, dass man auch in der Klimapolitik der „Kunst des Möglichen“ folgen will, indem man im Februar 2023 einen „Industrieplan zum Green Deal“ vorgelegt hat.

Wenn die europäische und nationale Politik in ihren Zielsetzungen und ihren Maßnahmen immer mitdenkt, dass die europäische Industrie eine zentrale und unverzichtbare Quelle von Wertschöpfung (und damit Einkommen und Steuerleistung) in Europa darstellt; die europäische Industrie ein Stabilitätsanker für die Wirtschaftsentwicklung in stürmischen Zeiten darstellt; und die europäische Industrie der wichtigste Verbündete bei der praktisch-technologischen Umsetzung der Dekarbonisierung von Wirtschaft, Verkehr und Haushalten darstellt, dann sollte sich jene tragfähige Basis schaffen lassen, auf der industrielle Tätigkeit in Europa möglich bleibt und gleichzeitig energie-, umwelt- und vor allem klimapolitische Ziele bestmöglich verwirklicht werden können.

Im Licht dieses gemeinsamen Interesses sind jene, nach sechs Hauptthemen strukturierten Überlegungen, Vorschläge, Wünsche und Forderungen zu sehen, die im Folgenden überblicksmäßig und ohne Anspruch auf Vollständigkeit dargestellt werden. Sie sind Markierungen die letztlich bewirken sollen, dass Österreich und die Europäische Union einen Weg zu weiterem Wohlstand, sozialem Ausgleich und ökologischer Verantwortung gehen können, einen Weg der die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität fördert und nicht überfordert.

Die sechs Schwerpunktthemen werden durch Beiträge von Stakeholdern aus dem Netzwerk der Bundessparte Industrie flankiert. Damit soll eine noch größere Perspektivenvielfalt ermöglicht werden. Die Grundidee besteht darin, dass jeder Stakeholder die Möglichkeit hat, zwei Fragen aus seiner Sicht zu beantworten:

- Was braucht der Industrie-Standort Österreich bis 2030?
- Wo liegen insbesondere aus Sicht Ihrer Institution zentrale Ansatzpunkte bzw. wichtige Stellschrauben für die kommenden Jahre?

Bildung: Rohstoff einer neuen Zeit

Industrie am Standort Europa hat nur Zukunft, wenn sie hinsichtlich ihrer Produkt- und Produktionstechnologie weltweit führend ist. Die Herausforderungen der Dekarbonisierung verstärken die Bedeutung der technologischen Innovation weiter. Dieser Innovationsdruck ist nur mit hervorragend ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewältigbar.

Europas Industrie muss technologisch führend sein, oder sie wird im internationalen Maßstab keine große Rolle mehr spielen. Der laufende Innovationsdruck wird sich in den nächsten Jahren durch die Herausforderung, in Europa Klimaneutralität zu erreichen, deutlich erhöhen. Die von der Europäischen Union gesetzten Umwelt- und Klimaziele erfordern technologische Lösungen, die heute teilweise noch gar nicht oder jedenfalls nicht in praktikabler und ökonomisch darstellbarer Weise vorliegen.

Für die Industrie in ganz Europa bedeutet dies einen enormen zusätzlichen Bedarf an Personen mit technischer Ausbildung. Hier ist eine große Anstrengung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft notwendig, denn schon heute besteht ein empfindlicher Mangel an Technikerinnen und Technikern aller Qualifikationsstufen; in Österreich zeigen Umfragen in der Industrie seit geraumer Zeit, dass der Technikermangel zu den entscheidenden Wachstumshemmnissen der Unternehmen zählt und aufgrund dieses Engpasses Aufträge vielfach abgelehnt werden müssen. Das Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt wird in den nächsten Jahren generell, insbesondere aber auch bei Technikerinnen und Technikern, die Lage weiter zuspitzen. Gleichzeitig besteht unverändert eine viel zu geringe Bereitschaft bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Ausbildung im technischen Bereich in verschiedensten Qualifikationsstufen – Industrielehre, HTL, Fachhochschule, Universität – zu wählen.

Der entscheidende Ansatzpunkt muss bei der Berufswahl liegen: Obgleich heute heranwachsende Jugendliche von so viel Technik umgeben sind wie keine Generation zuvor, hat dies keine erkennbare Auswirkung auf die Wahl des Ausbildungsweges. Interessanterweise scheint auch das gesellschaftliche Engagement Jugendlicher und junger Erwachsener für den Klimaschutz nicht zur Konsequenz zu führen, selbst an der Entwicklung nachhaltiger Technologien – als Konsequenz einer entsprechenden technischen Ausbildung – mitwirken zu wollen.

Drei Wege bieten sich, wie man die Beteiligung Jugendlicher an technischen Ausbildungen steigern könnte, wobei diese Wege kein Entweder-oder darstellen, sondern zusammenwirken müssen:

Erstens muss mehr unternommen werden, die anfänglich bei fast allen Kindern vorhandene Begeisterung für Technik nicht in den langen Jahren einer Schullaufbahn zunehmend verebben zu lassen. Ein bekanntes Zitat besagt – etwas verkürzt wiedergegeben –, dass die entscheidende Voraussetzung für den Bau eines Schiffes die Sehnsucht nach dem Meer sei. Wer die Sehnsucht nach dem Meer nicht hat, wird sich nicht den Mühen des Schiffbaus unterziehen; wer aber hinaus aufs Meer fahren will, wird die Schwierigkeiten in der Bauphase überwinden. Genauso gilt: Wer von Elektronik, Holzbau und Chemie fasziniert ist, wird der Herausforderung durch Formeln und Mathematik bestehen.

Die Industrie fordert seit langer Zeit eine stärkere Förderung von Technik und Naturwissenschaften in allen Bildungsphasen und Schulformen sowie eine moderne Ausstattung der Schulen; und sie fördert dies in unterschiedlicher Weise, von Technikbaukästen für Schulen bis zu einer Zusammenarbeit von Schulen und Lehrwerkstätten. Hier besteht ein weiterer Spielraum für kreative Ideen, der rasch ausgebaut und gefördert gehört. Einfach zusätzliche Inhalte in bereits überfrachtete Lehrpläne hinzuzufügen, wäre aber der falsche Weg, vielmehr müsste – ebenfalls eine langjährige Forderung der Industrie – endlich eine Modernisierung von Lehrinhalten (auch von Lehrmethoden) mit Blick auf die Anforderungen der Arbeitswelt erfolgen.

Unbedingt sinnvoll wäre mit Berufsinformation und Berufsorientierung nicht nur die Schülerinnen und Schüler der neuen Mittelschulen zu erreichen, sondern auch die dritten und vierten Klassen der Allgemeinbildenden Höheren Schulen, wo ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne irgendeine Berufsvorstellung oder auch nur Vorstellung von der Arbeitswelt vor sich hindämmert.

Zweitens muss der Staat hinsichtlich der Bildungsangebote im sekundären und tertiären Bereich von einer Nachfrageorientierung zu einer Angebotsorientierung übergehen: Wenn das Angebot technisch-naturwissenschaftlicher Ausbildungsstätten erhöht wird, dann werden sich diese Einrichtungen auch füllen. Der Schulpolitik kommt hier auch eine Lenkungsfunktion zu.

Lehrlingsausbildung: Einsatz lohnt sich

Die Lehrlingsausbildung ist eine spezifische Stärke Österreichs. Das Modell Lernen am Arbeitsplatz ist tatsächlich äußerst erfolgreich bei der Vermittlung von berufspraktischem Wissen und Fertigkeiten sowie bei der Einführung junger Leute in eine Unternehmens- und Produktionskultur. Das zeigt auch der internationale Vergleich.

Das gilt auch in einer Perspektive 2030. Allerdings sind die Herausforderungen groß und sie nehmen zu: die Eingangsqualifikationen der Jugendlichen werden heterogener und demografisch bedingt steigt die Konkurrenz zu Schulen und Hochschulen. Dennoch, der Fachkräftebedarf und die drohenden Konsequenzen von Personalengpässen rechtfertigen die Kosten und Aufwände, die mit der Ausbildung verbunden sind, jedenfalls für die meisten Industriebetriebe.

Um Lehrlingsausbildung in einer kritischen Größe und zukunftsfit zu erhalten, bedarf es zuallererst garantierter Grundkompetenzen von Schulabgängern. Das ist die Forderung an die Politik. Vieles haben Unternehmen aber selbst in der Hand: Neben Anstrengungen um eine gute Ausbildung, gutes Personal- und Berufsmarketing, gute Kontakte zu Schulen etc. gibt es auch eine weniger sichtbare, aber sehr wichtige Stellschraube: Die Rolle, die Berufsfachleute aus Unternehmen auf der Systemebene spielen. Ja, hier gibt es die Experten der Sozialpartner und der Bundesministerien und natürlich auch das ibw mit seinen empirischen Evidenzen und berufs- und prüfungsdidaktischem Know-how. Doch die Praxisrelevanz von Berufsbildern, von Lernmaterialien und von Prüfungsaufgaben steht und fällt mit den Impulsen und inhaltlichen Beiträgen, die direkt aus den Unternehmen kommen.

Unternehmensübergreifende Kooperation und das Freispielen von Fachleuten sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie sind aber Investitionen und Gelingensbedingungen, die die Lehrlingsausbildung ins Jahr 2030 tragen.

*Mag. Thomas MAYR, MA
Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw)*

Rund um die Gestaltung dieser berufsbildenden höheren Schulen gibt es viele Vorschläge, wobei die Attraktivität und der Praxisbezug an erster Stelle stehen müssen. Eine intensive Einbindung von Quereinsteigern aus der Praxis erscheint nicht nur in Zeiten eines Lehrermangels als überaus sinnvoll. Gerade aus der Industrie gibt es auch Pilotprojekte einer innovativen Verknüpfung von Elementen einer Lehre und einer berufsbildenden höheren Schule mit Matura.

Im tertiären Bereich ist ein weiterer Ausbau technisch-naturwissenschaftlicher Studien an Fachhochschulen und Universitäten notwendig. In vielen Fällen besteht eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen den Ausbildungsstätten und der Industrie, vom Studieneingangsbereich bis zum postgraduierten Bereich.

Drittens muss Jugendlichen (und wohl vor allem auch deren Eltern) deutlich gemacht werden, dass Bildungs- und Ausbildungsentscheidungen auch vor dem Hintergrund langfristiger Berufs- und damit Einkommenschancen getroffen werden müssen. Weder hinsichtlich Arbeitsplatzsicherheit noch hinsichtlich Lebenseinkommen stimmt die traditionelle Hierarchie Akademiker(in)-Maturant(in)-Lehrling. Insbesondere die Industrielehre ist oft ein Einstieg in eine erfolgreiche und sehr gut bezahlte Karriere.

Gerade weibliche Jugendliche finden besonders selten den Zugang zu technischen Ausbildungswegen. Dies ist extrem bedauerlich, da so viel an Potenzial für die Technik unerschlossen bleibt; gleichzeitig wird damit der Zugang zu potenziell sehr gut bezahlten Tätigkeiten verbaut, was langfristig die Schließung des Gender-Pay-Gaps schwierig macht.

Aufgrund der großen Bedeutung der Lebensentscheidung „Ausbildungswahl“ wurde diesem Thema hier breiter Raum gegeben, aber auch zwei andere Aspekte sollen hier zumindest cursorisch gestreift werden:

Aus mehreren Gründen wichtig ist die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Zurückdrängung der Frühpensionen. Dadurch können langjährig erworbene, wichtige Qualifikationen länger in den Unternehmen genützt werden, gleichzeitig werden die durch den Pensionsantritt der geburtenstarken Jahrgänge ohnedies stark belasteten öffentlichen Haushalte entlastet.

Österreich ist es in den letzten Jahren gelungen, den Anteil der noch aktiv Beschäftigten in der Altersgruppe der 55-64jährigen anzuheben und damit das faktische Pensionsantrittsalter näher an das gesetzliche heranzuführen. Noch immer hinkt Österreich aber hinsichtlich dieser Kennzahl im europäischen Vergleich hinterher. Hier sollte vor allem auch der öffentliche Bereich mit gutem Beispiel voran gehen und den Trend zur frühestmöglichen Pensionierung stoppen.

Die österreichische Industrie setzt sich seit langer Zeit dafür ein, dass fehlende technische Qualifikationen durch (gezielte) Zuwanderung ins Land geholt werden soll. Das bleibt eine Forderung. Diese Forderung darf aber erstens nicht dazu führen, dass das vorhandene Potenzial im Inland nicht gezielt genutzt wird, und zweitens

muss man sich der Grenzen dieser Möglichkeit bewusst sein: Mit zunehmender Globalisierung finden gut ausgebildete Personen auch in ihren Heimatländern adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten, und um jene, die bereit sind ihr Land zu verlassen, besteht ein starker Wettbewerb aller (westlichen) Industrieländer.

Stärken stärken in der Standortpolitik

Die österreichische Industrie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu Wohlstand und Beschäftigung. Nicht zuletzt deshalb ist die Attraktivität des österreichischen Industrie-Standorts ein zentrales und medial oft aufgegriffenes Thema. Dabei beherrschten im Jahr 2023 vor allem kostenbezogene Themen die Schlagzeilen (Energiepreise, Lohnkosten, etc.). Wir argumentieren, dass ein zu starker Fokus auf die Kostensituation keine nachhaltige Strategie für die österreichische Standortpolitik darstellt. Vielmehr empfehlen wir, sowohl die inhaltlichen Bemühungen, als auch die mediale Berichterstattung stärker auf die (möglichen) komparativen Stärken des Standorts und deren Weiterentwicklung zu fokussieren. Vor allem sehen wir großes Potenzial in der Forderung und Förderung einer verbesserten Ausbildungssituation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Österreich hat im weltweiten Vergleich ein hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau. In den letzten Jahrzehnten ist die Akademikerquote in Österreich ebenso gestiegen wie die durchschnittliche Anzahl der Schuljahre und das mittlere Ausbildungsniveau. Dies gilt jedoch auch für praktisch alle anderen EU-Staaten und insbesondere für die, mit denen Österreich im Wettbewerb um Investitionen steht. Österreich liegt sowohl in Bezug auf die Quote von Hochschulabsolventen als auch in Bezug auf das durchschnittliche Bildungsniveau unter dem Schnitt aller OECD-Länder. Ein Grund hierfür wird sein, dass die Bildungsausgaben erheblich unter dem Schnitt der OECD-Länder liegen. Das erscheint uns besonders überraschend, da das Bruttosozialprodukt/Kopf in Österreich fast 20% über dem Schnitt der OECD-Länder liegt. Betrachtet man darüber hinaus die erhebliche Relevanz qualifizierter Arbeitskräfte für Industrieunternehmen, ergibt sich in unseren Augen eine sehr klare Empfehlung: Nachhaltig und langfristig lässt sich die Attraktivität des Industriestandorts Österreich vor allem durch eine besser finanzierte und besser strukturierte Bildungspolitik sichern oder verbessern.

Die Herausforderung einer solchen Strategie ist der mit ihr verbundene Zeithorizont. Die Tatsache, dass sich die Früchte dieser Investition nicht kurzfristig ernten lassen, macht sie politisch schwerer durchsetzbar. Umso wichtiger erscheint uns, dass die Relevanz von Bildung und Ausbildung für die Attraktivität des Industriestandorts von den betroffenen Stakeholdern immer wieder verdeutlicht wird und mehr Platz in der Debatte erhält. Denn nur so kann Österreich langfristig und nachhaltig ein attraktiver Standort für Industrieinvestitionen bleiben.

*Univ.-Prof. Dr. Jonas PUCK, ao.Univ.-Prof. Jakob MÜLLNER
Wirtschaftsuniversität Wien*

Forschung: Bildung in Anwendung

Abgesehen von der personellen Kapazität braucht es außerordentlich hohe Forschungsmittel, um die technologischen Herausforderungen zu meistern. Der weitaus überwiegende Teil der Forschungsmittel in Österreich stammte bislang von der Industrie, aber der Staat wird für die Finanzierung des Weges zur Klimaneutralität tief in die Tasche greifen müssen.

Als US-Präsident John F. Kennedy im Mai 1961 den USA das Ziel setzte, noch in diesem Jahrzehnt eine bemannte Mondmission durchzuführen, waren viele Fragen der Umsetzung noch nicht einmal ansatzweise geklärt: Der längste Raumflug der USA hatte zu diesem Zeitpunkt gerade einmal eine viertel Stunde gedauert. Dennoch standen im Juli 1969 erstmals Menschen auf dem Mond. Möglich wurde dies durch eine mehr als großzügige Dotation des Raumfahrtprogrammes (bis zu 0,8% des BIP) und durch eine intensive Einbindung der gesamten US-Industrie.

Die klimapolitisch induzierte Transformation der Wirtschaft ist ein Projekt, das unvergleichlich größer und komplexer als die Mondlandung ist. Seit langer Zeit ausgetretene Pfade müssen verlassen werden, und die Ergebnisse müssen mit einer auf Massenkonsum ausgerichteten Gesellschaft kompatibel sein. Um die Ziele zu erreichen, müssen Staat, Unternehmen und private Haushalte in den kommenden Jahren viel Geld in die Hand nehmen. Geld kann aber nie Ersatz sein für den entscheidenden Faktor: Innovative Ideen, die auch praktisch umsetzbar sind.

Gerade angesichts der enormen technologischen Herausforderungen, die mit der Dekarbonisierung verbunden sind, ist jede Forschung, Technologie und Innovation und jedes Investment hilfreich: Je mehr Lösungswege versucht werden, desto reichhaltiger wird am Ende das Lösungsspektrum aussehen. Das Herantasten an jene Varianten, die schließlich technologisch und wirtschaftlich bestmöglich positioniert sind, ist dabei eine zutiefst unternehmerische Aufgabe.

Unternehmen müssen sich bei ihrer Suche auf eine begrenzte Zahl an Möglichkeiten konzentrieren. Natürlich auf jene, bei denen die Zukunftsaussichten – technologisch und wirtschaftlich – besonders gut aussehen. Allerdings kann es einem Unternehmen passieren, dass es Ressourcen für einen Weg einsetzt, der sich als Sackgasse erweist. Das ist für ein Unternehmen bitter, mitunter existenzbedrohend. Als Gesellschaft insgesamt ist es daher essentiell, dass eine Vielfalt an Lösungswegen gegangen wird. Und dies auch unterstützt wird. Gerade wenn rasch innovative Lösungen gefunden werden müssen, um (technologische) Herausforderungen in beispielloser Größe zu meistern, kann nur diese Vielfalt zum Ziel führen.

Deshalb tritt die Industrie auf dem Weg zur Klimaneutralität so vehement für Technologieoffenheit ein. Das Rennen um die besten Lösungen kann nicht vorweg am Schreibtisch einer Behörde oder im ideologischen Schrebergarten politischer Kräfte in eine einseitige Richtung gelenkt werden. Wer für solche Einseitigkeiten eintritt gefährdet den energiepolitischen Transformationsprozess. Dass ein Pluralismus der Lösungsansätze als Rückversicherung gegen Sackgassen und einseitige Abhängig-

keiten jedenfalls sinnvoll ist, sollte nicht zuletzt aufgrund der negativen Auswirkungen der – politisch gewollten und geförderten – Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von der Brückentechnologie „Erdgas“ allgemein klar geworden sein.

Im Frühjahr 2023 hat es in vielen europäischen Ländern, auch in Österreich, eine erbitterte Debatte über e-Fuels gegeben. Zum Zukunftspotenzial von e-Fuels kann man sehr unterschiedlicher Meinung sein. Tatsache ist aber, dass heute niemand mit Bestimmtheit sagen kann, welche Technologien in zehn oder auch 30 Jahren in unserer Welt dominieren werden. Dass man mit solchen Vorstellungen weit danebenliegen kann, zeigt ein Blick zurück: Wie viele Voraussagen über Produkte und Technologien sind in den letzten Jahrzehnten nicht eingetroffen, wie viele unerwartete Innovationen hingegen Realität geworden.

Technologieoffenheit ist ein breiteres Konzept, als es auf den ersten Blick aussieht: Dazu gehört nämlich ein regulatorisches Umfeld, das diese Offenheit auch zulässt; insbesondere in rechtlicher Hinsicht. Dazu gehören Fördersysteme, die den Unternehmen einen Teil des Risikos tragen helfen; ein Risiko, das oft umso größer wird, je kühner eine Innovation gedacht wird. Dazu gehört auch die Schaffung einer Infrastruktur, in der die Umsetzung einer Innovation möglich wird.

Attraktivität im Wettbewerb dank zielgerichteter F&E Fördermaßnahmen

Wir haben in Österreich zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen, die die heimische Wirtschaft belasten. Vor allem die hohe Inflation, gepaart mit hohen Energie- und Gehaltskosten sowie der Personalmangel setzen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- sondern auch des Forschungsstandortes unter Druck. Wir müssen also dafür sorgen, dass die österreichischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb wieder attraktiver werden. Etwa durch weniger Bürokratie, Erleichterungen bei der Rekrutierung von Personal aus dem EU-Ausland und einen stärkeren Fokus auf neue Technologien. Künstliche Intelligenz und Twin Transition sind hier wichtige Zukunftsthemen, die jedoch noch intensiver Forschung und Entwicklung bedürfen. Auch jegliche Entwicklungsthemen hinsichtlich Energie- und Ressourceneffizienz sind und bleiben von hoher Relevanz, um die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Betriebe zu erhalten. Bei jedem technologischen Fortschritt müssen wir allerdings auch darauf achten, alle auf die Reise mitzunehmen. Hier sehen wir die angewandte Forschung in besonderer Verantwortung, Forschungsergebnisse auf höchstem Level herunterzubrechen und auch für kleine und mittlere Unternehmen nutzbar zu machen. Damit dies gelingt, braucht es aus unserer Sicht weitere, intensive Unterstützung durch zielgerichtete F&E Fördermaßnahmen mit sowohl missionorientierten als auch themenoffenen Programmen und niederschweligen Angeboten für KMU.

*Dr. Sonja SHEIKH
Austrian Cooperative Research (ACR)*

Besonders wichtig ist die Technologieoffenheit bei den Fördersystemen, da hier der wichtigste (finanzielle) Hebel gegeben ist. Ohne Förderungen können Unternehmen im Regelfall die hohen Kosten für Forschung nicht stemmen, insbesondere bei Forschungsprojekten mit sehr ungewissem Ausgang. Eine wirkungsvolle, technologisch neutrale und oft in ihrer Bedeutung unterschätzte Art der Forschungsförderung ist die indirekte, steuerliche Forschungsförderung. Bei den direkten Forschungsförderungen sind jene Programme von besonderer Wichtigkeit, die offen sind für alle Technologiefelder, Projekt- und Unternehmensgrößen.

Finanzierung als zentraler Faktor für Innovation

Das Wettbewerbsumfeld für die heimische Industrie verändert sich permanent. Das gilt vor allem in Bezug auf die Anwendung digitaler Technologien und hinsichtlich der künftigen Nutzung natürlicher Ressourcen (Stichwort: Klima- und Energiewende). Diese Herausforderungen verlangen nach unternehmerischer Weitsicht bei der (Weiter-)Entwicklung eines innovativen, breit gefächerten Produktportfolios und der Spezialisierung auf international wettbewerbsfähige Nischen. Hierbei ist das Finanzierungsumfeld zur Gestaltung und Umsetzung innovativer Vorhaben ein zentraler Faktor.

Die aws in ihrer Funktion als Förderungsbank des Bundes übernimmt in diesem Umfeld eine tragende Rolle. So bietet die aws für unterschiedliche Finanzierungsanlässe adäquate Lösungen an, stärkt damit die Innovationskraft des Wirtschaftsstandortes und gleicht Marktversagen aus. Dies geschieht mit einem Portfolio monetärer Instrumente (Eigenkapital, Zuschuss, Kredit und Garantie) unter Nutzung öffentlicher Mittel (Bund, EU, Länder), wobei die zusätzliche Mobilisierung privater Finanzierungen höchste Priorität hat. Um die anstehenden Herausforderungen zu meistern, bietet die aws auch Wissenstransfer durch Vernetzung. Mit den aws Connecting Services wie aws Industry-Startup.Net steht etwa ein neutrales Matching-Service für innovationsstarke Start-ups, KMU sowie für Großunternehmen zur Verfügung, das durch die Plattform aws KI-Marktplatz ergänzt wird.

*Dipl.-Ing. Bernhard SAGMEISTER
Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft (aws)*

Angesichts des ambitionierten Zeitplans bei der Erreichung klimapolitischer Meilensteine muss bei der Forschungsförderung immer auch die (industrielle) Anwendbarkeit der Forschungsergebnisse mitberücksichtigt werden. Nachdem der Einsatz öffentlicher Mittel nicht unbeschränkt sein kann, wird man eine besondere Schwerpunktsetzung bei anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung vornehmen müssen.

In hervorragender Weise den beiden Grundlinien – Technologieoffenheit und Anwendungsorientierung – entsprechen die österreichischen FFG-Basisprogramme. Sie werden folglich von den Unternehmen stark in Anspruch genommen, sodass die vorhandenen Fördermittel immer wieder nicht ausreichen. Angesichts der Gesamtsituation und der hohen Hebelwirkung der FFG-Förderprogramme ist die fehlende

Bereitschaft zu einer deutlichen Ausweitung der Programmbudgets unverantwortlich. Zur Orientierung: Hier geht es nicht um Milliardenbeträge oder hunderte Millionen, sondern um Mittelaufstockungen im Bereich von einigen Dutzend Millionen Euro.

Ganz grundsätzlich sei hier noch hinzugefügt, dass die Industrie höchstes Interesse daran hat, dass Fördermittel im Bereich der Forschung zwar möglichst unbürokratisch aber keinesfalls leichtsinnig vergeben werden sollen. Um reine Mitnahmeeffekte, Doppelgleisigkeiten oder ineffiziente Mittelvergaben zu vermeiden, sollten – gerade angesichts der notwendigen Aufstockung von Mitteln zur Forschungsförderung – laufende Evaluierungen der Programme eine Selbstverständlichkeit sein.

Verstärkte Investitionen in Schlüsseltechnologien

Die globalen Rahmenbedingungen sind nach wie vor aktuell durch geopolitische Konflikte, durch die Verwerfungen in Folge der COVID-19-Pandemie und durch mannigfaltige weltwirtschaftliche Problematiken, insbesondere im Bereich der Lieferketten geprägt. Eine Stärkung der europäischen Technologiesouveränität ist somit nach wie vor ein wesentliches Ziel. Die hohe und nur langsam zurückgehende Inflation ist auch für die FTI-Förderungen ebenso eine Herausforderung wie der massive Mangel an Fachkräften. Dazu kommen Herausforderungen mit langfristigem Charakter, wie der Klimawandel, die aber nicht weniger dringend angegangen werden müssen.

In den kommenden Jahren sind verstärkte Investitionen in Schlüsseltechnologien notwendig, um die Basis für bahnbrechende Entwicklungen zu legen. Dabei ist die Intensivierung von Kooperationen zwischen Industrie und Forschungseinrichtungen von zentraler Bedeutung, um Synergien zu fördern und Innovationsprozesse zu beschleunigen. Denn Geschwindigkeit ist einer der Erfolgsfaktoren. Ebenso gilt es, vermehrt in Start-ups zu investieren und ein innovationsfreundliches, risikoaffines Umfeld zu schaffen, das Kreativität und unternehmerischen Geist fördert. Ein besonderes Augenmerk liegt darauf, die Transformation der Industrie hin zu nachhaltigen Produktionsprozessen zu begleiten – mit Fokus auf die Angewandte Forschung.

*Dr. Henrietta EGERTH-STADLHUBER, Mag. Karin TAUSZ
Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG)*

Zwei weitere Wege müssen begangen werden, um jenes Ausmaß an Forschung anzuregen, das für die Erreichung der Klimaziele unabdingbar ist:

Angesichts der notwendigen Breite der Forschungsnotwendigkeiten (bei begrenzten öffentlichen Mitteln), der zuletzt gestiegenen Finanzierungskosten und der außergewöhnlichen Chancen- und Risikoprofile zahlreicher innovativer Forschungsprojekte im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung wäre es sinnvoll, die Bedingungen für die Aufnahme von Venture Capital und Private Equity für technologiebasierte Unternehmen, oder auch in eigene Projektgesellschaften eingebrachte Forschungsvorhaben, zu verbessern.

Neben der Einbindung von privatem Kapital ist eine enge Verflechtung zwischen Grundlagenforschung und Anwendung notwendig. Dies bedeutet in der Realität vor allem eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen der Industrie und der Forschung an den und im Umfeld der Universitäten. Diese Zusammenarbeit hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv verbessert, was beiden Seiten zugutegekommen ist. Spielraum für eine weitere Verbreiterung der Kooperation ist aber gegeben.

Investitionen: Wenn Forschung Wurzeln schlägt

Die Investitionstätigkeit ist wie ein empfindlicher Sensor für die Glaubwürdigkeit der Politik. Sie ist gleichzeitig der Garant dafür, dass auch morgen noch an einem Wirtschaftsstandort (industrielle) Wertschöpfung erzielt wird. In der schwierigen Transformationsphase zur Klimaneutralität muss Europa das Vertrauen der Industrie erhalten und stärken – was sich in hohen Investitionen zeigen sollte.

In hoch entwickelten Industriestaaten ist tendenziell ein Rückgang der Investitionsquoten zu beobachten. Dafür gibt es vielfältige Gründe, etwa die erhöhte Bezugsgröße (das Bruttoinlandsprodukt), sinkende Kosten für Investitionsgüter (als Folge des technischen Fortschritts) oder auch eine stagnierende Bevölkerungszahl.

In der Vergangenheit haben Phasen großer technologischer Neuerungen, mitunter auch (wirtschafts-)politische Impulse, die Investitionsquoten jeweils ein Stück weit angehoben. Aufgrund der gewaltigen Veränderungen, die aus der Zielsetzung eines klimaneutralen Europas erwachsen, müsste in allen europäischen Ländern in den kommenden Jahren die Investitionsquote ansteigen – insbesondere in Ländern mit einem hohen Anteil an industrieller Wertschöpfung. Trotz der eingangs genannten Grenzen der Aussagekraft der Investitionsquote wird die Politik gut beraten sein, dies aufmerksam zu beobachten: Denn nur eine hohe Investitionsquote stellt sicher, dass die energiepolitische Transformation tatsächlich in Europa – und nicht durch Abwanderung – stattfindet und dass die Investitionstätigkeit über den durch Förderungen und Subventionen alimentierten Bereich hinausgeht.

Die erste und wichtigste Form der Investitionsförderung besteht also darin, in der Politik einer Vision Europas zu folgen, in der die (Industrie-)Unternehmen für sich selbst auch weiterhin einen Platz sehen.

Jenseits dieses unternehmerischen Vertrauens brauchen Investitionen aber auch solide Grundlagen, die sich rechnerisch „am Papier“ darstellen und nachvollziehen lassen. Um dies zu unterstützen muss die Politik an vielen Stellschrauben drehen, vielfach an solchen, deren Betätigung gerade auch die Industrie in Österreich seit langer Zeit immer wieder einfordert.

An erster Stelle dieser Stellschrauben steht eine radikale Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren. Gerade international tätige Unternehmen erkennen,

dass an anderen Standorten Investitionen rascher und einfacher umgesetzt werden können als in Österreich. Wenn man sich die von Einspruch zu Einspruch taumelnden Verfahren der Vergangenheit ansieht, dann erscheint die Dekarbonisierung Europas schon alleine durch das österreichische Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz schlicht und einfach undurchführbar zu sein. Hier muss Österreich dringend die entsprechenden Impulse zur Verfahrensbeschleunigung aufgreifen, die auf europäischer Ebene im Net-Zero Industry Act und Critical Raw Material Act gesetzt wurden. Ansonsten verliert Österreich auch im innereuropäischen Standortwettbewerb an Boden.

Ein wichtiger und zeitgemäßer Schritt wäre in allen Gesetzen die Möglichkeit zu schaffen, Betriebsanlageverfahren auch vollständig digital abwickeln zu können. Bestehende digitale Tools könnten dann endlich ihre volle Wirksamkeit entfalten und zu Verfahrensbeschleunigungen, aber auch zu produktiveren Arbeitsabläufen auf Seiten der Unternehmen wie auch der Verwaltung beitragen.

Genehmigungsverfahren: Digitaltaugliches Recht und digitale Fitness

Eine der wichtigsten Grundlagen für einen international erfolgreichen Wirtschaftsstandort sind verlässliche rechtliche Rahmenbedingung sowie eine rasche Erledigung von Verwaltungsverfahren. Hier sind insbesondere die Genehmigungsprozesse zu (Betriebs-)Anlagen bzw. zum Ausbau von erneuerbaren Energien von strategischer Bedeutung. In allen Behörden steigen sowohl die Antragszahlen als auch die inhaltliche Komplexität der Anträge auf Grund der fortschreitenden technologischen Entwicklungen.

Unternehmen und Behörden kämpfen zudem mit dem Problem der demografischen Entwicklung in der Gesellschaft und den Veränderungen am Arbeitsmarkt. Die bevorstehende Pensionierungswelle im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren (30%-45% Personalabgänge) im Zusammenhang mit immer komplexer werdenden Rechtsmaterien korreliert ebenfalls negativ mit einer von Politik und Wirtschaft gleichermaßen geforderten Beschleunigung von Verwaltungsverfahren. Durch die technologischen Fortschritte im IT-Bereich hängen die beiden Dinge inzwischen vital zusammen. In der Rechtsentwicklung braucht es die rasche Implementierung von digitaltauglichen Bestimmungen, die den Behörden umfassende Prozessautomatisierungen und dadurch Personalsubstitution ermöglicht – derzeit ist das auf Basis des aktuellen Rechtsrahmens nicht möglich. Auf Seite der Unternehmen braucht es dafür Backoffices mit hoher digitaler Fitness, die an die neuen Behördensysteme direkt andocken und medienbruchfrei können. Ein zentrales Konzept dabei ist die ID-Austria bei allen Personen im Backoffice. Eine verlässliche digitale Identität ermöglicht völlig neue, integrative Use-Cases in Behördenverfahren und bietet gleichzeitig deutlich höheren Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Digitaltaugliches Recht und digitale Fitness im Backoffice sind somit wesentliche Schlüsselfaktoren zur Absicherung des Industriestandortes Österreich.

*Mag. Hans Werner STREICHER
Amt der oberösterreichischen Landesregierung*

Gleichzeitig müsste man auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene sehr ernsthaft darüber nachdenken, wie man die ständig komplexer werdenden Bestimmungen im Umwelt- und Anlagenrecht vereinfachen und auf zentrale Punkte konzentrieren kann. Der europaweit enorme Investitionsbedarf im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung kann nicht einhergehen mit anderen komplexen Vorgaben, die Investitionsvorhaben bremsen oder überhaupt unmöglich machen. Die künftige EU-Kommission und das im Jahr 2024 neu gewählte EU-Parlament müssen verstehen, dass angesichts der Herausforderungen am Weg zur Klimaneutralität nicht noch andere Materien den investitionswilligen Unternehmen zusätzlich aufgelastet werden dürfen. Für Unternehmen ist dieses Entweder-oder bei jeder Entscheidung selbstverständlich, da wirtschaftliches Handeln definitionsgemäß der rationale Umgang mit Knappheit ist. In der Politik muss immer wieder erst in Erinnerung gerufen werden, dass eine Strategie des wünsch-dir-was nicht gutgehen kann.

Für die nationale Ebene bedeutet dies insbesondere, dass man bei der Umsetzung von europäischen Gesetzesinitiativen in nationales Recht behutsam und realitätsbezogen vorgehen muss. Das sogenannte „Gold Plating“, die besonders strenge Umsetzung europäischer Richtlinien, muss der Vergangenheit angehören. Diese Verantwortung hat die Politik den österreichischen Unternehmen gegenüber, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der innereuropäischen Standortkonkurrenz.

Geradezu lächerlich ist vor dem Hintergrund der gewaltigen Herausforderungen, dass Unternehmen innerhalb Österreichs vor allem bei Bauinvestitionen noch immer mit unterschiedlichen gesetzlichen Vorgaben zu kämpfen haben, da diese in den Bundesländern verschieden geregelt sind. Oft geht es nur um minimale Formulierungen, die aber einen Rattenschwanz an Problemen und auch juristischen Auseinandersetzungen zur Folge haben können. Dies ist in grotesker Weise unzeitgemäß. Hier müssen die Bundesländer ihre Hausaufgaben machen, wobei sie ja nicht einmal gezwungen wären, Kompetenzen an den Bund abzugeben, sondern diese Vereinheitlichungen von den Bundesländern in sogenannten 15a-Vereinbarungen (benannt nach dem entsprechenden Artikel der Bundesverfassung) festgelegt werden könnten.

Ganz generell läge ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Attraktivität Österreichs als Standort für Investitionen in der Verschlinkung bestehender gesetzlicher Vorgaben, indem diese auf Sinnhaftigkeit und Zeitgemäßheit überprüft werden. Zudem sollte eine Selbstbeschränkung bei künftigen Gesetzen und Verordnungen erfolgen, gepaart mit einer realitätsnäheren Folgekostenabschätzung als bisher. Auch diesbezüglich liegen internationale Erfahrungen vieler österreichischer Unternehmen vor, die Länder mit einfachen, klaren und exekutierbaren Gesetzen einem Wirrwarr und Wildwuchs an – mitunter widersprüchlichen – Gesetzen vorziehen, wobei letztere fast unausweichlich zu einer willkürlichen Vollzugspraxis führen.

Österreich als Industrie-, Forschungs- und Innovationsland präsentieren

Viele denken an Urlaub, wenn sie »Österreich« hören. Österreich ist jedoch in erster Linie eine Industrienation. 30 Prozent des BIP stammen aus diesem Bereich, 15 Prozent trägt der Tourismus bei. Zahlreiche Industriebetriebe spielen am Weltmarkt ganz vorne mit. Neben weltweit bekannten Unternehmen trifft man in Österreich auch auf die größte Dichte an Hidden Champions. Mit seinen erstklassigen Universitäten und Forschungszentren, 14 Prozent Forschungsprämie und direkten Forschungsförderprogrammen, innovativen Firmen, Startups und Scaleups ist Österreich ebenso ein bedeutendes Forschungs- und Innovationsland. Dieses Bild kommunizieren wir international als ABA laufend und stellen diesen Aspekt des Standorts in den Vordergrund.

Künftig braucht es daher weiterhin Förderinstrumente für Forschung, Investitionsprogramme für die grüne Transformation (wie Twin Transition) sowie IPCEI-Initiativen für Chips, Batterien und Wasserstoff, um den Industriestandort attraktiv zu halten. Die Erfahrungen aus unserer Beratung von Betriebserweiterungen österreichischer Niederlassungen internationaler Unternehmen bestätigen das. Wie vielen anderen Branchen fehlt es auch der Industrie an genügend Fachkräften. Neben Maßnahmen im Inland braucht es auch eine abgestimmte Strategie für die Zuwanderung von internationalen Spezialisten. Die Servicestelle der ABA unterstützt Unternehmen in Österreich und Fachkräfte kostenlos bei der Antragstellung von Rot-Weiß-Rot-Karten.

*Mag. René TRITSCHER
Austrian Business Agency (ABA)*

Um Investitionen attraktiv zu machen bedarf es eines Bündels weiterer Maßnahmen, zu denen hier nur einige Stichworte genannt werden sollen:

Investitionen müssen finanziert werden, bestmöglich durch Eigenkapital. Dies kann aus dem Unternehmen selbst kommen, oder aber in Form von Risikokapital über den Kapitalmarkt. Für beiderlei Quellen liegen Vorschläge der österreichischen Wirtschaft vor, hinsichtlich der Berücksichtigung einer fiktiven Eigenkapitalverzinsung im Steuerrecht oder hinsichtlich der Förderung einer langfristigen Kapitalbereitstellung durch steuerliche Berücksichtigung von Behaltefristen. Betreffend Fremdkapitalfinanzierung über Kredite muss erstens sichergestellt sein, dass die Öffentliche Hand mit ihrem (für Banken risikolosen) Finanzbedarf nicht die Kreditnachfrage der Unternehmen behindert; und zweitens, dass der Umgang mit externen Preisschocks professionalisiert wird, um inflationäre Exzesse wie 2022/23 künftig früher und besser in den Griff zu bekommen und damit eine Erhöhung der Inflationserwartung – die auf lange Zeit die (Unternehmens-) Finanzierungen verteuern – zu verhindern. In diesem Zusammenhang werden auch wieder Investitionsförderungen ein Thema, die das Zinsrisiko nach oben hin begrenzen.

Für jeden Investitionsstandort der Industrie von herausragender Bedeutung sind die grundsätzlich problemlose Anlieferung von benötigten Rohstoffen und Vormaterialien und der Abtransport der erzeugten Produkte wichtig. Hinsichtlich der Erreichbarkeit

ist diese Bedingung in Österreich, grosso modo, zufriedenstellend. Aber hinsichtlich einer klimaneutralen Erreichbarkeit (im Übrigen auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) tauchen beträchtliche Fragezeichen am Horizont auf. Der forcierte Bahnausbau entlang der großen Transversalen bietet nur bedingt eine Lösung für Betriebsstandorte abseits der Ballungsräume. Noch dazu hat bis vor kurzer Zeit der Rückzug der Bahn aus der Fläche unvermindert angehalten. Hier stehen große Fragen hinsichtlich einer ökologischen Verzahnung von Verkehrsträgern (und die Hoffnung auf technologische Lösungen) im Raum, die von der Politik aufmerksam verfolgt werden müssen; ansonsten besteht das Risiko der Herausbildung neuer strukturschwacher Regionen.

Unabdingbar für industrielle Tätigkeit bleibt in Zukunft die Verfügbarkeit ausreichender Energie zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten. Ist dies nicht gewährleistet, werden Investitionen unterbleiben. Aufgrund der Bedeutung dieses Themas weit über die Investitionstätigkeit hinaus, wird die Frage der Energie im folgenden Punkt gesondert behandelt.

Energie: Die Kraft der Industrie

Energie ist die DNA der Industrie. Den Verantwortungsträgern in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft muss klar sein, dass nur mit ausreichender, sauberer und leistbarer Energie der Prozess der Dekarbonisierung gelingen kann. Strategien, die von radikaler Einsparung an Energiemenge oder ebenso radikaler Erhöhung der Energiekosten ausgehen, sind zum Scheitern verurteilt.

Nicht zufällig steht mit der Dampfmaschine ein Gerät zur Energieerzeugung an der Wiege der Industriellen Revolution. Die Industrie substituierte menschliche Arbeitskraft damals durch energiegetriebene, maschinelle Arbeitskraft – und schafft so die Voraussetzungen für Produktivitätsfortschritte in geschichtlich nie gekanntem Ausmaß.

Der große energetische Treiber der Industriellen Revolution war die Kohle, später gefolgt durch das Erdöl. Saubere, erneuerbare Energiequellen haben immer schon eine Rolle gespielt – von den Windmühlen der vorindustriellen Zeit bis zu den Wasserkraftwerken der Gegenwart –, konnten sich aber unter den Gesichtspunkten von Preis und der eingeschränkten raum-zeitlichen Verfügbarkeit nicht als hauptsächliche Energieträger durchsetzen.

Erst im Laufe der Zeit wurde klar, dass die Endlichkeit von Ressourcen ebenso wenig berücksichtigt wurden wie die Umwelt- und Klimawirkungen. Im Rahmen der technischen Möglichkeiten und basierend auf Preissignalen der Märkte und politischer Preissignale ist es der Industrie in den letzten Jahrzehnten gelungen, die Produktionsleistung vom (Primär-) Energieeinsatz schrittweise abzulösen. Die Erfolge bei der Emissions- und Verbrauchsreduktion im Rahmen bestehender Technologien sind dabei beeindruckend. Die Dekarbonisierung bringt insofern einen Bruch dieser Ent-

wicklung, als nun die Hauptquelle der Energie sogenannte erneuerbare Energien sein sollen.

Erneuerbare Energiequellen können sehr viel des Energiebedarfs der unterschiedlichen Sektoren einer Gesellschaft abdecken. Wesentlich ist aber, dass derzeit weder nachvollziehbare Konzepte noch ein Plan dazu vorliegen, die Zeiten der Energieproduktion an jene der Energienachfrage anzugleichen. Wesentliche Erneuerbare Energiequellen sind Wind und Sonne, deren Produktion kaum gesteuert werden kann und für deren Speicherung – neben bekannten Technologien wie Pumpspeicherkraftwerke – keine großtechnischen Technologien marktfähig sind. Auch für speicherbare Energieträger fehlt es oft nach wie vor an den Geschäftsmodellen für deren verbreiteten Einsatz, weil die Lagerung und andere Infrastrukturvoraussetzungen fehlen und neues Know-how aufgebaut werden muss. Zudem sind die Kohlenwasserstoffe oft auch als Rohstoffe von Industrieprodukten oder als beigemengte Hilfsstoffe von Bedeutung.

Die zentrale Herausforderung besteht nun darin, einen disruptiven technologischen Prozess ohne disruptive ökonomische Konsequenzen zu bewerkstelligen. Historische Vorbilder für einen derartig tiefgreifenden Umbau fehlen. Ein Umbau der Industrie ohne ein geändertes Konsumverhalten kann grundsätzlich nicht funktionieren, die Industrie produziert Sachgüter für Märkte. Selbst wenn die Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich und in der EU mitmachen und ihr Konsumverhalten umstellen, bleibt zu beachten, dass die österreichische Industrie zu mehr als zwei Drittel für den internationalen Markt produziert.

Hier auf einzelne gesetzgeberische Maßnahmen einzugehen ist kaum sinnvoll – zu rasch ändern sich Maßnahmen und Marktgegebenheiten. Stattdessen sollen hier grundsätzliche Leitlinien skizziert werden:

Jedenfalls sinnvoll ist der Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energiequellen. In Österreich ist weiterhin im Bereich der Wasserkraft ein wirtschaftlich nutzbares, umweltverträgliches Ausbaupotenzial vorhanden. Hier gilt auch die bereits an anderer Stelle betonte Bedeutung einer Hierarchie der Ziele: Man wird – beispielsweise – manche Maximalforderungen im Wasserrecht nicht verwirklichen können, wenn die Dekarbonisierung höchste Priorität haben soll. Wenn die Ziele hinsichtlich des Anteils erneuerbarer Energie an der Stromerzeugung nicht erreicht werden können, ist der (große) „Rest“ der Energiewende von vornherein Makulatur.

Die Dekarbonisierung wird nur teilweise zu einer Regionalisierung von Energieerzeugung führen. Die Solarpaneele, die am Hausdach montiert oder in die Firmenfassade integriert sind, lassen dies zwar vermuten, aber tatsächlich wird der Anspruch an die Stromnetze tendenziell sogar steigen. Netzausbau im Strombereich ist daher eine unbedingte Notwendigkeit. Hier muss es vor allem auch eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren geben.

Versorgungssicherheit, Strommarkt und 100% Erneuerbare, (k)ein Zielkonflikt?

Unser Energiesystem befindet sich in einem grundlegenden Umbau. Die Umstellung auf 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen bis 2030 ist das erklärte Ziel der österreichischen Bundesregierung: Es geht um die Unabhängigkeit Österreichs und Europas von fossilen Energieträgern, die Verfügbarkeit von preisgünstiger Energie und Strom, die Lösung der Klimakrise sowie die Beibehaltung der österreichischen Versorgungssicherheit, die mit 99,99 Prozent im weltweiten Spitzenfeld rangiert.

Aktuell ist das Bestandsnetz der APG den Anforderungen, den gesamten Stromverbrauch bis 2030 zu dekarbonisieren, nicht gewachsen und es bräuchte dringendst moderne gesetzlichen Rahmenbedingungen, die den notwendigen Ausbau der Infrastruktur beschleunigen. Fehlende Anschlusskapazitäten für die erneuerbaren Energien, stetig steigender Redispatchbedarf (2023: 142 Mio. Euro im Vergleich zu 94 Mio. Euro im Gesamtjahr 2022), spürbare Strompreisdifferenz zwischen Österreich und Deutschland (rd. Euro 26/MWh 2022 mit einem volkswirtschaftlichen Mehrkosten von rd. 2 Mrd. Euro), viel zu lange Genehmigungsverfahren für Netzinfrastukturprojekte, mangelhafte digitale Vernetzung aller Akteure des Energiesystems sowie das Fehlen einer abgestimmten Gesamtsystemplanung seien hierfür beispielhaft angeführt.

Damit der Weg zur Klimaneutralität Österreichs versorgungssicher gelingen kann, ist neben einer umfassenden Gesamtsystemplanung jedenfalls die Beschleunigung des Netzausbaus erforderlich. Eine Voraussetzung dafür bildet neben den im Netzentwicklungsplan vorgesehenen Investitionen, insbesondere die Umsetzung aktueller Gesetzesnovellen, um weitere Verzögerungen des erforderlichen Ausbaus zu vermeiden.

Nur durch einen koordinierten Umbau des Energiesystems kann die Attraktivität Österreichs als Industriestandort durch leistbare Stromversorgung mit hoher Versorgungssicherheit zukünftig erhalten bleiben. APG investiert in den kommenden zehn Jahren neun Milliarden Euro in den Um- und Ausbau der österreichischen Strominfrastruktur und trägt somit wesentlich zum Gelingen der versorgungssicheren Energiewende bei.

*DI Mag. (FH) Gerhard CHRISTINER
Austrian Power Grid AG (APG)*

Die Industrie setzt große Hoffnungen in die künftige Nutzung von Wasserstoff. Ob diese Hoffnungen vollständig begründet sind, kann heute ebenfalls niemand mit letzter Gewissheit sagen. Auch im Hinblick auf Wasserstoff bedarf es einer entsprechenden Netzinfrastuktur. Daneben muss der Spagat gelingen auch vorhandene Biometanpotentiale zu heben und Methan- und Wasserstoffinfrastruktur miteinander zu entwickeln.

Zusammenfassend umfasst somit eine erste Gruppe von Maßnahmen die Erschließung weiterer, regenerativer Energiequellen und den Ausbau der (künftig) benötigten Energieinfrastruktur.

Grundlagen für Energieversorgung auf erneuerbarer Basis

Die Industrie steht vor einer großen Umstellung von einer in vielen Bereichen auf fossile Ressourcen ausgerichteten Wirtschaft auf erneuerbare Rohstoffe und Energien. Mit dieser Transformation sind oft maßgebliche Strukturänderungen und Anlageninvestitionen verbunden. Wesentlich für deren Umsetzung ist die Sicherheit der Ziele, es muss klar sein, dass die vorgegebene Entwicklungsrichtung zukunftsfähig und dauerhaft ist. Umstellungen werden dann gestartet, wenn die Notwendigkeit klar gegeben ist, und die Investition auf einen ausreichenden Finanzierungszeitraum ausgerichtet werden kann. Unterstützungen sind speziell in den Bereichen notwendig, wo starke Konkurrenz im außereuropäischen Ausland vorliegt, was vor allem den Grundstoffbereich betrifft.

Ausreichende Energieversorgung zu international vergleichbaren Preisen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie in Europa. Dass dies für die Versorgungssicherheit bedeutend ist, haben die Krisen der letzten Jahre gezeigt. Die Zukunft der Energieversorgung liegt in der Abkehr von fossilen Energieträgern mit verstärktem Einsatz von erneuerbarem Strom und erneuerbaren Gasen. Bei den Gasen steht oft Wasserstoff an erster Stelle, dessen Gewinnung selbst wieder große Strommengen erfordert. Biogas wäre ein idealer Erdgas-Ersatz, hat allerdings begrenzte Potenziale. Der Einsatz von Biomasse für die Erzeugung von Methan, Treibstoffen aber auch chemischen Grundstoffen bietet vielfältige Möglichkeiten, die heute weniger beachtet werden. Für eine Sicherung einer Energieversorgung auf erneuerbarer Basis ist es einerseits notwendig, das verfügbare Angebot im Inland auszuschöpfen, aber auch andererseits eine sinnvolle Verbindung zu internationalen Versorgungsstrukturen zu schaffen. Dazu gehört ausreichende Infrastruktur für stabile Netze und von Speichermöglichkeiten, um die sichere Versorgung mit erneuerbarem Strom auch unter Berücksichtigung der vielen dezentralen und schwankenden Leistung der Erzeuger zu gewährleisten. Für viele Betriebe wird weiterhin die Versorgung mit gasförmigen Brennstoffen notwendig sein, was auch Adaptierungen oder Neuerrichtung für den Wasserstoff-Transport erfordert. Einen neuen Aspekt stellt die zukünftig wichtiger werdende Abscheidung und Nutzung bzw. Speicherung von CO₂ dar, für Letztere ist wegen des noch gültigen Verbots in Österreich ein Anschluss an Leitungsnetze zu Speicherprojekten in Europa notwendig. Ohne die infrastrukturellen Grundlagen wird eine Transformation der Industrieproduktion in Österreich auf die neuen Rahmenbedingungen kaum gelingen.

*Univ.-Doz. Dr. Andreas WINDSPERGER, Dr. Bernhard WINDSPERGER
Institut für Industrielle Ökologie (IIÖ)*

Das zweite Bündel an Maßnahmen besteht aus Maßnahmen zur Begleitung des Übergangs. Dazu zählt sowohl die Aufrechterhaltung der Versorgung mit fossilen Energieträgern – hier ist insbesondere, aus politischen Gründen, die Versorgungssi-

cherheit mit Erdgas gegenwärtig problematisch –, als auch eine an technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten orientierte Absicherung der Unternehmen.

Grundsätzlich soll der Übergang in die Klimaneutralität durch (politisch gesetzte) Preissignale ausgelöst werden, teils durch Aufschläge auf Energiepreise und teils durch Zusatzkosten für die Emission von CO₂. Das sieht auf den ersten Blick sehr vernünftig aus, stößt aber auf zahlreiche praktische Probleme: Wenn beispielsweise die technischen Voraussetzungen für eine Dekarbonisierung in bestimmten Herstellungsverfahren nicht gegeben sind, dann haben höhere Energie- oder Emissionskosten ausschließlich einen Preiseffekt, nicht aber den gewünschten Lenkungseffekt. Gleiches gilt, wenn der Einsatz erneuerbarer Energie mit prohibitiven Kosten verbunden ist – auch dann wird der eigentlich erwünschte Lenkungseffekt nicht eintreten. Schließlich muss auf absehbare Zeit damit gerechnet werden, dass regenerative Energie gar nicht in der benötigten Menge verfügbar ist; auch in diesem Fall wird eine – alternativlose – Vorgangsweise schlicht teurer und damit eine Kosten- und Preisspirale befeuert, nicht aber das eigentlich erwünschte Verhalten erreicht. Im Gegenteil: In vielen Fällen wird Unternehmen dann die finanzielle Basis genommen, in die Erforschung beziehungsweise den Einsatz alternativer Energiequellen zu investieren.

Besonders negativ davon betroffen sind energieintensive Unternehmen. Ein kleines Rechenbeispiel: Wenn ein Unternehmen fünf Prozent seiner Gesamtkosten für Energie aufwendet, und die Energiekosten steigen um 40%, dann erhöhen sich die Gesamtkosten um zwei Prozent. Wenn aber Unternehmen ein Drittel ihrer Gesamtkosten für Energie aufwenden, und sie stehen derselben Steigerung der Energiekosten von 40% gegenüber, dann erhöhen sich die Gesamtkosten um mehr als 13%. Daher müssen energieintensive Unternehmen in besonderer Weise in der Phase des Übergangs vor einer Überforderung geschützt werden – denn die Alternative ist immer ein volkswirtschaftlicher Schaden: Abwanderung des Unternehmens oder massive Beschleunigung der Inflation.

Deutlich zu unterscheiden ist hier zwischen Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen von Krisen – wie zuletzt des Energiepreisschocks infolge des Ukraine Kriegs – und von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung eines wettbewerbsfähigen Standorts. Erstere Maßnahmen dienen der Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit von Unternehmen angesichts außerordentlicher externer Kostenschübe. Es wird aber wichtig sein, Maßnahmen – wie den Energiekostenzuschuss – planbar auszugestalten und diese Maßnahmen erst zu verkünden, wenn diese auch beschlossen und von der EU-Kommission genehmigt sind; ansonsten kommt es – wie beim Energiekostenzuschuss 2 – zur nachträglichen Änderung der Spielregeln für Förderungen, was zu einem massiven Vertrauensverlust der Unternehmen in die Politik führt.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung eines wettbewerbsfähigen Standorts sind vor allem dem Umstand geschuldet, dass Industrieunternehmen dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Exportquoten von mehr als zwei Drittel bis zu über 80% sind Fakten. Ebenso ist Fakt, dass die Preise in aller Regel nicht von den Produzen-

ten gesetzt werden, sondern im Wettbewerb mit anderen Produzenten gebildet werden. Es müssen daher im ständigen Vergleich mit anderen wesentlichen Produzentenstandorten in der EU und weltweit die Energiepreise verglichen und angeglichen werden. Dazu zeigt aktuell der Vergleich mit den USA, mit China und innereuropäisch mit Deutschland, Frankreich und den skandinavischen Ländern Handlungsbedarf.

Eine klare Kommunikation der Unterschiede zwischen „Kriseninstrumenten“ und „Standortinstrumenten“ ist auch ein Beitrag zur Vermeidung einer Neiddebatte so wie sie zuletzt in Deutschland im Herbst 2023 anlässlich der Diskussion zum Industriestrompreis zur Entlastung besonders betroffener Unternehmen zu beobachten war. Wichtig sind daher transparente und nachvollziehbare Entscheidungen, welche auch langfristige Planungssicherheit mit sich bringen müssen. Im Übrigen ist auch von den Regierenden der Mut zu erwarten, den Grund und die daraus folgenden Konsequenzen politischer Handlungen den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären.

Ab dem Jahr 2027 wird es in der Europäischen Union ein neues Emissionshandelsregime geben. Im Sinne einer Standortneutralität in Europa ist es sinnvoll, wenn mit dem ETS II in Österreich das nationale Emissionshandelssystem des NEHG Zug-um-Zug abgeschafft wird und die Energiebesteuerung auf das europäische Mindestniveau abgesenkt wird. Wenn Österreich eine Vorreiterrolle wünscht, dann wäre dies im oben skizzierten Ausbau regenerativer Energiequellen und angepasster Infrastrukturen sinnvoll. Damit würden die richtigen Anreize gesetzt werden, um die Dekarbonisierung im Energiesystem langfristig abzusichern.

Noch schmerzhaft unausgegoren sind die Ideen, wie sich die europäische Industrie längerfristig auf dem Weltmarkt behaupten soll. Offensichtlich ist die Europäische Union überzeugt, dass der Trend zur Dekarbonisierung – mit gewisser Verzögerung – weltweit einsetzen wird und sich daher die unterschiedlichen Kostenstrukturen wieder angleichen werden. Zusätzlich hätten dann die europäischen Unternehmen bei den relevanten Technologien einen gewaltigen Vorsprung. Das kann sein, ist aber keinesfalls sicher. Das im Jahr 2023 gestartete CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) soll einen Schutz des EU-Binnenmarktes vor „schmutzigem“ Wettbewerb (also Importen aus Staaten mit geringeren Anstrengungen bei der Dekarbonisierung) bringen, spricht aber die Problematik auf der Exportseite nicht einmal an. Gerade für ein global exportierendes Industrieland wie Österreich ergeben sich daraus offene Fragen, deren Beantwortung aber – nicht zuletzt im Hinblick auf künftige Investitionsentscheidungen – wichtig wären. Überdies ist der CBAM aufgrund des extremen Bürokratismus keine Werbung für eine faire Belastung mit CO₂-Kosten, sondern grenzt an schikanöse Behandlung der beteiligten Unternehmen. Eine klimaschonende Industrieproduktion in Europa braucht effektiven Schutz zur Herstellung des vergleichbaren Wettbewerbsumfeldes, das muss besser werden!

Arbeitskosten: Die Rückseite der Medaille

Die demographischen Faktoren und die weiter wachsende Bedeutung von Know-how im Unternehmen lässt ein überdurchschnittliches Ansteigen der Arbeitskosten erwarten. Gleichzeitig schmälern aber die (geplant) steigenden Energiekosten und die hohen Investitionsaufwendungen für die Transformation der Wirtschaft den finanziellen Spielraum. Dieser Spagat verspricht schwierige Zeiten.

Die erhöhten Steuerlasten auf Energie können zu keinen wesentlichen Veränderungen der Finanzierung öffentlicher Haushalte führen und bestehende Steuern und Abgaben ersetzen: Mit gutem Grund wird etwa hinsichtlich der Erlöse aus dem Emissionshandel seitens der Industrie seit Jahren gefordert, dass diese für Ausgleichszahlungen oder auch für klimarelevante Forschungsprojekte, für entsprechende Investitionen und für standortrelevante Maßnahmen verwendet werden. Zudem hat die Verteuerung des Energie- und Umweltverbrauchs eine Lenkungsfunktion und der grundsätzlich angestrebte Idealfall wäre, dass die Lenkung funktioniert und damit keine Einnahmen erzielt werden. Ein wenig gleicht dies dem politischen Dilemma bei der Tabaksteuer: Aus gesundheitlichen Gründen wäre ein Ende des Rauchens in Österreich wünschenswert, aber der Finanzminister freut sich auch über weit mehr als zwei Milliarden Euro an Einnahmen aus der Tabaksteuer.

Aus Sicht der Unternehmen muss dafür gesorgt werden, dass sich die gesamte Abgabenlast nicht massiv erhöht. Besonders wichtig ist eine Reduktion der Belastung im Bereich der Lohnnebenkosten: die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollten mittelfristig reduzierbar sein, nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung; und hinsichtlich des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) stellt sich die grundsätzliche Frage, warum dieser durch Beiträge der Arbeitgeber finanziert werden muss. Die Reduktion der Lohnnebenkosten ist in einem ersten Schritt vor allem dort geboten, wo damit sachfremde Leistungen finanziert werden. Darüber hinaus bleibt jede weitere Reduktion der Lohnnebenkosten ein sinnvoller Schritt, da eine künstliche Verteuerung von Arbeitskraft vielfältige negative Wirkungen auf den Arbeitsmarkt hat.

Manchen mag dies wie Erbsenzählerei klingen, aber zu den Lohnnebenkosten (wenn auch nicht als solche ausgewiesen) gehören auch die Kosten der Personalverrechnung. Gute und gut bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der Schlüssel zum Erfolg eines Unternehmens. Eine mittlerweile überkomplexe und entsprechend aufwendige Personalverrechnung trägt hingegen zum Unternehmenserfolg am Markt nichts bei. Hier sind Schritte zur Harmonisierung und Reduktion der Komplexität erforderlich, ebenso Erleichterungen bei der Dokumentation. Immer mehr Unternehmen sehen, dass ihre Stabstellen stärker wachsen als jene Einheiten, die der eigentlichen betrieblichen Leistungserstellung dienen. Verantwortlich dafür sind vielfach staatliche Regulierungen, die sich in entsprechende betriebliche Kontroll- und Dokumentationsanfordernisse übersetzen. Bei allenfalls stagnierendem Arbeitskräfteangebot muss dieser Wildwuchs dringend begrenzt und mittelfristig umgekehrt werden.

Der weit überwiegende Teil der Menschen, die im Jahr 2050 in Österreich im Berufsleben stehen werden, ist heute bereits geboren. Daher lässt sich das verfügbare Arbeitskräftepotenzial der nächsten 25 Jahre gut abschätzen: Die Zahl der Personen im Erwerbsalter wird tendenziell zurückgehen. Wie stark dieser Rückgang sein wird, ist abhängig von Faktoren wie faktischem Pensionsantrittsalter, Länge der Ausbildungsdauer, Partizipationsrate und faktischer Arbeitszeit. Als weiterer Faktor kommt die Zuwanderung hinzu.

Die österreichische Industrie setzt sich seit Jahren dafür ein, das Arbeitskräftepotenzial möglichst gut auszuschöpfen – nicht nur im Bereich der technischen Fachkräfte. Während bei den Erwerbsquoten insgesamt, auch im Bereich der 55 bis 64jährigen, die Entwicklung zumindest in die richtige Richtung geht, nimmt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten epidemische Ausmaße an. Im Bereich der Industrie und des Gewerbes sind die Teilzeitquoten zwar deutlich unterdurchschnittlich, aber das (schlechte) Beispiel der anderen Branchen wirkt auch hier zunehmend als Vorbild.

Bei einem schrumpfenden oder bestenfalls stagnierenden Arbeitskräfteangebot wird der Wettbewerb um Arbeitskräfte intensiver – wiederum nicht nur im Bereich der technischen Fachkräfte. Wenn hier der Staat mit dem Versprechen der Arbeitsplatzsicherheit und zudem einer beliebigen Skalierbarkeit der Arbeitsleistung im Rahmen der jeweils erwünschten Work-Life-Balance den Arbeitsmarkt leerräumt, dann wird das Land zwar exzellent verwaltet sein, die Wertschöpfung und damit die Steuerleistung wird aber sinken.

Ein knapperes Arbeitskräfteangebot macht in den Unternehmen den effizienten Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umso wichtiger. Abgesehen von der bereits erwähnten Fokussierung auf den zentralen Bereich der Leistungserstellung bedeutet dies eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit: Durch entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten auf Betriebsebene sollen Arbeitszeit und Auftragslage enger synchronisiert werden. Bisherige Flexibilisierungsschritte haben sich bewährt, von Arbeitnehmervetretern an die Wand gemalte Schreckensvisionen sind nicht eingetroffen.

Unternehmen werden in den kommenden Jahren mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben müssen. Sie werden ihre Investitionsquoten erhöhen müssen, da sie erhebliche Teile ihrer Produkte und ihrer Produktionsanlagen den Anforderungen der Klimaneutralität anpassen müssen. Sie werden höhere Energiekosten (oder auch Zahlungen für Emissionen) tragen müssen, soweit sie ihre Produktionsprozesse nicht auf CO₂-freie Produktion umstellen können. Sie werden – zumindest mittelfristig – mehr für Finanzierungen zahlen müssen, da die Inflationserwartungen gestiegen sind. Vor diesem Hintergrund ist weder zu erwarten, dass die Industrie vor einer Periode mit reichlich sprudelndem Gewinn steht, noch dass hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse wiederholt auf der Tagesordnung stehen können.

Noch verschärft wird diese Situation dadurch, dass eine durch den Technologiewandel induzierte Inflationsbeschleunigung zu erwarten ist: Neue, tendenziell teurere Produkte auf neuen, tendenziell teureren Produktionsanlagen werden in Verbindung mit der Knappheit bei regenerativen Energien für einen Preisauftrieb sorgen, der es

herausfordernd machen wird, den von der Europäischen Zentralbank definierten Stabilitätsbereich (0-2% Preisauftrieb) zu erreichen. Diese Inflation ist letztlich der Preis, den die gesamte Gesellschaft zahlen muss, um durch das enge Tor der Klimaneutralität zu schlüpfen. Die große Frage wird aber sein, wer letztlich diesen Preis bezahlt. Die Industrie (oder auch die Wirtschaft insgesamt) kann ihn mit Sicherheit nicht alleine tragen, was aber bei voller Berücksichtigung der Inflation im Zuge von Kollektivvertragsverhandlungen der Fall wäre.

In den Jahren 2022 und 2023 hat eine Inflationswelle Europa überrollt. Die österreichische Bundesregierung hat engagierte Maßnahmen gesetzt, um die Auswirkungen der Teuerung zu begrenzen. Diese Maßnahmen waren Unterstützungszahlungen, die die Bewältigung der Inflation erleichtert haben, nicht aber inflationsdämpfend gewirkt haben. Andere Länder haben Maßnahmen der Marktregulierung gesetzt, die vielfach treffsicherer waren und vor allem einen so massiven Anstieg der Inflationsraten erst gar nicht zugelassen haben. Nachträglich hat sich die letztere Strategie als wirkungsvoller erwiesen, da im Fall Österreichs eine Einrechnung der Transfers bei den Lohn- und Gehaltsverhandlungen von den Arbeitnehmervertretern vehement ablehnt wird, wogegen in Ländern mit Marktregulierungsmaßnahmen die Lohn- und Gehaltsanpassung den dort niedrigeren Inflationsraten folgen. Die (österreichische) Politik wäre gut beraten, daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen; denn Situationen, in denen die Politik eine inflationäre Tendenz stoppen muss, könnte es in den nächsten Jahren immer wieder geben.

Österreichs Wandel vom Empfänger zum Gestalter

Wir befinden uns inmitten einer Transformation, die eine verstärkte Fokussierung auf nachhaltiges Wirtschaften erfordert und dabei ökologische und ökonomische Vorteile verschafft. In Zeiten von Lieferengpässen, Ressourcenknappheit und steigenden Energiepreisen wächst der Stellenwert von Recycling und verstärktem Einsatz von Rezyklaten für den Wirtschaftsstandort Österreich entscheidend. Bis 2030 muss Österreich den Materialeinsatz in der wirtschaftlichen Produktion um 20% reduzieren und das Recycling um 10% steigern. Ein effizienter Markt für Sekundärrohstoffe ist dafür unerlässlich, um den Einsatz primärer Ressourcen zu verringern. Trotz dieser Ambitionen sind hohe Kosten, komplexe Gesetzgebung und mangelndes Know-how für Österreichs Betriebe herausfordernd. Industrieunternehmen bevorzugen oft aus Kostengründen Primärrohstoffe statt Rezyklate, obwohl langfristig die Kosten für Ressourcenverbrauch und Umweltauswirkungen teurer sind. Doch Zirkularität verspricht Stabilität und Sicherheit. Österreich muss von der Rolle des Empfängers zum Gestalter der Kreislaufwirtschaft wechseln. Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, politische und gesellschaftliche Bewusstseinsbildung sowie effizienter Umgang mit Rohstoffen zählen dabei zu den wichtigen Stellschrauben für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit. Die kommenden Jahre sind entscheidend und Unternehmen haben jetzt die Chance, die Kreislaufwirtschaft aktiv zu gestalten und Engagement zu zeigen.

Dr. Harald HAUKE
Altstoff Recycling Austria AG (ARA)

Rohstoffe: Uneingeschränkte Verfügbarkeit ist nicht selbstverständlich

Österreich ist eine Industrienation und benötigt daher Zugang zu Rohstoffen in ausreichendem Maße und in ausreichender Qualität. Wir sind bei vielen Rohstoffen stark von Importen abhängig, was auch für die EU gilt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die uneingeschränkte Verfügbarkeit an den internationalen Rohstoffmärkten keine Selbstverständlichkeit ist und man mit Situationen rechnen muss, in denen die inländische Nachfrage nach Rohstoffen nicht oder in nicht ausreichendem Maße gedeckt werden kann. Eine vorausschauende Maßnahme um derartige Knappheiten zu mindern bzw. zu vermeiden, ist der Umbau der materiellen Volkswirtschaft in eine Kreislaufwirtschaft, die im besten Falle dazu beiträgt, dass der weiterhin nötige Import von Rohstoffen deutlich reduziert werden kann, ohne die volkswirtschaftliche Entwicklung einzuschränken.

Um eine ausgeprägte Kreislaufwirtschaft realisieren zu können, ist zuallererst ein profundes Verständnis der materiellen Volkswirtschaft nötig. Nur was man kennt und versteht, kann man umbauen und optimieren. Dazu ist es unerlässlich, dass, ähnlich einer Finanzbuchhaltung, eine nationale Buchhaltung für die wichtigsten Rohstoffe aufgebaut wird. Im Konkreten bedeutet das, dass für ausgewählte Rohstoffe der österreichische Stoffhaushalt in Form von jährlichen Bilanzen beschrieben wird. Diese Bilanzen können von Expertinnen und Experten analysiert und interpretiert werden und dienen als Basis, um Optimierungsmaßnahmen zu identifizieren, auszuarbeiten und der Politik vorzuschlagen. Dies sollte Aufgabe einer eigens eingerichteten Abteilung in der öffentlichen Verwaltung sein.

*Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Dr.h.c. Helmut RECHBERGER
Technische Universität Wien*

Politik: Staatsaufgaben neu definieren

Die Zielsetzung „Klimaneutralität“ ist massiver Eingriff des Staates in das Wirtschaftsleben. Daher ist selbstverständlich, dass der Staat die Transformation intensiv unterstützt und wirtschaftliche – wie auch soziale – Risiken nach Kräften zu minimieren versucht. Dies wird nicht zum Nulltarif funktionieren. Daher müssen die Europäische Union und die Nationalstaaten ihr Ausgabeverhalten neu priorisieren und damit die Kernaufgaben neu definieren.

Seit Jahrzehnten gilt der besorgte Blick der Ökonomen dem Ende der 2020er Jahre: Ab diesem Zeitpunkt werden die Pensionsversicherungssysteme in praktisch allen europäischen Ländern zunehmend auf Zuschüsse aus den allgemeinen Budgets angewiesen sein; daher – so die Konzeption – müssten die Staaten bis dahin ihre Staatsschulden auf ein ökonomisch vertretbares Niveau gesenkt haben.

Dann kam die Corona-Krise. Dann die Ukraine-Krise. Und dann ein Aufflackern der Inflation, die in den öffentlichen Haushalten auch wieder eine nennenswerte Zinsbe-

lastung ausgelöst hat und auf mittlere Frist weiter hervorrufen wird. Die öffentliche Finanzlage ist daher nicht in jener Verfassung, die im Hinblick auf den demographischen Wandel wünschenswert wäre.

Und die europäischen Staaten scheinen bislang nicht wirklich nachgedacht zu haben, in welchem Ausmaß die Dekarbonisierung die öffentlichen Budgets belasten wird: Zuerst einmal entsteht ein gewaltiger Investitionsaufwand im öffentlichen Bereich selbst, der hinsichtlich Klimaneutralität vor gewaltigen Hausaufgaben steht. Sodann ergeben sich die hier erwähnten staatlichen Aufgabenfelder, von der Stärkung technischer Ausbildungswege über eine substantielle Ausweitung der Forschungsförderung, einer Unterstützung der Investitionstätigkeit einschließlich einer maßgeblichen öffentlichen Beteiligung an klimagerechten Infrastrukturinvestitionen, die (möglicherweise teure) Vorsorge für ausreichende Verfügbarkeit für die Brückentechnologie „Erdgas“ bis hin zu rechtzeitigen (und möglicherweise ebenfalls teuren) Markteingriffen, um das Entstehen inflationärer Tendenzen zu verhindern.

Gleichzeitig sollte die Steuerquote keinesfalls angehoben werden – in einem Hochsteuerland wie Österreich sinnvoller Weise sogar gesenkt werden – um die Standortattraktivität gerade in einer Zeit großer Unsicherheit und besonderer Gefahr von Abwanderungstendenzen zu unterstützen.

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen optimieren

Nach mehreren erfolgreichen Jahren dürfte die reale Bruttowertschöpfung der österreichischen Industrie im Jahr 2023 um etwa 3 Prozent fallen; 2024 ist bestenfalls mit einer Stagnation zu rechnen. Die missliche Lage hat nicht nur konjunkturelle Gründe. Teure Energie, die demographischen Aussichten und zunehmende geopolitische Risiken treffen auf hohe Steuern, teure Arbeitskräfte und überbordende Bürokratie. Manches lässt sich von der heimischen Politik nicht oder nur sehr langsam ändern. So werden wohl die Energiepreise für absehbare Zeit deutlich höher sein als in den USA; auch die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft muss als gegeben hingenommen werden.

Umso wichtiger ist es, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Inland so gut wie irgend möglich sind. Dazu gehören vor allem Verlässlichkeit und Planbarkeit, zunehmend auch auf europäischer Ebene. Das gilt zum Beispiel für das regulatorische und steuerliche Umfeld, für die Bereitstellung von ausreichend grüner Energie und für die Versorgung mit gut ausgebildeten Arbeitskräften. Die Wirtschaftspolitik sollte danach trachten, existierende Stärken sektorübergreifend auszubauen, anstatt zu versuchen, entgegen der Struktur komparativer Vorteile mit hohen Subventionen in Branchen aktiv zu werden, wo ausländische Wettbewerber bereits Marktmacht haben. Das ist sehr teuer und wenig nachhaltig. Geopolitische Risiken lassen sich am besten durch den Ausbau des EU-Binnenmarktes und durch Technologieführerschaft in unseren Kernbranchen adressieren.

*Univ.-Prof. MMag. Gabriel FELBERMAYR, PhD
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)*

Das alles klingt nach der Quadratur des Kreises, ist aber unter einer Bedingung möglich: der Staat konzentriert sich auf seine zentralen Aufgaben. Nicht im Sinne eines Nachwächterstaates, der alle soziale oder auch ökologische Verantwortung von sich weist, sondern analog zu einem Unternehmen, das klare Zielprioritäten setzt und diese Ziele so geradlinig wie möglich zu erreichen trachtet.

Das ständige Mantra von der Effizienzsteigerung der Verwaltung wird dabei nicht ausreichen, so wichtig diese Effizienzsteigerung auch ist. Darüber hinaus wird es zweifellos notwendig sein, die überbordenden staatlichen Tätigkeiten Punkt für Punkt auf den Prüfstand zu stellen, um deren Notwendigkeit im 21. Jahrhundert konsequent abzuklären.

Der britische Historiker und Bürokratiekritiker Cyril Northcote Parkinson hat als eines der Beispiele für bürokratisches Beharrungsvermögen die zur Zeit der Napoleonischen Kriege eingerichteten Beobachtungsposten an der Küste Englands genannt, die erst 1945 abgeschafft wurden – 130 Jahre nach der Absetzung Napoleons haben die getreuen Beobachter das Meer nach der Flotte Napoleons abgesucht. Die Beobachter haben wohl engagiert ihre Tätigkeit durchgeführt, vielleicht sogar durch Fernglas und Telefonverbindung ihre Effizienz gesteigert: Aber die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit an sich ist nie infrage gestellt worden. Dass Aufgaben und Strukturen im öffentlichen Bereich laufend fortgeschrieben und nicht grundsätzlich einer Sinnhaftigkeitsprüfung unterzogen werden, muss aufgrund finanzieller Grenzen ein Ende finden.

Zudem muss nochmals betont werden, dass das bestenfalls stagnierende Arbeitskräfteangebot – neben den finanziellen Grenzen – ein wichtiger Aspekt ist, der zu einer Durchforstung der öffentlichen Aufgaben führen muss: Der öffentliche Bereich muss schlanker werden, und dies nicht nur durch Ausgliederungen in öffentlich finanzierte Zweckgesellschaften.

Die Wirtschaft, insbesondere auch die in großen Einheiten denkende Industrie, hat in der Vergangenheit immer wieder angeboten, dem Staat bei der großen Aufgabe eines Re-Engineerings der Staatsaufgaben unterstützend zur Seite zu stehen. Offensichtlich braucht es eines gewissen Leidensdrucks, dass der Staat diesbezüglich tätig wird. Die Knappheit an finanziellen Mitteln bei gleichzeitig großen Herausforderungen und die tendenziell rückläufige Verfügbarkeit an Arbeitskräften sollten endlich jenen Leidensdruck auslösen, der zu konkreten Handlungen führt.

Obwohl der Zeitraum knapp bemessen ist und noch viele grundlegende (vor allem auch technische) Fragen ungeklärt sind, ist ein rascher Prozess der Dekarbonisierung grundsätzlich gangbar – wenn die Industrie mit ihrer hohen Innovationskraft und Umsetzungskompetenz bestmöglich eingebunden ist. Die europäischen Staaten müssen daher für Rahmenbedingungen sorgen, in denen sich das unternehmerische Geschick der Industrie entfalten kann. Aus Sicht der Industrie sind dabei folgende

politische Weichenstellungen von zentraler Bedeutung, wobei über allen Punkten noch die Forderung nach Berechenbarkeit – und damit Planbarkeit für die Unternehmen – stehen muss:

- Klare Anreize für Jugendliche Ausbildungen in technischen Bereichen zu wählen bei gleichzeitig stärkerer Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials
- Vermehrte Forschungsförderung mit Fokus auf Anwendungsorientierung und einem klaren Bekenntnis zur Technologieoffenheit
- Stärkung der unternehmerischen Investitionsbereitschaft durch Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und generelle Verschlankung gesetzlicher Vorgaben
- Ausbau der Verfügbarkeit regenerativer Energiequellen und der Energieinfrastruktur bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Versorgung mit leistbarer Energie in der Übergangszeit
- Senkung der Lohnnebenkosten und Vereinfachung der Lohnverrechnung als Mittel zur Senkung der Arbeitskosten bei gleichzeitig hoher Flexibilität des Arbeitskräfteeinsatzes
- Priorisierung der Staatsaufgaben als Voraussetzung der Senkung beziehungsweise der Umorientierung der Staatsausgaben in Reaktion auf ökologische Zielsetzungen und demografische Veränderungen.

All diese Schritte sind konkret und realisierbar. Wenn die Politik klug agiert, wird hoffentlich Anfang der 2050er Jahre ein Text beginnen können mit den Worten: „Die österreichische beziehungsweise europäische Industrie hat in den vergangenen 30 Jahren eine beispiellose Erfolgsgeschichte geschrieben...“

Teil I

**Unternehmen
in Zeiten des Wandels**

Herwig W. SCHNEIDER

2 Unternehmen in Zeiten des Wandels

Herwig W. SCHNEIDER

Kluges Engpassfaktor-Management ist eine Notwendigkeit für Erfolg. Die Wirtschaft steht heute vor vielfältigen Herausforderungen, welche Anpassungseffizienz und die Berücksichtigung neuer-alter Perspektiven erfordern.

Im Jahr 1958 hat der US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith das Buch „The Affluent Society“ verfasst und damit den Terminus der Überflussgesellschaft geprägt. Im Suktus lautet die Argumentation, dass in den USA ein erheblicher Teil der Bevölkerung in (relativer) Armut lebt, während Unternehmen versuchen Waren an jene zu verkaufen, die bereits im Überfluss leben. Abseits seiner Kritik an sozialer Ungleichheit hat Galbraith thematisiert, dass die große unternehmerische Aufgabe in einer wirtschaftlich entwickelten Gesellschaft mit wachsendem Wohlstand der Verkauf und die Vermarktung, die Suche nach Märkten und Marktnischen und die Weckung und gleichzeitig Befriedigung von Konsumbedürfnissen allem voran durch Innovation ist.

In einem bereits Jahrhunderte umspannenden Prozess hat sich der Schwerpunkt unternehmerischer Tätigkeit davor mehrfach verlagert: Von der Herstellung globaler Handelsbeziehungen im Frühkapitalismus über die Mobilisierung nationaler Produktionskapazitäten im 19. Jahrhundert zur Befriedigung zentraler Konsumbedürfnisse eines wachsenden Anteils der Bevölkerung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, symbolisiert durch die beginnende Fließbandproduktion. In all diesen Phasen war unternehmerische Tätigkeit wesentlich ausgerichtet auf eine Mobilisierung von Produktionsfaktoren, im Laufe der Zeit immer stärker begleitet von der Notwendigkeit einer bestmöglichen Kombination dieser Faktoren. Mit der Überflussgesellschaft hat sich sodann der Schwerpunkt auf den Aspekt des Absatzes verschoben, wobei Unternehmen wie früher bei der Beschaffung von Ressourcen zunehmend nationale und regionale Märkte überschritten und ihre Produkte global verkauft haben.

Die Bereitstellung entsprechender Ressourcen für die Produktion hatte zwar nicht gänzlich an Bedeutung verloren. Aber der entscheidende Engpassfaktor, der somit gleichsam automatisch ins Zentrum der unternehmerischen Bemühungen rückt, war die Erschließung aufnahmebereiter und hinreichend stabiler Absatzmärkte. Dies hat den Charakter und das Selbstverständnis unternehmerischer Tätigkeit nun über mehrere Generationen hinweg sehr geprägt. Erich Gutenberg, der wohl bedeutendste deutsche Theoretiker der Betriebswirtschaftslehre, hat diese (Neu-) Fokussierung in seinem Hauptwerk „Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre“ erklärt: Der Engpassfaktor im Gesamtprozess der unternehmerischen Tätigkeit benötigt immer die größte

planerische Aufmerksamkeit, ist somit also die zentrale Managementaufgabe; er bezeichnet dies als Ausgleichsgesetz der Planung.¹

Eben dieser Engpassfaktor verlagert sich gegenwärtig für praktisch alle Wirtschaftssektoren massiv und in ausnehmend großer Geschwindigkeit wieder zurück in Richtung der Bereitstellung von Produktionsfaktoren. In einem nahezu simultanen Prozess sind alle wesentlichen Ressourcen von einer spezifischen Form der Knappheit betroffen. Übersetzt in eine gesamtwirtschaftliche Logik sind dies die drei klassischen Größen „Boden“, „Arbeit“ und „Kapital“. Dabei wird der Produktionsfaktor Boden breit verstanden als Naturkapital, das die Verfügbarkeit an natürlichen Ressourcen (Bodenschätzen), Energie und den Umweltverbrauch miteinschließt. Neben dem Finanzkapital inkludiert der Faktor „Arbeit“ das Humankapital in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht.

Die Produktionsfaktoren ...

In den letzten Jahrzehnten waren die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital kaum limitierenden Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung, zumindest gesamtwirtschaftlich und bezogen auf die Mehrzahl der Unternehmen gesehen.

Obwohl einzelne Kostenschocks die Rohstoffmärkte in die Höhe getrieben haben (man denke etwa an die beiden Ölpreisschocks der 1970er Jahre) und gerade die Industrie mit deutlich verschärften Auflagen hinsichtlich der Emissionstätigkeit konfrontiert war, hat sich die Nutzung des Naturkapitals in den Unternehmensbilanzen kostenmäßig noch nicht so gravierend niedergeschlagen. Dazu hat nicht zuletzt auch eine laufend gesteigerte Ressourceneffizienz der Unternehmen beigetragen. Weder das Bevölkerungswachstum, noch die steigende Nachfrage durch das (globale) Wirtschaftswachstum, und auch nicht die Warnung vor „Grenzen des Wachstums“ durch die Endlichkeit von Ressourcen – erstmals breitenwirksam im Jahr 1972 durch den „Club of Rome“ – haben zu einer erkennbaren Prämie für künftige Knappheit bei den Marktpreisen für Rohstoffe und Energie geführt.

Geburtenstarke Jahrgänge am Arbeitsmarkt, verbunden mit einer deutlichen Verbesserung der durchschnittlichen Qualifikation: Diese Faktoren haben die Verfügbarkeit von Humankapital für Unternehmen in den letzten Jahrzehnten massiv gestützt. Über relativ lange Zeiträume hat in Industrieländern hinsichtlich des Humankapitals nicht nur kein Mangel, sondern sogar ein Überschuss bestanden, der sich in Form hartnäckiger Arbeitslosenraten ausgedrückt hat. Die Politik hat mit verschiedenen Maßnahmen darauf reagiert, von denen insbesondere die Frühpensionierung und die Erhöhung der Teilzeitquote mittlerweile mehr als Problem denn als Lösung gesehen werden.

Noch vor rund 50 Jahren wurden von Volkswirten in Österreich Berechnungen über Kapitallücken angestellt und mit Sorgenfalten betrachtet. In den 1980er Jahren ha-

¹ Erich Gutenberg, „Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Die Produktion“ (= 1.Bd.), erschienen 1951 (vgl. 12. Aufl. 1966, S.163).

ben hohe Zinsen als Folge weltweiter Versuche der Notenbanken die hartnäckigen Inflationsraten in den Griff zu bekommen eine nicht unbeträchtliche Zahl an Unternehmen in den Konkurs getrieben, auch in Österreich. In den letzten Jahrzehnten sind aber die Zinsen kontinuierlich auf einem so niedrigen Niveau gelegen, dass heute viele Entscheidungsträger gar keine Berufserfahrung mit signifikanten Kapitalbeziehungsweise Finanzierungskosten haben. So war auch die Finanzkrise 2008/09 ein sichtbarer Ausdruck dafür, dass im Überfluss vorhandenes Kapital jede Sorgfalt hinsichtlich der Anlagerisiken über Bord geworfen hat.

... Naturkapital ...

In der Wiederaufbauphase nach dem zweiten Weltkrieg waren rauchende Schornsteine ein Symbol für Arbeit, Einkommen und Konsumangebot. Entsprechend der Hierarchie auf einer Bedürfnispyramide hat sich die Einschätzung dieser Schornsteine verändert und sie wurden zum Symbol für die Verschmutzung der Umwelt. Daher ist der Zeitpunkt der Verabschiedung erster Umweltgesetze und des Entstehens erster Umweltbewegungen besser durch das ökonomische Sein als durch ein ökologisches Bewusstsein zu erklären.

Nach Jahrzehnten der inkrementellen Verbesserung der Umweltsituation, der Erhöhung der Ressourceneffizienz und der Verringerung von Emissionen hat sich in den letzten Jahren die Sichtweise durchgesetzt, dass dieser evolutionäre Weg zu langsam sei, um Umweltkrisen (wie Klimakrise, Verlust an Biodiversität und Verschmutzung von Land, Luft und Wasser) wirksam zu begegnen. Zudem ist der Verbrauch an Rohstoffen untragbar hoch. Daraus hat sich eine politische Strategie ergeben, die eine rasche Umwandlung der Gesamtwirtschaft vorsieht, einerseits in Richtung einer weitestgehenden Emissionsvermeidung (Klimaneutralität) und andererseits einer systemischen Kreislaufwirtschaftsstrategie.

In Europa war und ist die Kommission der Europäischen Union (EU) Schrittmacher der Festlegung von entsprechenden Zielsetzungen und Umsetzungsfristen, insbesondere in Form des „European Green Deal“ (mit mehreren Teilbereichen) und dem (noch nicht bindenden) „Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft“. Die wichtigsten Elemente des Green Deals sind im Legislativpaket „Fit für 55“ beschlossen und damit für alle Staaten der EU verbindlich, einschließlich der Zielsetzung, dass die EU insgesamt bis 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freisetzen soll. Beide Konzepte sind jedoch, insbesondere aufgrund der dafür relativ kurz bemessenen Umsetzungszeiträume, nicht innerhalb herkömmlicher Strukturen und mit herkömmlichen Technologien zu bewältigen. Abgesehen von einigen technischen Verfahren, in denen Kohlenstoffverbindungen ein wesentlicher Verfahrensbestandteil sind, liegt die größte Herausforderung in der Dekarbonisierung der Energieversorgung.

Im Zuge der Ukraine Krise hat Europa einen Eindruck davon bekommen, welche schwerwiegenden Auswirkungen aus dem Wegfall einer gesicherten Energieversorgung beziehungsweise aus einer sprunghaften Erhöhung der Energiekosten entstehen können. Schockwellen von Kostenerhöhungen haben sich mit hoher Geschwindigkeit in der gesamten Volkswirtschaft verbreitet. Genauso wie sich Schockwellen

von Energieknappheit verbreiten. Energie ist das Fundament jeder wirtschaftlichen Tätigkeit, aber auch anderer, wesentlicher Teilbereiche einer Gesellschaft – vom Gesundheitswesen über die Kommunikation bis hin zur Sicherheit.

Aus heutiger Sicht ist, selbst bei deutlichem Ausbau der Nutzung der Atomkraft, nicht zu erkennen, wie eine ausreichende Energieversorgung unter der Bedingung der Klimaneutralität im Jahr 2050 in der EU möglich sein wird. Damit zeichnet sich jene Form von Knappheit ab, die rechtzeitige unternehmerische Dispositionen notwendig macht.

.... Humankapital ...

Der Arbeitsmarkt wird durch die Demographie stark bestimmt. Datenreihen zeigen, dass die Zahl der Kinder in den Industriestaaten rückläufig ist und unter dem Reproduktionsniveau liegt. Das Reproduktionsniveau, die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl notwendige Zahl an Kindern je Frau, liegt bei 2,1; die tatsächliche Kinderzahl pro Frau liegt in der EU hingegen bei rund 1,5 – Tendenz fallend.

In der EU wird dieser Rückgang seit Jahren durch Zuwanderung ausgeglichen. Zuwanderung erhöht die Anzahl der verfügbaren Arbeitskräfte. Gleichzeitig scheiden aber viele Personen durch Erreichen des Pensionsalters verhältnismäßig früh aus dem Arbeitsprozess aus. Da die Länge der Ausbildungszeit nach wie vor ansteigt und eine wachsende Zahl an Personen (auch Männer) nur noch in Teilzeit arbeiten wollen, trocknet der Arbeitsmarkt weiter aus.

Hinzu kommt, dass trotz längeren Ausbildungszeiten die Qualifikationen vielfach nicht ideal zu den Anforderungen am Arbeitsmarkt passen. Und die Zuwanderung bringt nur teilweise Personen nach Österreich beziehungsweise in die gesamte EU, die über gesuchte Qualifikationen verfügen. Hauptwellen der Zuwanderung stehen mit politischen Krisen in Zusammenhang, wie den militärischen Auseinandersetzungen in Syrien oder der Ukraine und nicht für eine geplante oder zielgerichtete Bevölkerungspolitik.

Die Wahrscheinlichkeit wieder ansteigender Kinderzahlen ist gering. Niedrige Kinderzahlen korrelieren häufig mit Verstädterung; sollte aus Klimaschutzgründen – weniger Flächenverbrauch, kurze Wege, tatsächlich das Wohnen in der Stadt forciert werden, könnte die Kinderzahl sogar weiter sinken. Gering ist zudem auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Bereitschaft zur Aufnahme größerer Zuwandererzahlen steigt. Erst in den 2030er Jahren wird die Anzahl der in den Ruhestand abwandernden Erwerbspersonen signifikant zurückgehen; aber auch dann wird der Abgang nur schwer durch Neuaufnahmen auszugleichen sein.

Etwas Bewegung in den Arbeitsmarkt könnte kommen, sollten Unternehmen gezwungen sein ihre Personalreserven aus Kostengründen zu entlassen. Gegenwärtig halten Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter solange sie dies finanziell irgendwie tragen können und aus Sorge, bei einer Verbesserung der Auftragslage oder einem Expansionsschritt überhaupt keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr

zu bekommen. Ebenfalls Bewegung in den Arbeitsmarkt bringen die steigenden Zinsen: Diese führen zu einer wachsenden Zahl an Unternehmenszusammenbrüchen, wodurch vielfach hochqualifizierte Personen auf den Arbeitsmarkt kommen. Nur dies ist tatsächlich ein sehr hoher Preis.

Abgesehen von der steigenden Anzahl an Insolvenzen, die wohl weder aus makroökonomischer noch aus mikroökonomischer Sicht Begeisterung auslösen kann, gibt es keinen Faktor, der für eine Entspannung am Arbeitsmarkt spricht. Gleichzeitig sind die Veränderungen im Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität gewaltig und erfordern sogar zusätzliche Arbeitskräfte. Nicht nur, aber natürlich vor allem Fachkräfte in den verschiedensten, meist (umwelt)technischen Bereichen. Somit ist klar, dass das Management des Humankapitals eine ausnehmend schwierige Aufgabe bleibt und, mit Andauern der Situation, tendenziell noch schwieriger wird.

... und Finanzkapital

Im Bereich der Finanzierung ist die Gemengelage überaus vielschichtig: Einerseits gibt es enorme Volumina an Finanzkapital, die nach Anlagemöglichkeiten suchen. Diesbezüglich gibt es keinen Bruch mit der Vergangenheit. Aber die grundsätzlich verfügbaren Finanzierungsmittel mit den (wachsenden) Finanzierungserfordernissen der Unternehmen zu verbinden ist deutlich schwieriger geworden.

Der Weg in die Klimaneutralität ist mit Billionen gepflastert: Die Dekarbonisierung erfordert Investitionen, welche in ihrer Größenordnung mit der Investitionstätigkeit der letzten Jahrzehnte nicht vergleichbar sind. Staaten müssen und werden diese Investitionen fördern, aber das Hauptgewicht wird auf den Schultern der Unternehmen lasten. Dieses Gewicht ist umso schwerer, wenn Investitionen in völlig neue Technologien oder Produktionsverfahren erfolgen. Solche Vorhaben lassen sich nicht über Bankkredite finanzieren, sondern über Risikokapital. Das erfordert nicht nur ein entsprechendes (Um-)Denken in Unternehmen, sondern vor allem einen entwickelten Markt für Projektfinanzierungen. Solche Märkte sind gegenwärtig in den allermeisten EU-Ländern viel zu klein für die Herausforderung. Auch in Österreich.

Banken haben in der Vergangenheit diesen Mangel an Risikokapital auf verschiedenste Weise ausgeglichen. In seiner wildesten Form – nämlich auf der einen Seite dem Einlagekunden fixe Sparzinsen auszuzahlen und auf der anderen Seite hochriskante Geschäfte zu betreiben – ist dies nicht nur unverantwortlich, sondern durch die Regulierungsbemühungen seit der Finanzmarktkrise 2008/09 (hoffentlich) auch unmöglich. Nachdem Banken- und Finanzmarktkrisen zu den teuersten Abenteuern einer Volkswirtschaft gehören, darf es zu keiner Überforderung des Bankwesens kommen.

Stark gefordert war das Bankwesen bereits vor der Welle der Zinserhöhungen der Jahre 2022/23, welche als Reaktion auf die enorme Beschleunigung der Inflation von den Notenbanken ausgelöst wurde. Vom Glanz besonders günstiger aber variabler Zinsen geblendet, haben Unternehmen mitunter Kredite angehäuft, deren Last bei steigenden Zinsen rasch zu hoch wird. Ab einem bestimmten Volumen ist dies nicht

mehr nur das Problem des Unternehmens, sondern auch der Bank. Unternehmen, die ihre Finanzierungen langfristig zu fixen Zinsen eingegangen sind, haben dafür einen Konkurrenzvorteil. Und zwar auf Dauer der Restlaufzeit ihrer Finanzierung, denn die Zinsen werden wohl so rasch nicht auf das lange gekannte Niveau sinken.

Hohe Investitionsvolumina mit großen Risiken bei gleichzeitiger Arbeitskräfteknappheit sind lehrbuchartige Voraussetzungen für eine cost-push Inflation. Die Transformation der Wirtschaft wird teuer, und die Inflation wird dies abbilden. Angesichts bereits heute hoher Staatsschulden und einem künftig hohen Aufwand zur Unterstützung der Dekarbonisierung können sich die Staaten hohe Zinsen aber nicht leisten. Die Politik der Notenbanken wird daher sehr fein darauf abgestimmt sein müssen, Zinssätze jeweils knapp unter Inflationsraten zu halten, damit Zinsen auf die Staatsschulden der besten Schuldnerstaaten inflationsbereinigt an oder knapp unter der Nulllinie liegen.

Mit einem risikogewichteten Aufschlag werden Unternehmen entsprechend höhere Zinsen zahlen, aber die Zinssätze werden hoffentlich nicht historische Niveaus wie beispielsweise in den 1980er Jahre erreichen. Trotzdem wird es schwieriger überhaupt einen Kredit zu bekommen. Banken müssen Nachhaltigkeitskriterien in ihren Kreditportefeuilles erfassen und ihre Veranlagungen entsprechend steuern. Die Innovation zur Dekarbonisierung kann aufgrund des Risikoprofils nicht finanziert werden, und die laufende Produktion aufgrund fehlender Dokumentation zur ESG (Umwelt/Soziales/Unternehmensführung) Regulatorik ebenfalls nicht. Spätestens dann besteht höchster Handlungsbedarf für das Unternehmen.

Durchsetzung neuer Kombinationen

Die Volkswirtschaftslehre hat sich zu selten mit der Person des Unternehmers beschäftigt. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist der französische Kaufmann und Ökonom Jean-Baptiste Say. Möglicherweise da er selbst als Unternehmer tätig war, hat Say diese Rolle ausführlich behandelt und dabei die Funktion als Koordinator von Produktionsfaktoren betont. Besonders interessant ist der Abschnitt „Des Profits de l'Entrepreneur d'industrie“ aus seinem 1803 erstmals erschienen Buch „Traité d'économie politique“,² in dem er die Fülle der Aufgaben des Unternehmers anspricht und von der Funktion des Kapitalgebers trennt: „Dans le cours de tant d'opérations, il y a des obstacles à surmonter, des inquiétudes à vaincre, des malheurs à réparer, des expédients à inventer“.³

Die Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie in der Neoklassik hat die handelnde Person abstrahiert und sohin aus den Augen verloren, da sie die mathematische Gleichgewichtsbetrachtung am Markt in den Mittelpunkt gestellt hat. Erst hundert Jahre später hat der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter die Rolle des Unternehmers wieder in strukturierter Form dargestellt: „Die Funktion des Unternehmers ist, die Produktionsfaktoren zu kombinieren, zusammenzubringen.“⁴ Ausdrücklich

² Jean-Baptiste Say, „Traité d'économie politique“, erschienen 1803, (vgl. 6.Aufl. 1841, S.368ff).

³ „Im Laufe so vieler Operationen gilt es Hindernisse zu überwinden, Bedenken zu besiegen, Unglücke zu beheben und Hilfsmittel zu erfinden.“, (S.370).

⁴ Joseph Schumpeter, „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“, erschienen 1911 (vgl. 7.Aufl. 1987, S.113).

betont er, dass diese Formulierung auf Jean-Baptiste Say zurückgeht. An anderer Stelle bezeichnet er die unternehmerische Tätigkeit als das „Durchsetzen neuer Kombinationen“. Hier klingt schon das Thema an, mit dem heute Schumpeter meist in Verbindung gebracht wird – die Bedeutung der Innovation. Die Felder dieser neuen Kombinationen werden von Schumpeter aufgezählt, er nennt die Erschließung neuer Bezugsquellen, neue Produktionsmethoden, neue Organisationsformen, neue Produkte bzw. Qualitäten und neue Absatzmärkte.⁵

In seinem Text zum Stichwort „Unternehmer“⁶ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften hat Joseph Schumpeter nicht nur die fünf Bereiche wiederholt, in denen sich die unternehmerische Durchsetzungskraft manifestiert, er hat auch als besondere Auszeichnung des Unternehmers dessen Fähigkeit zur Überwindung von Schwierigkeiten genannt, auch im Bezug (wenn auch nicht explizit angegeben) zu Jean-Baptiste Say. Von den Widerständen der Umwelt und deren Überwindung durch den Unternehmer schreibt er auch in seinem vielfach als Hauptwerk angesehenen, jedoch mitunter überzogenen Buch „Capitalism, Socialism and Democracy“: „Zuversichtlich außerhalb der vertrauten Fahrinne zu navigieren und diesen Widerstand zu überwinden, verlangt Fähigkeiten (...) die sowohl den Unternehmertyp wie auch die Unternehmerfunktion ausmachen.“⁷ Obwohl sich Schumpeter der historischen Wandlung der Rolle des Unternehmers bewusst war, hat er nicht betrachtet, wie sich die Bedeutung der einzelnen Neu-Kombinationen im Zeitablauf verändert haben.

Der Vorteil, den wir heute gegenüber Joseph Schumpeter haben, sind 70 oder 80 Jahre an zusätzlicher Erfahrung: Wir erkennen, dass Geschichte nie ein Ende findet, dass der Fortschritt nie ein Ende findet. Und vor allem sehen wir, dass die „obstacles à surmonter“, die zu überwindenden Hindernisse, nie ein Ende finden. Daher bleibt die von Schumpeter so kraftvoll gezeichnete Figur des innovativen, die Produktionsfaktoren immer wieder neu zusammensetzenden Unternehmers, ein immer aktuelles Thema.

Arbeitsteilung: Die Rolle des Staates ...

Die Verknappung des Naturkapitals ist mithin eine bewusste politisch-gesellschaftliche Entscheidung. Knappheit beim Humankapital und beim Finanzkapital sind mit dieser Entscheidung zumindest partiell verwoben.

Ökonomisch liegen im Wesentlichen zwei bekannte Eingriffe des Staates vor: Eine Verteuerung (von Emissionstätigkeit und Ressourcenverbrauch), da Marktpreise bestimmte unerwünschte Effekte nicht adäquat einbeziehen; und ein Verbot (bestimmter Emissionen ab einem festgelegten Zeitpunkt), da ein Schaden besteht, der durch Zahlungen nicht adäquat abgegolten werden kann.

⁵ Joseph Schumpeter, „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“, erschienen 1911 (vgl. 7.Aufl. 1987, S.100f, 116).

⁶ Joseph Schumpeter, „Unternehmer“, Beitrag im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 1928 (vgl. Neuveröffentlichung in Kurt R. Leube (Hg), „The Essence of J.A.Schumpeter“, 1996, S. 155ff).

⁷ Joseph Schumpeter, „Capitalism, Socialism and Democracy“, erschienen 1942, deutsch: „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, erschienen 1950 (vgl. 5.Aufl. 1980, S.215).

Preise spiegeln die Einschätzungen und Bedürfnisse von Marktteilnehmern wider. Steigende Preise für bestimmte Produkte können signalisieren, dass eine noch nicht allgemein bekannte Knappheit zu erwarten ist – oder sie können das Ergebnis falscher Gerüchte sein. Im zweiten Fall zeigen die steigenden Preise auch etwas an, nämlich dass Gerüchte im Umlauf sind und Menschen diese bereitwillig glauben. Preise zeigen sohin keine objektiven Tatsachen, sondern subjektive Einschätzungen. Und subjektiv besteht (fast) immer und bei (fast) allen Marktteilnehmern eine Präferenz für „jetzt & nahe“. Folglich bilden Preise Ereignisse die geografisch oder zeitlich in der Ferne liegen wenig bis gar nicht ab. Wenn die subjektiv richtige Preisgestaltung beginnt objektive Schäden zu bewirken, kann ein staatlicher Eingriff mit Verteuerung oder Verbot tatsächlich sinnvoll sein.

Selbst bei nur oberflächlicher Betrachtung der Wirtschaftsgeschichte wird klar, dass durch hoheitliche Markteingriffe nicht nur negative externe Effekte internalisiert werden sollen. Viele Technologiezyklen wären ohne eine enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Staat viel kleiner ausgefallen: Was wäre aus dem Zeitalter der Dampflokomotive geworden, hätte der Staat nicht immer wieder defizitäre Bahnlinien übernommen und Lücken geschlossen? Das Auto als massiver Wachstumstreiber des 20. Jahrhunderts wäre ohne staatliches Straßennetz vielleicht nicht mehr als eine Jahrmarktattraktion geblieben? Ohne staatliche Rüstungsindustrie wäre die Luft- und Raumfahrt weit weg von ihrer heutigen Bedeutung, obgleich in den letzten Jahren hier immer stärker privatwirtschaftlich motivierte Aktivitäten Fuß fassen? Und die Kernenergie hätte ohne faktischer oder stillschweigender Übernahme der Risiken durch die Staaten den Bereich universitärer Forschungsstätten kaum verlassen? Ja selbst der Imperialismus des 19. Jahrhunderts wirft bis heute die Frage auf, welche Formulierung denn stimmt: „The trade follows the flag“, oder doch eher: „The flag follows the trade“.

Neu ist an der gegenwärtigen Situation, dass mit massivem Druck und massiver Unterstützung nicht eine additive Möglichkeit entsteht, sondern ein Totalumbau. Dabei müssen die Unternehmen, und hier vor allem die Industrie, das Recht auf seriöse Planung und transparente Kommunikation haben. Es ist ein ordnungspolitischer Rahmen einzurichten, der unmissverständlich und langfristige Festlegungen hinsichtlich der Rahmenbedingungen vornimmt und diese nur verändert, wenn die Gründe dafür nachvollziehbar dargelegt werden. Es müssen klare Teil- und Etappenziele vorgelegt werden, einschließlich der Konsequenzen, falls diese nicht erreicht werden. Schließlich muss dargelegt sein, wie die öffentliche Hand ihre finanziellen Kosten der Transformation tragen will. Denn eine Politik der Inflationierung der Kosten kann ebenso wenig ein tragfähiges Konstrukt sein wie ein Wildwuchs an Sonderfinanzierungen.

Diese Punkte gehören zu den Grundpfeilern einer angemessenen Markt-Ordnung. Je größer die Unsicherheit und die „obstacles à surmonter“ sind, desto wichtiger ist die Markt-Ordnung für die Orientierung der Unternehmen. Der Staat hat darauf zu achten, dass keine schweren Verwerfungen bis hin zum Marktversagen auftreten und der gesamte Prozess nicht infrage gestellt wird, oder jedenfalls die Kosten der Zielerreichung noch höher werden.

Der Staat wird nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems, wenn er in Einzelfragen eingreift. Er gibt im Umweltbereich Ziele vor, deren Erreichen jedenfalls sehr anspruchsvoll und deren Erreichbarkeit auch gar nicht sicher ist. Mit Sicherheit unerreichbar werden die Ziele, wenn der Staat im Detail vorgibt, welche Technologien und welche Prozesse die Unternehmen wählen müssen. Dann zieht er die Entscheidung über die optimale Ressourcenallokation an sich, was freilich zentrale unternehmerische Aufgabe ist.

... und die des Unternehmens

Wie kann ein innovatives Unternehmen in den nächsten Jahren außerhalb der vertrauten Fahrinne navigieren? Im Mittelpunkt steht gewiss, was unternehmerische Entscheidungsträger in ihrem eigenen Bereich tatsächlich durchführen können.

Naturkapital: Information und Anpassungseffizienz

Es ist unwahrscheinlich, dass die EU alle Pläne und Vorhaben zur Emissionsbegrenzung und Ressourcenschonung zeitgerecht und vollständig umsetzen wird. Aber sie wird tendenziell die Ziele erreichen. Eine Vorlage könnten die Konvergenzkriterien zur Währungsunion sein: Nach Punkt und Beistrich rechtzeitig geschafft haben die Beitrittsvoraussetzungen nur Luxemburg und Irland. Und dennoch wurde die Eurozone geschaffen und mehrmals vergrößert. Man wird vielleicht dann die alten Argumente hervorkramen: Man habe zwar das Ziel nicht erreicht, aber sich ausreichend in die richtige Richtung bewegt. Für die Unternehmen bedeutet dies: Man wird Spielräume bei der Zielerreichung nützen können. Aber es wird nicht nichts geschehen. Somit ist auch unternehmerisches Nicht-Handeln keine Option.

Unter Filmemachern gibt es eine Grundregel, als deren Schöpfer der Komödienregisseur Jerry Lewis gilt: Je größer das Chaos in einer Filmszene, desto exakter muss die Vorbereitung sein. Aus diesem Satz alleine ließe sich ein ganzes Lehrbuch der Betriebsführung ausarbeiten. Denn ein großes Chaos ist gleichbedeutend mit einer Situation, in der viele Fakten unbekannt sind, die Zusammenhänge unklar sind und die weitere Entwicklung in jede nur irgendwie denkbare Richtung gehen kann. In einer solchen Situation ist es entscheidend, dass man die wenigen grundsätzlich verfügbaren Informationen umso genauer kennt. Im Regelfall wird der Kern der erfassbaren Informationen das eigene Unternehmen betreffen, die Geschäftsprozesse, die Reaktionszeiten, das verfügbare Know-how. Unternehmerischer Blindflug in Bereichen, wo Information grundsätzlich verfügbar wäre, ist keine unternehmerische Qualität.

Gerade rund um das Thema des Energiebedarfs, der Energieversorgung und der Energieeffizienz sind in Unternehmen viele Daten verfügbar, bleiben aber oft unstrukturiert und nicht ausgewertet. In diesem von der Energiewende besonders betroffe-

nem Bereich müssen Unternehmen die Verfügbarkeit und Aussagekraft der eigenen Wissensschätze auf ein hohes Niveau bringen, um rasch reaktionsfähig zu sein. Entsprechende regulatorische Vorschriften für Großunternehmen mögen im Detail nicht immer sinnvoll sein und viel zu oft den Charakter einer bürokratischen Pflichtübung haben, von der Sache her sind aber verfügbare und für die Unternehmenssteuerung einsetzbare Managementsysteme im Energiebereich zweckmäßig.

Wenn zentrale Parameter, wie die Energieversorgung, auf eine neue Grundlage gestellt werden, muss eine aufmerksame Steuerung des Unternehmens auch entsprechende Richtungsänderungen vorsehen. Unter verschiedenen Schlagworten gibt es eine Reihe von Managementansätzen, wie Veränderungen und neue strategische Ausrichtungen in einem Unternehmen umgesetzt werden können. Im Kern besteht der Ausgangspunkt solcher Änderungen immer in einer gründlichen Evaluierung bestehender Geschäftsmodelle und Produktportfolios. Eine ernsthafte Analyse hilft den Handlungsbedarf wahrzunehmen und lässt die Richtung der Änderung mit konkreten Schritten erkennen.

In Zeiten von Veränderungen ist es sinnvoll Freiräume für das Unternehmen zu erweitern, auch wenn dies Geld kostet. Dazu zählt möglichst frühzeitig Ideen zu entwickeln, wie der Energie- und Rohstoffeinsatz vermindert werden kann. Oft sind dies Maßnahmen, die nicht rasch durchgeführt werden können, etwa besonders energie-sparende Wege in der Produktion oder konstruktive Ideen bei der Produktgestaltung zur Verbesserung der Wiederverwertbarkeit. Je früher solche Maßnahmen jedoch angedacht werden, umso eher können sie im Rahmen eines kontrollierten Umbaus oder einer turnusmäßigen Veränderung der Modellpalette umgesetzt werden.

Flexible Unternehmen haben explizit oder implizit das Ziel, einen möglichst geringen Anteil an Fixkosten aufzuweisen. Das ist im Regelfall und im Normalbetrieb natürlich teurer, erhöht aber mitunter die Anpassungsgeschwindigkeit beziehungsweise verringert die Anpassungskosten im Fall von unerwarteten Entwicklungen und wirtschaftlicher Rückschläge. Eine derartige Resilienz macht es Unternehmen einfacher, Entwicklungsmöglichkeiten mit einem hohen Chancen-Risiko-Profil zu verfolgen. Analog dazu wird jenes Unternehmen in Zukunft eine höhere Resilienz aufweisen, das seinen Energie- und Ressourceneinsatz im Vergleich zu den Mitbewerbern stärker verringern kann und ein höheres Maß an Flexibilität hinsichtlich der Auswahl des Energieträgers und des Rohstoffes aufweist.

Angesichts vieler Unwägbarkeiten sind nicht nur vergrößerte Freiräume wichtig, sondern auch das Denken und Planen in Szenarien: Im Optimalfall gibt es je nach Entwicklung einen Plan, der aus der richtigen Schublade gezogen wird. Für Unternehmen mag es mitunter eine wesentliche Erleichterung (etwa in der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit) sein, wenn bestimmte technologischen Lösungswege entschieden sind. Die grundsätzlich bessere Variante ist aber, möglichst lange für unterschiedliche prozessuale oder technische Lösungen offen zu bleiben. Sollte dies nicht möglich sein, etwa aufgrund limitierter Forschungskapazitäten, sind mutige (Richtungs-) Entscheidungen notwendig, auch mit entsprechender Konsequenz - etwa in Form von Partnerschaften mit Unternehmen, die in einem Wertschöpfungsverbund in

dieselbe Richtung blicken, oder, im Sinne einer Risikostreuung, einer Verbindung mit einem Unternehmen auf derselben Fertigungsstufe, das aus guten Gründen bewusst eine andere Entscheidung getroffen hat.

In der DNA von Unternehmen steckt häufig das Wachstumsgen: Neue Märkte sollen mit neuen Produkten und neuen Technologien erobert werden. Auch die Energiewende wird auf dieses Wachstumsgen angewiesen sein, denn ohne neue Produkte und neue Technologien wird es keine Energiewende geben. Aber gleichzeitig wird, stärker als in der Vergangenheit, die neue unternehmerische Kombination in der Aufgabe bestimmter Unternehmensbereiche, der Redimensionierung und möglicherweise der Ausdünnung der Präsenz in Europa und Abwanderung in andere Regionen liegen. Wer in den kommenden Jahren einen Bestseller im Bereich der Managementliteratur verfassen will, könnte mit dem Titel „Richtig Schrumpfen“ gut liegen: Die rechtzeitige Abgabe, Einstellung oder auch rechtliche Verselbständigung von nicht länger wirtschaftlich führbaren Unternehmensteilen ist eine langfristige, genau zu planende und zutiefst der unternehmerischen Neukombination zuzuordnende Aufgabe. Auch wenn sie in schmerzhaften Momenten dem Wachstumsgen und dem Eigenbild vieler Unternehmen widersprechen könnte.

Humankapital: Langfristiges Investment

Hinsichtlich des Humankapitals stehen Unternehmen vor einer quantitativen ebenso wie qualitativen Lücke. Beide Mängel können für sich alleine bereits existenzbedrohend sein. In vielen Bereichen gibt es zahllose Ansatzpunkte, wie der Staat eine Erleichterung der Situation herbeiführen könnte. Nur wann und wo wird es soweit sein? Auch wenn Unternehmen unmöglich die gesamte hoheitliche Aus- und Weiterbildungsverantwortung übernehmen können; für sie wird es keine Alternative sein, in diesem gleichermaßen entscheidenden wie kostspieligen Bereich den Gestaltungsanspruch völlig aufzugeben.

In der Praxis das größere Problem ist die qualitative Lücke, insbesondere im Technikbereich. Kurzfristig lässt sich diese Lücke kaum schließen, selbst mit viel Geld; insbesondere bei Unternehmensstandorten weit außerhalb attraktiver Ballungszentren. Normalerweise tritt jedoch ein Mangel nicht plötzlich auf, sondern lässt sich, bei einigermaßen intakter Personalplanung, langfristig absehen. Somit können unternehmerische Initiativen zur Schließung der qualitativen Lücke mit Vorbereitung konzipiert sein.

Viele Unternehmen haben eine Standortwahl getroffen, welche von der Lage der Kunden, der Erreichbarkeit oder der Verfügbarkeit von Förderungen bestimmt war. Mitunter liegen diese Standortentscheidungen lange zurück und sind gar nicht mehr im Detail zu eruieren. Ausgenommen bei Start-ups im universitären Umfeld waren Fragen hinsichtlich der Verfügbarkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Vergangenheit auch oftmals nachrangig.

Wenn aber in Zeiten des Arbeitskräftemangels die gewünschten beziehungsweise notwendigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zum Unternehmen kommen, bestehen zwei Möglichkeiten: Erstens, das Unternehmen kommt zu den potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dabei kann es sich um eine echte Standortverlagerung handeln. Warum nicht? Mehr als ein Unternehmen ist in der Vergangenheit den Kunden nachgezogen, als der Absatzmarkt den Engpass bildete; oder eine mehr oder weniger große Unternehmenseinheit wird rund um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgezogen. Die zweite Möglichkeit ist eine deutliche Intensivierung des „local sourcing“, der Anwerbung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Region. Dazu wäre aber vielfach ein anderer Zugang der Unternehmenskommunikation notwendig, sodass etwa bei der Schul- und Ausbildungswahl von Jugendlichen der Region (und deren Eltern) die Möglichkeit der Mitarbeit in einem bestimmten Unternehmen bereits mitgedacht wird. Das ist auch ein langfristiger Zugang, aber Investitionen in Sachanlagen oder in die Markterschließung haben oft langfristigen Charakter.

Nicht gering zu schätzen ist die Möglichkeit durch Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen und in Forschungsverbänden gleich mehrere Ziele auf einmal zu erreichen: Forschungskapazitäten werden geteilt und stehen damit allen beteiligten Unternehmen zur Verfügung; abgesehen vom Zugang zum Humankapital erfolgt dadurch auch eine Teilung von Kosten, erleichtert sich der Zugang zu Fördergeldern und reduziert sich das Risiko für jedes der beteiligten Unternehmen im Falle eines Scheiterns der Forschungsvorhaben. Damit verbunden ist die Notwendigkeit eines Kulturwandels im Unternehmen, hin zu einer weitgehenden Offenheit gegenüber Verbundpartnern, mit allerdings realistischer Einschätzung der sich dann neu öffnenden Gefahrenpotenziale. Die konkrete Entscheidung über die Nutzung solcher Möglichkeiten liegt wieder beim Unternehmen.

Der amerikanische Kulturanthropologe und Wirtschaftsprofessor David Graeber hat im Jahr 2018 ein interessantes Buch veröffentlicht: „Bullshit Jobs“. Er vertritt darin die These, dass auch in gewinnorientierten Unternehmen viele Personen Tätigkeiten durchführen, die bei genauer Analyse sinnlos, unnötig oder sogar schädlich sind.⁸ Das Buch und Untersuchungen, welche infolge durchgeführt wurden, legen nahe, dass es insbesondere im Bereich der Verwaltung und des mittleren Managements von Unternehmen nennenswerte Personalreserven geben könnte. Eine Neukombination von Produktionsfaktoren kann sohin auch beinhalten, die Sinnhaftigkeit von Arbeitsprozessen im Unternehmen zu überprüfen und Arbeitskraft mit konzentriertem Blick auf die neuen transformativen Herausforderungen einzusetzen.

Die demografischen Rahmenbedingungen in Österreich und Europa müssen bei einem Unternehmen, das die langfristig besten Kombinationen anstrebt, am Ende des Tages auch zu Erwägungen hinsichtlich der grundsätzlichen Wahl des Unternehmensstandortes führen: Warum sollen Produkte in Europa produziert werden, wenn außereuropäische Rohstoffe dafür importiert werden müssen (klimapolitisch bedenklich!), die notwendigen Arbeitskräfte qualitativ und quantitativ in Europa fehlen (und zudem teuer sind!) und schließlich die fertigen Produkte zu einem hohen (und

⁸ David Graeber, *Bullshit Jobs. A Theory*, erschienen 2018 (vgl. Taschenbuchausgabe 2019, S.45).

aufgrund des Wachstumsdifferentials wachsenden!) Anteils auf außereuropäischen Märkten verkauft werden? Auch wenn dies aus vielerlei Gründen zu bedauern ist, kann nicht negiert werden, dass mit guten Gründen und immer häufiger Standortentscheidungen gegen Europa gefällt werden.

**Finanzkapital:
Im neuen Maßanzug**

Unternehmen ebenso wie Banken haben in den letzten Jahrzehnten einen weiten Weg zurückgelegt, von sehr einfachen Standardprodukten hin zu maßgeschneiderten Lösungen. Dies betrifft nicht nur aber maßgeblich auch den Bereich der Finanzierung. Zumindest grundsätzlich sind Banken heute interessiert daran, für Unternehmen risikoadäquate Finanzierungsösungen anzubieten.

Dieser Prozess wird weitergehen, im Interesse der Unternehmen und der Banken. Eine wichtige Rolle kommt Unternehmen insofern zu, als dieser letztlich den besten Überblick über das Risikoprofil einer bestimmten Verwendung von Finanzierungsmiteln haben; je offener zwischen dem Finanzierungsgeber und dem Finanzierungsnehmer ein spezifisches Risikoprofil besprochen wird, desto besser wird die maßgeschneiderte Finanzierungslösung passen. Im Idealfall wird dieser Umstand das System der Hausbank stärken, denn bei einer langfristigen Kundenbeziehung ist das Wissen optimiert und (hoffentlich) auch das Vertrauen beider Seiten gegeben.

Eine wachsende Bedeutung wird die gesellschaftsrechtliche Differenzierung bei Unternehmen bekommen: Wachstumsprojekte und schrumpfende, auslaufende Unternehmensteile unter einem Dach und mit einer „one size fits all“-Finanzierung bilden keine gute Basis um die Herausforderungen zu bewältigen. Der oder die UnternehmerIn wird ein Bündel von Unternehmungen zu steuern und jeweils adäquat zu finanzieren haben, welche völlig unterschiedliche Charakteristiken aufweisen.

Klar ist, dass der Finanzbedarf wachsen wird. Da die Finanzierungswege höchst individuell sein können, hat an dieser Stelle ein Blick in Details wenig Sinn. Allerdings gibt es einen Faktor, der erneut von besonderer Bedeutung sein wird: Information. In einem Umfeld mit hohen Unsicherheiten wird sich ein Finanzierungspartner leichter gewinnen lassen, wenn dieser den Eindruck hat, dass ein Unternehmen ausgezeichnet über sich selbst informiert ist und über ein angemessenes Instrumentarium zur Unternehmensteuerung verfügt. Diese Fähigkeit der Selbstauskunft ist zudem wichtig, wenn es um die Nutzung von Fördermöglichkeiten geht. Es besteht aus heutiger Sicht kein Zweifel, dass die öffentlichen Fördertöpfe für die Erreichung der Klimaneutralität noch deutlich größer sein müssen, als sie es heute sind. Dennoch (oder gerade deshalb) werden diese Fördertöpfe keine Selbstbedienungsläden sein, sondern auf sehr genaue Dokumentationen bestehen.

Informationsverfügbarkeit ist somit eine zentrale Voraussetzung, um das unternehmerische Handeln in allen Engpassbereichen wirksam werden zu lassen.

Schlussbemerkung

Moderne Entscheidungsträger von Unternehmen müssen professionelles Anpassungsmanagement betreiben können und im Management knapper Ressourcen erfolgreich sein. Es gibt in Österreich viele Unternehmen, die vor großen Herausforderungen stehen, aber gleichzeitig die Fähigkeiten besitzen, diese bewältigen zu können. Diese verdienen auf ihrem Weg jegliche Unterstützung, auch seitens der heimischen Industrewissenschaft.

Letztendlich steht nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftliche Erfolg der heimischen Industrie am Spiel. Denn wenn Produktionsfaktoren der neue Engpass sind und sich die Wirtschaftswelt in eine Situation der Knappheit wandelt, dann hat dies zwangsgebunden auch gewaltige gesellschaftliche Auswirkungen.

Ich danke Hrn. Christoph Hartmann für den regen fachlichen Austausch und seine wertvolle Rechercheunterstützung im Rahmen der Erstellung dieses Textbeitrages.

Teil II

**Struktur und Entwicklung der
Industrie Österreichs**

Ronald SCHEUCHER
Peter LUPTÁČIK

3 Produktionsleistung, Wachstum und Konzentrationsprozesse

- Die Industrie ist im Jahr 2021 mit einem Output von 206 Mrd. Euro (knapp 40% Anteil) der mit Abstand bedeutendste Teil der gewerblichen Wirtschaft.
- Hohe positive Wachstumsdynamik des industriellen Sektors zeigt sich zwischen 2015 und 2021 (Ausnahme: das Multi-Krisen-Jahr 2020).
- Die über die letzten Jahre stärker gelaufenen Konzentrationsprozesse haben sich 2021 deutlich verlangsamt. Die relative Output-Leistung der Großunternehmen (129 Mrd. Euro) geht erstmals zurück.
- Outsourcing ist speziell ein Thema für KMU (Rückgang der Nettoquote zwischen 2015 und 2021 um 21%); gegenläufiger Trend bei Großunternehmen.

Unabhängig vom starken Wachstum des tertiären Sektors in westlichen Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten bleibt die Industrie weiter ein zentrales Element der heimischen Wirtschaftspolitik und ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Industrie hat in Österreich Tradition. Sie spielt eine besondere systemische Rolle, eine Rolle, die anderswo bereits vor längerer Zeit verloren gegangen ist. Im Vergleich westlicher Industriestaaten zeigt sich dann auch der große Beitrag des Sektors zur Leistung der heimischen Volkswirtschaft. In der Europäischen Union liegt Österreich mit einem Anteil der Industrieproduktion (ohne Bauwirtschaft) am BIP von 22% knapp hinter Spitzenreiter Deutschland (24%) mit an der Spitze⁹. In den folgenden Abschnitten geben wir unter Berücksichtigung rezenter Daten einen Überblick über die aktuelle Situation des industriellen Sektors in Österreich und über seine Entwicklung in den letzten Jahren (2015 bis 2021 bzw. 2022). Im Mittelpunkt der Diskussion stehen dabei neben der Analyse der relativen Leistungskraft des Sektors und seiner Teile, Wachstums- und Konzentrationsprozesse, die finanzielle Performance seiner Branchen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Industriebeschäftigung und zukunftsgerichtete Aktivitäten wie Innovation und Umweltschutz.

Die besondere Bedeutung der Industrie für Österreich zeigt sich vor allem über ihre Produktionsleistung. Zwischen 2015 und 2021 steigt der Industrie-Output um 33% (bzw., bereinigt um die Gas- und Wärmeversorgung¹⁰, um knapp 19%). Mit einem Produktionswert (PW) von rund 206 Mrd. Euro bzw. einen Anteil von über 39% im Jahr 2021 ist der Sektor weiterhin das Herzstück der gewerblichen Wirtschaft¹¹ (der zweitstärkste Sektor Gewerbe & Handwerk liegt im Vergleich dazu bei 21%, der me-

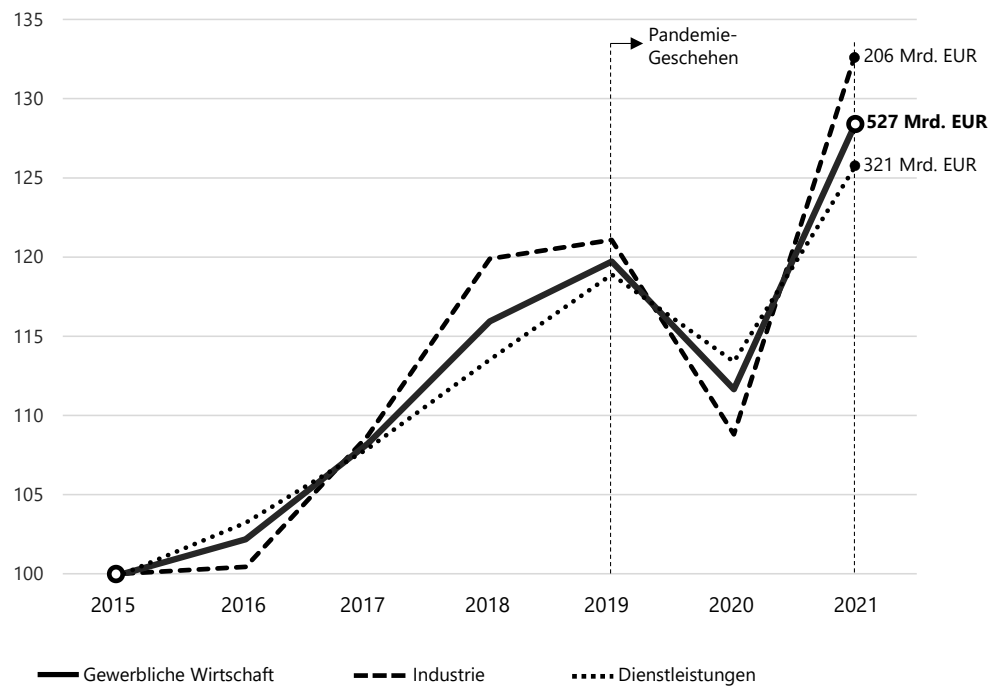
⁹ Quelle: Eurostat 2023 (Gliederung des Bruttoinlandsprodukts und Einkommens nach A*10 Wirtschaftsbereichen); nicht berücksichtigt werden von uns in diesem Vergleich die Republik Irland mit ihrer besonderen Situation und einige der neueren EU-Mitgliedsländer (vormals kommunistische Staaten).

¹⁰ Sonderfall der Gas- und Wärmeversorgung: im Zuge öffentlicher Strategien im Zusammenhang mit Umweltschutz (Förderungen), der Entstehung neuer Produkte und vor allem wegen der Preissprünge 2021 in der relevanten Periode wird über den Zeitraum 2015-2021 mit +193% ein dramatisches nominelles PW-Wachstum realisiert.

¹¹ Sektoren der Gewerblichen Wirtschaft: Gewerbe & Handwerk, Industrie, Handel, Banken & Versicherungen, Transport & Verkehr, Tourismus und Freizeitwirtschaft und Information & Consulting.

dial stark präsenste Tourismus bei nur knapp 5%). Dies alles gelingt vor dem Hintergrund multipler politischer, sozialer und wirtschaftlicher Krisen, wie z.B. der COVID-19-Pandemie, die allerdings die heimische Wirtschaft und damit auch die Industrie deutlich treffen. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors der letzten Jahre im Vergleich. Vor dem Jahr 2020 treibt die Dynamik der Industrieproduktion die Gesamtleistung der gewerblichen Wirtschaft, speziell auch des Dienstleistungssektors (siehe dazu u.a. das Industriebuch des Industriewissenschaftlichen Instituts 2021). Nach einem deutlichen Einbruch der Produktion im Jahr 2020 (-10%), angestoßen vor allem durch Pandemie-bedingte Marktphänomene (z.B. Lieferengpässe durch Störung der Wertschöpfungsketten, breiter Ausfall von Arbeitskräften, Verunsicherung von Investoren und Konsumenten) und begleitet durch akkommodierende wirtschaftspolitische Maßnahmen (z.B. Kurzarbeit), erlebt die Industrie 2021 mit einem Wachstum von über 22% (nicht zuletzt durch den deutlichen Anstieg der nominellen Produktionsleistung der Industriegruppe Gas & Wärme) jedoch ein starkes Comeback.

Abb. 1: Produktionswert der Industrie (Entwicklung 2015-2021; indiziert)

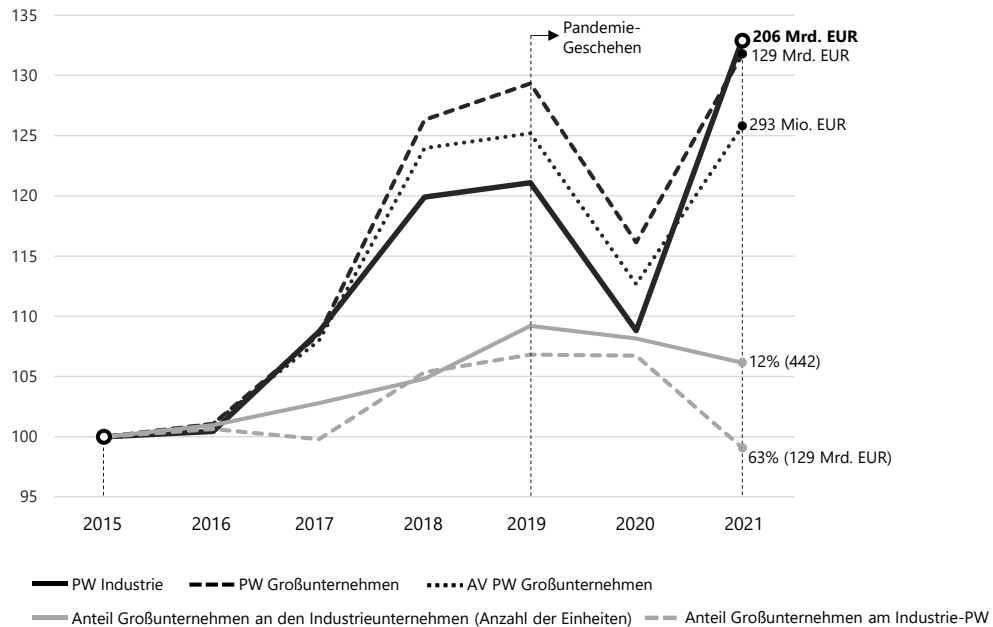


Anm.: PW (Produktionswert); Indizierte Entwicklung (2015 = 100)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

Der Leistungsrückgang im Jahr 2020 hat auch Auswirkungen auf den über die letzten Jahre beobachtbaren Konzentrationsprozess im Bereich der Industrie. Während über die letzten 10 bis 15 Jahre vor Pandemie-Ausbruch eine deutliche Entwicklung in Richtung größerer Einheiten sichtbar war (z.B. Rückgang der Zahl an KMU von knapp 7% zwischen 2015 und 2019), ändert sich mit der Pandemie-Krise 2020/2021

das Bild (siehe dazu Abbildung 2). Die Output-Leistung der Großunternehmen erholt sich zwar mit 13% 2021 gegenüber dem Vorjahr deutlich (129 Mrd. Euro), relativ zum Produktionswert (PW) des Industrie-Sektors geht sie jedoch erstmals seit 2015 zurück (Stand 2021: 63%). Auch der Anteil der großen Einheiten (Non-KMU) an den Industrieunternehmen nimmt zwischen 2015 und 2021 leicht ab und beträgt 2021 knapp 12,5% (absolut 442). Im Gegenzug steigt die Zahl der Klein- und Mittelunternehmen (KMU) im selben Zeitraum um 4% auf über 3.100 Einheiten; der Produktionswert der KMU wiederum steigt stark um 40% auf knapp 77 Mrd. Euro im Jahr 2021. Dies sind rund 37% der gesamten Output-Leistung der Industrie.

Abb. 2: Industrie - Konzentrationsprozesse (Entwicklung 2015-2021; indexiert)



Anm.: PW (Produktionswert); AV (Average/Durchschnitt); Indexierte Entwicklung (2015 = 100)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

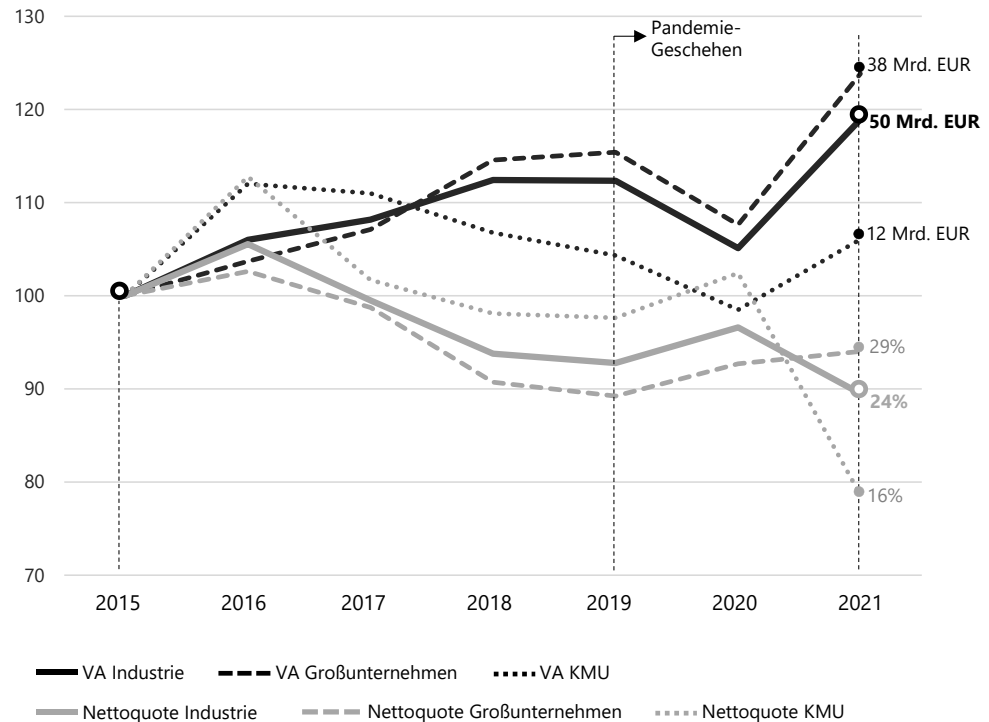
Die starke Rolle der Industrie in der heimischen Volkswirtschaft zeigt sich auch an ihrem hohen relativen Anteil an der Wertschöpfung¹². Mit rund 24% (bzw. mit über 50 Mrd. Euro) liegt man knapp vor dem Sektor Gewerbe und Handwerk (23% bzw. 49 Mrd. Euro) an der Spitze der Gewerblichen Wirtschaft. Zwischen 2015 und 2021 steigt die industrielle Wertschöpfung dabei um 19%, bleibt damit allerdings deutlich hinter der Output-Entwicklung im selben Zeitraum (+33%) zurück. Dies zeigt sich u.a. in einem starken Rückgang der Nettoquote¹³ der Industrie, die 2021 bei rund 89% des 2015-Niveaus liegt (siehe dazu Abbildung 3). Berücksichtigt man allerdings die Verzerrungen durch die nominelle Performance der Gruppe Gas & Wärme (Rückgang der Nettoquote: -70% zwischen 2015 und 2021) dann entwickeln sich PW

¹² Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten (laufende Preise): Differenz von Produktionswert (PW) und dem Wert der Vorleistungen Dritter im Bereich Güter und Dienstleistungen.

¹³ Nettoquote: Relation von Wertschöpfung zu Produktionswert (bzw. Output).

(+19%) und VA (+20%) einigermaßen synchron, d.h. es sind im bereinigten Industriemittel kaum Veränderungen in der Nettoquote zu beobachten.

Abb. 3: Wertschöpfung der Industrie (Entwicklung 2015-2021; indexiert)



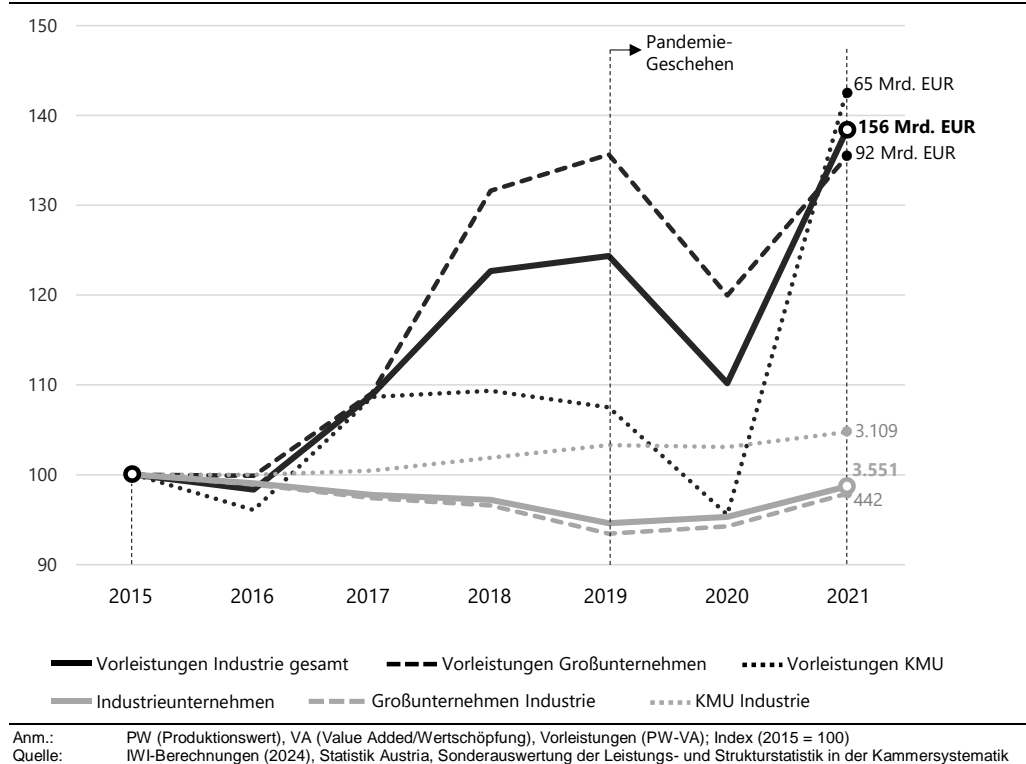
Anm.: PW (Produktionswert), VA (Value Added/Wertschöpfung); Nettoquote (VA/PW); Index (2015 = 100)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

Die Entwicklung der Nettoquote ist eng mit der konkreten Organisation der Fertigung in den einzelnen Unternehmen bzw. entlang von Supply Chains verbunden. Die Reorganisation der Produktion (z.B. Anpassung der Fertigungstiefen) wird allerdings von Industrieunternehmen im Betrachtungszeitraum, u.a. auch in Abhängigkeit von der Betriebsgröße, durchaus unterschiedlich stark als strategische Option genutzt (siehe dazu Abbildung 4). Während es bei KMU des industriellen Sektors eine deutliche Tendenz in Richtung Outsourcing bzw. zu einer geringeren Fertigungstiefe gibt (Veränderung der Nettoquote zwischen 2015 und 2021: -21%; Nettoquote 2021: 16%), verläuft diese Entwicklung bei größeren Einheiten der Industrie (GU) im selben Zeitraum deutlich schwächer (-6%); seit 2019 kehrt sich hier der Trend zudem leicht um (Zuwachs der GU-Nettoquote zwischen 2019 und 2021 um über 5% auf 29%).

Insgesamt werden von der Industrie 2021 Vorleistungen von rund 156 Mrd. Euro bezogen; dies ist ein Wachstum von über 38% gegenüber dem Jahr 2015. Der Anstieg fällt dabei (siehe auch Nettoquote) im Bereich der KMU mit über 42% deutlich stärker aus als im Bereich der größeren Einheiten (35%). 2021 kommen dabei auf

jeden Euro Wertschöpfung der kleinen und mittleren Unternehmen über 5 Euro an Vorleistungen, im Bereich der Großunternehmen sind es hingegen nur knapp 2,40 Euro. Damit lassen sich größere Betriebsgrößen nicht allein über Skaleneffekte („Scaling“ von Produktionsprozessen) erklären, sondern vor allem auch über einen relativ zu KMU hohen Grad der vertikalen Integration¹⁴, was wiederum ein Hinweis auf nicht-genutzte Potenziale in der Organisation der Fertigung der Großunternehmen sein kann. Im Industrieweiten Mittel liegt der Wert der Vorleistungen pro Euro Wertschöpfung 2021 bei 3,10 Euro. Dies ist gleichzeitig auch der höchste Wert unter allen Sektoren der Gewerblichen Wirtschaft (Mittelwert 1,50 Euro). Er steht für die besonders hohe Vernetzung der Industrie mit den anderen Sektoren der Volkswirtschaft und ist damit auch ein Hinweis auf die große Bedeutung des Sektors als Vehikel im Rahmen von Wachstumsstrategien der Wirtschaftspolitik. Allerdings zeigen sich zwischen den einzelnen Industriezweigen (Branchen) in Struktur und Performance oft deutliche Unterschiede. Auf sie wollen wir in der Folge näher eingehen.

Abb. 4: Fertigungstiefe und Outsourcing der Industrie (Entwicklung 2015-2021; indexiert)



¹⁴ Der Grad der vertikalen Integration zielt hier nicht allein auf die bloße Anzahl der integrierten Produktionsstufen (vertikal gelagerte Produktionsprozesse) ab, sondern vor allem auch auf den Wertzuwachs (Kosten der eingesetzten Produktionsfaktoren) über die integrierten Produktionsstufen.

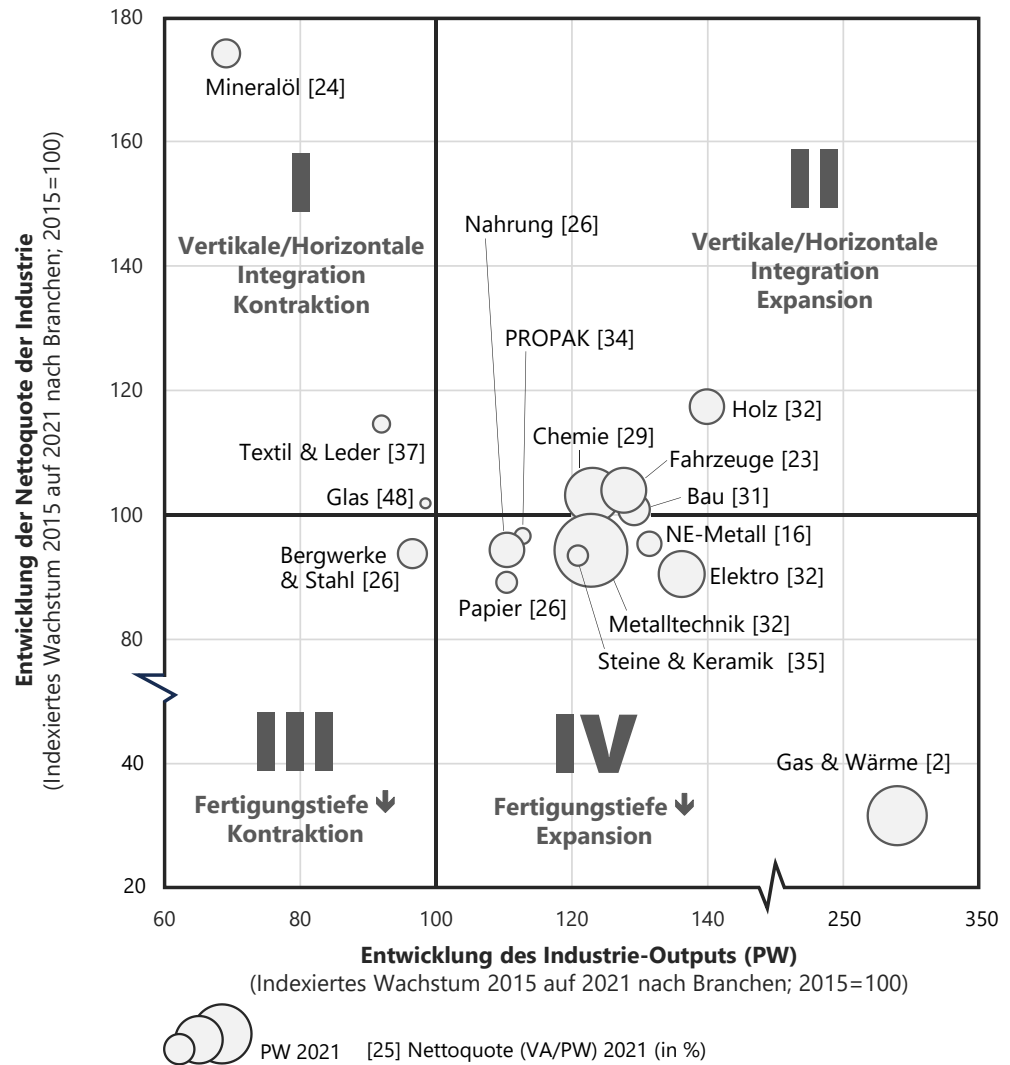
Die Leistungsentwicklung des industriellen Sektors (+33%¹⁵) über die letzten Jahre ist durchaus ambivalent. Einige Industriezweige zählen hier zu den Gewinnern, andere haben teilweise deutliche Einbußen in der Output-Leistung zu verzeichnen (siehe dazu Abbildung 5¹⁶). Zu den „rückläufigen“ Branchen (Betrachtungszeitraum 2015-2021) zählen dabei die Bereiche Bergwerke und Stahlindustrie (-3,5%), die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie (-8%), die Glaserzeugung (-1,6%) und die Mineralöl-Industrie (-31%). Eine besonders ausgeprägte Performance verzeichnen hingegen u.a. (abgesehen vom Sonderfall der Gas- und Wärmeversorgung) die Fahrzeugindustrie (+28%), die Bauindustrie (+29%), die NE-Metallindustrie (+31%) und die Elektro- und Elektronikindustrie (+36%). Der Anteil der „Big 4“¹⁷ der heimischen Industrie ist dabei zwischen 2015 und 2021 leicht rückläufig (-2,9 Prozentpunkte auf rund 51% des Industrie-PW bzw. auf rund 105 Mrd. Euro). Ohne Berücksichtigung des im Betrachtungszeitraum nominell stark steigenden Outputs der Gas- und Wärmeversorgung werden jedoch deutliche Zugewinne der 4 Industriegruppen sichtbar (+3,6 Prozentpunkte auf rund 62% des Industrie-PW).

¹⁵ Ohne Gas- und Wärmeversorgung beträgt das Produktionswachstum des industriellen Sektors zwischen 2015 und 2021 (im Mittel) 19%.

¹⁶ In der Darstellung der Performance der Industriezweige werden im Rahmen der gegenständlichen Analyse Abkürzungen für die einzelnen Branchen verwendet: Bergwerke & Stahl (Bergwerke und Stahlindustrie), Mineralöl (Mineralölindustrie), Steine & Keramik (Stein- und keramische Industrie), Glas (Glasindustrie), Chemie (Chemische Industrie), Papier (Papierindustrie), PROPAK (Produkte aus Karton und Papier), Bau (Bauindustrie), Holz (Holzindustrie), Nahrung (Nahrungs- und Genussmittelindustrie), Textil & Leder (Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie), Gas & Wärme (Gas- und Wärmeversorgung), NE-Metall (NE-Metallindustrie), Metalltechnik (Metalltechnische Industrie), Fahrzeuge (Fahrzeugindustrie) und Elektro (Elektro- und Elektronikindustrie).

¹⁷ „Big 4“ der österreichischen Industrie: Metalltechnische Industrie (PW 2021 44,3 Mrd. Euro), Chemische Industrie (PW 2021 25,5 Mrd. Euro), Fahrzeugindustrie (PW 2021 17,3 Mrd. Euro) und Elektro- und Elektronikindustrie (PW 2021 18,2 Mrd. Euro). Nicht berücksichtigt in dieser spezifischen Klassifikation ist die Gas- und Wärmeversorgung. Mit ihrer Produktionsleistung von über 37 Mrd. Euro im Jahr 2021 ist sie bereits die klare Nummer 2 in Österreich.

Abb. 5: Industriegruppen – Leistung und Organisation der Produktion

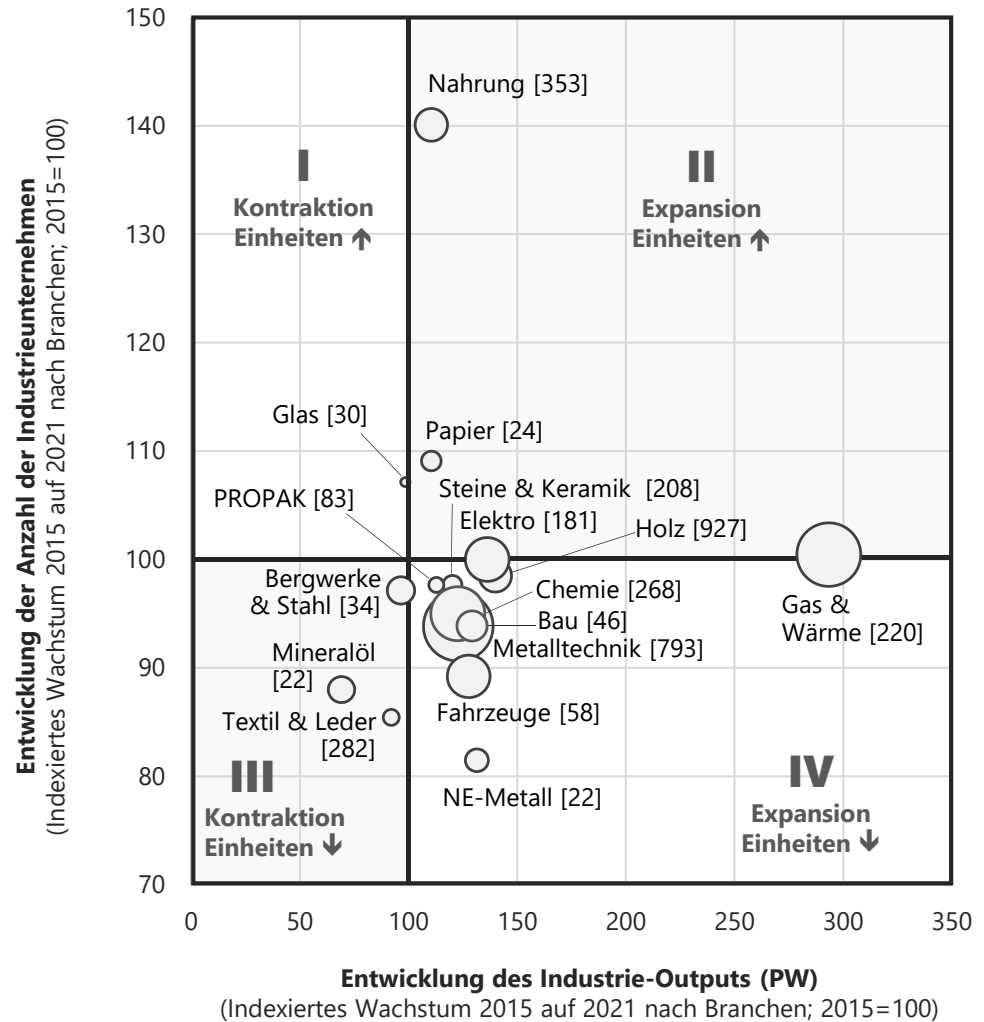


Anm.: PW (Produktionswert), VA (Value Added/Wertschöpfung), Nettoquote (VA/PW)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik

Unterschiede zwischen den einzelnen Industriezweigen zeigen sich jedoch vor dem Hintergrund der Leistungsentwicklung auch in Bezug auf die Organisation der Produktion. So hat z.B. die Fertigungstiefe (dargestellt anhand der Entwicklung der Nettoquote) über die letzten Jahre in einigen Industrien teilweise deutlich abgenommen (Abbildung 5). Es verlieren z.B. (neben dem Sonderfall Gas & Wärme -70%) vor allem die Gruppen NE-Metallindustrie (-5%), die Metalltechnische Industrie bzw. die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (beide knapp 6%), die Elektro- und Elektronikindustrie (knapp 10%) und die Papierindustrie (11%). Aus der Kombination der Ver-

änderungen im Industrie-Output und in der Nettoquote lassen sich den einzelnen Industriegruppen mehr oder minder deutlich einzelne strategische Szenarien zuordnen. Im Quadranten II (Q II) unseres strategischen Portfolios in Abbildung 5 werden durch vertikale und horizontale Integration von leistenden Einheiten in das Produktionssystem der Branche (i.e. heimische Branchenproduktion) u.a. Größen- und Verbundvorteile (Synergien) in PW-Wachstum umgesetzt. Die damit steigende Nettoquote kann nun grundsätzlich unabhängig von der Entwicklung der Anzahl der Industrieunternehmen (siehe dazu Abbildung 6) realisiert werden (z.B. über den Ersatz von Importen). Im Falle der in QII vertretenen Branchen kommt es jedoch vor allem auch zu einer „Marktbereinigung“. So verringert sich die Anzahl der Unternehmen in der Fahrzeugindustrie in der Betrachtungsperiode um fast 11%, während die durchschnittliche Unternehmensgröße (gemessen am Produktionswert) um über 43% ansteigt. Im Bereich der Holzindustrie wiederum verringert sich die Anzahl der Unternehmen um rund 7%, die mittlere Größe der Einheiten steigt hingegen um 50%.

Abb. 6: Industriegruppen - Konzentrationsprozesse



PW 2021

[25] Anzahl der Unternehmen 2021

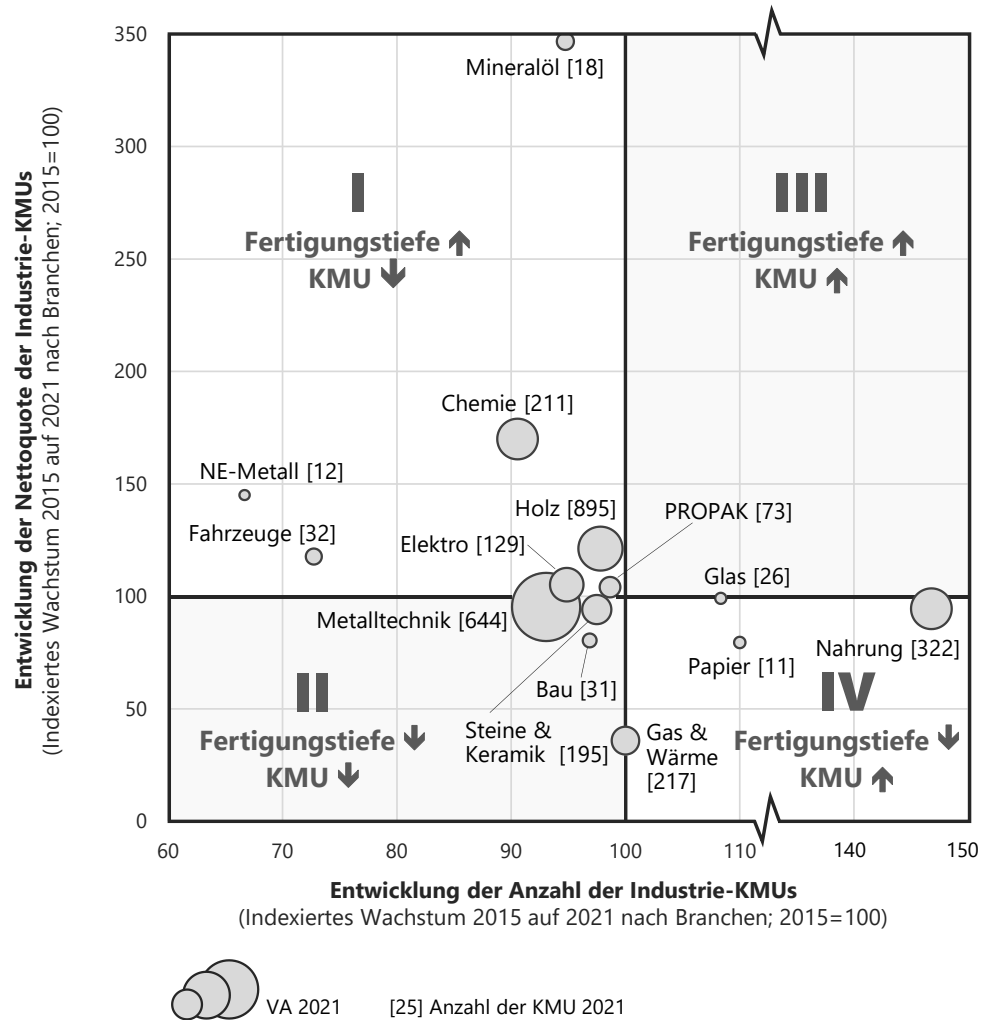
Anm.: PW (Produktionswert), PROPAK (Produktion aus Papier und Karton)
Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

Für den Quadranten IV (Q IV in Abbildung 5) stellt sich die Situation deutlich komplexer dar. Die relativen Verluste an Wertschöpfung (sinkende Nettoquote) bei gleichzeitiger Expansion des Industrie-Outputs (steigender Produktionswert) deuten eher auf Verluste ans Ausland hin (i.e. steigende Importquote des betreffenden Industriezweigs). So weist z.B. die NE-Metallindustrie im Zeitraum 2015-2021 bei wachsendem Industrie-Output (+31%) eine fallende Nettoquote (-5%) aus, gleichzeitig geht

die Anzahl der Unternehmen zurück (-19%). Während dabei vor allem KMU aus dem Markt ausscheiden (siehe dazu Abbildung 7), wird Wertschöpfung ins Ausland verlagert. Anders die Situation im Bereich der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Auch hier nimmt zwar die Produktionsleistung im Beobachtungszeitraum zu (+10%) und die Nettoquote ab (-6%), die Anzahl der Einheiten im Industriezweig steigt jedoch hingegen stark an (+40%). Dies deutet u.a. auf eine stärkere Ausdifferenzierung des Markts der Industrieendprodukte und damit der Produktion selbst hin, die allerdings eher über kleinere Einheiten läuft. Dies zeigt sich u.a. am deutlichen Wachstum des KMU-Segments im Bereich der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Zwischen 2015 und 2021 steigt die Anzahl der Klein- und Mittelunternehmen der Gruppe um 46%.

Quadrant I (Q I) in Abbildung 5 beschreibt die Kombination aus einer steigenden Nettoquote (2015-2021) und fallendem Output (Produktionsrückgang). Dies weist einmal mehr (siehe auch oben) auf Prozesse horizontaler und vertikaler Integration hin, die auf die Erzielung von Synergien (Kosteneinsparungen) gerichtet sind. So steigt z.B. die Nettoquote im Bereich der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie vor dem Hintergrund einer rückläufigen Produktion (-8%) im Beobachtungszeitraum deutlich (+15%), während gleichzeitig die Anzahl der Unternehmen im Rahmen von Konzentrationsprozessen um knapp 15% fällt. Quadrant III (Q III) schließlich, zeigt Kombinationen aus sinkendem Industrie-Output und fallender Nettoquote. Im Falle der Gruppe Bergwerke und Stahl ist ein leichter Produktionsrückgang im Zeitraum 2015 bis 2021 von 3,5% beobachtbar, während die Nettoquote des Industriezweigs um über 6% sinkt. Da es im Besatz des Segments zudem kaum Veränderung gibt (Anzahl der Unternehmen sinkt um 3%), ist davon auszugehen, dass bisherige In-House-Produktion in den letzten Jahren nur in geringem Ausmaß ausgelagert wurde.

Abb. 7: Industriegruppen – KMU und Marktprozesse



Anm.: Produktionswert (PW), VA (Value Added/Wertschöpfung), Nettoquote (VA/PW), PROPAK (Produktion aus Papier und Karton), Index-Basis 2015 (Ausnahmen: Glas 2018, Papier 2014, Gas & Wärme 2012)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

In den oben beschriebenen Entwicklungen der einzelnen Industriezweige gibt es jedoch teilweise auch bedeutende Unterschiede in Bezug auf ihre Auswirkungen auf einzelne Unternehmensklassen. Wir unterscheiden in der Folge zwischen Großunternehmen und KMU gemäß der im Rahmen der Leistungs- und Strukturstatistik der Statistik Austria (2023) getroffenen Definitionen. Trotz schwierigem Marktumfeld (Pandemie, Supply Chain-Unterbrechungen, Energiepreisanstieg, Fachkräftemangel, internationaler Wettbewerb, etc.) ist die Zahl der Industrieunternehmen im Zeitraum zwischen 2015 und 2021 (netto) insgesamt nahezu gleichgeblieben (-1,3%).

Auf Ebene der Industriezweige zeigt sich jedoch, dass fast alle Gruppen im Beobachtungszeitraum Rückgänge zu verzeichnen haben, die teilweise auch recht deutlich ausfallen. So zählen u.a. die NE-Metallindustrie (-18%), die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie (-15%), die Mineralöl-Industrie (-12%) und die Fahrzeugindustrie (-11%) zu den großen „Verlierern“ der Marktprozesse der letzten Jahre. Dem gegenüber stehen vor allem die starken Zugewinne der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (+40%) und der Papierindustrie (+9%). Getragen wird das Wachstum in den beiden letztgenannten Fällen durch Zugewinne im Bereich der KMU. Im Falle der Nahrungs- und Genussmittelindustrie wird zudem ein Rückgang im Bereich der Großunternehmen (GU) deutlich überkompensiert.

Insgesamt, über alle Industriezweige betrachtet, kommt es allerdings zwischen 2015 und 2021 zu einer leichten Verschiebung in Richtung Großunternehmen, die insgesamt ihre Anzahl halten können, während die KMU rund 6% im Bestand einbüßen. Mit rund 88% Anteil an allen Industrieunternehmen haben die KMU jedoch weiterhin eine hohe industriepolitische Relevanz. Die Industriegruppen mit dem höchsten Anteil an KMU sind dabei die Gas- und Wärmeversorgung (99%), die Holzindustrie (97%), die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie (96%), die Stein- und keramische Industrie (94%) und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (91%).

4 Wettbewerbsfähigkeit auf Auslandsmärkten

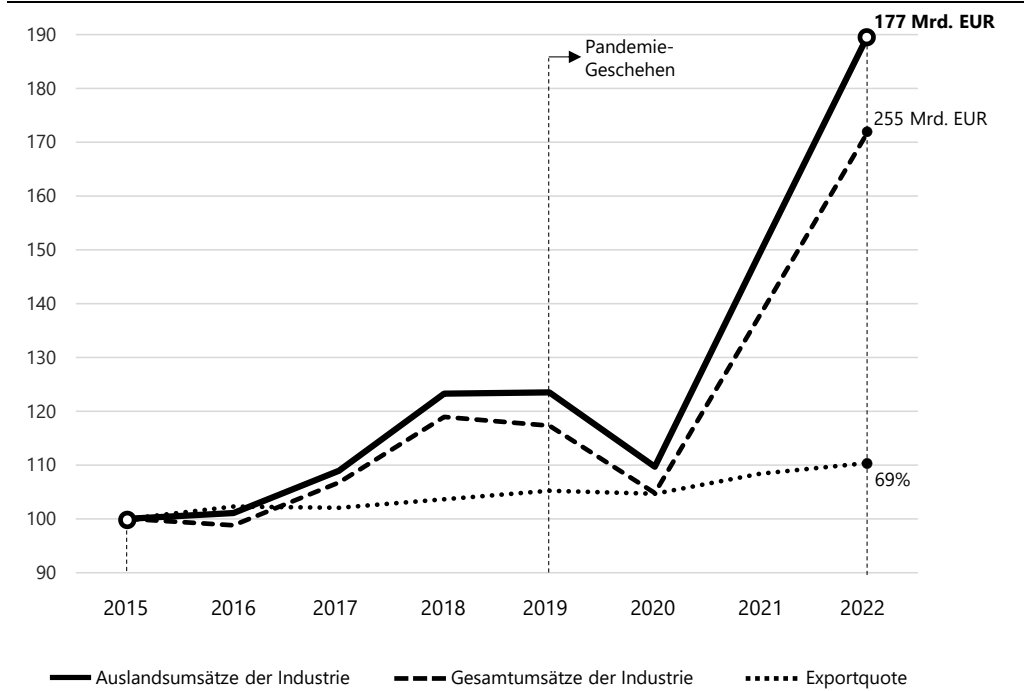
- Hohe Exportleistung der heimischen Industrie: Fast 70% der Umsatzerlöse der Industrieunternehmen werden im Jahr 2022 im Ausland erwirtschaftet.
- Zwischen 2015 und 2022 steigt der (nominelle) Wert der Exporte um fast 90%.
- Die einzelnen Industriegruppen unterscheiden sich stark in ihrer Exportleistung. Wertmäßig an der Spitze liegt die Metalltechnische Industrie mit einem Auslandsumsatz von fast 38 Mrd. Euro (21% aller Industrieexporte); dahinter folgen die Elektro- und Elektronikindustrie mit 21 Mrd. Euro und die Fahrzeugindustrie mit 15 Mrd. Euro (beide mit Exportquoten von je 84%).

Als kleine offene Volkswirtschaft¹⁸ ist Österreich geprägt von der starken Exportorientierung seiner Industrie. Fast 70% der Umsatzerlöse des Sektors (i.e. Exportquote) werden dabei im Jahr 2022 im Ausland erwirtschaftet. Zwischen 2015 und 2022 steigt der (nominelle) Wert der Exporte um fast 90% (i.e. mittleres jährliches Wachstum von rund 11%). Abbildung 8 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Umsatzerlöse und Exporte der heimischen Industrie. Im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie geht das Auslandsgeschäft der Industrie deutlich zurück (-11% von 2019 auf 2020). Danach wird verlorenes Terrain rasch aufgeholt. Zwischen 2020 und 2022

¹⁸ Bei Importen von 215,3 Mrd. Euro (+20,6% gegenüber dem Vorjahr) und Exporten von 194,7 Mrd. Euro (+17,6%) realisierte Österreichs Wirtschaft im Jahr 2022 ein Handelsbilanzdefizit von rund 20,6 Mrd. Euro; ein deutliches Plus von 60%, das vor allem auf teure Energieimporte zurückzuführen ist (Statistik Austria 2023, Pressemitteilung: 13 099-127/23, online 201123; www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/06/20230628Aussenhandel2022.pdf).

steigen die Auslandserlöse der Industrie um über 72%¹⁹. Die Exportquote wiederum steigt im Zeitraum 2015 bis 2022 mit einer mittleren jährlichen Rate von 1,3% leicht, aber beständig.

Abb. 8: Exporte – Auslandsumsätze der Industrie (Entwicklung 2015-2022; indexiert)



Anm.: Exportquote (Umsatzerlös im Ausland zu Gesamterlös), Index (2015 = 100)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammersystematik

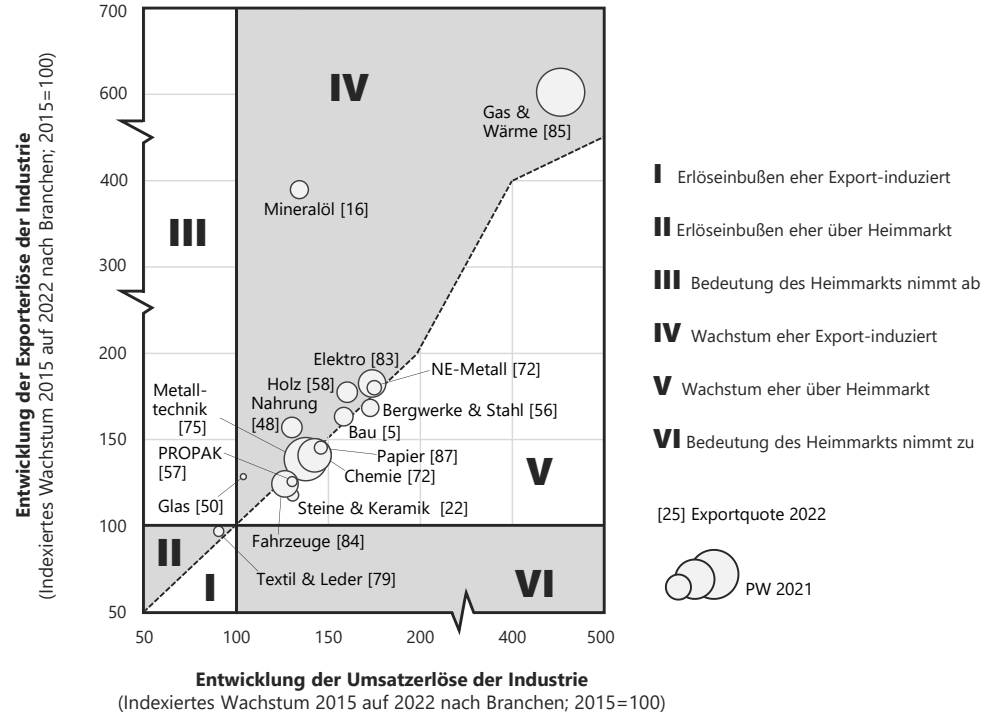
Exporte sind Wachstumstreiber der Industrie und letztlich ein Statement über die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Sektors. Gleichzeitig gibt es allerdings bedeutende Unterschiede zwischen den einzelnen Industriezweigen in Bezug auf ihre Exportleistung, dem aktuellen Niveau der Exporte und ihrer Entwicklung über die Zeit. Die exportstärkste Gruppe der heimischen Industrie ist (bei Nicht-Berücksichtigung des Sonderfalls Gas- und Wärmeversorgung) weiterhin der Bereich Metalltechnik mit einem Erlösvolumen im Ausland von 37,5 Mrd. Euro und einem Anteil an den Exporten der Industrie von 21% im Jahr 2022. In Bezug auf die Exportquote (75%) liegt man jedoch deutlich hinter den stärker exportorientierten Gruppen wie der Papierindustrie (87% bzw. 4,5 Mrd. Euro Auslandsumsatz), der Fahrzeugindustrie (84% bzw. 15 Mrd. Euro) und der Elektro- und Elektronikindustrie (84% bzw.

¹⁹ Die für 2023 erwartete Rezession und die Zinssatz-Politik der EZB können den Exportsektor Österreichs in Zukunft deutlich treffen und die Auslandsumsätze der Industrie entsprechend negativ beeinflussen. Zudem werden die US-Wahlen 2024 darüber entscheiden, wie die kommende Regierung das Thema Freihandel in den nächsten Jahren interpretieren wird. Mehr Protektionismus wird die Export-Chancen der heimischen Industrie am aktuell dritt-wichtigsten Exportmarkt (nach Deutschland und der Schweiz) jedenfalls mindern.

21 Mrd. Euro). Das mit Abstand geringste Exposure auf Auslandsmärkten unter den Industriegruppen hat die Bauindustrie, mit einer Exportquote von nur knapp 5%.

Im Betrachtungszeitraum (2015 bis 2022) durchlaufen die einzelnen Industriezweige recht unterschiedliche Wachstumspfade in Bezug auf ihr Exportgeschäft. Abbildung 9 präsentiert ein analytisches Portfolio, das die Entwicklung der Umsatzerlöse der verschiedenen Gruppen mit ihrem Exportwachstum zusammenführt. In diesem Zusammenhang lassen sich 6 Segmente (I bis VI) abgrenzen.

Abb. 9: Industriegruppen – Erlöse und Exporte



Anm.: Produktionswert (PW), Exportquote (Exportertlöse/Summe der Umsatzerlöse)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammersystematik

Während die Industrie als Ganzes (im Mittel) ihren Exportanteil an den Gesamterlösen zwischen 2015 und 2022 ausdehnen konnte (Anstieg der Exportquote um über +10% auf 69%, bei einem Exportvolumen von 177 Mrd. Euro im Jahr 2022), gilt dies in der Detailbetrachtung in ähnlicher Weise nur für einen Teil der Industriezweige. Export-induziertes Wachstum (i.e. steigende Exportquoten bei gleichzeitigem Erlöswachstum, siehe Segment IV) können im Betrachtungszeitraum vor allem die Gas- und Wärmeversorgung (+29% in der Exportquote; Sonderfall durch Energiepreisentwicklung), die Mineralölindustrie (ein Plus von fast 200% in der Exportquote; ebenfalls ein Sonderfall), die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (+21%), die Glas-

industrie (+24%), die Holzindustrie (+11%), die Elektro- und Elektronikindustrie (+5%) und die NE-Metallindustrie (+3%) realisieren. Über den Heimmarkt (siehe Segment V) wiederum wachsen vor allem die Gruppen Steine- und Keramik (-10% in der Exportquote, bei gleichzeitigem Anstieg der Industrieerlöse von 31%), die Chemische Industrie (-1% in der Exportquote und +42% im Gesamterlös), die PROPAK-Industrie (-4% bzw. +30%), die Bergwerke und Stahlindustrie (-2,5% bzw. +73%) und die Fahrzeugindustrie (-2% bzw. +26%). Verlierer in diesem Entwicklungsprozess des Sektors (siehe Segment II) ist die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie, die nicht nur einen allgemeinen Erlösrückgang (-10% zwischen 2015 und 2022) hinnehmen muss, sondern auch im Exportgeschäft trotz weiterhin hoher Exportquote von fast 80% verliert (-3%).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die heimische Volkswirtschaft mit der Industrie weiterhin einen äußerst exportstarken Sektor und damit auch eine im internationalen Vergleich hohe Wettbewerbsfähigkeit besitzt. Die positive Dynamik im Auslandsgeschäft läuft dabei grundsätzlich über alle Industriezweige, wenn auch der Heimmarkt für einige Gruppen über die letzten Jahre an Bedeutung (zurück-)gewonnen hat. Die Big 4 der heimischen Industrie treiben insgesamt die Exporte 2022 mit rund 50% aller Auslandserlöse des Sektors.

5 Die Industrie im Außenhandel

- Der Außenhandel der Industrie hat sich bei Ein- und Ausfuhren weltweit über sämtliche Kontinente hinweg deutlich gesteigert.
- Sowohl beim Import als auch beim Export entfallen rund 4 von 5 Euro auf den europäischen Kontinent.
- Deutschland ist weltweit der mit Abstand wichtigste Handelspartner der heimischen Industrie, bei den Einfuhren liegt China bereits auf Platz 2.

Insgesamt hat sich der von der Industrie getätigte Außenhandel sowohl bei den Einfuhren, als auch bei den Ausfuhren weltweit deutlich gesteigert. Wurden im Vorjahr 185,14 Mrd. Euro an Einfuhren getätigt, so sind es im Jahr 2022 bei einer Steigerung von 20,3% rund 222,65 Mrd. Euro. Die Höhe der Ausfuhren liegt mit 202,56 Mrd. Euro etwas unter jener der Einfuhren, der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist mit 17,6% ebenso etwas geringer.

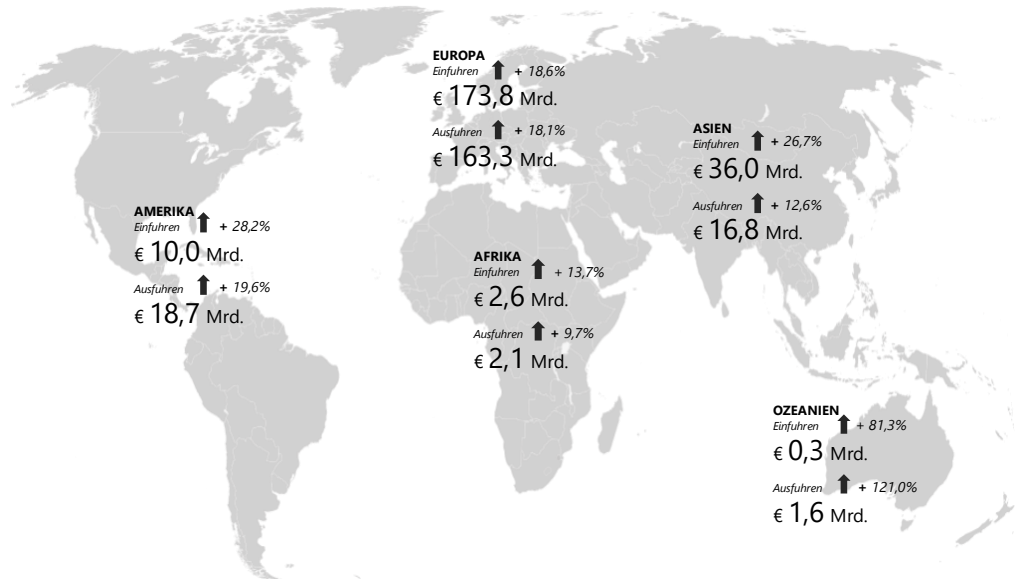
Ein Blick auf die Entwicklungen nach Kontinenten (siehe Abbildung 10) zeigt, dass Europa für Importe und Exporte die mit Abstand wichtigste Region ist. Sowohl bei der Einfuhr als auch bei der Ausfuhr von Waren entfallen etwa 4 von 5 Euro auf den europäischen Kontinent. Der Großteil davon wird dabei in die EU-Staaten, inklusive Schweiz, ein- bzw. ausgeführt. Deutschland nimmt hier eine maßgebliche Rolle ein. Mit rund 31,8% des gesamten Einfuhr- bzw. 29,9% des gesamten Ausfuhrvolumens ist das Nachbarland weltweit der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Innerhalb der EU ist Italien der zweitwichtigste Handelspartner; der Anteil am weltweiten Gesamtvolumen beläuft sich auf etwa 6,5%, sowohl einfuhr- als auch ausfuhrseitig.

Asien ist bei den Importen der zweitwichtigste Kontinent, wobei China hier eine prominente Rolle einnimmt und im Falle der Einfuhren gemessen am Gesamtvolumen der zweitwichtigste Handelspartner ist. Demgegenüber steht (Nord-)Amerika, innerhalb dessen mit den Vereinigten Staaten von Amerika die größten Handelsbeziehungen bestehen. Die Vereinigten Staaten liegen im Falle der weltweiten Einfuhren auf Rang 8, wohingegen sie im Falle der Ausfuhren einen mehr als doppelt so hohen Anteil (6,5%) am Gesamtvolumen im Vergleich zu China (2,7%) aufweisen. Somit sind die USA knapp hinter Italien das drittwichtigste Exportland. Zusammen entfallen auf die vier Außenhandelsländer Deutschland, Italien, China und die Vereinigten Staaten demnach rund 43,3% aller Einfuhren und 39,0% aller Ausfuhren.

Betrachtet man die Entwicklung des mit den jeweiligen Ländern in Verbindung stehenden Volumens, so ist für Deutschland bei den Einfuhren (70,77 Mrd. Euro) als auch den Ausfuhren (60,49 Mrd. Euro) ein Zuwachs von jeweils rund 16,0% zu verzeichnen. Damit liegt der Wert der aus Deutschland eingeführten Waren im Jahr 2022 um 9,74 Mrd. Euro über dem Wert des Vorjahres, das Volumen der Exporte erhöht sich um 8,49 Mrd. Euro.

Die Entwicklung des Außenhandels mit China ist bei Importen sowie Exporten zunehmend. Die Importe legen im Jahr 2022 um ein Drittel (33,1% bzw. 4,58 Mrd. Euro) zu und erreichen ein Volumen von 18,42 Mrd. Euro. Bei den Exporten ist das relative Wachstum mit 9,1% im Vergleich geringer. Das Volumen der nach China ausgeführten Waren beläuft sich im Jahr 2022 insgesamt auf 5,37 Mrd. Euro, was einen Zuwachs von 0,45 Mrd. Euro bedeutet.

Abb. 10: Volumen der Ein- und Ausfuhren der Industrie je Kontinent im Jahr 2022



Anm.: Prozentwerte geben die Veränderung zum Vorjahr 2021 wieder, die Werte für Amerika sind die summierten Werte von Nord-, Mittel- und Südamerika, Bordvorräte von Drittstaaten werden aufgrund geringer Werte nicht dargestellt
 Quelle: IWI (2024), Eigene Darstellung unter Verwendung von Creative Commons²⁰ auf Basis der Statistik Austria, Sonderauswertung der Außenhandelsstatistik in der Kammersystematik

Die Außenhandelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten sind von einer ähnlichen Entwicklung bei Ein- bzw. Ausfuhren charakterisiert. Das Volumen der aus den Staaten importierten Waren verzeichnet im Jahr 2022 einen Zuwachs von 1,57 Mrd. Euro (27,3%) und erreicht in Summe 7,31 Mrd. Euro. Das Exportvolumen erhöht sich im Vergleich dazu um 16,6% bzw. 1,86 Mrd. Euro. Mit insgesamt 13,09 Mrd. Euro an Ausfuhren wird somit mehr in die Vereinigten Staaten exportiert als importiert.

Ein- und Ausfuhrstruktur der Industriegruppen nach Regionen

Die relativen Anteile von Import und Export der unterschiedlichen Industriegruppen zeigen zum einen die Bedeutung des europäischen Raumes als wichtigste Handelszone, zum anderen teils deutliche Unterschiede in der für den jeweiligen Industriezweig relativen Bedeutung des asiatischen bzw. amerikanischen Raums. Dabei wir-

²⁰ Bild: GunnMap, lizenziert unter Attribution-Share Alike 1.0 Generic, „Worldmap-blank.svg“, <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Worldmap-blank.svg>.

ken sich die relativen Verteilungsmuster der, gemessen am gesamten Handelsvolumen, fünf größten Industriezweige sinngemäß besonders auf jene der Gesamtindustrie aus. Diese fünf exportstärksten Industriezweige in absteigender Reihenfolge sind gemessen am Exportvolumen: die Metalltechnische Industrie, die Chemische Industrie, die Elektro- und Elektronikindustrie, die Fahrzeugindustrie sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Die Metalltechnische Industrie als größter Industriezweig nach Im- sowie Exporten exportiert 74,3% ihres gesamten Ausfuhrvolumens von 41,42 Mrd. Euro nach Europa. Alleinig 12,10 Mrd. Euro entfallen hierbei auf den Handelspartner Deutschland mit einem Zuwachs von 14,6% im Vergleich zum Vorjahr. Der amerikanische Raum (Exportvolumen Nord-, Süd- und Mittelamerika: 5,40 Mrd. Euro) ist die zweitwichtigste Exportregion der Metalltechnischen Industrie, wobei die Vereinigten Staaten auf Länderebene mit einem Exportvolumen von 3,73 Mrd. Euro das wichtigste nicht-europäische Exportland sind. Danach folgt der asiatische Raum (Exportvolumen: 4,39 Mrd. Euro), wobei in die Volksrepublik China Waren im Wert von 1,59 Mrd. Euro exportiert werden. Der Rest verteilt sich auf eine Vielzahl an Staaten wie bspw. Taiwan, Japan, Indien und Südkorea. Somit ist die Exportlandschaft in Asien etwas heterogener als in Amerika.

Importseitig ist der asiatische Raum mit 14,3% gemessen am Wert der Einfuhren wichtiger für die Metalltechnische Industrie als der amerikanische, aus welchem Waren im Wert von 3,0% des gesamten Einfuhrvolumens der Metalltechnischen Industrie nach Österreich eingeführt werden. Die restlichen vier Fünftel (82,6%) entfallen auf Europa, wobei auf die aus Deutschland importierten Waren 12,67 Mrd. Euro bzw. 38,5% des gesamten Importvolumens der Metalltechnischen Industrie entfallen, ein Anstieg um 10,7% im Vorjahresvergleich.

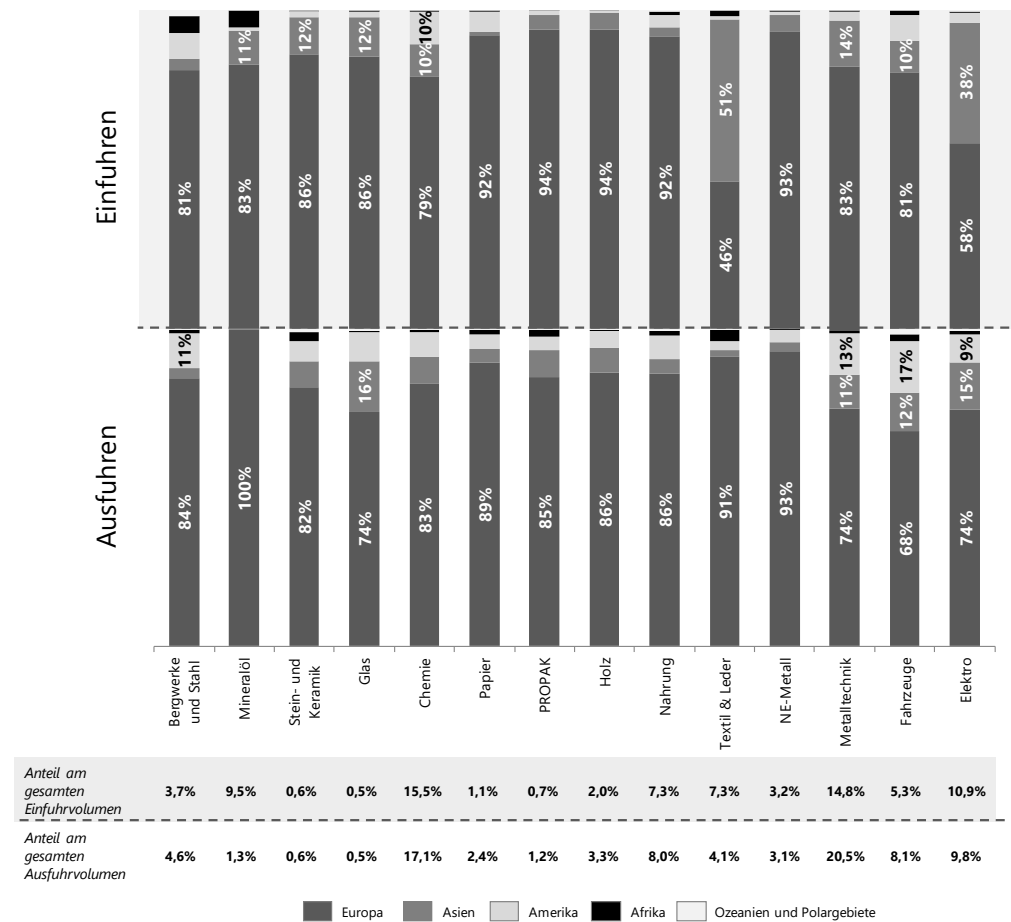
Die Importe aus China sind im Jahr 2022 um mehr als ein Drittel gestiegen (34,3%) und erreichen einen Wert von 2,64 Mrd. Euro. Die Metalltechnische Industrie importiert somit um etwa 0,67 Mrd. Euro mehr als noch im Vorjahr. Auch aus den Vereinigten Staaten nehmen die Importe im Jahr 2022 zu, diese steigern sich um 20,8% auf ein Volumen von 0,89 Mrd. Euro.

Die Importe und Exporte der Chemischen Industrie liegen mit 34,58 Mrd. Euro bzw. 34,72 Mrd. Euro in etwa auf demselben Niveau. Nach Deutschland, von wo aus in etwa 30,6% aller Waren der Chemischen Industrie importiert werden, sind die Schweiz mit 9,9% sowie die Vereinigten Staaten von Amerika mit 9,1% wichtigste Herkunftsländer von Importgütern. Dabei nimmt das Importvolumen von jenseits des Atlantiks im Vorjahresvergleich deutlich zu, bei einem Anstieg um 26,5% bzw. 0,66 Mrd. Euro. Damit ist die Chemische Industrie wesentlich für den Anstieg von Importen aus Amerika verantwortlich.

Die wichtigsten Exportdestinationen der Chemischen Industrie sind Deutschland, Schweiz und Italien, hier können die Exporte im Jahr 2022 um jeweils rund 10% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Exporte in die USA nehmen ebenso zu,

wenn auch etwas weniger ausgeprägt (6,9%). Exporte nach China nehmen im Vergleich um 9,7% zu.

Abb. 11: Kontinentale Außenhandelsstruktur nach Industriegruppen im Jahr 2022



Anm.: Werte unter 10% werden zu Gunsten der Lesbarkeit nicht ausgewiesen, die Prozentwerte pro Industriezweig lassen keine Vergleichbarkeit über die absolute Höhe der Volumina zu.
 Quelle: IWI (2024), Eigene Darstellung auf Basis von Statistik Austria, Sonderauswertung der Außenhandelsstatistik in der Kammer-systematik

Von den fünf größten Industriezweigen nach Import- sowie Exportvolumen zeigt die Elektro- und Elektronikindustrie die dichtesten Handelsbeziehungen mit dem asiatischen Raum auf. Mit 38,0% ist der Wertanteil Asiens an den gesamten von der Elektro- und Elektronikindustrie eingeführten Waren überdurchschnittlich hoch. Unter allen anderen Industriezweigen liegt der Importanteil aus Asien nur im Bereich der Textilindustrie (50,8%) noch höher, die Elektro- und Elektronikindustrie weist jedoch auf Seiten der Exporte relevante Anteile (15,0%) im asiatischen Raum auf. Mit einem gesamten Importvolumen von 6,30 Mrd. Euro ist China vor Deutschland (6,09 Mrd. Euro) das wichtigste Importland der Elektro- und Elektronikindustrie.

Auch exportseitig gewinnt China immer mehr an Bedeutung und stellt nach Deutschland und den Vereinigten Staaten den dritt wichtigsten Exportpartner der Chemischen Industrie dar.

Ebenfalls starke Zuwächse der Importe und Exporte aus und nach China finden sich bei der Fahrzeugindustrie. Das Exportvolumen steigt im Vorjahresvergleich um 47,9%, das Importvolumen sogar um 167,4%. Somit ist China in absoluten Zahlen (0,81 Mrd. Euro) im Jahr 2022 bereits auf Rang 3 der wichtigsten Exportländer. In der Fahrzeugindustrie liegt Deutschland mit 4,95 Mrd. Euro an erster Stelle, bei einem Anstieg des Exportvolumens von 8,5%. Die Ausfuhren in das zweit wichtigste Exportland USA (Exportvolumen 2022: 2,20 Mrd. Euro) steigen geringfügig um 1,9%.

Bei den Importen liegt der Fokus der Wertschöpfungsketten der Fahrzeugindustrie deutlich stärker auf dem europäischen Raum, als bei den Exporten. Neben der bereits erwähnten Rolle Deutschlands, von wo die Importe im Jahr 2022 mit 5,6% auf 4,57 Mrd. Euro ansteigen, gibt es eine Vielzahl weiterer bedeutender europäischer Staaten für die Importe in der Fahrzeugindustrie. Unter ihnen Italien und Tschechien als weitere österreichische Nachbarländer mit einem Volumen von 0,78 Mrd. Euro bzw. 0,67 Mrd. Euro zweit- bzw. dritt wichtigstes Importland, danach folgen die Vereinigten Staaten, Frankreich und Spanien.

6 Finanzielle Performance der Industrie

- Finanzielle Performance der Industrie (gemessen an den KPIs EBIT-Marge, Fremdkapital-Anteil, Cashflow-Marge und Gesamtkapitalrentabilität) im Sektormittel nicht überzeugend. Die heimischen Industriegruppen unterscheiden sich jedoch (u.a. in Abhängigkeit von den Unternehmensgrößen) deutlich.
- Die heimische Industrie ist durch einen hohen Fremdkapital-Anteil gekennzeichnet (rund 60%), wobei speziell die Bauindustrie über der kritischen 66%-Grenze liegt. Vor allem ihre Großunternehmen fallen durch durchwegs schwache KPIs auf.

Finanzielle Kennzahlen liefern wichtige Informationen über die mittel- und langfristige Leistungsfähigkeit von Unternehmen und Unternehmensgruppen. Für die heimische Industrie soll in diesem Zusammenhang ein Überblick über zentrale Aspekte des Geschäfts, wie z.B. die Ertragskraft der Einheiten, die Profitabilität ihres Kerngeschäfts und die Rentabilität des eingesetzten Kapitals gegeben werden. Im Rahmen der Kennzahlen-Analyse werden dabei aktuelle Bilanzdaten des IWI auf Basis der ÖNACE-Systematik genutzt.

Die einzelnen Industriezweige unterscheiden sich teilweise deutlich in ihrer Ertragskraft. Die für die heimische Industrie gemessene EBIT-Marge (EBIT²¹ in Relation zur Betriebsleistung²²), eine entscheidende Kennzahl der Leistung des operativen Geschäfts, die eine Beurteilung von Unternehmen bzw. – in unserem Falle – von Unternehmensgruppen (Industriezweige) unabhängig von der dahinterliegenden Finanzierungsstruktur ermöglicht, streut um über 6 Prozentpunkte zwischen den Industriegruppen. Eine wichtige Rolle spielt dabei einmal die Unternehmensgröße. Großunternehmen haben in der Regel auch höhere EBIT-Margen, was sich vor allem über Kosteneffekte im Zuge der Prozessskalierung (steigende Skalenerträge) und durch Einsparungen im Prozessverbund (Verbundeffekte²³ bzw. Synergien) erklärt. Relevant ist jedoch auch der Industriezweig, der über seine spezifische Produktionscharakteristik Einfluss auf die Bandbreite der Kennzahlenwerte nimmt.

Abbildung 12 gibt (gegliedert nach Unternehmensgröße) einen Überblick über die im Mittel über die Jahre 2015 bis 2021 von den einzelnen Industriezweigen realisierten EBIT-Margen. Einige Phänomene sind dabei besonders beachtenswert. (1) Obwohl

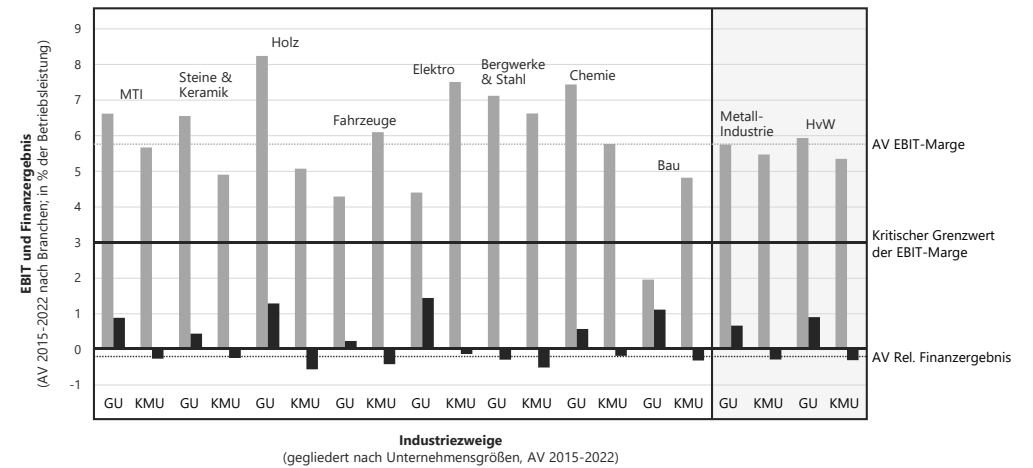
²¹ Das EBIT (Earnings Before Interest and Taxes) beschreibt als eine der wichtigsten Unternehmenskennzahlen die Ertragskraft des operativen Geschäfts (i.e. des Kerngeschäfts). Ausgehend von den Umsatzerlösen des Unternehmens werden die unmittelbaren betrieblichen Aufwendungen (u.a. Personal, Material oder Kapitalnutzung) in Ansatz gebracht, um zum sogenannten „Betriebserfolg“ („Betriebsergebnis“), i.e. EBIT, zu gelangen.

²² Die „Betriebsleistung“ im Rahmen der GuV-Rechnung ist eine Erweiterung des Konzepts der Umsatzerlöse. Nach Ansetzen von Erlösschmälerungen (im Rahmen der Konditionenpolitik) und Berücksichtigung von Bestandsveränderungen (Lager) ergeben sich angepasste Umsatzerlöse, i.e. die Betriebsleistung. Die Kennzahl wird oftmals anstelle der „rohen“ Umsatzerlöse als Bezugsgröße in der Kennzahlenbildung eingesetzt (z.B. EBIT-Marge oder EGT-Marge).

²³ Verbundeffekte sind realisierbar, wenn mehrere Produktionsprozesse (bzw. die dahinter liegenden Fertigungstechnologien) über Kombinationen ein spezifisches Kostenverhalten zeigen. Grundlage dafür ist das Phänomen der sogenannten „Trans-Ray-Convexity“. Siehe u.a. Jean-Paul Casas and Kwansoo Kim (2007): Measurement and Sources of Economies of Scope. A Primal Approach. In: Journal of Institutional and Theoretical Economics (163 (3)), S. 411–427.

Großunternehmen in der Regel höhere EBIT-Margen als kleinere Einheiten haben, zeigen sich KMU in der Bauindustrie, in der Fahrzeugtechnischen Industrie und im Bereich der Elektro- und Elektronikindustrie im Beobachtungszeitraum deutlich ertragsstärker. (2) Die Holzindustrie realisiert mit über 8% (mittlerer) EBIT-Marge den besten Wert des betrachteten Industrie-Samples. Gleichzeitig bleibt dieser Wert jedoch deutlich unter den klassischen Benchmarks für starke Margen (über 10%) zurück. (3) EBIT-Margen werden auch von Investoren genutzt, um Entscheidungen im Rahmen der Kapitalallokation zu treffen.

Abb. 12: Industriegruppen – Ertragskraft und Profitabilität



Anm.: GU (Großunternehmen), KMU (Kleine und mittlere Unternehmen), AV (Average/Durchschnitt), Industriegruppe HvW (Herstellung von Waren), Industriegruppe Metall (Metallerzeugnisse), MIT (Metalltechnische Industrie), EBIT (Betriebserfolg i.e.S., Umsatzerlöse nach Berücksichtigung operativer Kosten und ohne Berücksichtigung des Finanzergebnisses), Betriebsleistung (um Bestandsveränderungen und Erlösanpassungen erweiterte Umsatz-Kennzahl), Finanzergebnis (Finanzerträge und -kosten, unter Berücksichtigung der kalkulatorischen Eigenkapitalkosten)
 Quelle: IWI (2021), Eigene Darstellung auf Basis der Bilanzkennzahlenanalyse 2020

Margen unter 3% gelten dabei als wenig attraktiv bzw. sprechen gegen ein Engagement. Einige Unternehmen der heimischen Industrie unterschreiten im langjährigen Mittel diese Grenze. Insbesondere die Großunternehmen im Bereich der Bauindustrie zeigen (wie auch schon in den letzten Jahren) in diesem Zusammenhang eine signifikant schlechte (mittlere) Performance (EBIT-Marge 1,96%), was u.a. auch auf eine geringere Krisenresistenz dieser Einheiten hinweist. Höhere Werte sind hingegen Resultat einer besonders effizienten Organisation des operativen Geschäfts. Die EBIT-Marge liegt im Industrieschnitt bei knapp unter 6%, jedoch mit relativ starker Performance der GU im Bereich der Holzindustrie, der Chemischen Industrie und des Bereichs Bergwerke und Stahl (alle Werte über 7%); ähnliches gilt auch für die KMU der Elektro- und Elektronikindustrie. Insgesamt realisieren jedoch größere Einheiten im Industrie-Sample auch höhere EBIT-Margen.

Abbildung 12 bringt zusätzlich zu den EBIT-Margen Informationen zu den Finanzergebnissen im Bereich der Industriegruppen. Das Finanzergebnis²⁴ beschreibt in diesem Zusammenhang den Erfolg (oder den Misserfolg) der Einheiten im Bereich ihres Anlage-Portfolios (Investitionen in Finanztitel unterschiedlicher Liquidität) inklusive Unternehmensbeteiligungen, unter Berücksichtigung der laufenden Finanzierung (Zinsen und Tilgungen) des beschäftigten Fremdkapitals (in der Regel Bankkredite) bzw. der „Entlohnung“ des eingesetzten Eigenkapitals. Speziell wegen des relativ hohen Fremdkapitalanteils im Industriebereich von knapp unter 60% (Industriemittel 2022²⁵) muss von eher negativen Finanzergebnissen ausgegangen werden. Dort wo dies nicht der Fall ist (in der Regel im Bereich der Großunternehmen), kann auf ein substanzielles Engagement außerhalb des Kerngeschäfts geschlossen werden.

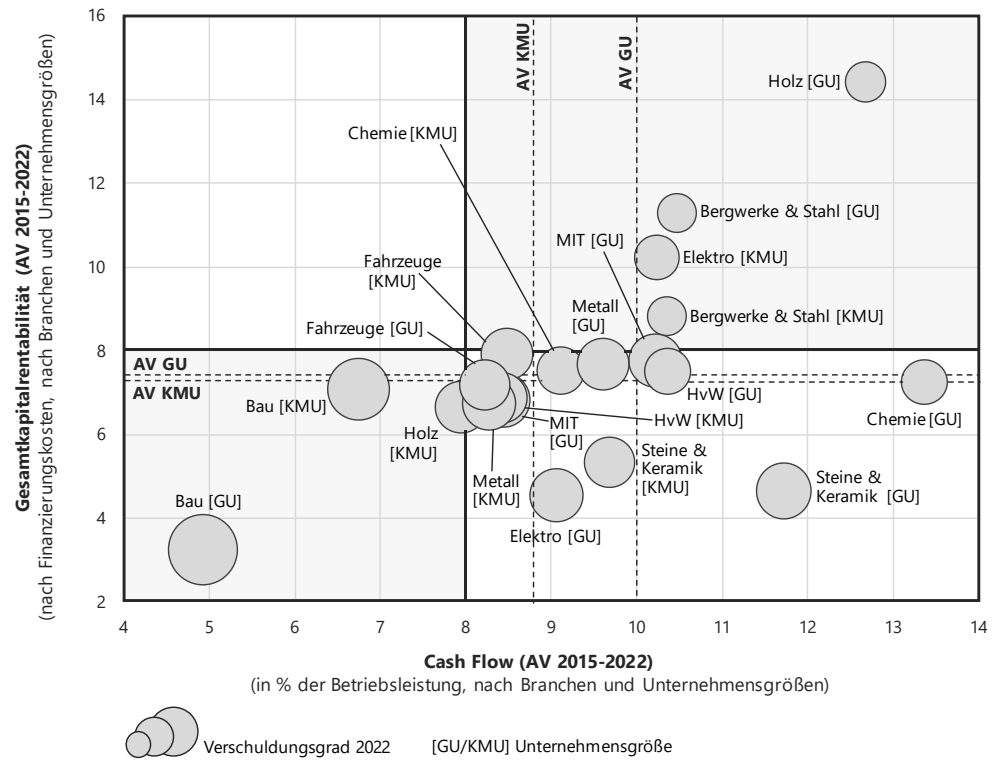
FK-Quoten (FK zu Gesamtkapital) höher als 66% werden in der Regel als problematisch betrachtet. Mit dem Anstieg der Quoten verringert sich der Verlustpuffer der Unternehmen (i.e. das Eigenkapital) und erhöht sich (in Abhängigkeit von der Fristigkeit der FK-Bestandteile) die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Im Bereich der heimischen Industrie befindet sich vor allem die Bauindustrie mit FK-Quoten von über 67% (KMU) und 72% (Großunternehmen) in einer schwierigen Situation. Auch die Großunternehmen des Bereichs Steine und Keramik zeigen mit rund 62% relativ hohe Fremdkapital-Quoten. Der gemessen am Output und Wertschöpfung bedeutendste Industriezweig Österreichs, die Metalltechnische Industrie liegt quer über die Unternehmensgrößen knapp unter einer 60% FK-Quote.

Liquidität, vor allem gespeist aus dem operativen Geschäft, und Rentabilität sind weitere wichtige Themen für jedes Unternehmen. Abbildung 13 führt in diesem Zusammenhang mit dem Cash Flow und der Kapitalrentabilität zwei zentrale KPI der Industrie ein. Der Cash Flow ist jener Betrag, der aus der Umsatzerlös-Größe heraus, nach Abzug aller zahlungswirksamen Aufwendungen (z.B. Personal, Material, etc.) und vor Abzug aller nicht zahlungswirksamen Aufwendungen (z.B. Abschreibungen) als effektiver Geldfluss in das Unternehmen bestehen bleibt. Es handelt sich damit um einen KPI, der die Liquiditätssituation einer Einheit beschreibt, Liquidität, die u.a. benötigt wird, um Wachstumsprogramme des Unternehmens (z.B. Ersatz- und/oder Erweiterungsinvestitionen, Produktentwicklung und Forschung oder taktische Marketingmaßnahmen) voranzutreiben, oder Tilgungen und Gewinnausschüttungen zu finanzieren (Innenfinanzierungskraft). In der Regel wird für die hier eingesetzte Cash Flow-Marge (Cash Flow zu Betriebsleistung) ein Wert von mindestens 8% als günstig erachtet. Dies kann auch für große Teile der heimischen Industrie, speziell für ihre kapitalintensiven, auf umkämpften Märkten im In- und Ausland aktiven Industriegruppen, gelten.

²⁴ Betriebsergebnis bzw. -erfolg (repräsentiert durch das EBIT) und der Erfolg der Unternehmen außerhalb des Kerngeschäfts und in der Finanzierung des Betriebs (repräsentiert durch das Finanzergebnis) ergeben in der Zusammenschau das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT). In Abbildung 12 lässt sich das EGT einfach aus der Addition der entsprechenden Balken ermitteln.

²⁵ Der Fremdkapitalanteil 2022 (Industriemittel) wird aufgrund fehlender Daten ohne explizite Berücksichtigung der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Glasindustrie, der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie, der NE-Metallindustrie, der PROPAK, der Papierindustrie, der Mineralölindustrie und des Bereichs Gas & Wärme ermittelt. Allerdings sind fast alle genannten Industrien als Teil der Industriegruppen Metall und Herstellung von Waren (HVV) in die vorliegende Analyse integriert.

Abb. 13: Industriegruppen – Liquidität und Rentabilität



Ann.: GU (Großunternehmen), KMU (Kleine und mittlere Unternehmen), AV (Average/Durchschnitt), Industriegruppe HvW (Herstellung von Waren), Industriegruppe Metall (Metallerzeugnisse), MIT (Metalltechnische Industrie), Cash Flow (EGT + kalkulatorische EK-Zinsen und Abschreibungen; Korrektur über die Berücksichtigung des kalkulatorischen Unternehmerlohns), Gesamtkapitalrentabilität (ROA: EBIT + Zinserträge in Relation zum Gesamtkapital), Verschuldungsgrad (Fremdkapital zu Eigenkapital).

Quelle: IWI (2024), Eigene Darstellung auf Basis der Bilanzkennzahlenanalyse 2023

Es zeigt sich, dass eine Reihe von Industriezweigen und hier vorrangig KMU unter oder knapp über dieser Wertschwelle liegen. Wie bereits oben im Zusammenhang mit den EBIT-Margen festgestellt, fällt auch hier die Bauindustrie, unabhängig von der Unternehmensgröße, vom Rest des Samples ab. Die Cash Flow-Marge beträgt dabei im Mittel (2015-2022) im Bereich ihrer Großunternehmen rund 4,9%, im KMU-Bereich 6,7%. Im kritischen Bereich finden sich zudem auch die Holzindustrie mit ihren KMU (knapp unter 8%).

Neben der Liquidität der Industriezweige wird hier auch die Kapitalrentabilität betrachtet. Als Indikator dient uns im Vergleich der Industrien die Gesamtkapitalrentabilität (hier Rentabilität vor Finanzierungskosten) bzw. der Return-On-Assets (ROA). Die Kennzahl beschreibt dabei die Verzinsung des gesamten eingesetzten Kapitals (Eigen- und Fremdkapital) und gibt Auskunft über die Fähigkeit der Einheiten, aus Vermögen Gewinn zu erwirtschaften. Die branchenspezifischen Richtwerte liegen in der Regel über 10%. Im Zusammenhang mit den analysierten Industriezweigen defi-

nieren wir hier ROAs (hier im langjährigen Mittel zwischen 2008 und 2019) unter 8% als zunehmend kritisch.

Die durchschnittliche Gesamtkapitalrentabilität der heimischen Industrie liegt bei rund 7,5% (Großunternehmen 7,6% und KMU 7,4%). Deutlich im kritischen Bereich, wie bereits hinsichtlich Cash Flow und EBIT-Marge, ist dabei die heimische Bauindustrie, insbesondere ihre Großunternehmen. Der ROA beträgt in diesem Bereich nur rund 3,2%. Ähnliches gilt für die GU der Stein- und keramische Industrie (4,6%) und der Elektro- und Elektronikindustrie (4,5%). Für Großunternehmen sollte es im Allgemeinen leichter sein, höhere Kapitalrentabilitäten zu erzielen. Erklärbar ist dies u.a. (siehe EBIT-Margen) über die bestehenden Potenziale für Skalen- und Verbundeffekte in der Produktion und den damit verbundenen Effizienzgewinnen. Allerdings realisieren im Beobachtungszeitraum (2015-2022) nur GU der Holzindustrie und des Bereich Bergwerke und Stahl starke Kapitalrentabilitäten. Von den KMU des heimischen Industrie-Sektors liegen wiederum allein Einheiten der Elektro- und Elektronikindustrie und des Bereich Bergwerke und Stahl über dem definierten Schwellenwert.

7 Die Industrie als Arbeitgeber

- Die Industrie ist ein entscheidender Treiber der heimischen Beschäftigung. Von den rd. 460.000 Industriearbeitsplätzen entfallen über 25% auf KMU. Der wichtigste Arbeitgeber im Bereich Industrie ist die Metalltechnik (31% aller Industriebeschäftigten).
- Zwischen 2015 und 2021 steigt die Industriebeschäftigung kontinuierlich, wenn auch langsam an (+1% im Jahresmittel). Im Gruppenvergleich streuen die Wachstumsraten deutlich. Während in einigen Branchen (u.a. Fahrzeug- und Bauindustrie) die Beschäftigung stark (rd. 20%) ansteigt, gehen in anderen Arbeitsplätze verloren (z.B. Glasindustrie: -7%).
- Der Anstieg des Personalaufwandes in der Industrie übertrifft in der Periode 2015 bis 2021 generell die Beschäftigungsentwicklung. Deutliche Zuwächse können vor allem in Industriegruppen beobachtet werden, die über die letzten Jahre Beschäftigung abgebaut haben (u.a. Papier oder Stein & Keramik).
- Im Zeitraum 2015 bis 2021 erhöhen sich die Lohnstückkosten (LSK) für einen bedeutenden Teil der heimischen Industrie (Spitzenreiter sind dabei die Bereiche Bergwerke & Stahl, die Gas- & Wärmeversorgung und die Bauindustrie). 2021 liegen die LSK im Industriemittel bei rd. 66 Euro-Cent (GU 67 Euro-Cent, KMU 64 Euro-Cent).
- Der relativ hohe Anteil der Lehrlinge an der Industriebeschäftigung (über 3%) ist ein Nachweis der wichtigen Rolle der Industrieunternehmen im Rahmen des heimischen Bildungs- und Ausbildungssystems.

Die Leistung der Industrie in den Bereichen Produktion und Wertschöpfung und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit haben entscheidende Auswirkungen auf das Beschäftigungsniveau in unserer Volkswirtschaft bzw. im industriellen Sektor, und auf die am heimischen Arbeitsmarkt verfügbare Qualität des Faktors Arbeit. Auch wenn wir an dieser Stelle nicht explizit auf den Einfluss der Ausbildung und des Innovationsgeschehens in den heimischen Betrieben auf die mittlere und langfristige Qualität des Faktors Arbeit eingehen, soll dennoch betont werden, dass die Industrie über die laufende Qualifizierung ihrer Beschäftigten einen äußerst wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Flexibilisierung des Systems leistet. Technologische Brüche und auch der stetig fortschreitende Prozess der Digitalisierung, der Volkswirtschaften weltweit vor große Herausforderungen stellt, können so besser, dynamisch und mit geringeren Friktionen für Wirtschaft und Gesellschaft, gemeistert werden.

Die Industrie-Produktion ist in Österreich ein entscheidender Treiber der Beschäftigung. Dies zeigt sich in einem Vergleich anhand der Gewerblichen Wirtschaft und ihrer Sektoren. Im Jahr 2021 finden sich mit knapp 460.000²⁶ (15%) nach dem Handwerk und Gewerbe (960.000 bzw. 32%) und nach dem Handel (rund 600.000

²⁶ Jahresmittel 2021; der Anteil der Unselbständig Beschäftigten beträgt dabei über 99%.

bzw. 20%) die meisten Arbeitsplätze der gewerblichen Wirtschaft in Industrieunternehmen. Gleichzeitig ist 2021 in keinem anderen Sektor der durchschnittliche Beitrag eines Beschäftigten zur Wertschöpfung (110.000 Euro) so groß wie im industriellen Sektor (Handwerk und Gewerbe 52.000 Euro bzw. Handel 66.000 Euro). Die Industrie zeigt auch eine vergleichsweise sehr hohe Produktivität des Faktors Arbeit²⁷ (über 450.000 Euro), während die Bereiche Handwerk und Gewerbe (116.000 Euro) und der Handel (128.000 Euro) hier zurückbleiben. Dies spiegelt sich auch im Personalaufwand²⁸ der Industrieunternehmen. Mit über 72.000 Euro pro Beschäftigten liegt man hier deutlich über dem Schnitt in den Sektoren Handwerk und Gewerbe (38.000 Euro), dem Handel (40.000 Euro) oder dem Bereich IT und Consulting (48.000 Euro); allerdings hinter den Banken und Versicherungen (85.000 Euro).

Die Beschäftigung in den Industrieunternehmen liegt 2021 im Mittel bei rund 128 Mitarbeitern und ist damit deutlich höher als in anderen Sektoren der Gewerblichen Wirtschaft (z.B. Handwerk und Gewerbe/6, Handel/8 oder Transport und Verkehr/12) mit Ausnahme des Bereichs Banken und Versicherungen (174). Damit ergibt sich in den Unternehmen der Industrie auch grundsätzlich mehr Potenzial für die strategische Entwicklung und die weitere Qualifizierung von Personal. Sie sind damit ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung der Leistung und der Leistungsfähigkeit der heimischen Wirtschaft. Vieles hängt in diesem Zusammenhang jedoch auch an der Sektor-Struktur.

Die gewerbliche Wirtschaft in Österreich ist eher kleinteilig strukturiert. Von ihren 386.000 Unternehmen fallen 2021 99,7% unter die Kategorie Kleine und mittlere Unternehmen (Belegschaften unter 250 Mitarbeiter). In der Industrie ist der Anteil an KMU mit 88% (bzw. 3.109 Unternehmen) bereits deutlich kleiner, wenn auch weiterhin im internationalen Vergleich sehr hoch. In den betreffenden KMU arbeiten rund 27% (122.000) der in der Industrie Beschäftigten. Die durchschnittliche Belegschaftsgröße im Bereich kleiner und mittlerer Industrieunternehmen liegt 2021 bei 39 Mitarbeiter, in den Großunternehmen des Sektors (442 Einheiten) hingegen bei 756.

Der Personalstand der Industrie entwickelt sich (netto) in der Betrachtungsperiode (2015-2021) langsam aber kontinuierlich (rund 1% pro Jahr Zuwachs). Dies gilt trotz des deutlichen Produktionsrückgangs im Industriebereich im Jahr 2020 (-10%) in Folge des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie und verwandter Krisen (u.a. Supply Chain-Störungen). Anders stellt sich die Situation im Bereich der Personalkosten (bzw. Personalaufwand) dar. Im Jahr 2020 kommt es zu einem leichten Einbruch der Ausgaben im Personalbereich von rund 2%, der in den Folgejahren allerdings (im Industrie-Mittel) deutlich überkompensiert wird (Wachstum der Beschäftigung geringer als Wachstum der Personalausgaben). Für einen Überblick über die Entwicklung des Personalstands und des Personalaufwandes im Bereich der Gewerblichen Wirtschaft und der Industrie in den Jahren 2015 bis 2021 siehe Abbildung 14.

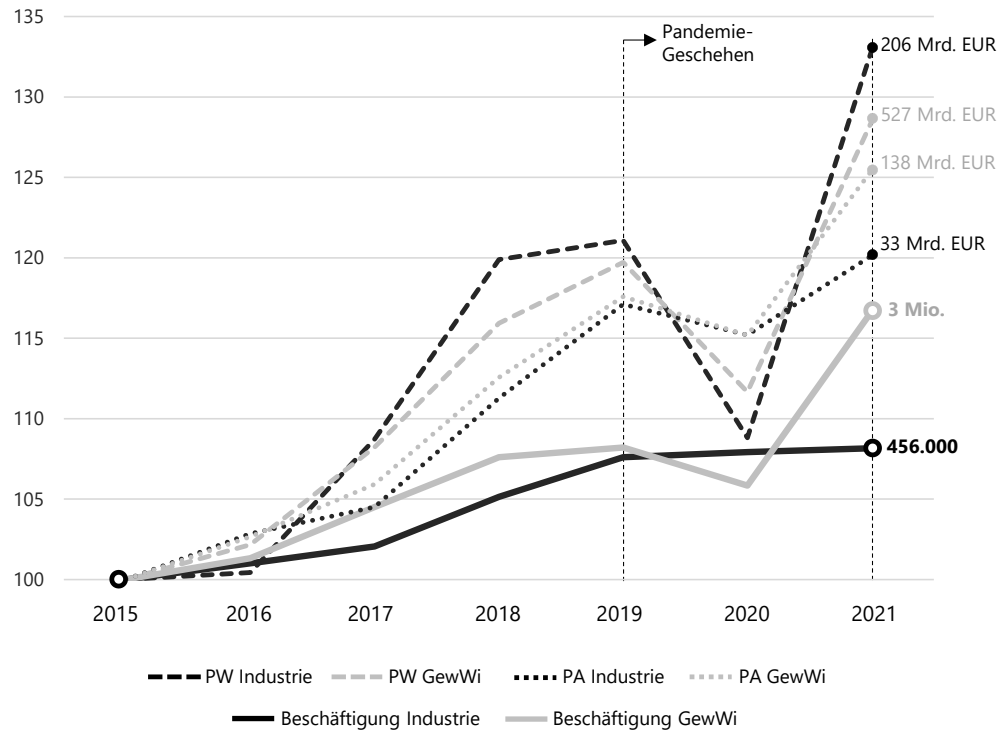
²⁷

Output pro Beschäftigten (Produktionswert zu Anzahl der Beschäftigten).

²⁸

Der Personalaufwand kann bzw. die Personalkosten können als Anhaltspunkt für die Produktivität der Beschäftigten dienen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich die Entwicklung der Grenzproduktivität des Faktors Arbeit (in den verschiedenen Beschäftigungen) über Marktprozesse bzw. andere Institutionen, z.B. Lohnverhandlungen im Rahmen der Sozialpartnerschaft, letztlich auch in seiner Entlohnung niederschlägt.

Abb. 14: Industrie – Wachstum und Beschäftigung (Entwicklung 2015-2021; indexiert)



Anm.: PW (Produktionswert); GewWi (Gewerbliche Wirtschaft), PA (Personalaufwand), Indexierte Entwicklung (2015=100)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

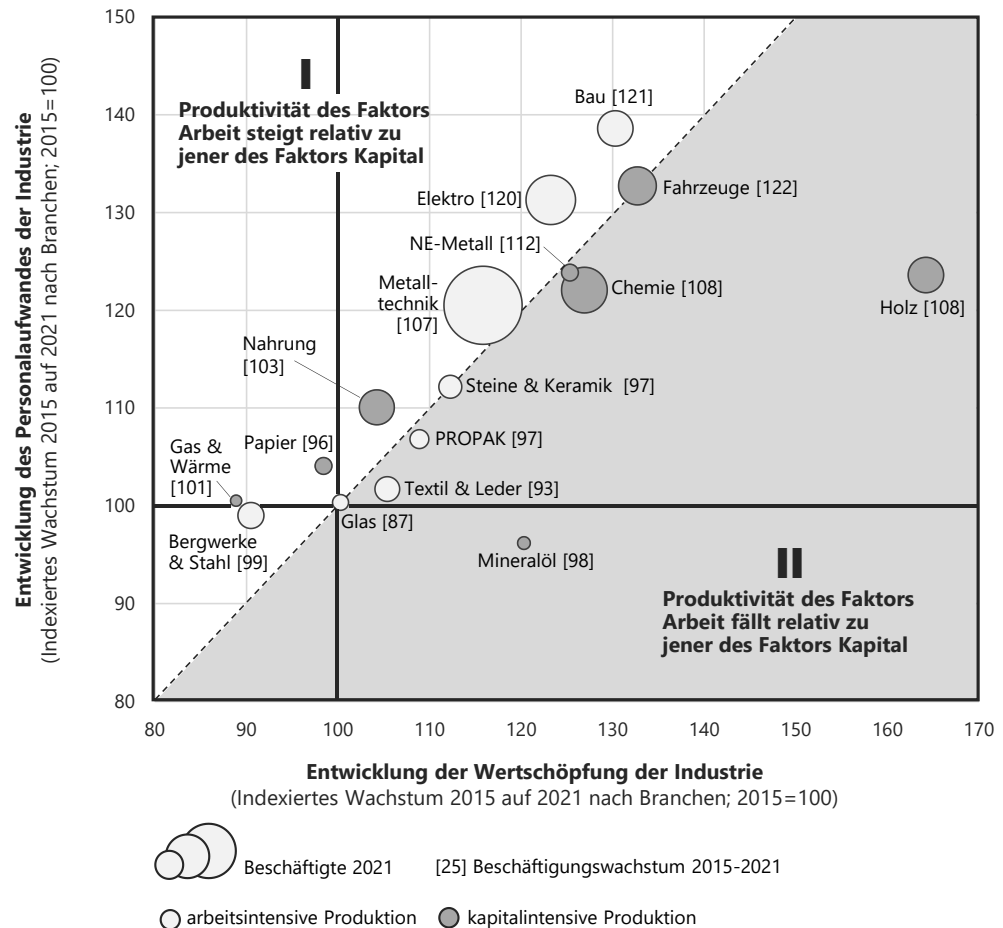
Zwischen den einzelnen Zweigen der heimischen Industrie gibt es in Abhängigkeit von ihrer Wertschöpfung und der eingesetzten Produktionstechnologie²⁹ oft große Unterschiede in der Beschäftigungswirkung. Die meisten Industriearbeitsplätze (rund 142.000 bzw. 31%) finden sich 2021 im Bereich der Metalltechnischen Industrie. Mit 58.000 Beschäftigten (13%) bzw. 48.000 Beschäftigten (knapp 11%) folgen die Elektro- und Elektronikindustrie bzw. die Chemische Industrie. Die (gemessen am Beschäftigtenstand im Jahr 2021) kleinsten Industriegruppen in Österreich sind dagegen die Gas- und Wärmeversorgung (3.350 Mitarbeiter bzw. 0,7% Anteil an der Industriebeschäftigung), die Mineralölindustrie (4.200 bzw. 0,9%) und die Glasindustrie (6.500 bzw. 1,4%).

Einige Industriegruppen haben zwischen 2015 und 2021 Beschäftigung abgebaut. Der Rückgang fällt dabei in den Bereichen der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie (über -13%) und in der Glasindustrie (-7%) besonders deutlich aus. Andere Industriezweige wiederum können im Betrachtungszeitraum teilweise deutlich Beschäftigung aufbauen, darunter u.a. die Fahrzeugindustrie (knapp +22%), die Bauindustrie (+20,5%), die Elektro- und Elektronikindustrie (+20%) und die NE-

²⁹ Unter Produktionstechnologie wird hier das spezifische Einsatzverhältnis zwischen einzelnen Produktionsfaktoren verstanden (z.B. das Einsatzverhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital).

Metallindustrie (über 12%). Der Anstieg des Personalaufwandes (Löhne und Gehälter) der einzelnen Industriegruppen übertrifft dabei in der Periode 2015 bis 2021 generell die Beschäftigungsentwicklung. Teilweise deutliche Zuwächse können in Industriegruppen beobachtet werden, die über die letzten Jahre Beschäftigung abgebaut haben. So steigt z.B. der Personalaufwand im Bereich der Papierindustrie trotz Personalabbau (rund -4%) um 4%. Im Bereich Steine und Keramik wiederum wird ein Rückgang der Beschäftigung zwischen 2015 und 2021 von 3% von einem Anstieg des Personalaufwandes von über 12% begleitet. In Abbildung 15 stellen wir die Entwicklung des Personalaufwandes der einzelnen Industriegruppen in den letzten Jahren in Beziehung zur Produktivitätsentwicklung (gemessen an der Wertschöpfung).

Abb. 15: Industriegruppen – Beschäftigung, Produktivität und Wachstum



Anm.: Arbeitsintensive Produktion (Anteil des Personalaufwandes an der Wertschöpfung liegt über Sektor-Mittel) bzw. kapitalintensive Produktion (Anteil des Personalaufwandes an der Wertschöpfung liegt unter Sektor-Mittel)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik

Die obenstehende Grafik beschreibt im Detail die Veränderung der Rolle des Produktionsfaktors Arbeit im Bereich der einzelnen Industriegruppen. Segment I steht dabei für das Feld jener Industrien, in denen der Personalaufwand (und damit die Entlohnung des Faktors Arbeit) relativ zur Wertschöpfung (Summe der Entlohnung aller Produktionsfaktoren) über den Betrachtungszeitraum steigt. Dieser Prozess weist auf eine relativ zum Faktor Kapital steigende Produktivität des Faktors Arbeit, da die Produktionsfaktoren (zumindest mittel- und langfristig) entsprechend ihrer Produktivität zu entlohnen sind (siehe unten unsere Diskussion des Konzepts der Lohnstückkosten). Dies trifft auf eine Reihe von Industriezweigen zu, die sich u.a. auch in ihrer Technologie, arbeits- oder kapitalintensiv, unterscheiden. In diesem Bereich finden sich z.B. die für die heimische Beschäftigung entscheidende Metalltechnische Industrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Elektro- und Elektronikindustrie und (recht knapp) die Fahrzeugindustrie. Zusammengenommen stehen die Industriezweige in Segment I für rund 72% (330.000) aller Arbeitsplätze in der Industrie im Jahr 2021.

Segment II von Abbildung 15 beschreibt wiederum jene Industriezweige, für die die Wertschöpfung zwischen 2008 und 2018 stärker wächst als ihr Personalaufwand. Dies bedeutet gleichzeitig einen überproportionalen Anstieg der Kapitalentlohnung in diesen Industrien und einen relativen Produktivitätsverlust des Faktors Arbeit. Dies betrifft u.a. die Chemieindustrie, die NE-Metallindustrie, die Holzindustrie, den Bereich PROPAK, die Mineralöl-Industrie und die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie. Auf diese Gruppe entfallen rund 28% (128.000) der Industrie-Arbeitsplätze.

Ein zentrales Konzept in der Bewertung der Produktivitätslage von Unternehmen (wenn auch indirekt) ist jenes der Lohnstückkosten. Sie definieren sich aus dem Verhältnis zwischen der Entlohnung des Faktors Arbeit (entweder als Personalaufwand inklusive der diversen Sozialversicherungskomponenten oder bereinigt, für alle Beschäftigten oder einzelne Beschäftigtengruppen, z.B. unselbständig Beschäftigte) und der betrachteten Leistung (z.B. Wertschöpfung). Die Kennzahl hat weiterhin große Bedeutung im Industriegeschehen und generell in wirtschaftspolitisch-strategischen Betrachtungen, und wir geben aus diesem Grund in der Folge auch einen Überblick über die Entwicklung des KPI in der heimischen Industrie. Nichtsdestotrotz sei hier auf eine Reihe von Kritikpunkten hingewiesen, die im Zusammenhang mit der kontextualen Anwendung des Konzepts der Lohnstückkosten stehen.

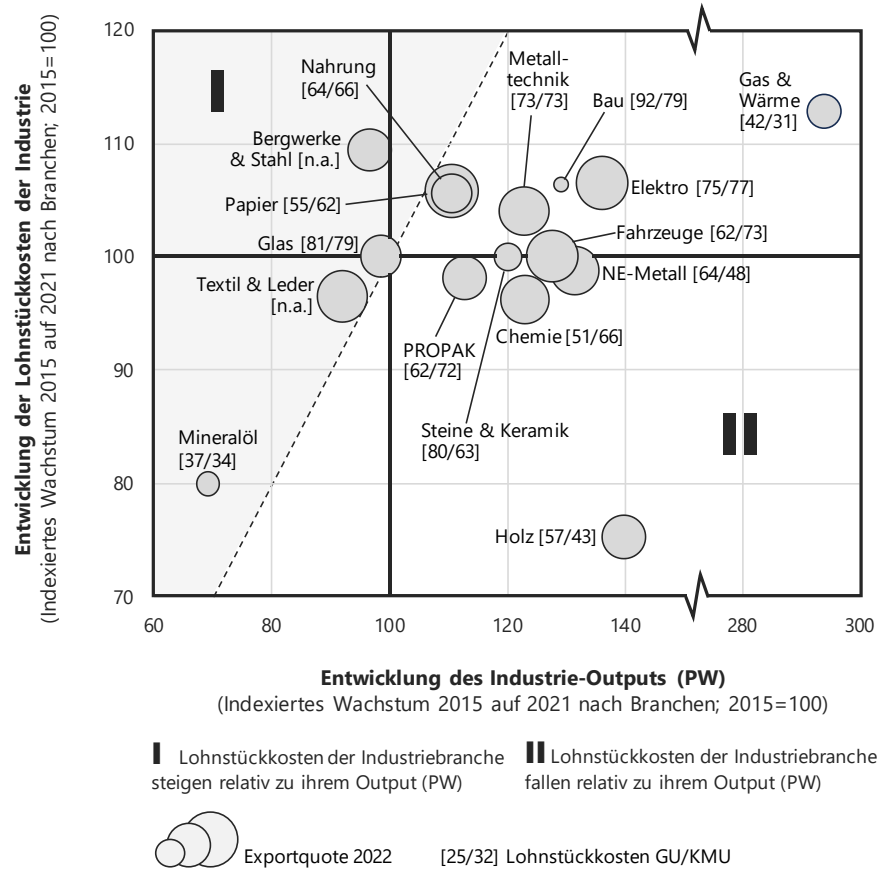
Die Kosten-Kennzahl wird in der Regel im Industrievergleich eingesetzt. Aufgrund des zwischen Industriezweigen oft sehr unterschiedlichen Layouts der Produktion, dies betrifft vor allem die Relation der eingesetzten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (Produktionstechnologie), bringt ein inter-industrieller Vergleich kaum Informationsgewinn. Intra-industriell kann die Kennzahl wertvoller sein, wenn auch die Betriebsgröße und der damit verbundene Kapitaleinsatz oft große Unterschiede zwischen Großunternehmen und KMU erzeugt. Nachdem Vergleiche der Lohnstückkosten auch in einem engen Zusammenhang mit Analysen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit stehen, können Wechselkurse zusätzlich Verzerrungen bringen.

Vorsicht ist jedoch geboten, wenn die Lohnstückkosten im Zusammenhang mit Kennzahlen der Arbeitsproduktivität genutzt werden. Tatsächlich sind partielle Produktivitäten konzeptionell problematisch. Im Falle der Arbeitsproduktivität kann der Einfluss anderer Faktoren, insbesondere des Produktionsfaktors Kapital, nicht ausgeschlossen werden. Eine Abgrenzung des Beitrags des Faktors Arbeit ist somit nicht eindeutig möglich und alle daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen kritisch zu sehen.

Abbildung 16 dokumentiert die Entwicklung der Lohnstückkosten in den einzelnen Zweigen des Industriesektors zwischen 2015 und 2021, gegliedert nach Unternehmensgröße. Dabei zeigt sich, dass sich die Lohnstückkosten/LSK (Personalaufwand zu Wertschöpfung) für einen bedeutenden Teil der heimischen Industriegruppen absolut erhöhen (Index >100). Spitzenreiter sind in diesem Zusammenhang der Bereich Bergwerke und Stahl (+9%), und die Gas- und Wärmeversorgung (+13%). Auch die Bauindustrie verzeichnet ein signifikantes LSK-Wachstum (im Mittel über 6%). Im Bereich der KMU der Gruppe steigen die Lohnstückkosten mit +35% sehr stark (auf 79 Euro-Cent im Jahr 2021). Im Mittel über die Unternehmensgrößen weist die Bauindustrie heute mit rund 92 Euro-Cent die höchsten LSK des industriellen Sektors auf. Die Entwicklung des relativen Personalaufwandes spiegelt sich dabei u.a. auch in der Entwicklung der finanziellen Situation der Bauindustrie zwischen 2015 und 2021 (siehe Abschnitt 6).

Teilweise deutlich sinkende LSK zeigen sich hingegen im Beobachtungszeitraum vor allem für die Mineralölindustrie (-20%) und die Holzindustrie (-25%), wobei speziell die Großunternehmen Rückgänge verzeichnen. Die niedrigsten (mittleren) Lohnstückkosten weist im Jahr 2021 dann neben der Gas- und Wärmeversorgung (34 Euro-Cent) mit 37 Euro-Cent (KMU 34 Euro-Cent) auch der Bereich Mineralöl auf; dahinter folgen die Holzindustrie (50 Euro-Cent) und die Chemische Industrie (54 Euro-Cent). Über alle Industriegruppen hinweg betragen die Lohnstückkosten 2021 rund 66 Euro-Cent – im Bereich der GU 67 und der KMU 64 Euro-Cent.

Abb. 16: Industriegruppen – Lohnstückkosten



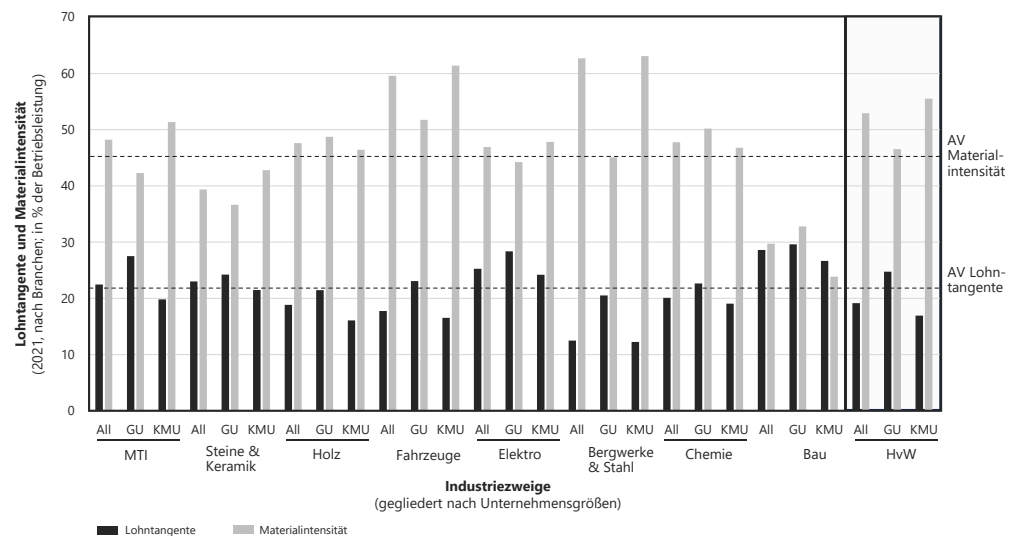
Anm.: PW (Produktionswert), Exportquote (Auslandsumsatz/Gesamtumsatz), Lohnstückkosten (PA/VA), VA (Value Added/Wertschöpfung), PA (Personalaufwand)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

Ein weiteres wichtiges Konzept in Verbindung mit dem Einsatz des Faktors Arbeit im Rahmen der Produktion ist die „Lohntangente“. Es beschreibt im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung der Unternehmen die Beziehung zwischen den Personalkosten und den korrigierten Umsatzerlösen der Periode (i.e. die „Betriebsleistung“, siehe auch Abschnitt 6). Die Lohntangente ist eine dynamische relative Kennzahl, die sich mit den Personalkosten eines Unternehmens und seinen Umsätzen, die allerdings nicht in vollem Umfang von der Produktion der betrachteten Periode abhängig sein müssen, laufend verändert. Damit kann die Lohntangente auch keine Produktivitätskennzahl sein, sondern ist ein Hinweis auf die spezifische Kostenstruktur der Produktion und damit unmittelbar in Bezug auf die Profitabilität des operativen (ordentlichen) Geschäfts eines Unternehmens (EBIT) interessant. Je geringer die Lohntangente, desto größer die Bedeutung des Produktionsfaktors Kapital (Kapitalintensität).

Abbildung 17 gibt einen Überblick über die unterschiedliche Ausformung der Lohntangente in den einzelnen Industriezweigen. Gut zu sehen ist dabei die vergleichsweise hohe Lohntangente in der Bauindustrie (im Mittel rund 29%). Sie weist – unabhängig von der Unternehmensgröße – auf arbeitsintensive Produktionsprozesse hin. Das Industrie-weite Mittel der Lohntangente liegt bei 22%. Deutlich unter diesem Wert operiert z.B. der Bereich Bergwerke und Stahl mit einer Lohntangente von 12,5% und einer hohen Sachanlagen-Intensität.

Abbildung 17 zeigt auch eine andere Komponente des operativen Geschäfts mit besonderer Bedeutung für die heimische Industrie – die Materialintensität. Darunter versteht man grundsätzlich den Einfluss des Materialeinsatzes auf die (variablen) Kosten der Produktion. Wir definieren die Kennzahl (analog zur Lohntangente) als Quotient aus Materialaufwand und Betriebsleistung. Auch hier nimmt die Bauwirtschaft in der heimischen Industrie eine besondere Rolle ein. Mit einer Materialintensität von unter 30% liegt der Industriezweig deutlich unter dem Industrie-weiten Durchschnitt von rund 47%. Solide unter dem Mittel liegt zudem die Steine- und keramische Industrie mit rund 39% Materialintensität. Dies deutet auf vergleichsweise hohe Bruttomargen und hohe Deckungsbeiträge der Industrie hin.

Abb. 17: Industriegruppen – Lohntangente und Materialintensität

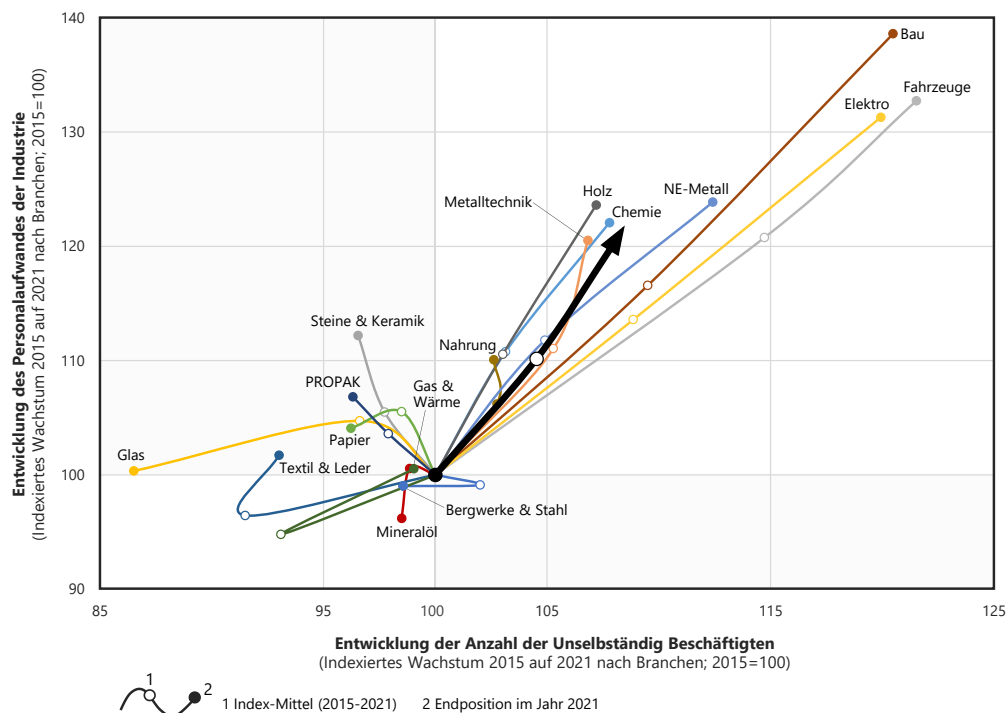


Anm.: GU (Großunternehmen), KMU (Kleine und mittlere Unternehmen), AV (Average/Durchschnitt), Industriegruppe HvW (Herstellung von Waren), MIT (Metalltechnische Industrie), Lohntangente (Personalaufwand in Relation zur Betriebsleistung), Materialintensität (Materialaufwand in Relation zur Betriebsleistung)
 Quelle: IWI (2024), Eigene Darstellung auf Basis der Bilanzkennzahlenanalyse 2023

In Abhängigkeit vom Markterfolg der einzelnen Industrien sowie der inneren Struktur der Produktion (Prozesstechnologie), und unter dem Eindruck der COVID-19-Pandemie sowie der Energiekrise, entwickelt sich die Beschäftigung und der Personalaufwand der Industriezweige. Abbildung 18 gibt einen Überblick über die Beschäftigung...

tigungs- und Kostentrends in den einzelnen Bereichen der heimischen Industrie in den Jahren 2015 bis 2021. Im Industrie-Mittel gibt es im Bereich der unselbständig Beschäftigten einen Zuwachs von knapp 5% (mit einem Beschäftigungswachstum von rund 8% im Betrachtungszeitraum). Allerdings lassen sich für einzelne Industriezweige teilweise deutlich unterschiedliche Entwicklungen feststellen.

Abb. 18: Industriegruppen – Beschäftigung und Personalaufwand



Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

Auffällig ist z.B. die Entwicklung der Bauindustrie in Bezug auf die Beschäftigung und die Personalkosten. Vor dem Hintergrund einer vergleichsweise starken Steigerung des Outputs (PW) in den Jahren 2015 bis 2021 (+29%), wächst einmal die Beschäftigung mit knapp über 20% und andererseits (überproportional) der Personalaufwand des Industriezweigs fast 40%. Eine entscheidende Rolle spielt in diesem Zusammenhang u.a. der starke Nachfragedruck im fachspezifischen Arbeitsmarkt, der entsprechende Preiswirkungen zeigt. Andere dynamische Industriegruppen, wie z.B. die Fahrzeugindustrie (PW +28%) und die Elektro- und Elektronikindustrie (PW +36%) entwickeln sich wiederum mit ihrem Beschäftigungsstand und den Personalkosten entlang ihrer jeweiligen Wachstumspfade. Die Mineralölindustrie, deren nominelle Leistung stark unter den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (Preis- und Mengeneffekte) gelitten hat (-30% PW-Verlust zwischen 2015 und 2021 bzw. -45% seit 2018), kann den Beschäftigtenstand halten und konserviert das Niveau der Personalausgaben über den Beobachtungszeitraum. Die größten relativen Beschäftigten-Verluste in unserem Industriegruppen-Sample vollziehen sich im Bereich der Glasin-

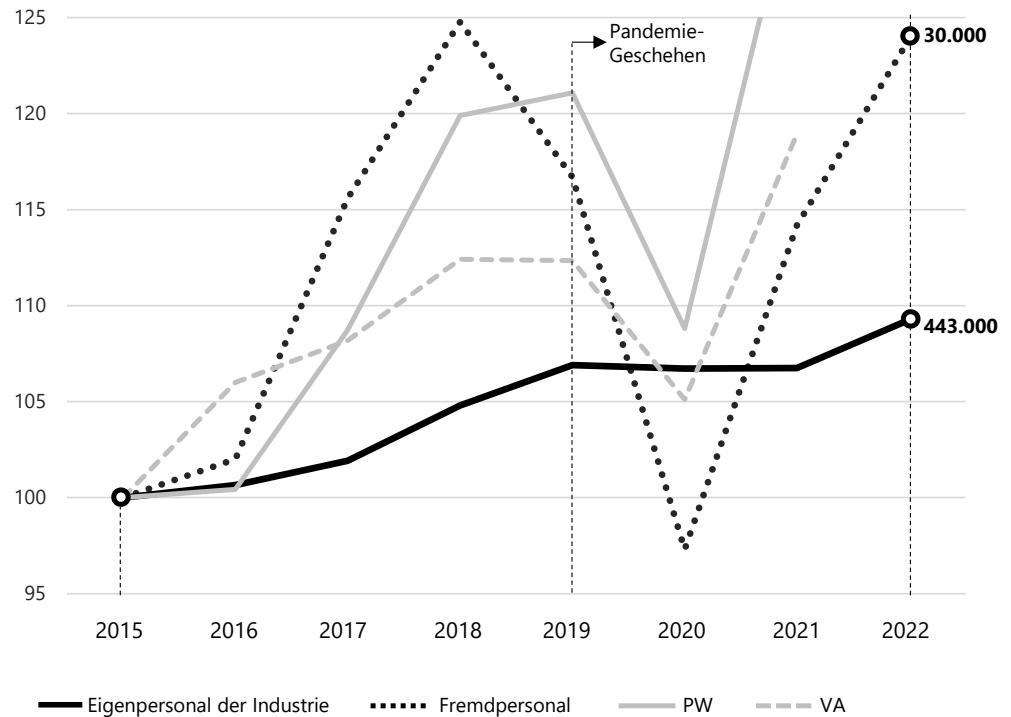
dustrie. Im Beobachtungszeitraum werden rund 15% der Beschäftigten abgebaut, bei einer leicht rückläufigen, nun aber kapitalintensiveren Produktion (PW -1,6%, VA +0,1%). Im Bereich Steine und Keramik wiederum kommt es zu einem leichten Rückgang der Industrie-Beschäftigung bei gleichzeitig deutlich ansteigenden Personalkosten (+12%), die bei einem PW-Wachstum von über 20% der dynamischen Produktivitätsentwicklung der Gruppe folgen.

Die Beschäftigungsdynamik und spezifische Ausprägungen des Wachstums von Industrien lassen sich in der Regel über zugrundeliegende reale Faktoren erklären, einmal über Output-Schwankungen im Rahmen der Anpassung an globale Marktlagen (Konjunkturverläufe oder exogene Schocks, wie z.B. die COVID-19-Pandemie) oder Veränderungen in der komparativen Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Einheiten eines Industriezweiges. In jedem Fall reagieren Unternehmen mit spezifischen Strategien auf Mikro- und/oder Marko-Krisen. Ein wesentliches Element dabei ist die Flexibilisierung der Organisation über ein optimiertes Management der Kapazitäten („Capacity Control“). Kapazitäten werden dabei im Rahmen der Produktion über die eingesetzten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital aufgebaut, beides in der Regel „downward rigid“³⁰. Eine spezifische Lösung der Problemstellung des Kapazitätsmanagement im Zusammenhang mit dem Faktor Arbeit ist in der Industrie der Aufbau eines optimalen Mix an Eigen- und Fremdpersonal. Fremdpersonal ist dabei definiert als temporär (in der Regel über die Dauer von Auslastungsspitzen, z.B. im Rahmen spezifischer Fertigungsprogramme) von Dritten geliehene Arbeitskräfte. Aufgrund ihrer besonderen arbeitsrechtlichen Stellung ist gemietetes Personal kurzfristig variabel.

Abbildung 19 zeigt die Entwicklung der Beschäftigung von Fremd- und Eigenpersonal in der heimischen Industrie zwischen 2015 und 2022. Gut zu sehen sind die raschen Maßnahmen der Industrieunternehmen im Bereich ihrer gemieteten Arbeitskräfte mit und kurz nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie (Abbau -17%). Die Reaktion der Unternehmen im Bereich des Eigenpersonals fällt demgegenüber (aus verschiedenen Gründen, u.a. rechtliche Verpflichtungen, die Sicherung von Tacit Knowledge oder auch öffentliche Stützungsprogramme) deutlich schwächer aus. Allerdings ist auch die Gesamtentwicklung der eigenen Beschäftigung vergleichsweise wenig dynamisch. Die Beschäftigungssituation im Bereich des Fremdpersonals erholt sich bereits nach dem ersten schweren Pandemie-Jahr fast vollständig (+17%), was deutlich auf die Flexibilität hinweist, die die Industrieunternehmen durch Leiharbeiter gewinnen. Im Bereich des Eigenpersonals kommt es trotz Wachstumsgewinnen im Produktionsbereich (+22% von 2020 auf 2021) zu keinen Anpassungen.

³⁰ „Downward Rigidity“ (im Falle von Produktionsfaktoren wie Arbeit und Kapital bedeutet dies die schwierige kurzfristige Rückbaubarkeit bzw. Reduktion ihres Bestandes, z.B. des Niveaus, auf dem sie in einem Unternehmen beschäftigt sind).

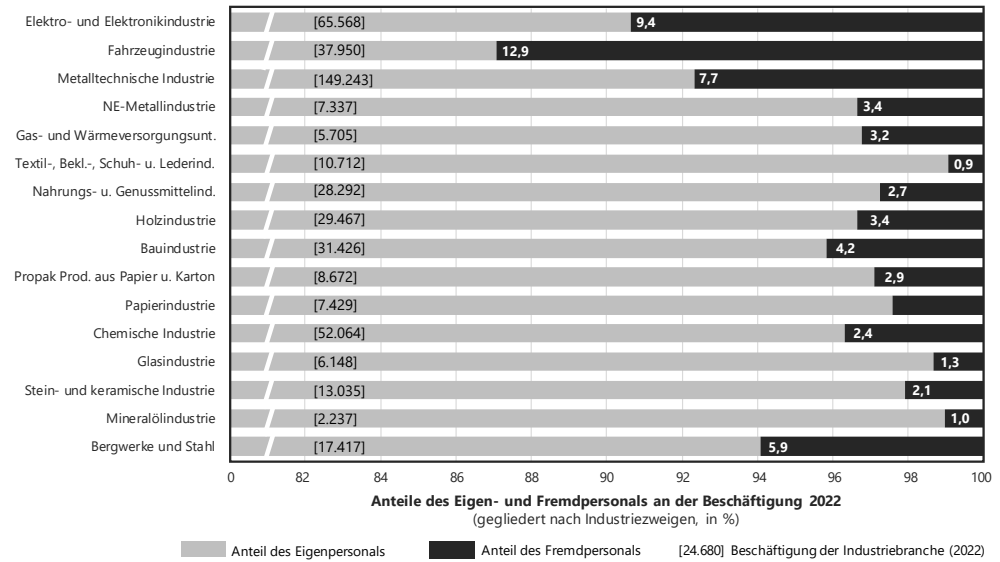
Abb. 19: Eigen- und Fremdpersonal der Industrie (Entwicklung 2015-2022; indiziert)



Anm.: PW (Produktionswert, VA (Value Added/Wertschöpfung), Index (2015 = 100)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik

Zwischen den einzelnen Industriezweigen bestehen deutliche Unterschiede in der Nutzung von Fremdpersonal im Rahmen des Kapazitätsmanagement. Vorteile der Flexibilisierung durch den Einbau von gemieteten Arbeitskräften können vor allem in jenen Industrien realisiert werden, die einen hohen Anteil an Auftragsfertigung an der Produktion haben (z.B. die Fahrzeugtechnische Industrie). Abbildung 20 bringt einen Überblick über die Anteile des Fremdpersonals und des Eigenpersonals an der Beschäftigung im Jahr 2022. Auffällig sind die hohen Raten an Fremdpersonal im Bereich der Fahrzeugtechnischen Industrie (rund 13%), die sich einmal über die eingesetzten JIT-Systeme im OEM-Bereich und andererseits über die eher kleinen Losgrößen in der befristeten Sondermodellfertigung (z.B. am Magna-Standort in Graz) erklären lassen.

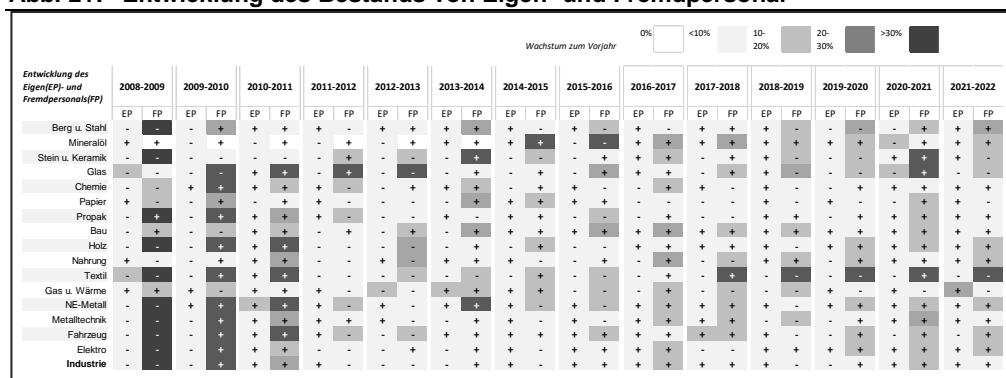
Abb. 20: Industriegruppen – Beschäftigung von Eigen- und Fremdpersonal



Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik

Abbildung 21 zeigt den Verlauf der Fremdpersonal-Nutzung in den einzelnen Industriezweigen in den Jahren 2015 bis 2022. Gut zu sehen sind hier die Aktivitäten im Bereich der heimischen Bauindustrie, die durchgängig den Anteil gemieteter (überlassener) Arbeitskräfte ausdehnt. Hier befinden wir uns im Bereich des klassischen Projektgeschäfts, wo der Zukauf externer Ressourcen über einen planbaren Zeitraum hoch effizient und kosteneffektiv sein kann. Der beobachtbare Prozess kann zudem im Zusammenhang mit der teilweise ungünstigen wirtschaftlichen Situation der Industrie stehen (siehe auch oben). Ähnlich eindeutige Entwicklungen sind im Vergleich zwischen den Industriezweigen nicht darstellbar. Vieles scheint allerdings auch hier am Projektgeschäft bzw. an zeitlich befristeten Programmen zu hängen oder branchenspezifische Marktzyklen widerzuspiegeln.

Abb. 21: Entwicklung des Bestands von Eigen- und Fremdpersonal



Anm.: EP (Eigenpersonal, FP (Fremdpersonal)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik

Flexibilisierung im Bereich des Faktors Arbeit findet in Unternehmen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite allerdings auch über spezifische Arbeitszeitmodelle (Teilzeit) statt. Möglichkeiten dazu werden im Rahmen der heimischen Industrieunternehmen auch zunehmend genutzt. 2015 beträgt z.B. die Teilzeitquote in der Industrie (Mittel) noch 8,6%, im Jahr 2022 jedoch bereits 11,3% (+31%).

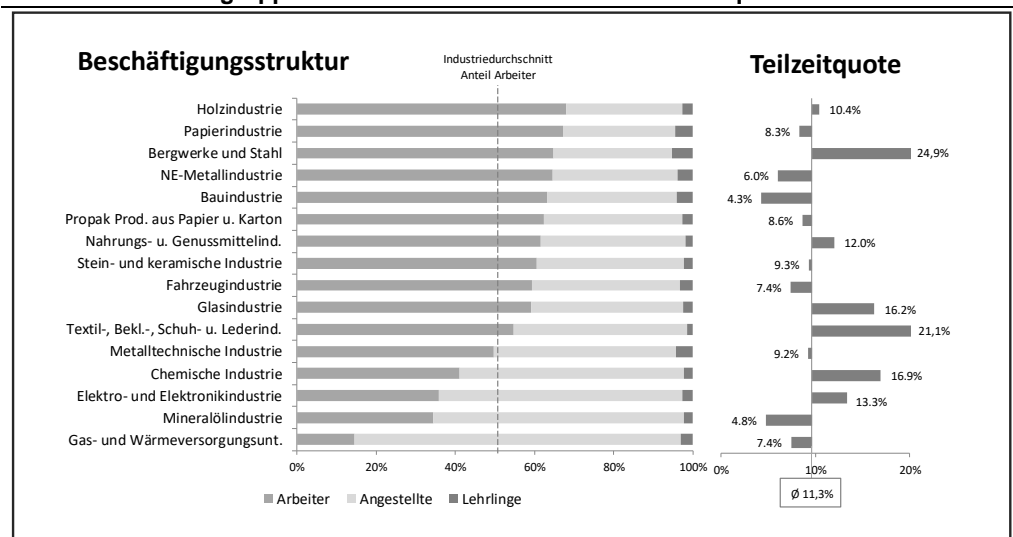
Abbildung 22 zeigt die spezifischen Teilzeitquoten für die einzelnen Industriegruppen im Jahr 2022. Der Trend hin zur Teilzeitarbeit lässt sich dabei für eine ganze Reihe von Industrien gut abbilden, wobei die Motivlagen und Anreizsysteme sich dabei deutlich unterscheiden können. So gibt es z.B. im Bereich der Glasindustrie und der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie zwischen 2015 und 2021 (siehe auch Abbildung 18) große Beschäftigungsverluste, die ihrerseits den Druck auf Arbeitnehmer zur Wahl spezifischer Arbeitszeitmodelle erhöhen können. In beiden Industriezweigen liegt die Teilzeitquote 2022 mit 16 bzw. 21% auch vergleichsweise hoch. Die Chemische Industrie wiederum hat im Betrachtungszeitraum einen deutlichen Anstieg des Personalaufwandes hinter sich. Auch hier könnten Arbeitszeitmodelle einen strategischen Ansatz bieten. In den Grundstoffindustrien mit geringerem Marktprofil (z.B. eher Großhandelsgeschäft) im Verwaltungsbereich (Marketing, Compliance, Kommunikation etc.) sind eher Teilzeit-Modelle umsetzbar. Die Teilzeitquote liegt hier bei 17%. Spitzenreiter im Feld der heimischen Industriezweige ist allerdings der Bereich Bergwerke & Stahl mit einer Teilzeitquote 2022 von 25%. Zum Teil könnte der hohe Wert eventuell über höhere Altersteilzeitquoten in dieser Industrie zu erklären sein.

Neben der Flexibilisierung der Beschäftigung über Fremdpersonal oder Arbeitszeitmodelle hat sich zwischen 2015 und 2021 auch einiges im Bereich der Arbeitnehmerstruktur verändert. So zeigt sich z.B. eine eindeutige anteilmäßige Verschiebung zwischen Arbeitern und Angestellten, die auch mit einigen Konsequenzen für den Arbeitgeber verbunden sind (z.B. längere Kündigungsfristen oder längere Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall). Seit 2018 sind Arbeiter den Angestellten (mit weiterhin aufrechten kleineren Unterschieden) arbeitsrechtlich gleichgestellt. 2015 liegt

der Arbeiteranteil im Industrie-Mittel noch bei 55%, nimmt jedoch in den Folgejahren weiter ab (2022: 52%).

Auch im Zusammenhang mit dem Arbeiteranteil zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Industriezweigen. Vieles hängt dabei (neben dem historischen Erbe der Branchen) an der spezifischen Ausprägung des Wertschöpfungsprozesses. Je geringer z.B. die Rolle der Marketing- und Vertriebsfunktion in den Unternehmen, und je eindeutiger die Kernkompetenzen der Einheiten im Produktionsbereich liegen, desto höher auch der Anteil des klassischen Arbeiters. Der höchste Anteil an Arbeitern in der heimischen Industrie findet sich 2022 im Bereich der Holzindustrie (68%), der Papierindustrie (67%) und Bergwerke & Stahl (65%), die geringsten Anteile in der Elektro- und Elektronikindustrie (36%), der Mineralölindustrie (34%) und im Bereich der Gas- und Wärmeunternehmen (knapp 15%).

Abb. 22: Industriegruppen – Arbeitnehmerstruktur und Teilzeitquote



Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammersystematik

Der relativ hohe Anteil der Lehrlinge an der Industriebeschäftigung ist wiederum ein Nachweis der wichtigen Rolle der Industrieunternehmen im Rahmen des heimischen Bildungs- und Ausbildungssystems. Über das sogenannte „Duale Ausbildungssystem“ werden Jugendliche nach dem Pflichtschulabschluss über eine 2 bis 4-jährige Ausbildungszeit im Betrieb und in der Berufsschule an zukünftige Aufgaben (z.B. Facharbeiter oder Bürokaufmann) herangeführt. Die Unternehmen unterstützen dabei die Ausbildung finanziell, profitieren jedoch auch im Falle der Übernahme des Lehrlings von der aufgebauten Qualifikation, die in der Regel kongruent mit dem Aktivitätsprofil des jeweiligen Ausbildungsunternehmens ist.

Der durchschnittliche Lehrlingsanteil an der Industriebeschäftigung beträgt 2022 über 3%. Vergleichsweise viel ausgebildet wird u.a. in der Papierindustrie (knapp 5%), in

der NE-Metallindustrie (3,9%), in der Metalltechnischen Industrie (4,3%), und insbesondere im Bereich Bergwerke und Stahl (5,3%). Die geringsten Ausbildungsraten finden sich hingegen in der Chemischen Industrie (2,3%), in der Steine- und keramischen Industrie (2,4%), in der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie (1,5%) und in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (1,8%).

Auf jeden Fall ist die Ausbildung vor Ort, in den Betrieben, eine Investition in die Kapazitäten und Potenziale der betreffenden Unternehmen. Gleichzeitig jedoch erhöhen diese Aktivitäten auch die Leistung und Leistungsfähigkeit des gesamten industriellen Sektors. Der folgende Abschnitt bringt in diesem Zusammenhang einen Blick auf die heimische Industrie als zukunftsgerichteter Akteur und Investor.

8 Die Industrie als Zukunftsakteur

- Der industrielle Sektor der gewerblichen Wirtschaft ist 2021 mit 8,5 Mrd. Euro der bedeutendste Investor Österreichs. Der KMU-Anteil an den Investitionen beträgt dabei rd. 28%. Im Mittel investierten heimische Industrieunternehmen 2,4 Mio. Euro im Jahr 2021.
- Die mittlere Investitionsquote des Sektors liegt zwischen 2015 und 2021 bei 4%. Es zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede in der Investitionsneigung zwischen den einzelnen Gruppen. Spitzenreiter 2021 ist die Glasindustrie mit einer Quote von 8,5%, Schlusslicht die Gas- und Wärmeversorgung (1,2%). Der Anteil der Netto-Investitionen des Sektors (Aufbau des Kapitalstocks der Industrie) beträgt zwischen 2015 und 2021 im Mittel rd. 37%.
- Die Industrie ist bei Forschung & Entwicklung der stärkste Sektor in Österreich. Über 7% der Beschäftigten der Industrie arbeiten in F&E-Funktionen. Führend sind hier die Bereiche Elektro- & Elektronik (18%) und Fahrzeuge (12%). Bei den F&E-Ausgaben liegt die Industrie ebenfalls deutlich an der Spitze der gewerblichen Wirtschaft (2,4% der Umsatzerlöse 2021).
- Umweltschutz ist ein wichtiger Aspekt im Rahmen der Investitionstätigkeit der heimischen Industrie. 2021 wurden in diesem Zusammenhang von den Unternehmen 930 Mio. Euro ausgegeben. Die (anteilmäßig) meisten umweltschutzrelevanten Investitionen tätigte im Jahr 2021 der Bereich Bergwerke & Stahl (3,4% der Umsatzerlöse).

Das Hauptaugenmerk der Wirtschaftspolitik liegt auf der Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit, des Potenzials, des volkswirtschaftlichen Systems. Produktivität ist in diesem Zusammenhang eine entscheidende strategische Entwicklungsdimension. Produktivität wird nun von mehreren strategischen Variablen getrieben, darunter insbesondere Bildung bzw. Ausbildung (im Bereich des Produktionsfaktors Arbeit) und die Implementierung neuer Technologien (im Bereich des Produktionsfaktors Kapital). In beiden Bereichen ist die Industrie eine führende Kraft unter den Sektoren der heimischen Wirtschaft. In Abschnitt 7 geben wir bereits einen kurzen Überblick über die Rolle der Industrie im Rahmen der Qualifizierung des Faktors Arbeit, in der

Folge wollen wir daher näher auf ihre Bedeutung als Katalysator des technischen Fortschritts eingehen.

Investitionen sind Technologieträger. Und die Industrie ist neben dem Bereich IT/Consulting der wichtigste Investor Österreichs. Mit rund 8,5 Mrd. Euro an Investitionen 2021 liegt der Industrie-Sektor an der Spitze der gewerblichen Wirtschaft. Wobei sich Investitionen in anderen Bereichen, so z.B. im Bereich IT/Consulting (7,7 Mrd. Euro im Jahr 2021), allerdings von jenen der Industrie unterscheiden. (1) Der IT/Consulting-Sektor ist deutlich dezentralisierter (niedrige Konzentration) aufgestellt als die Industrie (KMU-Anteil des Sektors fast 100%). Damit ist auch in der Regel mit eher kleineren Investitionsprogrammen zu rechnen (Mittelwert des IT/Consulting-Sektor liegt 2021 bei rund 100.000 Euro). Die durchschnittlichen Ausgaben für Investitionen betragen im Gegensatz dazu im Bereich der Industrie fast 2,4 Mio. Euro (KMU-Anteil an den Investitionen rund 28%). (2) Investitionen im Sektor IT/Consulting sind im Charakter uniformer, weniger differenziert als im sehr heterogenen Industriebereich, der eine große Bandbreite an Technologien in vielen Nutzungszusammenhängen verwertet.

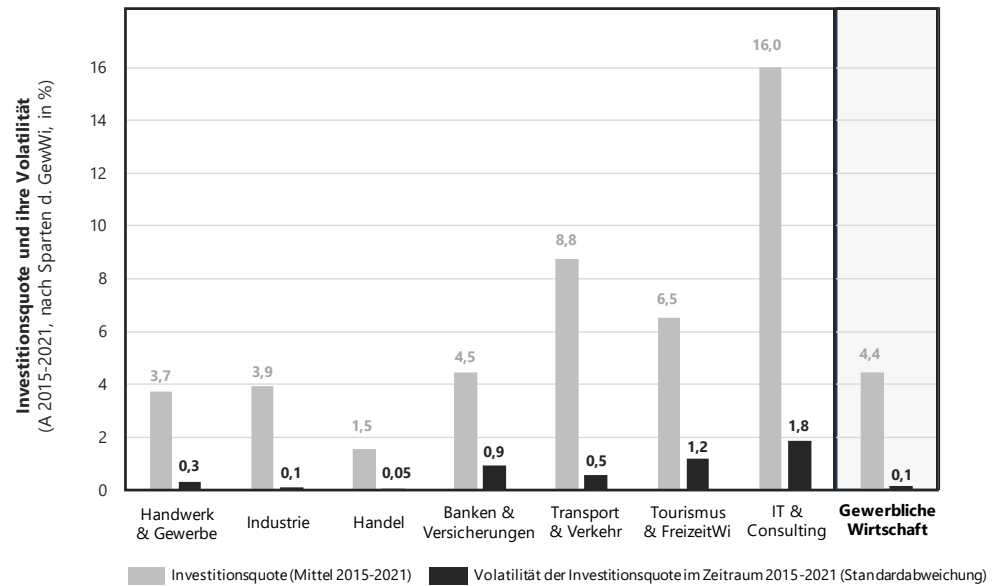
Im Zusammenhang mit Investitionen stellt sich allerdings auch die Frage nach der Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Industriezweigen oder Wirtschaftssektoren, nach ihren Möglichkeiten zu investieren und damit ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu steigern. Aussagekräftiger als absolute Zahlen zu Investitionsausgaben ist hier die Relation der entsprechenden Aufwendungen zu jenen Mitteln, die den Einheiten grundsätzlich für strategische Maßnahmen zur Verfügung stehen (Investitionsquote). Abbildung 23 nutzt in diesem Zusammenhang die Umsatzerlöse der Sektoren der gewerblichen Wirtschaft, um ein präziseres Bild der (relativen) Investitionstätigkeit zu erhalten.

Es zeigt sich hier, dass der Industriesektor deutlich weniger an potenziellen Mitteln auf die Entwicklung der eigenen Systeme verwendet als manch andere Teile der gewerblichen Wirtschaft. Von den Zuflüssen in die Unternehmen (Erlöse) wird 2021 mit fast 12% der höchste Anteil im Sektor IT/Consulting für Investitionen eingesetzt, gefolgt vom Bereich Transport und Verkehr (9,5%) und dem Tourismusbereich (9%)³¹. Der Industrie-Sektor liegt hier 2021 mit seiner Investitionsquote³² bei knapp unter 4%. Allerdings muss auch hier relativiert werden. Der Technologie-Gehalt der Investitionen der Industrie bzw. der innovative Gehalt der Industrie-Investitionen (siehe dazu u.a. Abbildung 26) ist im Sektor-Vergleich eindeutig am höchsten.

³¹ Hier kann angemerkt werden, dass der Ausbruch der Pandemie Anfang 2020 die Investitionstätigkeit in allen Bereichen der Gewerblichen Wirtschaft getroffen hat, entweder in Form absoluter Rückgänge oder deutlich geringerer Wachstumsraten. So fallen z.B. die Investitionsausgaben im Bereich Tourismus und Freizeitwirtschaft 2020, also in einer Zeit, in der spezifische Lock-Downs den Sektor stark treffen (Umsatzerlöse -22%), mit -19,5% (gegenüber 2019) deutlich.

³² Investitionsquote: Bruttoinvestitionen im Bereich Anlagevermögen in Relation zu den Umsatzerlösen.

Abb. 23: Gewerbliche Wirtschaft – Investitionsquoten der Sparten

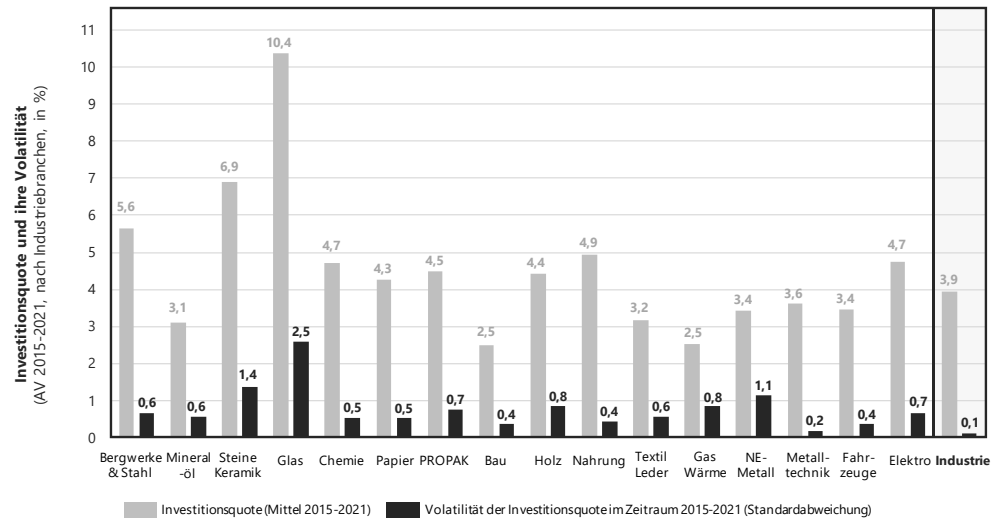


Anm.: AV (Average/Durchschnitt), GewWi (Gewerbliche Wirtschaft), Investitionsquote (Investitionsausgaben in Relation zu Umsatzerlösen)

Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

Ein Vergleich der Investitionsquoten der einzelnen Industriezweige bringt die erwarteten Unterschiede (siehe Abbildung 24). Es zeigt sich über die Jahre 2015 bis 2021 ein recht heterogenes Feld (Mittlere Investitionsquoten liegen zwischen 1% und 15%) und gleichzeitig eine hohe Volatilität der Investitionstätigkeit (speziell in den Industriezweigen Glas sowie Steine und Keramik). Schlusslicht in Bezug auf die Investitionsquote ist 2021 die Gas- und Wärmeversorgung (1,2%), Spitzenreiter hingegen die Glasindustrie mit einer Investitionsquote von 8,5%. Das Industrie-Mittel liegt bei knapp unter 4%.

Abb. 24: Industrie – Investitionsquoten der Branchen



Anm.: AV (Average/Durchschnitt), Investitionsquote (Investitionsausgaben in Relation zu Umsatzerlösen)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

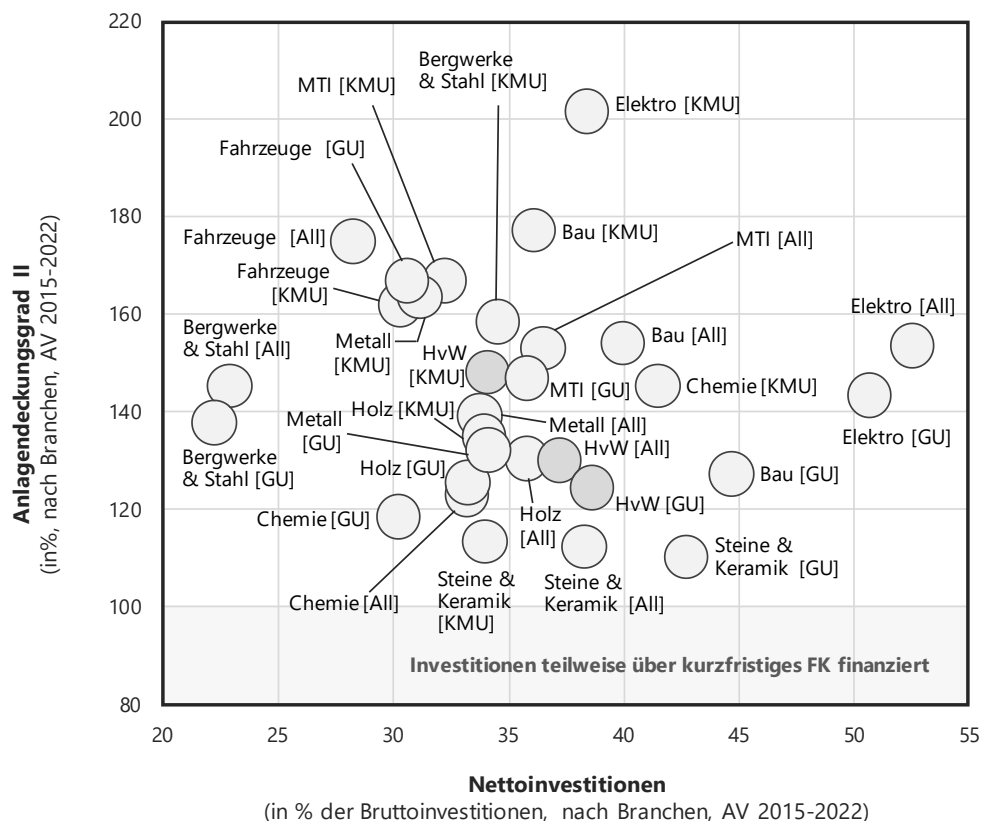
Ein wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit der Investitionsquote ist die Zusammensetzung der getätigten Investitionen. Dabei stellt sich die Frage nach dem Anteil jener Investitionen, die die quantitative und qualitative Kapazität der Unternehmen potenziell ausbauen (Erweiterungsinvestitionen), und welche Mittel von den Einheiten eingesetzt werden, um bestehende Kapazitäten zu erhalten (Ersatzinvestitionen). Abbildung 25 gibt hier einen Überblick über die Nettoinvestitionen (Brutto-Investitionen minus darin enthaltene Ersatzinvestitionen) der einzelnen heimischen Industriezweige und differenziert dabei zwischen Großunternehmen (GU) und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). In diesem Zusammenhang werden die kalkulatorischen Kapitalkosten in Ansatz gebracht, die durch die Abnutzung von Anlagen im Bereich der Einheiten anfallen (Abschreibungen). Sie versetzen uns in die Lage, eventuelle Zuwächse im Bereich des Kapitalstocks (z.B. im Bereich materieller Anlagegüter, z.B. Maschinen, oder Rohstofflager) abzugrenzen. Mit den Nettoinvestitionen gewinnen wir einen grundlegenden Indikator des Wachstums der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Industriezweigs, auch wenn die heutigen Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem Leasing von Kapitalgütern die Interpretation erschweren können.

Um den Kapitalstock zu erhöhen, müssen die Nettoinvestitionen positiv sein. Im Industrie-Mittel³³ zwischen 2015 und 2021 betragen die Nettoinvestitionen rund 37% der Bruttoinvestitionen. Dies bedeutet, dass durchschnittlich von den Industrieunternehmen bis zu 63% der Investitionsausgaben dafür eingesetzt werden, Wertverluste des Anlagevermögens zu kompensieren (bzw. Ersatzinvestitionen vorzunehmen). Damit stehen gleichzeitig im Betrachtungszeitraum auch nur 37% der Investitions-

³³ gemessen an der Industriegruppe "Herstellung von Waren" (HvW).

summe für die Erweiterung der Kapazität bzw. des Potenzials der Industrieunternehmen zur Verfügung.

Abb. 25: Industriegruppen – Finanzielle Aspekte der Investitionstätigkeit



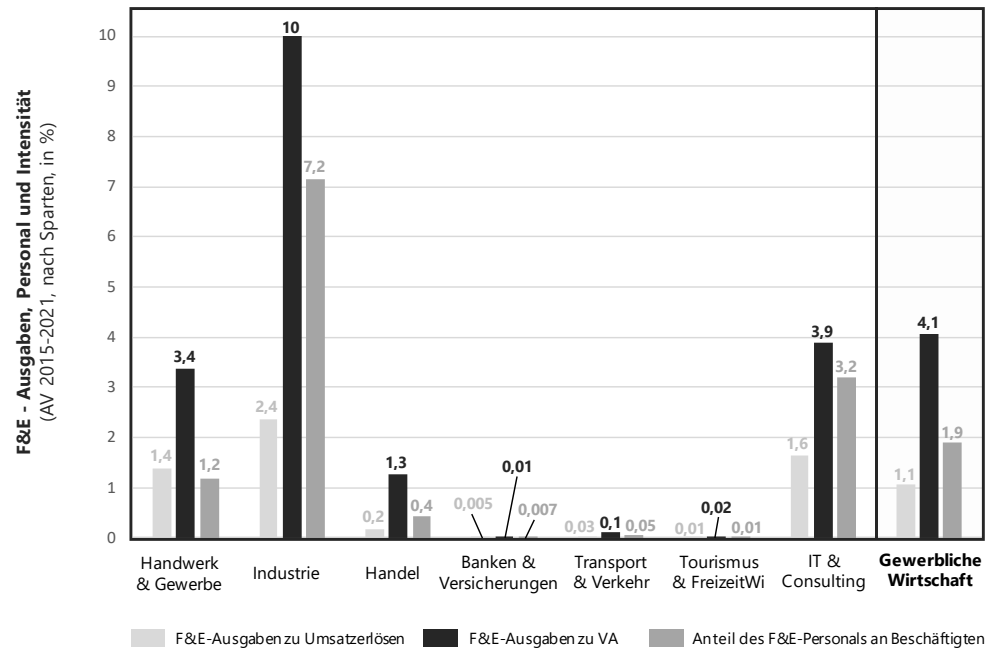
Anm.: Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen), Anlagendeckungsgrad II (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital in Relation zum Anlagevermögen, in %), AV (Average/Durchschnitt), GU (Großunternehmen), KMU (Kleine und mittlere Unternehmen), FK (Fremdkapital), All (Industriezweig), MTI (Metalltechnische Industrie), HvW (Industriegruppe Herstellung von Waren), Metall (Industriegruppe Metallverarbeitung), PROPAK (Produktion aus Papier und Karton); nicht-repräsentierte Industriezweige (Daten-Verfügbarkeit): Gas & Wärme, Mineralölindustrie und Papierindustrie
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik; Bilanzkennzahlenanalyse 2023

Alle der im Rahmen von Abbildung 25 abgegrenzten Einheiten der heimischen Industrie zeigen im Zeitraum 2015 bis 2022 positive Nettoinvestitionen. Allerdings sind auch teilweise große Unterschiede zwischen den einzelnen Industriezweigen in der Entwicklung des Kapitalstocks feststellbar. Vergleichsweise geringe (mittlere) Nettoinvestitionen weist speziell der Bereich Bergbau und Stahl auf. Die Spitzengruppe des Industrie-Sektors in Bezug auf die Entwicklung des Kapitalstocks bilden im Zeitraum zwischen 2015 und 2022 die Großunternehmen der Elektro- und Elektronikindustrie, der Bauindustrie und des Bereich Steine und Keramik.

Ebenso von großer Bedeutung im Rahmen der Interpretation des Investitionsniveaus ist die Finanzierung der betreffenden Aufwendungen. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit eigene oder fremde Mittel im Rahmen des Ausbaus des Kapitalstocks einzusetzen. Im Zusammenhang mit fremden Mitteln (Fremdkapital) ist zudem eine Unterscheidung nach der Fristigkeit der Finanzierung notwendig. Ziel sollte es jedenfalls sein, die Langlebigkeit von Kapitalkomponenten (z.B. von Maschinen) mit der Fristigkeit eingesetzter FK-Komponenten in Übereinstimmung zu bringen. Die Kennzahl Anlagendeckungsgrad II gibt nun an, in welchem Verhältnis das über Investitionen aufgebaute Anlagevermögen eines Unternehmens zu der im Rahmen der Finanzierung eingesetzten Kombination von Eigenkapital und langfristigen Fremdkapital steht (EK+langfristiges FK zu Anlagevermögen). Wird dabei ein Wert gleich oder größer 1 (bzw. 100%) erreicht, ist das Anlagevermögen fristengerecht finanziert. Wird der Schwellenwert jedoch unterschritten, muss davon ausgegangen werden, dass Teile des Anlagevermögens (Investitionen) über kurzfristige Verbindlichkeiten (z.B. Kontokorrentkredite) finanziert sind. Dies ist kritisch zu sehen, weil es die finanzielle Stabilität der betrachteten Einheit gefährden kann. Im Rahmen der Analyse des heimischen Industriesektors zeigt sich allerdings, dass im langjährigen Mittel (2015 bis 2022) das Anlagevermögen (Investitionen) der betrachteten Industriezweige eher über langfristiges Fremdkapital finanziert wird.

In Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung und hohen technologischen Dynamik, und vor dem Hintergrund weitreichender Umweltschäden durch Immissionen vielfältiger Quellen, u.a. aus Produktionsprozessen, interessieren vor allem zwei Aspekte im Rahmen der Investitionstätigkeit der Industrie, die Aktivitäten der Industrieunternehmen im Bereich der Forschung und Entwicklung (kurz F&E) und ihre Umweltschutzausgaben. Abbildung 26 gibt dabei einen ersten Eindruck der Bedeutung der Industrie in Bezug auf den Aspekt der F&E-Aktivitäten im Rahmen der heimischen Wirtschaft.

Abb. 26: Gewerbliche Wirtschaft – F&E-Aktivitäten



Anm.: VA (Value Added/Wertschöpfung), AV (Average/Durchschnitt), F&E (Forschung und Entwicklung)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammersystematik

Untersucht wird die relative Position des Industriesektors entlang dreier strategischer F&E-Dimensionen, dem F&E-gewidmeten Personal, die F&E-Intensität (hier gemessen an der Relation von F&E-Ausgaben und Wertschöpfung) und die Innenfinanzierung der F&E-Ausgaben. Ein Sektor-Vergleich im Rahmen der gewerblichen Wirtschaft zeigt dabei, dass die Industrie in allen genannten Bereichen im Referenzjahr 2021 die Spitzenposition hält. Über 7% der Beschäftigten der Industrie arbeiten in Funktionen in Forschung und Entwicklung, deutlich mehr als im Falle des nächstgeordneten Sektors Information und Consulting (3,2%). Im Mittel liegt die gewerbliche Wirtschaft 2021 bei knapp 1,9% F&E-Beschäftigten.

In Bezug auf F&E-Intensität ist die Situation im Sektor-Vergleich ähnlich eindeutig. Auch hier erreicht die Industrie im Vergleich (2021) mit über 10% mit Abstand die höchste Intensität unter den Sektoren der gewerblichen Wirtschaft; dahinter als Sektor mit der zweithöchsten F&E-Intensität der Bereich IT und Consulting (3,9%). Im Mittel erreicht die gewerbliche Wirtschaft Österreichs 2021 in Bezug auf die F&E-Intensität einen Wert von 4,1%. Die Summe der F&E-Investitionen beträgt dabei 2021 über alle Sektoren 8,6 Mrd. Euro.

Im Zusammenhang mit der Frage der potenziellen Innenfinanzierung der F&E-Investitionen wird die Relation der F&E-Ausgaben der Sektoren der gewerblichen Wirtschaft mit ihren Umsatzerlösen des Jahres 2021 verglichen. Das Sektor-weite

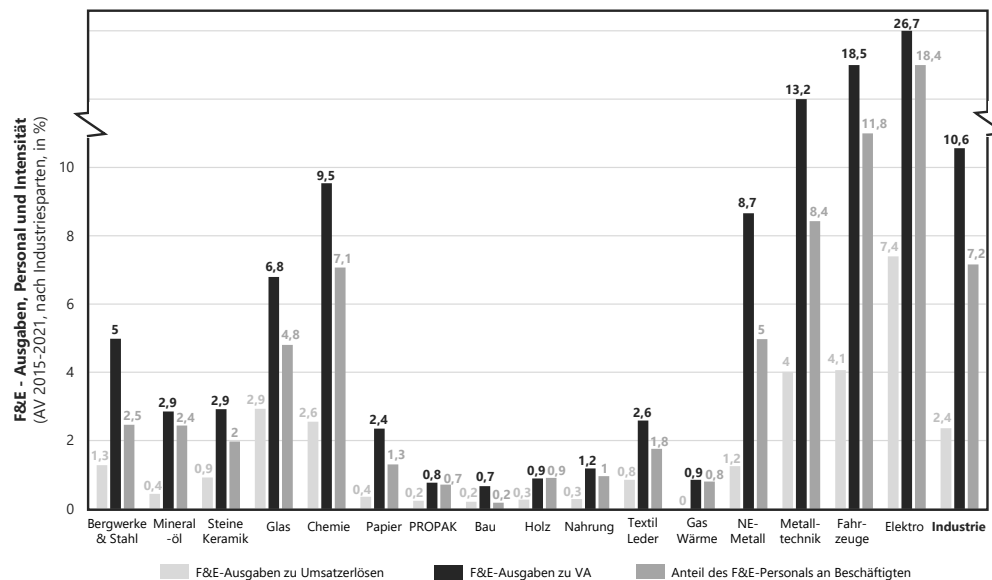
Mittel liegt hier bei 1,1%. Mehr als zwei Mal so hoch liegt der Wert für die Industrie (2,4%), gefolgt vom Sektor Information und Consulting mit 1,6%.

Abbildung 27 zeigt dieselbe Analyse hinsichtlich des Personals, Intensität und Innenfinanzierung im F&E-Bereich im Detail für die heimische Industrie, differenziert nach Industriezweigen, im Jahr 2021. Die stärkste Betonung der F&E-Funktion findet sich dabei im Bereich der Elektro- und Elektronikindustrie. Hier ist einmal der Einsatz von F&E-Personal mit über 18% der Beschäftigten anteilig, im Vergleich der heimischen Industriezweige, am höchsten; die nächstgereichte Fahrzeugtechnische Industrie (11,8%), die Metalltechnische Industrie (8,4%) und die Chemische Industrie (7,1%) fallen hier bereits deutlich ab. Absolut arbeiten allerdings in der Metalltechnischen Industrie von allen heimischen Industriezweigen die meisten Beschäftigten (rund 12.000) im F&E-Bereich, gefolgt von der Elektro- und Elektronikindustrie (10.600).

Auch im Zusammenhang mit den F&E-Ausgaben (hier als Anteil an der Wertschöpfung der jeweiligen Industriegruppe, i.e. F&E-Intensität) hält die Elektro- und Elektronikindustrie mit fast 27% die Spitzenposition, gefolgt von der Fahrzeugtechnischen Industrie (18,5%) und der Metalltechnischen Industrie (8,4%). Letztere ist allerdings (absolut betrachtet) mit 1,9 Mrd. Euro im Jahr 2021 traditionell die Gruppe mit den höchsten F&E-Ausgaben unter den heimischen Industriezweigen.

In Bezug auf die Innenfinanzierung der F&E-Investitionen bzw. auf das Verhältnis zwischen F&E-Ausgaben und Umsatzerlösen verzeichnet ein weiteres Mal die Elektro- und Elektronikindustrie (mit 7,4%) die höchste Quote. Dies spricht für den hohen Wert, der dem Bereich Forschung und Entwicklung in diesem Industriezweig zukommt. Ähnliches gilt für die heimische Fahrzeugindustrie oder die Metalltechnische Industrie (beide rund 4%).

Abb. 27: Industriegruppen – F&E-Aktivitäten

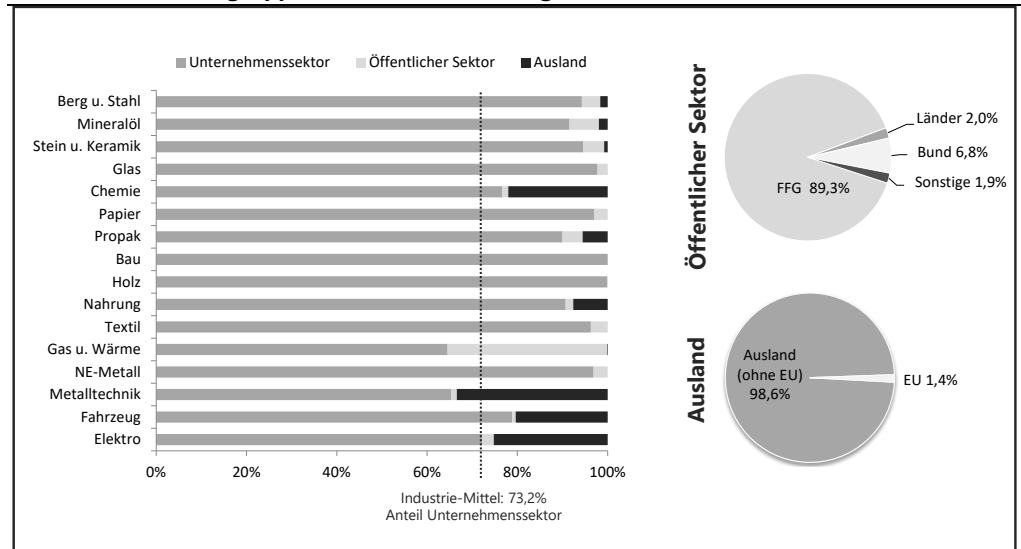


Anm.: VA (Value Added/Wertschöpfung), AV (Average/Durchschnitt), PROPAK (Produktion von Papier und Karton)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammerstatistik

Investitionen im Allgemeinen und Investitionen in Forschung und Entwicklung im Speziellen sind mit hohen Risiken verbunden. Gerade die teilweise ergebnisoffenen Programme im F&E-Bereich und die oft langen Vorlaufzeiten, von der Konzeption, über die Entwicklung bis hin zur Implementierung und Produktivmachung von Produkten und Prozessen, können Unternehmen finanziell sehr belasten. Dies gilt speziell für kleinere und mittlere Unternehmen, die den Großteil der heimischen Industrie ausmachen (88% im Jahr 2021). Externe Finanzierungsquellen zu aktivieren und das Risiko mit anderen, auf nationaler und internationaler Ebene, zu teilen, ist damit eine wichtige Strategie heimischer Industrieunternehmen.

Abbildung 28 gibt einen Überblick über die Finanzierung der F&E-Aktivitäten der heimischen Industrie bzw. der genutzten Finanzierungsquellen, gegliedert nach Industriezweigen. Dabei unterscheiden wir zwischen der Eigenfinanzierung der F&E-Programme durch die Industrieunternehmen selbst (aus dem Cash Flow, Eigenkapital oder Aufbau inländischen Fremdkapitals), den Beiträgen (Förderungen/Subventionen) der öffentlichen Hand (Gebietskörperschaften und öffentliche Fonds) und ausländischen Finanzierungsquellen (supra-nationale Förderprogramme, z.B. der EU, Aufbau ausländischen Fremdkapitals, oder grenzüberschreitende konzerninterne Kredite bzw. Finanzierungen).

Abb. 28: Industriegruppen – F&E-Finanzierung



Anm.: PROPAK (Produktion von Papier und Karton)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammersystematik

2021 finanziert die heimische Industrie Ausgaben für Forschung und Entwicklung von rund 5,3 Mrd. Euro über die genannten Quellen. Dies sind 58% alle F&E-Ausgaben der gewerblichen Wirtschaft. Rund 3,9 Mrd. Euro (73%) davon kommen dabei im Jahr 2021 direkt aus den Unternehmen des Sektors, rund 92 Mio. Euro (1,8%) aus dem öffentlichen Sektor (fast 90% davon stammen aus dem FFG) und über 1,3 Mrd. Euro aus ausländischen Quellen (25%), inklusive von rund 18 Mio. Euro EU-Förderungen.

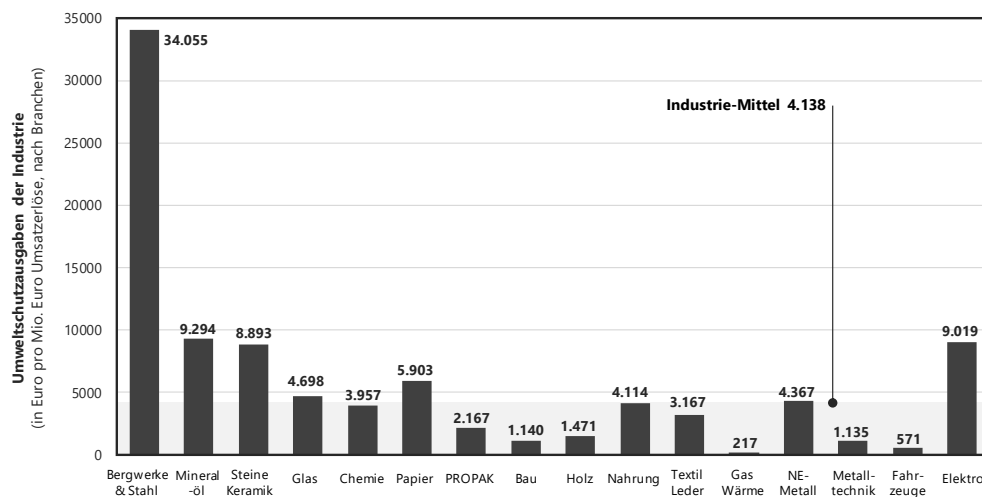
Der Großteil der heimischen Industriezweige zeigt einen sehr hohen Grad der Eigenfinanzierung mit geringen Förderbeträgen aus dem Bereich der öffentlichen Hand und ohne zählbare Beiträge aus dem Ausland. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob in der Praxis alle Möglichkeiten der F&E-Finanzierung der heimischen Industrie über Programme der Europäischen Union auch genutzt werden.

Ausnahmen in der Finanzierungsstruktur im Zusammenhang mit F&E-Aktivitäten stellen 2021 speziell die Chemische Industrie, die Metalltechnische Industrie und die Elektro- und Elektronikindustrie dar. Sie alle haben einen relativ hohen Anteil an Auslandsfinanzierung im Bereich zwischen 22 und 33%. Dies deckt sich auch mit den Beständen „Passiver (ausländischer) Direktinvestitionen“ (PDI)³⁴ in heimische Industriezweige. 2022 liegt (unter den Industriezweigen mit einem höheren Grad an Auslandsfinanzierung) die Chemische Industrie mit PDI von rund 5,3 Mrd. Euro an der Spitze; dahinter die Maschinenbau-Industrie (Teil der Metalltechnische Industrie) mit 3,3 Mrd. Euro und die Elektro- und Elektronikindustrie mit 2,8 Mrd. Euro³⁵.

³⁴ PDI (Passive Direktinvestition) sind Investitionen ausländischer Akteure in heimische Unternehmen (heimisches Unternehmen ist "empfangender" Teil).
³⁵ PDI-Daten des Jahres 2022, Quelle: OeNB 2023, www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=9.3.41

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Investitionstätigkeit der heimischen Industrie sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Umweltschutz. 2021 werden dabei von den Unternehmen in Summe 930 Mio. Euro (+62% seit 2015) ausgegeben, wobei die Beiträge der einzelnen Industriezweige recht breit streuen. Abbildung 29 gibt einen Überblick über die Umweltschutz-Ausgaben der einzelnen Bereiche der heimischen Industrie gemessen an den erwirtschafteten Umsatzerlösen (Proxi für Eigenfinanzierungspotenzial).

Abb. 29: Industriegruppen – Umweltschutzausgaben und Umsatzerlöse 2021



Anm.: PROPAK (Produktion von Papier und Karton)
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

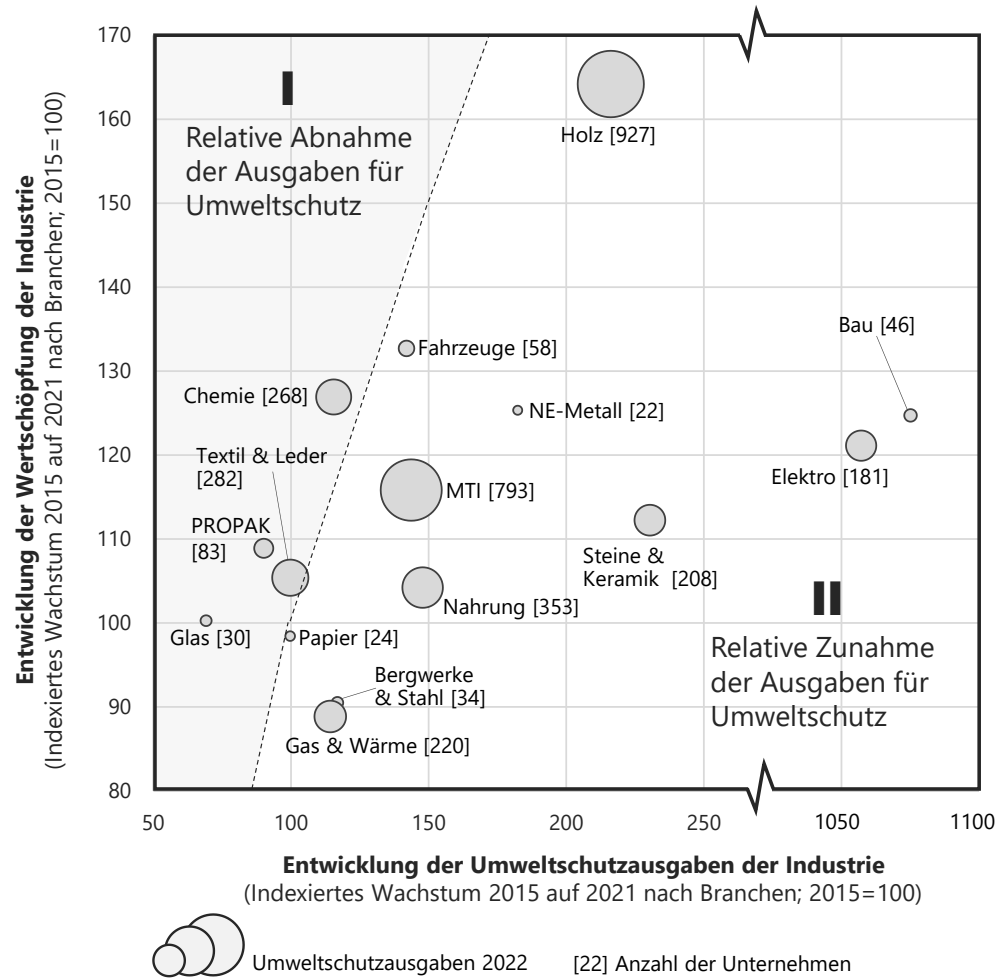
Pro Million an Umsatzerlösen werden dabei im Industrie-Mittel 4.138 Euro für Umweltschutz aufgewendet. Der im Bereich der einzelnen Industriezweige realisierte Betrag hängt dabei allerdings von mehreren Faktoren ab. Einmal von der Umweltbelastung, die von den Prozessen im jeweils betrachteten Bereich ausgeht, dann von den Aufwendungen und Leistungen des Industriezweigs in der Vergangenheit inklusive der Integration neuer umweltfreundlicher Prozesse, und schließlich von der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Industrie, die vom erzielten bzw. erzielbaren Wachstum bestimmt wird.

Am unteren Ende der Leistungen in Bezug auf Umweltschutz steht 2021 die Gas- und Wärmeversorgung mit rund 220 Euro pro Million Umsatzerlöse, gefolgt von der Fahrzeugindustrie mit rund 570 Euro. Dies hängt vor allem an der Eigenart ihrer Produktionsprozesse. Im Fall des Bereichs Gas & Wärme z.B. wird die Industriegruppe vor allem von KMU getragen, die eher kleinere Gas-/Holz-Verstromungseinheiten betreiben und auf technologisch (und damit auch umwelttechnisch) auf relativ hohem Stand sind. An der Spitze des Feldes wiederum positioniert sich der Bereich Bergwerke und Stahl mit Umweltschutzausgaben von rund 34.000 Euro pro Million Um-

satzerlöse. Damit liegt der Industriezweig deutlich vor den nächstgereihten Gruppen, der Mineralölindustrie (9.300), der Elektro- und Elektronikindustrie (9.000) oder dem Bereich Steine und Keramik (8.900).

Abbildung 30 wirft abschließend einen Blick auf die Dynamik der Leistungen der einzelnen Industriezweige im Bereich des Umweltschutzes im Zeitraum 2015 bis 2021. Die Maßnahmen bzw. Aufwendungen der Gruppen entwickeln sich nicht (wie angenommen werden könnte) in dieselbe Richtung (i.e. Steigerung der Ausgaben), sondern sind in ihrer Entwicklung zwischen den betrachteten Industriegruppen recht unterschiedlich. Definierbar sind u.a. Industriesegmente (Segmente I), in denen die Ausgaben für Umweltschutz relativ zu ihrem Wachstum (gemessen an der Wertschöpfung) zwischen 2015 und 2021 abnehmen. Dazu zählen u.a. auch im Zusammenhang mit Umweltschutz kritische Branchen wie z.B. der Bereich PROPAK, die Chemische Industrie, oder Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie. Andererseits haben die Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen in manchen Industriezweigen absolut und/oder relativ zugenommen (Segment II). Hierzu zählt z.B. die historisch belastete Gruppe Bergbau und Stahl. Aber auch in der Bauindustrie steigen die Umweltschutzausgaben im Zeitraum 2015 bis 2021 deutlich, wenn auch von einem sehr niedrigen Niveau aus.

Abb. 30: Industriegruppen – Wachstum und Umweltschutz



Anm.: PROPAK (Produktion von Papier und Karton), MIT (Metalltechnische Industrie), nicht-repräsentierte Industriezweige (Daten-Verfügbarkeit): Mineralölindustrie
 Quelle: IWI-Berechnungen (2024), Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik

Durch die Diskussion im Rahmen der letzten Abschnitte wird deutlich, wie wichtig jene finanziellen Mittel sind, die über die heimische Industrie in zentralen Bereichen unserer Volkswirtschaft bewegt werden. Die Industrie war stets und ist heute immer noch der zentrale Treiber von Beschäftigung und Wachstum, und gleichzeitig eine entscheidende strategische Größe in der Erreichung der gesteckten Klimaziele.

Die heimische Industrie ist in ihrer Struktur und Dynamik hoch komplex. Es muss alles darangesetzt werden, ihre einzelnen Teile, u.a. auch durch gezielte öffentliche Förderung, optimal weiter zu entwickeln. Damit wir den nicht zuletzt auch durch die Industrie erreichten Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auch in Zukunft weiter ausbauen.

Teil III

**Factsheets zur
Industrie Österreichs**

Factsheets der Industriegruppen und der Landesindustriesparten Österreichs

Auf den nachfolgenden Factsheets präsentieren sich die Fachverbände und die Landesindustriesparten der österreichischen Wirtschaftskammer. Neben allgemeinen Informationen (Homepage, Obmann/Obfrau, Geschäftsführer/-in), geben die Factsheets einen Überblick zu den wichtigsten Kennzahlen wie Beschäftigte, Produktionswert, Zahl der Betriebe etc. Aus Gründen einer einheitlichen Darstellung der Kennzahlen entstammen diese einheitlich der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, auf Basis der Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022.³⁶ Thematisiert werden zudem die aktuelle bzw. mittelfristige Situation des Industrie-Standortes Österreich sowie die zentralen Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre.

Dargestellt werden folgende 16 Fachverbände:

- Fachverband der Bauindustrie
- Fachverband Bergwerke und Stahl
- Fachverband der Chemischen Industrie
- Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie
- Fachverband der Fahrzeugindustrie
- Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
- Fachverband der Glasindustrie
- Fachverband der Holzindustrie
- Fachverband Metalltechnische Industrie
- Fachverband der Mineralölindustrie
- Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie
- Fachverband der NE-Metallindustrie
- Fachverband der Papierindustrie
- Fachverband PROPAK – Produkte aus Papier und Karton
- Fachverband der Stein- und keramischen Industrie
- Fachverband der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Im Anschluss folgt die Präsentation der Landesindustriesparten in nachstehender Reihenfolge:

- Landesindustriesparte Burgenland
- Landesindustriesparte Kärnten
- Landesindustriesparte Niederösterreich
- Landesindustriesparte Oberösterreich
- Landesindustriesparte Salzburg
- Landesindustriesparte Steiermark
- Landesindustriesparte Tirol
- Landesindustriesparte Vorarlberg
- Landesindustriesparte Wien

³⁶ Angemerkt werden soll an dieser Stelle, dass zahlreiche Fachverbände und Landessparten zusätzlich Daten und Kennzahlen auf Basis weiterer statistischer Quellen anbieten.

9 Factsheets der Industriegruppen Österreichs

Fachverband der Bauindustrie	
Homepage: www.bau.or.at	
Obmann: DI Dr. Peter Krammer	
Geschäftsführer: Mag. Michael STEIBL	
Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen³⁷	
Zahl der Betriebe: ³⁸ 68	Abgesetzte Produktion Quartalsweise in Mrd. Euro
Beschäftigte: ³⁹ 30.116	
Lehrlinge: 1.216	Beschäftigte Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000
Personalaufwand: ⁴⁰ 2.216 Mio. EUR	
Abgesetzte Produktion: ⁴¹ 8.988 Mio. EUR	
Auslandsumsatz: ⁴² 422 Mio. EUR	
Exportintensität: ⁴³ 4,7%	
Produktionsschwerpunkte: Wohnbau, Industrie- und Wirtschaftsbau; Straßen- und Brückenbau; Tunnelbau; Bahnbau; Wasserbau; Umwelt- und Spezialtiefbau	
Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen): European Construction Industry Federation (FIEC); European International Contractors (EIC)	

³⁷ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
³⁸ Durchschnitt der betreffenden Monate.
³⁹ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁴⁰ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
⁴¹ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
⁴² Unternehmensbereich.
⁴³ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Die Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturlage, massiv gestiegene Material- und Personalkosten sowie hohe Finanzierungshürden bremsen die Baunachfrage derzeit dramatisch ein. Real lag der Rückgang der Bauproduktion im ersten Halbjahr 2023 bei rund 4%.

Im Tiefbau sind die Aussichten durch die langfristige Infrastrukturplanung (Straße, Schiene), den Breitbandausbau und erforderliche Investitionen zur Energiewende mittelfristig noch etwas besser. Für heuer und 2024 werden real etwa +2% prognostiziert, danach wird auch in diesem Segment eine rückläufige Entwicklung erwartet.

Insbesondere im Wohnbau aber gehen die Neuinvestitionen bereits jetzt kräftig zurück. Im ersten Halbjahr 2023 real um etwa -15% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit kann der bestehende Bedarf nach neuem Wohnraum bei weitem nicht abgedeckt werden. Durch die Verknappung ist die Leistbarkeit für breite Bevölkerungsschichten gefährdet. Somit sind treffsichere Maßnahmen für den Wohnungsbau dringend erforderlich, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Beschäftigung halten und den Menschen leistbares Wohnen ermöglichen zu können.

Länder und Gemeinden müssen im Wege des Finanzausgleichs mit ausreichend budgetären Mitteln ausgestattet werden, andernfalls ist der Rückstau bei Bau und Sanierung regionaler Infrastruktur nicht mehr aufzuholen. Als öffentliche Auftraggeber mit erweiterten Finanzierungsmöglichkeiten könnten die Gemeinden antizyklisch und somit konjunkturstabilisierend investieren.

Mit einer länger dauernden Nachfrageschwäche wäre in der Bauwirtschaft zwangsläufig ein deutlicher Abbau von Beschäftigten verbunden. Diese wären in Anzahl und Qualifikation für die Branche verloren und kaum mehr aufbaubar. Ohne diese wesentliche Ressource wären die Aufgaben der Zukunft, insbesondere in Zusammenhang mit der Klimawende, aber kaum mehr zu stemmen.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Für private Einfamilienhaus-Bauherren und gewerbliche Wohnbauträger ist eine rasche Anpassung der, vielfach in der aktuellen Form nicht effektiven, Wohnbauförderungsmodelle essenziell. Jedenfalls müssten die bestehenden Wohnbauförderungstöpfe durch zusätzliche Bundesmittel deutlich aufgestockt werden, um den bereits entstandenen Rückstau bei der Sanierung – vor allem im thermischen Bereich – und Errichtung von geförderten Wohnungen in absehbarer Zeit abarbeiten zu können. Neben Erleichterungen bei der steuerlichen Abschreibung wäre auch eine Mehrwertsteuerbefreiung auf Bauinvestitionen von privaten Bauwerbern zur Schaffung oder Sanierung von selbst genutztem Wohnraum sowie beim Kauf von neu geschaffenen Wohnraum zur Eigennutzung anzudenken. Steuerliche Anreize, attraktivere Abschreibungsmöglichkeiten und innovative Investitionsprämien würden auch die Investitionsentscheidungen institutioneller Investoren erleichtern.

Ein Investitionshemmnis für private Bauherren ist, neben hohen Kreditzinsen, die über das Ziel hinauschießende KIM-Verordnung. Insbesondere die darin festgelegte Schuldendienstquote von maximal 40% des Haushaltsnettoeinkommens. Alternativ zu einer Abschaffung dieser Verordnung wäre die Einführung eines zinsgestützten, bundesseitigen Eigenmittlersatzdarlehens für Wohnbauinvestitionen investitionsfördernd und eine langfristige Kalkulierbarkeit der Finanzierung sicherstellen.

Fachverband Bergwerke und Stahl

Homepage: www.bergbaustahl.at

Obmann: Mag. Andreas HENCKEL VON DONNERSMARCK

Geschäftsführer: Dipl. Ing. Roman STIFTNER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen⁴⁴

Zahl der Betriebe:⁴⁵

33

Beschäftigte:⁴⁶

16.386

Lehrlinge:

870

Personalaufwand:⁴⁷

1.324 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:⁴⁸

12.475 Mio. EUR

Auslandsumsatz:⁴⁹

7.107 Mio. EUR

Exportintensität:⁵⁰

56,1%

Produktionsschwerpunkte:

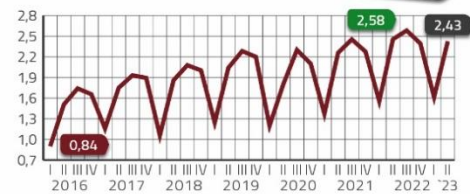
Bergbau (mineralische Rohstoffe); Rohstahl (Qualitäts- und Edelstahl);

Verarbeiteter Stahl (Lang- und Flachprodukte)

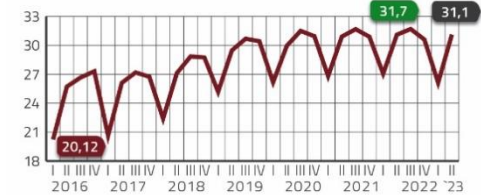
Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):

Eurofer – European Steel Association; Euromines – European Association of Mining Industries, Metal Ores & Industrial Minerals; PRE – European Refractories Producers Federation

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



⁴⁴ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
⁴⁵ Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁴⁶ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁴⁷ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
⁴⁸ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
⁴⁹ Unternehmensbereich.
⁵⁰ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Als energieintensive Branche mit einem hohen Exportanteil sind leistbare Energie und Rohstoffe in ausreichender Menge Schlüsselfaktoren, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Ziele des europäischen Green Deals erreichen zu können. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, um den immer größer werdenden Mangel an Fachkräften zu begegnen. Die bereits mehrfach angekündigte Deregulierung muss endlich umgesetzt werden, insbesondere im gesamten Umfeld der Dekarbonisierung. Die österreichischen Unternehmen der Bergbau- und Stahlindustrie brauchen ein „Level playing field“ mit europäischen und außereuropäischen Konkurrenten.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Es braucht eine Neukalibrierung der europäischen und der nationalen Klima- und Umweltpolitik. Der Zeitplan zur Erreichung der europäischen und nationalen Klimaziele ohne gleichzeitige Abwanderung der Produktion insbesondere der energieintensiven Bergbau- und Stahlindustrie ins EU-Ausland wird immer unrealistischer. Der Anteil der gesamteuropäischen Stahlindustrie an der Weltstahlproduktion ist seit vielen Jahren rückläufig, gleichzeitig nehmen Stahlimporte aus Asien und insbesondere aus China in die Europäische Union ständig zu. Um die österreichischen und europäischen Klimaziele erreichen zu können, steht unsere Branche vor der gewaltigen Herausforderung, neue klimaschonende Produktionsverfahren entwickeln zu müssen und in neue Produktionsanlagen zu investieren. Die Unternehmen der energieintensiven Branchen brauchen massive Unterstützung bei der Entwicklung und Erforschung neuer klimaschonender Produktionsverfahren und bei der Investition in neue treibhausgasarme Produktionsanlagen. Dafür braucht es langfristige Investitionssicherheit, Bereitstellung von ausreichend erneuerbarer Energie (elektrischer Strom, Wasserstoff) zu international wettbewerbsfähigen Preisen, Sicherung des zusätzlichen durch die Dekarbonisierung verursachten Rohstoffbedarfs, eine massive Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren, da sonst der Zeitplan der Dekarbonisierung nicht haltbar ist.

Fachverband der Chemischen Industrie

Homepage: www.fcio.at

Obmann: KommR Ing. Hubert CULIK

Geschäftsführerin: Mag. Sylvia HOFINGER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen⁵¹

Zahl der Betriebe:⁵²

240

Beschäftigte:⁵³

50.140

Lehrlinge:

1.171

Personalaufwand:⁵⁴

3.821 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:⁵⁵

20.580 Mio. EUR

Auslandsumsatz:⁵⁶

15.530 Mio. EUR

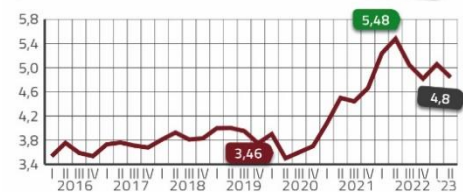
Exportintensität:⁵⁷

71,6%

Produktionsschwerpunkte:

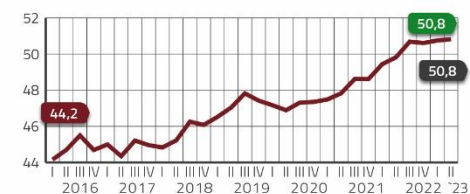
Kunststoffverarbeitung; Pharmazeutika; Kunststoffherzeugung

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):

CEFIC – European Chemical Industry Council; ECEG – European Chemical Employers Group; AISE – International Association for Soaps, Detergents and Maintenance Products; CEPE – Conseil Européen de l'Industrie des Peintures, des Encres d'Imprimerie et des Couleurs d'Arts; Cosmetics Europe; ECPA – European Crop Protection Association; EFPIA – European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations; EuPC – European Plastics Converters; EuropaBio – The european association for bio-industries; EPPA – European PVC Window Profile and Related Building Products Association

⁵¹ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
⁵² Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁵³ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁵⁴ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
⁵⁵ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
⁵⁶ Unternehmensbereich.
⁵⁷ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Um die künftigen Herausforderungen bewältigen zu können, sind folgende strategische Weichenstellungen notwendig:

- Regulierungsflut eindämmen: Die EU setzt derzeit zu sehr auf Verbote und Überregulierung, obwohl die meisten ihrer Ziele bereits mit bestehender Gesetzgebung erreicht werden könnten. Rechtssetzungsvorhaben der EU-Kommission, welche die Unternehmen zusätzlich belasten, sollten daher neu bewertet und auf ein unbedingt erforderliches Mindestmaß begrenzt werden.
- Ausreichende erneuerbare Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen sowie die dafür notwendige Infrastruktur.
- Erfolgreiche Integration digitaler Technologien und Industrie 4.0-Prinzipien
- Ausbau von Investitionen in Forschung und Entwicklung.
- Bekämpfung des Fachkräftemangels durch verstärkten Zuzug von qualifizierten Schlüsselkräften sowie Investitionen in Aus- und Weiterbildung.
- Bestmöglicher Zugang zu internationalen Märkten und faire Wettbewerbsbedingungen durch internationale Handelsabkommen.

Für all diese Standortfaktoren ist eine klare und konsistente politische Unterstützung einschließlich Förderprogramme, steuerlicher Anreize und anderer Maßnahmen entscheidend.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die politischen und gesellschaftlichen Anforderungen an die Chemie sind gewaltig. Vier große Transformationen sind zu bewältigen: Die Branche soll nicht nur treibhausgasneutral und digital werden, sondern auch zirkulär und schadstofffrei. Und das alles zur gleichen Zeit. Das kann nur gelingen, wenn die Industrie während der Transformation stark genug bleibt, um im Wettbewerb mit chinesischen und amerikanischen Firmen zu bestehen. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ist erfolgskritisch für den Green Deal und ein entscheidender Baustein dafür ist erneuerbare Energie in riesigen Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Die Performance der chemischen Industrie ist für den gesamten Standort Europa entscheidend, denn sie liefert Vorprodukte für alle Green Deal Technologien. Das erfordert eine europäische Chemikalienstrategie, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und entsprechend umgesetzt wird. Und auch der Weg zur zirkulären Wirtschaft – zum Beispiel mit chemischem Recycling – braucht eine Regulierung, die aktiv Innovationen fördert.

Das zeigt: Klima-, Umwelt- und Industriepolitik müssen zusammen gedacht und umgesetzt werden. Die Politik muss sich darauf konzentrieren, fördernde und aufeinander abgestimmte Regelungen zu schaffen.

FEEL - Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie

Homepage: www.feel.at

Obmann: Gen.Dir. KommR Ing. Wolfgang HESOUN

Geschäftsführerin: Mag. Marion MITSCH

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen⁵⁸

Zahl der Betriebe:⁵⁹

167

Beschäftigte:⁶⁰

59.430

Lehrlinge:

1.616

Personalaufwand:⁶¹

4.378 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:⁶²

24.446 Mio. EUR

Auslandsumsatz:⁶³

20.890 Mio. EUR

Exportintensität:⁶⁴

83,4%

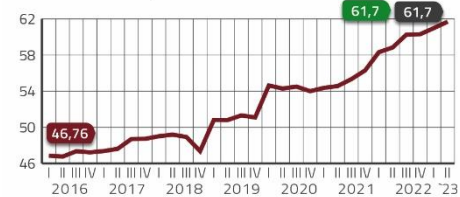
Produktionsschwerpunkte:

Elektronische Bauelemente; Verteilungs- und Schalteinrichtungen; Motoren, Generatoren und Transformatoren

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):

AENEAS – Association for European NanoElectronics Activities; APPLIA – Home Appliance Europe; CAPIEL – European Coordinating Committee of Manufacturers of Electrical Switchgear and Controlgear; CECAPI – European Committee of Electrical Installation Equipment Manufacturers; CEMEP – European Committee of Manufacturers of Electrical Machines and Power Electronics; CIRED – International Conference on Electricity Distribution; EECA – European Electronic Component Manufacturers Association, 2 Suborganisationen von EECA: EPCIA (European Passive Components Industry Association), ESIA (European Semiconductor Industry Association); T&D Europe – The European Association of the Electricity Transmission and Distribution Equipment and Services Industry

⁵⁸ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
⁵⁹ Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁶⁰ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁶¹ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
⁶² Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
⁶³ Unternehmensbereich.
⁶⁴ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Aufgrund der nach wie vor hohen Inflation, hoher Energie- und Rohstoffpreise, einem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel in der Branche und geopolitischer Verschiebungen braucht es grundsätzlich eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und damit mehr Planungssicherheit für heimische Unternehmen. Die Elektro- und Elektronikindustrie ist stark exportorientiert und muss auch in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen können. Für die Aufrechterhaltung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich sind daher Innovationen, der Auf- und Ausbau von Know-how, strategische Autonomie sowie vorausschauende und mutige Politik unabdingbar.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die Herausforderungen der letzten Jahre haben klar vor Augen geführt, wie abhängig Europa von anderen Machträumen ist. Um strategische Autonomie sicherzustellen, braucht es Investitionen in Schlüsseltechnologien – denn sie sind die Basis für viele andere Anwendungen. Mit dem 3 Milliarden-Zukunftspaket für die Jahre 2024 bis 2031, das die Regierung 2023 zur Umsetzung des Chips Act auf nationaler Ebene beschlossen hat, wird genau dieses Ziel verfolgt.

Darüber hinaus rückt das Erreichen der digitalen und der grünen Wende immer mehr in den Fokus. Energieeffizienz, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit sind Schlagwörter, die zunehmend Eingang in das ökonomische Handeln finden. Die Elektro- und Elektronikindustrie bietet ein enormes Spektrum von Produkten, die für die Energiewende unbedingt nötig sind – von energieeffizienten Chips und Sensoren über Wechselrichter bis hin zu Gebäudeautomatisierungssystemen, Bahnsystemen oder E-Mobilität. Die Branche hat es sich zum Ziel gesetzt, österreichische Entwicklungen in dem Bereich zu beschleunigen und einen merk- und messbaren Beitrag zum Klima- und Umweltschutz zu leisten. Es gilt, vermehrt Technologien zum Einsatz zu bringen, die CO₂ reduzieren – zum Beispiel im Gebäudesektor.

Mit der zunehmenden Digitalisierung steigt die Bedeutung von IT-Security. Auch hier bietet die EEI innovative Konzepte – von IT-Security über Technologien für sichere Identitätsdokumente hin zu gesicherten Bezahlsystemen. Neue Entwicklungen wie KI, Chat GPT, Robotics oder Digital Twins, die ungeahnte Potenziale für Gesellschaft und Wirtschaft beinhalten, werden in der Branche in den kommenden Jahren ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die Innovationskraft der EEI maßgeblich zur Erreichung und Sicherstellung strategischer Autonomie, zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts beiträgt.

Fachverband der Fahrzeugindustrie

Homepage: www.fahrzeugindustrie.at

Obmann: VDir. KommR DDr. Karl-Heinz RAUSCHER

Geschäftsführer: Mag. Andreas GAGGL, MSc

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen (ohne Reparaturbetriebe)⁶⁵

Zahl der Betriebe:⁶⁶

52

Beschäftigte:⁶⁷

33.042

Lehrlinge:

1.080

Personalaufwand:⁶⁸

2.385 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:⁶⁹

17.092 Mio. EUR

Auslandsumsatz:⁷⁰

14.588 Mio. EUR

Exportintensität:⁷¹

84,0%

Produktionsschwerpunkte:

Automobilbau (Pkw, Lkw, Busse, Zweiräder); Motoren; Getriebe; Kfz-Teile; Aufbauten; Karosserien; Fahrgestelle; Anhänger; Landwirtschaftliche Fahrzeuge; Engineering; Prototypenbau; Industrielle Kfz-Reparaturen; Flugzeuge; sonst. Fahrzeuge

Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Intern. Interessenvertretungen):

ACEA – Association des Constructeurs Européens d'Automobiles; ACEM – Association des Constructeurs Européens de Motocycles; CEMA – European Committee of Associations of Manufacturers of Agricultural Machinery; CLCCR – Comité de Liaison de la Construction de Carrosseries et de Remorques; CONEBI – Confederation of the European Bicycle Industry; GTB – International Automotive Lighting and Light Signalling Expert Group; IMMA – Association Internationale des Constructeurs de Motocycles; OICA – Organisation Internationale des Constructeurs d'Automobiles

⁶⁵ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
⁶⁶ Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁶⁷ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁶⁸ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
⁶⁹ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
⁷⁰ Unternehmensbereich.
⁷¹ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Bedeutendstes Thema 2023 in der Automobilindustrie war die grüne und digitale Transformation. Bedingt durch den Green Deal der EU gibt es nun ein Verbrennerausstiegsdatum im Jahr 2035 für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge. In anderen Fahrzeugkategorien werden ebenfalls strenge CO₂-Vorgaben diskutiert. Für die Produktion der Fahrzeuge mit alternativem Antrieb bedarf es gut ausgebildeter Fachkräfte sowie von der öffentlichen Hand gesetzte Maßnahmen, welche die Transformation begleiten und unterstützen. Insbesondere hierdurch können Wertschöpfungspotenziale aktiviert werden (siehe auch Studie „Transformation der österreichischen Fahrzeugindustrie“⁷²). Die Bundesregierung hat im Vorjahr ein Klima- und Transformationspaket für die nächsten Jahre beschlossen und es wird nun an der Umsetzung gearbeitet.

Die Produkte der österreichischen Fahrzeugindustrie sind sehr vielfältig und durch exzellente Forschungsleistung in ihren Bereichen weltweit nachgefragt. Die Investitionen belaufen sich auf 644 Mio. EUR (2021) und die Ausgaben für F&E liegen mit 21.873 EUR (2021) je Beschäftigtem weit über dem Industriedurchschnitt.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die durch den Klimawandel bedingte Transformation hin zu alternativen Antrieben erfordert massive finanzielle Investitionen in den Umbau der Produktionsanlagen, die Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die Erforschung dieser neuen Technologien.

Abseits von klimaschonenderen Antriebstechnologien wird künftig das automatisierte und vernetzte Fahrzeug eine wesentliche Rolle spielen. Schrittweise wird die Erweiterung der automatisierten Fahrfunktionen hin zu vollständig autonomen Fahrzeugen erfolgen. Dafür erforderlich sind:

- gesetzliche Rahmenbedingungen zur Förderung der Forschung und Entwicklung,
- Bereitstellung ausreichender Mittel, um die nötige Umstellung von Produktionsanlagen zur Erzeugung von alternativen Antrieben zu erleichtern,
- Erforschung, Erprobung und taugliche rechtliche Rahmenbedingungen für Fahrassistenzsysteme sowie flächendeckende Ausrollung von automatisierten Fahrzeugen,
- Ausbildung von Fachkräften sowie Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hinblick auf die in Zukunft erforderlichen Technologien,
- EU-Ladeinfrastruktur Pkw, Lkw und PTW,
- Technologieneutrale gesetzliche Rahmenbedingungen für ausreichende Flexibilität,
- Wettbewerbsfähiges Lohnniveau, um innerhalb von auslandsdominierten Unternehmen mit weltweiten Standorten auch im internen Standortwettbewerb attraktiv zu bleiben.

72

https://www.fahrzeugindustrie.at/fileadmin/content/Zahlen___Fakten/2022_Fraunhofer_Austria_Studie_Transformation_der_%C3%B6sterreichischen_Fahrzeugindustrie.pdf

Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen	
Homepage: www.gaswaerme.at	
Obmann: GD-Stv. DI Peter WEINELT	
Geschäftsführer: Mag. Michael MOCK	
Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen⁷³	
Zahl der Betriebe: ⁷⁴	39
Beschäftigte: ⁷⁵	5.521
Lehrlinge:	166
Personalaufwand: ⁷⁶	463 Mio. EUR
Abgesetzte Produktion: ⁷⁷	60.743 Mio. EUR
Auslandsumsatz: ⁷⁸	50.110 Mio. EUR
Exportintensität: ⁷⁹	85,2%
Produktionsschwerpunkte:	Gas: Förderung/Produktion, Handel, Vertrieb, Transport, Speicher, Fernwärme: Erzeugung, Vertrieb
Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen): Eurogas; Euroheat & Power; NGVA Europe (Europäischer Erdgasfahrzeug-Verband); WEC (World Energy Council)	

⁷³ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
⁷⁴ Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁷⁵ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁷⁶ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
⁷⁷ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
⁷⁸ Unternehmensbereich.
⁷⁹ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Die Gas- und Fernwärmewirtschaft arbeitet intensiv an der Erreichung der Klimaziele und dem Umbau des Energiesystems in Richtung Grüne Gase (Biomethan & Wasserstoff) und erneuerbare Wärme. Zentrale Frage ist, wie eine kosteneffiziente Transformation des Energiesystems gelingen kann, ohne die Versorgungssicherheit sowie Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen.

In der Wasserstoffstrategie wird ein Bedarf an Biomethan und Wasserstoff für die Industrie und Kraftwerke von 89 bis 138 TWh 2040 prognostiziert. Die grundsätzliche Verfügbarkeit von Grünen Gasen, wie z.B. klimaneutralem Wasserstoff, sind daher zentrale Wettbewerbsfaktoren für den Standort Österreich und zum Erhalt der Versorgungssicherheit. Dabei ist der Auf- und Umbau der Gasinfrastruktur Richtung Wasserstoff für die Transformation des Energiesystems von entscheidender Bedeutung.

Fernwärmesysteme zählen zu den saubersten, komfortabelsten und umweltfreundlichsten Formen von Energiebereitstellung für Heizung und Warmwasser. Ein weiterer Ausbau der Fernwärmeversorgungsnetze insbesondere im urbanen Raum trägt nachhaltig zur Erreichung energiepolitischer Ziele bei, insbesondere bei der Einsparung von Primärenergieträgern.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

- Förderung der Produktion von Grünem Gas (z.B. Biomethan oder Wasserstoff). Um die Klimaziele zu erreichen und Importabhängigkeit von fossilen Gasen zu reduzieren, muss das Potenzial an Grünem Gas in Österreich rasch gehoben werden.
- Umbau der Gasinfrastruktur in Richtung Wasserstoff. Der Transport von Wasserstoff über Pipelines ist die effizienteste und kostengünstigste Form des Transports. Zudem existieren bereits Gasleitungen, die entsprechend umgebaut werden können.
- Ausbau der Gasinfrastruktur, um Gas verstärkt aus anderen Quellen nach Österreich transportieren zu können. Zum Erhalt der Versorgungssicherheit müssen in Zukunft größere Gasmengen aus nicht-russischen Quellen nach Österreich transportiert werden können und die Gasinfrastruktur dringend ausgebaut werden.
- Besonders relevant sind die Infrastrukturausbauten auf österreichischer Seite Richtung Deutschland (WAG Loop) und Richtung Slowenien (Entry Murfeld).
- Sektorübergreifende Planung der Gas-, Wärme- und Stromnetze, mit dem Fokus, die Energiewende unter Nutzung und Ausbau der bestehenden Energieinfrastrukturen möglichst kosteneffizient zu gestalten.
- Verstärkung der Abwärmenutzung. In der Nutzung der industriellen und gewerblichen Abwärmenutzung liegt großes Potenzial, um Fernwärme noch umweltfreundlicher zu machen.
- Geothermieausbau: Für den Ausbau der CO₂-neutralen, nachhaltigen und landschaftsschonenden Geothermie muss es klare Rahmenbedingungen geben, die dem Leitungsgebundenen Energiesystem wie Strom und Gas gleichgestellt sind.

Fachverband der Glasindustrie
Homepage: www.fvglas.at
Obmann: Dipl.-Ing. Johann EGGERTH
Geschäftsführer: MMag. Alexander KRISSMANEK

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen⁸⁰

Zahl der Betriebe: ⁸¹ 25	<p>Abgesetzte Produktion Quartalsweise in Mrd. Euro</p>
Beschäftigte: ⁸² 6.066	
Lehrlinge: 146	<p>Beschäftigte Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000</p>
Personalaufwand: ⁸³ 410 Mio. EUR	
Abgesetzte Produktion: ⁸⁴ 1.275 Mio. EUR	
Auslandsumsatz: ⁸⁵ 632 Mio. EUR	
Exportintensität: ⁸⁶ 50,3%	
Produktionsschwerpunkte: Glashütten; Glasbe- und -verarbeitung; Gablonzer	

Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):
Glass Alliance Europe (GAE); Deutsche Glastechnische Gesellschaft e. V. (DGG);
Association Internationale pour l'Histoire du Verre (AIHV)

⁸⁰ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
⁸¹ Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁸² Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁸³ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
⁸⁴ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
⁸⁵ Unternehmensbereich.
⁸⁶ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Eine verantwortungsvolle Politik, welche verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Unternehmen müssen vorausschauend planen, bevor sie investieren.

Dazu gehören:

- gut ausgebildete Fachkräfte: Hier muss bereits bei der Schulbildung und Integration angesetzt werden.
- verlässliche Zurverfügungstellung von Energie samt Infrastruktur zu leistbaren Preisen.
- das Streben nach Nachhaltigkeit muss im Gleichklang mit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit geschehen: Es ist unverantwortlich, wenn EU-Richtlinien in Nachbarländern vorteilhafter umgesetzt werden. Ebenso müssen die Rahmenbedingungen in Drittstaaten im Auge behalten werden. Nur so kann ein Abwandern heimischer Industriebetriebe vermieden werden.
- die Bewusstseins-schaffung in der Bevölkerung, dass die Industrie immer noch das Rückgrat der heimischen Wirtschaft sowohl als Arbeitgeber als auch als Exporteur ist und damit die grundlegende Basis für den Wohlstand in unserem Land schafft.
- das flexible Reagieren auf geopolitische Veränderungen und ein Abbau der schwerfälligen Bürokratie samt föderalen Strukturen.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre



Politische und positive Standortsignale können gerade in der Glasindustrie für Investitionen in eine langlebige, kostenintensive Glaswanne ausschlaggebend sein. Dafür besteht nach einer getätigten Investition Gewissheit, dass das Unternehmen dem heimischen Standort die Treue hält. Das sichert auch Arbeitsplätze.

Da Glas überwiegend aus Sand besteht, welcher geschmolzen wird, ist die Glasproduktion energieintensiv. Aus physikalisch-technischen Gründen ist man auf fossile Energieträger angewiesen, wobei der Anteil von Erdgas deutlich gesenkt werden konnte. Hybridwannen und dem Einsatz von Altglasscherben werden künftig größere Bedeutung zukommen, obwohl bereits jetzt über 85% des anfallenden Behälterglases recycelt werden. Das Zufügen von Wasserstoff als Energieträger und ausreichende Vorhandensein von erneuerbarer Energie sind wichtige Zukunftsthemen.

Dabei ist Glas zur Unterstützung der Energiewende selbst ein Zukunftsprodukt: Durch moderne dreifach verglaste Isolierfenster- und Fassadengläser können enorme Heizkosten im Winter und – mit entsprechenden Beschattungsmodulen ausgestattet – auch Kühlungskosten im Sommer eingespart werden. Ebenso spielt Glaswolle bei der Geschoßdämmung eine wichtige Rolle. Unter diesem Aspekt muss die thermische Sanierung, vor allem aber der Fenstertausch vorangetrieben werden, um mit relativ einfachen Mitteln den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Die öffentliche Hand sollte hier mit gutem Beispiel voran gehen, da gerade in öffentlichen Gebäuden ein enormes Energieeinsparungspotential durch moderne Verglasungen gegeben wäre.

Ebenso ist Glas ein Produkt, mit dem erneuerbare Energie gewonnen werden kann. Man denke nur an die Solar- und Photovoltaikgläser, aber auch Windkraftanlagen, welche ohne den Einbau elastischer Glasfasermatten nicht funktionieren würden.

Fachverband der Holzindustrie
Homepage: www.holzindustrie.at
Obmann: GF KommR Mag. Herbert JÖBSTL
Geschäftsführer: Mag. Heinrich SIGMUND, MSc

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen⁸⁷	
Zahl der Betriebe: ⁸⁸ 343	Abgesetzte Produktion Quartalsweise in Mrd. Euro 
Beschäftigte: ⁸⁹ 28.480	
Lehrlinge: 757	Beschäftigte Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000 
Personalaufwand: ⁹⁰ 1.608 Mio. EUR	
Abgesetzte Produktion: ⁹¹ 11.945 Mio. EUR	
Auslandsumsatz: ⁹² 6.867 Mio. EUR	
Exportintensität: ⁹³ 57,8%	
Produktionsschwerpunkte: Holzbauprodukte; Möbel; Platte; Säge; Ski	

Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):
 Europäischer Verband der Holzverarbeitenden Industrie (CEI-Bois, European Confederation of Woodworking Industries); Verband der Europäischen Möbelindustrie (EFIC, European Furniture Industries Confederation); Europäische Organisation der Sägeindustrie (EOS, European Organisation of the Sawmill Industry); Europäischer Holzwerkstoffverband (EPF, European Panel Federation); Europäischer Verband der Parkettindustrie (FEP, European Parquet Federation); Verband der Europäischen Hobelindustrie (VEH, Association of the European Planing Industry)

⁸⁷ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
⁸⁸ Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁸⁹ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁹⁰ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
⁹¹ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
⁹² Unternehmensbereich.
⁹³ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Unser Wirtschafts- und Industriestandort steht weltweit im intensiven Wettbewerb. Um wettbewerbsfähig zu sein, müssen unsere Produkte entweder günstiger oder besser als jene der Konkurrenz sein. Zusätzlich benötigen wir – besonders in Europa – Bedingungen und Regeln, die einen fairen Wettbewerb der Unternehmen und Standorte gewährleisten. Dies gilt besonders für große Kostenblöcke wie Energie und Logistik. Österreichs Wohlstand beruht auch auf unseren Erfolgen im Export. Der Export stärkt unseren Standort, sichert Arbeitsplätze und macht uns in Krisenzeiten flexibel. Daher bleibt es wichtig, dass Handelshemmnisse reduziert werden und Protektionismus nicht überhandnimmt. Die Gestaltung des Europäischen Binnenmarktes und Handelsabkommen sind der richtige Weg, um den Handel zu steigern, neue Absatzmärkte zu erschließen und um Standards zu etablieren.

Schließlich braucht es Neugierde und Freude an Innovationen. Die großen Herausforderungen unserer Gesellschaft lassen sich nicht mit Stillstand und Verzicht bewältigen. Neue Verfahren und Produkte werden Klima- und Umweltfreundlichkeit steigern, damit Klimaschutz und Wirtschaft verbinden und die Akzeptanz der Bevölkerung erhöhen und gewährleisten.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die planbare und zuverlässige Rohstoffversorgung ist eine der wichtigsten Grundlagen für jede Industrie. Die Holzindustrie basiert auf dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Aus nachhaltiger Forstwirtschaft ist Holz der bestmögliche Klimaschützer. Leider gibt es nur halb durchdachte politische Impulse, die Nutzung der nachhaltigen und erneuerbaren Ressource Holz einzuschränken. Entweder geht es darum, große Waldflächen unter noch strengeren gesetzlichen Schutz zu stellen und die Waldbewirtschaftung einzuschränken oder darum, den Kohlenstoffaufbau im Wald zu forcieren. Wir sprechen uns dafür aus, die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften, damit sie klimafit und vital werden und kontinuierlich wachsen. Zudem können mit der Verwendung des Holzes aus Europas Wäldern CO₂-Emissionen vermieden werden. Gerade die Ausweitung des Holzbaus im Gebäudesektor und eine breite Verwendung des Werkstoffs bieten Alternativen zu fossilen Rohstoffen sowie CO₂-intensiven Materialien und Produkten. Rahmenbedingungen im Bauwesen, die den Einsatz von Holz steigern, tragen zu energieeffizientem und klimafreundlichem Wohnraum bei. Hier erwarten wir besonders von der Europäischen Kommission einen besseren Green Deal, der darauf abzielt, den Holzzuwachs klimafitter Wälder zu nutzen: für Klimaschutz, für Beschäftigung und für Wertschöpfung.

Schließlich sind viele Betriebe der Holzindustrie kleine und mittelständische, inhabergeführte Familienunternehmen. Gerade für diese Unternehmen ist das kostengünstigste Konjunkturprogramm der Abbau und die Vermeidung von Bürokratie. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage müssen sich Unternehmer auf ihr Kerngeschäft konzentrieren.

Fachverband Metalltechnische Industrie

Homepage: www.metalltechnischeindustrie.at

Obmann: KommR Mag. Christian KNILL

Geschäftsführerin: Dipl.iur. Sabine HESSE, MBA / DI Adolf KERBL MSc

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen⁹⁴

Zahl der Betriebe:⁹⁵

640

Beschäftigte:⁹⁶

137.812

Lehrlinge:

5.855

Personalaufwand:⁹⁷

9.780 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:⁹⁸

49.606 Mio. EUR

Auslandsumsatz:⁹⁹

37.510 Mio. EUR

Exportintensität:¹⁰⁰

74,8%

Produktionsschwerpunkte:

Maschinenbau, Anlagenbau, Stahlbau, Metallwaren und Gießerei

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):

ARGE – The European Federation of Associations of Locks & Builders Hardware Manufacturers; CAEF – The European Foundry Association; CECE – Committee for European Construction Equipment; CECIMO – European Association of the Machine Tool Industries; CECOF – European Committee of Industrial Furnace, Heating and Metallurgical Equipment Associations; CEMA – European Agricultural Machinery Industry Association; CETS – European Committee for Surface Treatment; CIMAC – International Council on Combustion Engines; ECCS/CECM – European Convention for Constructional Steelwork; EFFRA – European Factories of the Future Research Association; EGGA – European General Galvanizers Association; ELA – European Lift Association; EUMABOIS – European Federation of Woodworking Machinery Manufacturers; EUROMAP – Europe’s Association for Plastics and Rubber Machinery Manufacturers; EUROPUMP – European Association of Pump Manufacturers; FAECF – Federation of the European Window and Curtain Wall Manufacturer Associations; FIDE – Vereinigung der europäischen Dentalindustrie; GCP Europe – The Voice of the Efficient Building Engineering Services; ORGALIM – Europe’s Technology Industries

⁹⁴ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
⁹⁵ Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁹⁶ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
⁹⁷ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
⁹⁸ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
⁹⁹ Unternehmensbereich.
¹⁰⁰ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Der Industriestandort muss wettbewerbsfähig bleiben, aktuell muss man sogar schon sagen, muss wieder wettbewerbsfähig werden. Ansatzpunkte dazu sind: die Energieversorgungssicherheit sicherstellen, und das zu Kosten, die mit unseren internationalen Wettbewerbern vergleichbar sind. Derzeit sind die Unternehmen durch steigende Energiekosten, Arbeitskosten und hohe Vormaterialkosten mehrfach belastet. Das trifft auf unsere Mitbewerber nur bedingt zu. Die österreichische Wirtschaft braucht dringend einen Ausbau und Investitionen in die Netzinfrastruktur. Zusätzlich zu den energiepolitischen Themen sind Maßnahmen zur Attraktivierung des Standortes erforderlich. Das bedeutet weitere Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten, Reduzierung der Abgabenlast auf Arbeit und eine Abkehr von Diskussionen rund um eine Erbschaftssteuer, die Betriebsübergaben schwierig macht. Weiters müssen alle Hebel gegen den Arbeitskräftemangel in Bewegung gesetzt werden, etwa verstärkte Anreize, um längeres Arbeiten von älteren Beschäftigten attraktiver zu machen und ein Ausbau des Kinderbetreuungsangebots. Auf Europäischer Ebene reden wir von einem Regulierungs-Tsunami, der auf uns zukommt. Das bedeutet regulatorische Hürden und viel Bürokratie. Anstatt mit Verboten zu arbeiten, sollte sich Österreich in der EU für Anreizsysteme für Nachhaltigkeit und die Green Transition einsetzen. Unsere Industrie hat viel in dieser Hinsicht zu bieten, wir sind nicht das Problem – wir sind Teil der Lösung. Und das sollte anerkannt und gefördert werden.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Ein zentraler Punkt ist die weitere Flexibilisierung der arbeitszeitlichen Bestimmungen, um den Firmen rasches Reagieren auf konjunkturelle Schwankungen zu ermöglichen und gleichzeitig den Beschäftigten flexibles Arbeiten zu ermöglichen und so das Arbeitsrecht an die Bedürfnisse der modernen Arbeitswelt anzupassen.

Eine weitere Forderung des FMTI betrifft die Ausweitung von steuerlichen Erleichterungen im F&E-Bereich. Unsere Unternehmen gehören in vielen Sektoren zu den Weltmarktführern. Um auf den globalen Märkten weiterhin erfolgreich bestehen zu können, müssen sie permanent weiter forschen und entwickeln. Damit Österreich als F&E-Standort attraktiv bleibt, sind entsprechende Forschungsförderungen bzw. steuerliche Erleichterungen essenziell. Bei den EU-Rechtsvorhaben betreffend Daten, Künstliche Intelligenz etc. sollten die Interessen unserer Unternehmen stärker berücksichtigt werden.

Die EU-Gesetzgebung stellt die Betriebe seit Jahren vor große Herausforderungen. Zahlreiche Regelwerke entwickeln sich in der Praxis zu Bürokratiemonstern, die nur mit hohem zusätzlichem Aufwand und Kosten bewältigt werden können. Dies führt in Folge zu massiven Nachteilen im globalen Wettbewerb (z.B. Datenschutz-Grundverordnung, Nachhaltigkeitsberichterstattung, Taxonomie-VO, NIS-2-RL, CBAM, diverse Umweltgesetze, EU-Lieferkettengesetz etc.). Der FMTI bekennt sich klar zum Green Deal und zur Nachhaltigkeit, aber statt weiteren Belastungen für die Unternehmen braucht es eine Vereinfachung der Regelungen und Bürokratieabbau. Auch die zur Erreichung der Klimaziele notwendigen Investitionsprogramme müssen einfach und unbürokratisch umzusetzen sein.

Fachverband der Mineralölindustrie (FVMI)
Homepage: www.oil-gas.at
Obmann: Martijn Arjen van KOTEN, MSc
Geschäftsführerin: DI Dr. Hedwig DOLOSZESKI
Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁰¹
Zahl der Betriebe: ¹⁰² 6
Beschäftigte: ¹⁰³ 2.214
Lehrlinge: 49
Personalaufwand: ¹⁰⁴ 275 Mio. EUR
Abgesetzte Produktion: ¹⁰⁵ 10.875 Mio. EUR
Auslandsumsatz: ¹⁰⁶ 1.785 Mio. EUR
Exportintensität: ¹⁰⁷ 16,4%
Produktionsschwerpunkte: Erdöl- und Erdgasgewinnung in Österreich; Erdölverarbeitung (Raffinerie); Transport/Pipelines und Lagerung von Öl; Vertrieb von Mineralölprodukten
Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen): FuelsEurope/Brüssel; WPC Energy/London

¹⁰¹ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022.
¹⁰² Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹⁰³ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹⁰⁴ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
¹⁰⁵ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
¹⁰⁶ Unternehmensbereich.
¹⁰⁷ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Die Transformation der Energiesysteme zählt zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Der Druck zu handeln ist da – in der politischen Verantwortung liegt es nun aber, Ziele zu formulieren und vor allem mit Rahmenbedingungen zu verknüpfen, die die Umsetzung vorantreiben. Das Ziel Klimaneutralität muss Hand in Hand mit der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität gehen.

Als Treiber für F&E ist die Industrie – allen voran die Mineralölindustrie – angewiesen auf ein politisches Bekenntnis und konkrete Maßnahmen in Form von Förderungen für die Entwicklung und Pilotierung neuer Projekte und Technologien, aber auch für Skalierungsprojekte. Für das Gelingen der Energiewende sind Technologieoffenheit und Energievielfalt wesentlich.

Klimaschutz, Standortsicherung und die Transformation der Industrie benötigen möglichst rasche und effiziente Verfahren. Das klappt noch nicht: Die Genehmigung neuer Betriebsanlagen dauert in Österreich zu lang, der Ausbau der Infrastruktur hinkt hinterher. Wesentlich ist auch, das öffentliche Interesse abzuwägen und konkurrierende Umweltziele aufzulösen. Wirtschaftliche Unsicherheit oder Unplanbarkeit wirkt sich immer auf anstehende Investitionsentscheidungen aus. Bei allen Maßnahmen, die sich aus der Umsetzung des Abkommens von Paris ergeben, sollen der Wirtschaft möglichst keine zusätzlichen bürokratischen oder finanziellen Belastungen entstehen und gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen im internationalen Kontext gewahrt bleiben. Die Energie- und Klimapolitik muss jedenfalls im europäischen Kontext gesehen und dementsprechend in Gleichklang gebracht werden.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Versorgungssicherheit ist das große Thema des Energiemarktes von morgen und erlangte durch die geopolitischen Ereignisse und Krisen der letzten Jahre eine besondere Bedeutung. Wir als Branchenvertretung wie auch unsere Mitgliedsunternehmen sind an einer Energie- und Umweltpolitik interessiert, die den künftigen Herausforderungen der Energieversorgung wie Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähige Energiepreise, Bezahlbarkeit und Energieeffizienz gerecht wird. Wir sind uns der Herausforderungen des Klimawandels bewusst und der Dringlichkeit, nachhaltige Lösungen zu finden und unsere Aktivitäten im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens sowie den Vorgaben des Green Deals der Europäischen Union zu gestalten. Wir stehen vor der Herausforderung, die Transformation hin zu einem klimaneutralen Energiesystem bis 2050 bzw. 2040 erreichen zu müssen. Gleichzeitig ist es erforderlich, die konventionelle – das heißt fossil-basierte Energieversorgung – für einen Übergangszeitraum zu gewährleisten, ohne diese zu verstetigen. Neben einer Erhöhung der Energieeffizienz sollte der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien mit hoher Priorität angegangen werden. Beide Maßnahmen reduzieren die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und können sich dämpfend auf die Energiepreise auswirken.

Fachverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Homepage: www.dielebensmittel.at

Obmann: Gen.Dir. KR DI Johann MARIHART

Geschäftsführerin: Mag. Katharina Koßdorff

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁰⁸

Zahl der Betriebe:¹⁰⁹

176

Beschäftigte:¹¹⁰

27.514

Lehrlinge:

510

Personalaufwand:¹¹¹

1.628 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹¹²

12.888 Mio. EUR

Auslandsumsatz:¹¹³

6.362 Mio. EUR

Exportintensität:¹¹⁴

47,9%

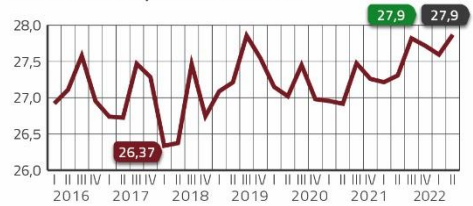
Produktionsschwerpunkte:

Zu den umsatzstärksten Branchen der österreichischen Lebensmittelindustrie (insgesamt dreißig Berufsgruppen) gehören die Brauindustrie, die alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie, die Süßwarenindustrie, die Fleischwarenindustrie, die Fruchtsaftindustrie etc.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):
FoodDrinkEurope

¹⁰⁸ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
¹⁰⁹ Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹¹⁰ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹¹¹ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
¹¹² Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
¹¹³ Unternehmensbereich.
¹¹⁴ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Die Lebensmittelindustrie zählt zu den versorgungs- und systemrelevanten Branchen in Österreich. Sie hat die Versorgung des Landes zu jedem Zeitpunkt sichergestellt, gerade in den letzten drei Krisenjahren. Damit das so bleibt, muss alle Kraft in ihre Wettbewerbsfähigkeit fließen. Dazu brauchen wir leistbare Energie (Stichwort: Deutsches Strompaket), weniger Bürokratie und eine freie Fahrt im Export.

Die Nachhaltigkeit, so wichtig sie auch für uns ist, hat eine Regulierungsflut mit unzähligen Vorgaben ausgelöst. Allein aus der „Farm to Fork“-Strategie im Rahmen des europäischen Grünen Deals sollen für die Branche bis zum nächsten Frühjahr 33 neue Gesetespakete auf den Weg gebracht werden – vom EU-Lieferkettengesetz bis zu den Green Claims, von mehr Kennzeichnung bis zur EU-Entwaldungsverordnung, von neuen Verpackungsvorgaben bis zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die CO₂-Bepreisung, der CBAM oder die Maßnahmen aus dem „Fit for 55“-Paket sind darin noch gar nicht eingerechnet. Hier brauchen wir dringend einen Bürokratiestopp und deutliche Entlastung.

Mehr als 6 von 10 Euro werden im Export verdient. Der Export bleibt somit ein zentrales Standbein für unsere Branche. Ihm verdanken wir, dass die Lebensmittelindustrie das heurige Jahr insgesamt positiv abschließen kann. Das ist angesichts der Teuerungen entlang der Wertschöpfungsketten auch auf den Exportmärkten beachtlich. Als Exportbranche stehen wir für einen starken EU-Binnenmarkt und verfolgen eine klare Strategie – weg von Überregulierung, hin zu einem zukunftsfitten Standort.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die Lebensmittelindustrie steht für 27.000 direkt Beschäftigte und rund 150.000 Arbeitsplätze in verbundenen Bereichen der Wertschöpfungskette ihrer Partner und Zulieferer. Der Kostendruck bei den Herstellern ist hoch, die Preishausse aus dem Jahr 2022 bei Energie, Logistik, Verpackung und Rohstoffe wirkt weiter nach. Die Personalkosten steigen in den Vorstufen und der Branche selbst. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten muss daher alle Kraft in die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer österreichischen Lebensmittelindustrie fließen. Nur in einem funktionierenden EU-Binnenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle, schaffen wir es, wettbewerbsfähig zu bleiben. Überregulierung ist eine Standortbremse und gefährdet Jobs. In der Debatte um leistbare Lebensmittel wurde auch die Lebensmittelindustrie für gestiegene Preise verantwortlich gemacht. Doch „Gierflation“ gab es selbst laut Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) in unserer Branche nicht. Vielmehr zeigt der Bericht der Behörde, dass sich die produktspezifischen Gewinnmargen tendenziell zu Ungunsten der Lieferanten entwickelt haben. Konkret sanken diese im geprüften Warenkorb von 2021 auf 2022 um mehr als zwei Prozentpunkte. Die Kostensteigerungen in der Produktion waren schlichtweg zu hoch und konnten – wenn überhaupt – nur teilweise in den Preisen gedeckt werden. Was bei der Preisdebatte gerne übersehen wird: Nur 10% der Haushaltsausgaben fließen in Österreich in Lebensmittel, im EU-Schnitt sind es rund 15%. Der Aktionsanteil im Einzelhandel, den unsere Mitgliedsbetriebe gänzlich oder teilweise finanzieren, beträgt mittlerweile rekordverdächtige 40%. Auch zeigte der BWB-Bericht, was für die heimische Lebensmittelindustrie seit Jahren Realität ist: die starke Verhandlungsmacht des konzentrierten Lebensmittelhandels und den hohen, mitunter unlauteren Druck auf die Lebensmittelhersteller.

Fachverband der NE-Metallindustrie

Homepage: www.nemetall.at

Obmann: Dipl.-Wi.-Ing. (FH) Alfred HINTRINGER

Geschäftsführer: Dipl.Ing. Roman STIFNER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹¹⁵

Zahl der Betriebe:¹¹⁶

18

Beschäftigte:¹¹⁷

7.089

Lehrlinge:

276

Personalaufwand:¹¹⁸

514 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹¹⁹

7.161 Mio. EUR

Auslandsumsatz:¹²⁰

5.245 Mio. EUR

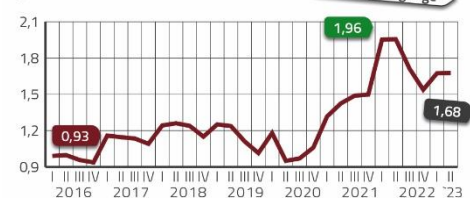
Exportintensität:¹²¹

72,1%

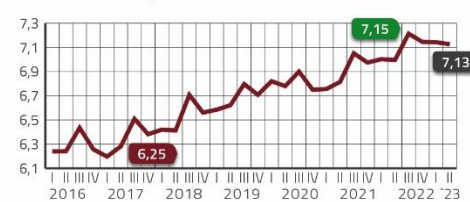
Produktionsschwerpunkte:

Sekundäraluminium; Walzprodukte; Strangpressprofile; Kupferkathoden; Formate; Kupferhalbfertigprodukte (copper semis – Drähte, Stäbe, Bleche und Rohre); Wolfram und andere NE-Metalle

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):

Eurometaux – European Association of Metals; IWCC – International Wrought Copper Council; EAA – European Aluminium Association; D-A-CH Allianz für Aluminium (Netzwerk der nationalen Aluminiumverbände im deutschsprachigen Raum)

¹¹⁵ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
¹¹⁶ Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹¹⁷ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹¹⁸ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
¹¹⁹ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
¹²⁰ Unternehmensbereich.
¹²¹ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Die österreichische NE-Metallindustrie zählt zu den energieintensiven Branchen mit einem hohen Exportanteil in europäische und außereuropäische Länder. Energie ebenso wie Rohstoffe zu international wettbewerbsfähigen Preisen und in ausreichender Menge sind daher wesentliche Faktoren, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Der Mangel an Fachkräften ist ein eklatantes Thema auch für die Unternehmen der NE-Metallbranche und es braucht dringend Strategien und Maßnahmen, um den Bedarf an Fachkräften abdecken zu können. Die bereits mehrfach angekündigte Deregulierung muss endlich umgesetzt werden. Eine Entlastung bei den Lohnkosten würde den Unternehmen helfen, die im europäischen Vergleich, insbesondere gegenüber Deutschland über die letzten Jahre stark gestiegenen Lohnkosten zu dämpfen.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Für die österreichische und europäische energieintensive NE-Metallindustrie wird es zunehmend schwieriger, die immer strenger werdenden Ziele der europäischen Klima- und Umweltpolitik zu erreichen, wenn die nötigen Rahmenbedingungen wie Ausbau und Bereitstellung von erneuerbarer Energie in ausreichender Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen nicht geschaffen werden. Gerade die Dekarbonisierung verursacht einen enormen zusätzlichen Bedarf an Nichteisenmetallen. Gleichzeitig wandert die Produktion von Aluminium ins EU-Ausland, die Importe steigen deutlich und die Abhängigkeit Europas vom EU-Ausland nimmt zu. Neben den hohen Kosten für Energie und Rohstoffe muss die NE-Metall Branche enorme Investitionen in die Entwicklung von klimaschonenden Produktionsverfahren und die Errichtung von neuen Produktionsanlagen stemmen. Das werden die Unternehmen nicht allein schaffen, dafür brauchen sie massive Unterstützung durch Förderungen seitens des Staats und europäischer Institutionen. Es braucht langfristige Investitionssicherheit, eine massive Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren, da sonst der Zeitplan der Dekarbonisierung nicht haltbar ist.

Fachverband der Papierindustrie
Homepage: www.austropapier.at
Obmann: DI Roland FAIHS
Geschäftsführer: Dr. Werner AURACHER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹²²

Zahl der Betriebe: ¹²³ 21	Abgesetzte Produktion Quartalsweise in Mrd. Euro
Beschäftigte: ¹²⁴ 7.250	
Lehrlinge: 333	Beschäftigte Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000
Personalaufwand: ¹²⁵ 574 Mio. EUR	
Abgesetzte Produktion: ¹²⁶ 5.152 Mio. EUR	
Auslandsumsatz: ¹²⁷ 4.483 Mio. EUR	
Exportintensität: ¹²⁸ 87,2%	
Produktionsschwerpunkte: Erzeugung von graphischen Papieren, Verpackungspapieren, Spezialpapieren, Zellstoff, andere Bioraffinerie-Produkte	
Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen): Confederation of European Paper Industries (CEPI)	

¹²² Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
¹²³ Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹²⁴ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹²⁵ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
¹²⁶ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
¹²⁷ Unternehmensbereich.
¹²⁸ Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Für die exportorientierte Industrie ist die Beibehaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit überlebenswichtig. Neben einer Umsetzung von EU-Vorschriften auf nationaler Ebene ohne Golden Plating müssen die Nachteile, die österreichische Industriestandorte derzeit gegenüber anderen Standorten in der EU haben, beseitigt werden. So sind die Energiekosten, aber in der Zwischenzeit auch die Personalkosten in Österreich deutlich höher als in den meisten EU-Ländern. Neben einer Senkung der Lohnnebenkosten ist eine Stärkung der betrieblichen Ebene durch kollektivvertragliche Öffnungsklauseln für einzelne Betriebe bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten notwendig.

Darüber hinaus sind Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel dringend erforderlich. Ziele sollten zum Beispiel ein besseres Verständnis von Jugendlichen für die Bedeutung und Anliegen der Industrie sein, eine Attraktivierung von naturwissenschaftlichen Berufen bei Jugendlichen oder eine Erhöhung der Frauenquote in technischen Lehrberufen sein. Auch das Arbeiten nach Erreichung des Pensionsalters muss attraktiver werden. Eine seit Jahren geforderte bürokratische Entlastung der Betriebe, die sowohl von der EU als auch auf nationaler Ebene von Nachweis-, Berichtspflichten, Zertifizierungserfordernissen und dergleichen mehr überschwemmt werden, ist ebenfalls vorrangig. Die behördlichen Genehmigungsverfahren von Anlagen etc. müssen effizienter und deutlich schneller als bisher abgewickelt werden.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die Papierindustrie als energieintensive Branche braucht dringend eine Strompreiskompensation bis 2030, wie das bereits zahlreiche EU-Länder, unter anderem Deutschland, umgesetzt haben. Solange das nicht erfolgt, haben wir im internationalen Wettbewerb massive Nachteile. Auf EU-Ebene ist derzeit die Paper and Packaging Waste Regulation geplant, die nach den ersten Entwürfen enorme negative Auswirkungen auf unsere Branche hätte und unser über Jahrzehnte aufgebautes und gut funktionierendes Altpapierrecyclingsystem zerstören würde. Wir fordern hier u.a. eine Gleichbehandlung von Wiederverwendung und Recycling.

Das EU-Lieferkettengesetz sieht eine Verantwortung der Betriebe für die Einhaltung von Umwelt-, Klima- und Sozialstandards sowie Minderheitenrechten bei ihren Lieferanten und anderen Geschäftspartnern entlang der Lieferkette vor. Es darf nicht sein, dass Verpflichtungen von staatlichen Behörden auf die Betriebe abgewälzt werden, die gar nicht die Möglichkeiten zur Kontrolle bzw. Umsetzung von Vorschriften bei ihren Geschäftspartnern haben. Wir fordern eine Umsetzung mit Augenmaß. Auch die Funktion des Waldes als Basis für wirtschaftlichen Wohlstand ist in Gefahr, da aus falsch verstandenem Klimaschutz die wirtschaftliche Nutzung des Waldes von manchen in Frage gestellt wird – Stichwort Wald als CO₂-Speicher.

Fachverband PROPAK – Produkte aus Papier und Karton

Homepage: www.propak.at

Obmann: KR Mag. Georg-Dieter FISCHER

Geschäftsführer: Mag. Martin WIDERMANN

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹²⁹

Zahl der Betriebe:¹³⁰

62

Beschäftigte:¹³¹

8.421

Lehrlinge:

222

Personalaufwand:¹³²

534 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹³³

3.228 Mio. EUR

Auslandsumsatz:¹³⁴

1.857 Mio. EUR

Exportintensität:¹³⁵

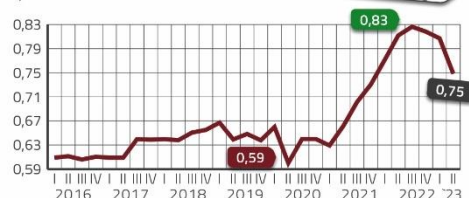
56,6%

Produktionsschwerpunkte:

Verpackungen (Wellpappe, Faltschachtel, Flexible Verpackungen, Getränkekartons); Papierwaren für Hygiene und Haushalt; Büro- und Organisationsmittel; Bücher und Broschüren; Sonstige Papierwaren (u.a. Etiketten, Hülsen, Zigarettentapiere, Spielkarten)

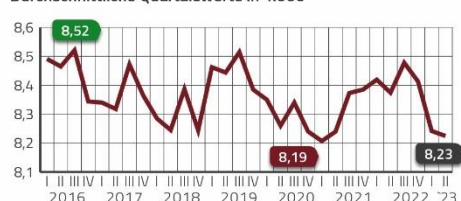
Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):

CITPA – International Confederation of Paper and Board Converters in Europe; ACE – Alliance for Beverage Cartons and the Environment; ECMA – European Carton Makers' Association; ECTA – European Core and Tube Association; FEFCO – European Federation of Corrugated Board Manufacturers; INTERGRAF – European Federation for Print and Digital Communication; Pro Carton – European Association of Carton and Carton-board Manufacturers; EUROSAC – European Federation of Multiwall Paper Sack Manufacturers

¹²⁹

Im vorliegenden Factsheet werden aus Gründen einer einheitlichen Darstellung die Kennzahlen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik 2022, verwendet. Im PROPAK-Branchenreport (https://propak.at/images/2023/News/Branchenreport/JB2022_251023_WEB_final.pdf) finden sich weitere Daten zur Branche, welche aufgrund anderer statistischer Quellen und Systematiken von den hier dargestellten abweichen können. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.

¹³⁰

Durchschnitt der betreffenden Monate.

¹³¹

Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.

¹³²

Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.

¹³³

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹³⁴

Unternehmensbereich.

¹³⁵

Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Der Industriestandort Österreich braucht Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und bestens ausgebildete/s Personal/Fachkräfte. Die Versorgungssicherheit betrifft Energie und Rohstoffe, wobei das Thema Energie nicht nur für die energieintensive Grundstoffherzeugung von Bedeutung ist, sondern auch für die Verarbeiter, denen ohne funktionierende Vorstufe die Rohmaterialien fehlen würden. Das Thema Wettbewerbsfähigkeit betrifft nicht nur die Kosten, zu denen nicht zuletzt die Arbeitskosten und -bedingungen gehören, bei denen österreichische Industrieunternehmen gerade in der aktuellen Situation von Rezession gepaart mit hoher Inflation einen massiven Nachteil gegenüber Ländern erfahren, in denen die internationale Wettbewerbsfähigkeit in der Lohnfindung einen hohen Stellenwert hat. Dazu gehören auch weitere Rahmenbedingungen wie Steuern, Förderungen, Bürokratie und Verfahrensdauern. Und gut ausgebildetes Personal bildet das Rückgrat der Industrie. Gerade in der Dekade der Twin Transition wird der Umgang mit völlig neuen Technologien extreme Weiterbildungsbereitschaft erfordern, werden Arbeitskräfte und Management die neuen Prozesse beherrschen müssen. Diese wie auch alle anderen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Industrie brauchen aber vor allem ein übergeordnetes industrieaffines politisches Mindset und einen gesellschaftlichen Konsens, der Industrie in Österreich wie in Europa fördert und nicht durch überbordende Maßnahmen vertreibt, während der Rest der Welt von derartiger Selbstdiskriminierung profitiert.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die Assets der PROPAK Branche sind ihre Resilienz, die Innovationskraft der Unternehmen wie ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gerade in der Green Transition die Nachhaltigkeit ihrer Produkte, die Kreislauf-Champions sind. Gerade letzteres ist von besonderer Bedeutung für das Gelingen des Green Deals und darf nicht leichtfertig durch ungeplante/falsch eingeschätzte Effekte einer ideologiegetriebenen europäischen Gesetzgebung verspielt werden. Bei recyclingfähigen Produkten aus erneuerbaren Rohstoffen, die noch dazu mehr als 25-Mal umlaufen können und biologisch abbaubar sind, sind Ressourcenschonung und Abfallvermeidung sowohl Programm als auch bei den Konsumenten akzeptiert und geschätzt. Dazu werden die Produkte, die im täglichen Leben unverzichtbar sind, permanent mit den Kunden weiterentwickelt, wozu es innovations- und einsatzfreudige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter braucht. Um das entsprechende Potenzial anzusprechen, fährt der Fachverband PROPAK eine Employer Branding Kampagne in den Sozialen Medien. Bildung und Ausbildung sind zentrale Themen der Branchenarbeit und die vierte industrielle Revolution muss dabei eine wesentliche Rolle spielen. Niemand muss sich vor den Entwicklungen der digitalen Transformation fürchten, aber alle müssen sich darauf vorbereiten.

Fachverband der Stein- und keramischen Industrie

Homepage: www.baustoffindustrie.at

Obmann: Mag. Robert SCHMID

Geschäftsführer: DI Dr. Andreas PFEILER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹³⁶

Zahl der Betriebe:¹³⁷

215

Beschäftigte:¹³⁸

12.765

Lehrlinge:

289

Personalaufwand:¹³⁹

862 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁴⁰

4.053 Mio. EUR

Auslandsumsatz:¹⁴¹

922 Mio. EUR

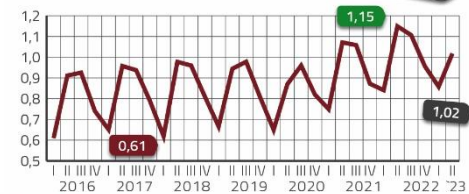
Exportintensität:¹⁴²

22,2%

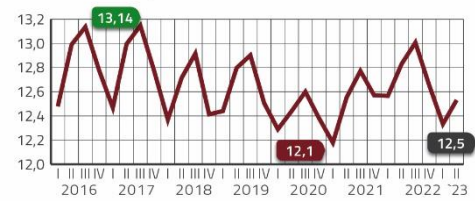
Produktionsschwerpunkte:

Beton- und -fertigteile; Feinkeramik; Feuerfest; Gips; Kalk; Naturwerkstein; Putz/Mörtel; Sand/Kies; Schleifmittel; Schotter; Transportbeton; Zement; Ziegel- und -fertigteile; Kaolin; Kreide; Rohton; Faserzement; Leichtbauplatten

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen):

Europäischer Baustoffherstellerverband (CPE); Verband der europäischen Mörtelindustrie (EMO); Europäischer Kalkverband (EuLA); Verband der europäischen Gipsindustrie (EUROGYPSUM); Europäische Vereinigung der Schleifmittelerzeuger (FEPA); Europäische Vereinigung der Erzeuger feuerfester Produkte (PRE); Europäischer Gesteinsverband (UEPG); Europäischer Verband der Keramikindustrie (CERAME-UNIE)

¹³⁶ Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.
¹³⁷ Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹³⁸ Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.
¹³⁹ Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.
¹⁴⁰ Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.
¹⁴¹ Unternehmensbereich.
¹⁴² Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

- Rechtssicherheit und eine attraktive Standortpolitik für die Industrie.
- Grüne Energie in industriellen Maßstäben und zu konkurrenzfähigen Preisen inklusive Infrastrukturausbau und Speicherlösungen sowohl für CO₂ als auch erneuerbare Energie.
- Lösungen für die EU-konforme Entsorgung von betriebsbedingten CO₂-Emissionen: Zulassung von CCS in Österreich, Errichtung und Anschluss an CO₂-Transportinfrastruktur (z.B. Pipelines), Schaffung von EU-konformen CCU-Lösungen für ganze Branchen.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

- Anerkennung der Sektoren Steine-Keramik als „hard-to-abate sectors“ mit der daraus resultierenden Anerkennung der Prozessemissionen als Emissionssonderfall, der andere Reduktionslösungen braucht, als im ETS oder Klimaschutzgesetz umgesetzt werden (z.B. Weiterführung der Gratiszuteilung im ETS oder Anerkennung von Carbon Removal Zertifikate für Carbonation, CCS/CCU).
- Versorgungssicherheit mit grüner Energie, Wasserstoff und grünem Gas.
- Entlastung der Betriebe durch schnellere Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und Aufhebung sich gegenseitig behindernder Bestimmungen wie z.B. Klima-Energie vs. Abfall.
- Dringend notwendige Ankurbelung der Baukonjunktur gemäß 5-Punkteprogramm der Baupakt Partner:
 1. Verdoppelung der Förderungsraten beim Sanierungsbonus für alle Sanierungsvorhaben.
 2. Erhöhung und Zweckwidmung der Wohnbauförderung.
 3. Gründung einer „Sanierungsbank“ unter anderem mit EU-Mitteln, damit leistbare öffentliche Sanierungskredite vergeben werden können.
 4. One-Stop-Shop für alle Bundes-, Landes- und Gemeindesanierungsförderungen.
 5. Sanierung öffentlicher Gebäude auf Basis eines raschen Sanierungsplanes mit notwendigen budgetären Mitteln.

Es ist zudem dringend darauf zu achten, dass die Umwelt- und Klima-politischen Vorgaben auch erfüllbar sind. Irreale Recycling-Ersatzquoten, für die das Mengengerüst aus dem Rückbaustrom fehlen, sind ebenso sinnlos wie die Forderungen nach dem sofortigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern, solange keine Alternativen beige stellt werden können oder neue Entwicklungen behindert werden. Der Umgang mit CO₂ wird in den kommenden Jahren eine bedeutende Rolle einnehmen. Als Binnenland sind Speichermöglichkeiten mehr gefragt denn je, wenn man die Dekarbonisierung ernsthaft vorantreiben will.

Fachverband der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Homepage: www.tbsl.at

Obmann: Ing. Manfred KERN

Geschäftsführerin: Mag. Eva Maria STRASSER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁴³

Zahl der Betriebe:¹⁴⁴

119

Beschäftigte:¹⁴⁵

10.611

Lehrlinge:

160

Personalaufwand:¹⁴⁶

554 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁴⁷

2.807 Mio. EUR

Auslandsumsatz:¹⁴⁸

2.241 Mio. EUR

Exportintensität:¹⁴⁹

79,2%

Produktionsschwerpunkte:

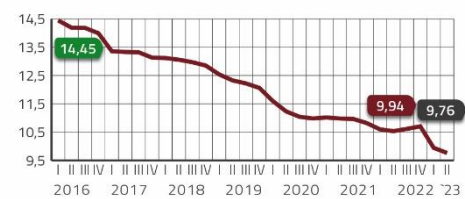
Textilindustrie; Bekleidungsindustrie; Schuh- und Lederwarenindustrie; Ledererzeugende Industrie

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Fachverbandsnetzwerk (Mitgliedschaft in ausgew. Europ. Interessenvertretungen): EURATEX (European Apparel and Textile Federation); COTANCE (Confederation of National Associations of Tanners and Dressers of the European Community)

¹⁴³

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Konjunkturgraphik gem. IWI/BSI (2023) Industrie Aktuell.

¹⁴⁴

Durchschnitt der betreffenden Monate.

¹⁴⁵

Eigenpersonal insg. (inkl. den externen Tätigen, jedoch ohne Fremdpersonal), Durchschnitt der betreffenden Monate.

¹⁴⁶

Gesamter Personalaufwand für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Heimarbeiter inkl. Sonderzahlungen und Abfertigungen.

¹⁴⁷

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁴⁸

Unternehmensbereich.

¹⁴⁹

Unternehmensbereich, Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

- Niedrigere Lohnnebenkosten.
- Steuersenkungen für KMU.
- Entlastung der Erwerbstätigen von Abgaben / Steuerentlastung.
- Bürokratieabbau.
- Fachkräfte.
- Anreize und attraktive Bedingungen für Vollzeitbeschäftigung – Leistung muss sich wieder auszahlen.
- Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials von Frauen; Betreuungseinrichtungen müssen entsprechend vorhanden sein.
- Leistbare, gesicherte Energieversorgung.
- Beschleunigung des Ausbaus und finanzielle Unterstützung bei erneuerbaren Energien.
- Motivation der Jugend für das „Arbeiten“ wird ein zentrales Thema werden.
- Ausbau der Infrastruktur/Breitband.
- Arbeitspolitische Maßnahmen, die zielgerichtet sind und ihren Zweck nicht verfehlen (Stichwort Bildungskarenz).
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.
- Handelsabkommen mit großen Handelspartnern abschließen bzw. umsetzen.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

- Die TBSL-Branchen brauchen Unterstützung der öffentlichen Hand für die Entwicklung kreislauffähiger Produkte und nachhaltiger Produktion am Standort EU.
- Entwicklung und Förderung des Einsatzes von Materialalternativen.
- Digitalisierung und Netzausbau.
- EU und nationale Regulatorik mit Augenmaß, entsprechend lange Übergangsfristen.
- Level Playing Field gegenüber Importwaren aus Drittstaaten sichern.
- weitere Senkung der Lohnnebenkosten.
- Personalrekrutierung an sich (qualitativ und quantitativ), über die Rot-Weiß-Rot-Karte hinaus.
- Attraktive Arbeitsbedingungen mit einem entsprechenden Mindset in der Gesellschaft.
- Transformationsprozess in der Personalaltersstruktur.
- Klimapolitische Maßnahmen die umsetzbar und sinnvoll sind.
- Automatisierung der Arbeitsprozesse.
- praktikable wirtschaftliche Anwendung der Maßnahmen aus der EU Green Claims Richtlinie.

10 Factsheets der Landesindustriesparten Österreichs

Landesindustriesparte Burgenland
Anzahl der Mitglieder: ¹⁵⁰ 166
Homepage: http://wko.at/bgld/industrie
Obmann: DI Christoph BLUM, MBA
Geschäftsführer: Mag. Ewald HOMBAUER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁵¹	
Beschäftigte: 7.066	
Lehrlinge: 162	Personalaufwand: 408 Mio. EUR
Abgesetzte Produktion: ¹⁵² 3.654 Mio. EUR	Produktionsschwerpunkte (Industriegruppen): ¹⁵³ <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Elektro- und Elektronikindustrie</i> ▪ <i>Metalltechnische Industrie</i> ▪ <i>Chemische Industrie</i>
Auslandsumsatz: 2.549 Mio. EUR	Exportintensität: 75,3%

¹⁵⁰

Mitgliederstatistik der WKÖ, aktive Spartenmitgliedschaften 2022

¹⁵¹

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Aufgrund von Geheimhaltungen stehen für das Burgenland lediglich Werte für die Industrie ohne Bau zur Verfügung.

¹⁵²

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁵³

Reihung nach dem Produktionswert (2021) abfallend auf Basis der Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Inflation, hohe Energiepreise, steigende Arbeitskosten und eine schwache Nachfrage in vielen Industriebranchen machen im Jahr 2023 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in der burgenländischen Industrie deutlich spürbar. Knapp 30 Prozent der Wertschöpfung im Burgenland wird durch die Industrie erwirtschaftet und stellt damit einen der wichtigsten Wirtschaftsbereiche für die burgenländische Wirtschaft dar.

Damit der Industrie-Standort Burgenland auch zukünftig wettbewerbsfähig sein kann, braucht es längerfristig eine Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber den wichtigsten Wirtschaftspartnern in Europa wie Deutschland und anderen Nachbarländern. Dazu gehören faire Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen vor allem im Bereich der Energiekosten sowie eine wettbewerbsfähige Entwicklung der Arbeitskosten.

Für die digitale sowie auch grüne Transformation der Burgenländischen-Industrie sind vor allem investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen essentiell.

Auf globaler Ebene ist die Burgenländische Industrie abhängig von einer guten Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten, insbesondere von ausgewogenen Handelsabkommen mit den aufstrebenden Zukunftsmärkten in Afrika, Asien und Südamerika.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Eine gute Lehrlings- und Fachkräfteausbildung in den Industriebetrieben auf Basis moderner Bildungsinhalten bleibt weiterhin essenziell zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Überdies sind weitere Anreize notwendig, um ältere Personen länger in Beschäftigung zu halten sowie die Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu optimieren, um Arbeitnehmern die Möglichkeit zu bieten, auch mehr arbeiten zu können.

Damit die grüne Transformation schneller von statten gehen kann, bedarf es einer Beschleunigung von Genehmigungsprozessen durch moderne, zeitgemäße Anlageverfahren auf Basis einer sicheren, digitalen Abwicklung.

Gerade im Burgenland gibt es einen hohen Anteil an erneuerbarer Energie im Bereich Wind sowie Photovoltaik. Um dieses Potenzial für die Industrie gut nutzen zu können, ist ein rascher Ausbau insbesondere der Stromnetze unabdingbar.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes wieder zu stärken, braucht es dringend eine Senkung der Energie- und Lohnstückkosten. Die nationalstaatlichen Maßnahmen im Bereich der Energiekosten insbesondere in Deutschland bringen die heimischen Industrieunternehmen weiter unter Druck. Insgesamt braucht die Burgenländische Industrie eine konsequente Entlastung auch bei Bürokratie, Steuern und Abgaben und mehr Anreize für Investitionen.

Landesindustrieparte Kärnten

Anzahl der Mitglieder:¹⁵⁴ 418

Homepage: <http://wko.at/ktn/industrie>

Obmann: Michael VELMEDEN

Geschäftsführer: Mag. Alexander KUESS

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁵⁵

Beschäftigte:
25.749

Lehrlinge:
866

Personalaufwand:
1.733 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁵⁶
13.780 Mio. EUR

Produktionsschwerpunkte
(Industriegruppen):¹⁵⁷

- *Elektro- und Elektronikindustrie*
- *Metalltechnische Industrie*
- *Holzindustrie*

Auslandsumsatz:
10.763 Mio. EUR

Exportintensität:
66,2%

¹⁵⁴

Mitgliederstatistik der WKÖ, aktive Spartenmitgliedschaften 2022

¹⁵⁵

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022. Aufgrund von Geheimhaltungen stehen für Kärnten lediglich Werte für die Industrie ohne Bau zur Verfügung.

¹⁵⁶

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁵⁷

Reihung nach dem Produktionswert (2021) abfallend auf Basis der Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Wettbewerbsfähigkeit ausbauen, Energiewende vorantreiben, Tempo bei Infrastruktur- und Netzausbau, Arbeitskräftemangel entgegenwirken: In diesen vier Bereichen muss angesetzt werden, um den Industriestandort Österreich zukunftsfit zu machen.

Die Industrie in Österreich ist von enormen Kostennachteilen betroffen und verliert alarmierend schnell an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Diese Entwicklung muss gestoppt werden, um den Wohlstand im Land zu erhalten. Die Energiewende muss mit deutlich mehr Geschwindigkeit und einem ausgewogenen Mix an erneuerbaren Energieträgern vorangetrieben werden. Photovoltaik ist dabei ein Teil der Lösung, aber auch Wasser- und Windkraft müssen berücksichtigt werden. Entsprechend sollte auch die Förderlandschaft überarbeitet werden. Die Industrie braucht seitens der Politik ein klares Bekenntnis zur Verbesserung von Infrastruktur, Netzausbau und Versorgungssicherheit.

Um die Situation am Arbeitskräftemarkt zu entschärfen, muss es unter anderem Verbesserungen bei der Rot-Weiss-Rot-Karte geben, wie zum Beispiel ein Jobsuch-Visum für sämtliche Kategorien mit der Möglichkeit für Probearbeit.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die Abwanderung ist in Kärnten ein großes Thema. Es fehlen nicht nur Fachkräfte, sondern Arbeitskräfte generell. Das ist bereits jetzt für die Kärntner Industriebetriebe eine Herausforderung – und wird durch den demografischen Wandel noch weiter zunehmen. Um diesem Problem entgegenzuwirken, braucht es einen Mix an verschiedenen Maßnahmen.

Arbeitskräfte müssen für Betriebe wieder leistbar sein und steuerliche Anreize gesetzt werden. Zuwanderung erleichtern, Frauenerwerbsquote erhöhen, Menschen über 55 Jahre länger in Beschäftigung halten oder die Erwerbstätigkeiten von Pensionisten fördern – es muss sich auf mehreren Ebenen etwas ändern, um Bewegung in den Arbeitskräftemarkt zu bekommen. Nur mit einem breiten Maßnahmenmix gegen den Arbeitskräftemangel kann die Kärntner Industrie weiterhin größter Arbeitgeber im Bundesland bleiben.

Neben dem Arbeitskräftemangel bremst fehlende bzw. schlechte Infrastruktur die Industriebetriebe aus. Quer durch das ganze Land sind Straßen in einem schlechten Zustand und Baustellen sorgen immer wieder für Verzögerungen. Der Ausbau der B317 von Friesach nach Judenburg ist längst überfällig und würde auch wesentlich zur Verkehrssicherheit der gesamten Bevölkerung beitragen. Eine weitere wichtige Verkehrsachse für die Industrie ist die Tauernautobahn. Hier braucht es während der Sanierung der Tunnelketten praktikable Lösungen.

Um nicht den Anschluss zu verlieren, muss der Wirtschaftsstandort Kärnten international beworben werden. Mit entsprechenden Investitionen in die Infrastruktur kann Kärnten durch seine geografische Lage und hohe Lebensqualität ein attraktiver Standort für internationale Betriebe sein.

Landesindustriessparte Niederösterreich

Anzahl der Mitglieder:¹⁵⁸ 1.187

Homepage: <http://wko.at/noe/industrie>

Obmann: DI Helmut SCHWARZL

Geschäftsführer: Mag. Alexander SCHRÖTTER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁵⁹

Beschäftigte:
74.938

Lehrlinge:
2.279

Personalaufwand:
5.140 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁶⁰
39.869 Mio. EUR

Produktionsschwerpunkte
(Industriegruppen):¹⁶¹

- *Metalltechnische Industrie*
- *Mineralölindustrie*
- *Chemische Industrie*

Auslandsumsatz:
19.449 Mio. EUR

Exportintensität:
50,6%

¹⁵⁸

Mitgliederstatistik der WKÖ, aktive Spartenmitgliedschaften 2022

¹⁵⁹

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022.

¹⁶⁰

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁶¹

Reihung nach dem Produktionswert (2021) abfallend auf Basis der Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Das Erste ist aus Sicht der NÖ-Industrie ein gesteigertes Wirtschaftsverständnis in unserer Gesellschaft. Wir brauchen mehr Verständnis für den Wert produzierender Betriebe, für die Bedeutung wirtschaftlicher Zusammenhänge und dafür, was es heißt, im internationalen Wettbewerb zu stehen. Das ist die beste Basis, um von einer zu häufigen Verhinderungsmentalität in einen Ermöglichungsmodus zu kommen, von dem alle profitieren. Dies haben wir auch mit den Tagen der offenen Tür im September 2023 in über 40 Unternehmen mit 25.000 Besucher versucht darzustellen. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Versorgungssicherheit in Bezug auf Lieferketten, Rohstoffe und insbesondere auch Energie. Wir brauchen Energieversorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen, den Ausbau der Stromnetze und weitere Anreize für die Umstellung auf alternative Energieträger – und zwar rasch, sonst schaut es 2030 finster aus. Wichtig ist, dass der Gesetzgeber Technologieoffenheit zulässt und alle möglichen Alternativen gleichermaßen fördert. Wenn sinnvolle Lösungen für einen Standort durch unzählige bürokratische Mühlen zermürbt werden, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Produktionen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung dorthin wandern, wo Fortschritt und Transformation ohne Hürden möglich sind. Wenn Produktionsstätten einmal verlagert werden, kehren sie in der Regel nicht mehr zurück.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen und Energie stehen ganz oben auf der Prioritätenliste. In Niederösterreich betrifft dies auch die Versorgung des Großraums Wien mit mineralischen Rohstoffen. Wir setzen gemeinsam mit dem Land NÖ hier an, die Versorgung langfristig zu gewährleisten.

Weitere Stellschrauben betreffen zweifellos die Bürokratie und die Tendenz, dass in Österreich EU-Richtlinien mit besonderer Genauigkeit und Schärfe umgesetzt werden. Dieses „Gold Plating“ belastet die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, was sich für eine exportorientierte Industrie besonders massiv auswirkt. Nicht immer ist es von Vorteil ein Musterschüler zu sein.

Vor allem müssen wir auch im Bildungswesen ansetzen, müssen verstärkt Interesse an den MINT-Fächern fördern und sicherstellen, dass Schulabgänger über die nötigen Grundkenntnisse verfügen. Mit dem PTS-Fachabschlussprojekt setzt Niederösterreich einen wichtigen, kleinen Reformschritt bei den Polytechnischen Schulen. Mit dem Chemieforscherheft unserer Fachgruppe Chemische Industrie und dem Ideenforum Holzausbildung unterstützt die Industrie das Interesse an technischen Berufen. Die Initiative proHTL fördert die Schulen bei innovativen Schulprojekten.

Wir brauchen interessierte und engagierte junge Menschen, die Lust aufs Lernen haben. Die Fähigkeit und die Lust zum Lernen sind eine der wichtigsten Eigenschaften. Dort, wo sich Technologien immer weiterentwickeln, gehört das stetige Lernen einfach dazu.

Landesindustrieparte Oberösterreich

Anzahl der Mitglieder:¹⁶² 1.264

Homepage: <http://wko.at/ooe/industrie>

Obmann: Mag. Erich FROMMWALD

Geschäftsführer: Mag. Josef SCHACHNER-NEDHERER, MBA

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁶³

Beschäftigte:
125.084

Lehrlinge:
4.682

Personalaufwand:
8.956 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁶⁴
55.331 Mio. EUR

Produktionsschwerpunkte
(Industriegruppen):¹⁶⁵

- *Metalltechnische Industrie*
- *Fahrzeugindustrie*
- *Chemische Industrie*

Auslandsumsatz:
35.215 Mio. EUR

Exportintensität:
64,3%

¹⁶²

Mitgliederstatistik der WKÖ, aktive Spartenmitgliedschaften 2022

¹⁶³

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022.

¹⁶⁴

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁶⁵

Reihung nach dem Produktionswert (2021) abfallend auf Basis der Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Österreichische Industriebetriebe stehen im internationalen Wettbewerb immer stärker unter Druck. Überdurchschnittlich steigende Arbeitskosten, hohe Energiepreise und die schwächelnde internationale Nachfrage hemmen die Betriebe zusätzlich. Aus Sicht der Industrie ist daher ein umfangreiches Maßnahmenbündel in den Bereichen Energie, Fachkräfte, Steuern und Abgaben unumgänglich, um den Industriestandort nachhaltig wieder zu stärken. Vor allem die Politik ist gefragt, hier zukunfts- und standortorientiert zu handeln. Es braucht massive Investitionen in Forschung und Entwicklung, eine schnellere Abwicklung von Verwaltungs- und Genehmigungsmaßnahmen sowie eine Vielzahl an Maßnahmen, um Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren wie z.B. die Sicherstellung einer breitenwirksamen Vermittlung technischer wie digitaler Grundkompetenzen sowie praxisnahe Regelwerke zur Akquise ausländischer Arbeits- und Fachkräfte.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Erneuerbare Stromproduktion: Vor allem im Energiebereich gibt es deutlich noch Luft nach oben, um die ehrgeizigen Ziele für den erneuerbaren Ausbau bis 2030 zu erreichen. Die Industrie braucht Zugang zu Grünstrom, der zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten wird. Im Kontrast zu den Zielsetzungen stagniert aber die erneuerbare Stromproduktion seit Jahren. Mit Photovoltaik alleine bleiben die nationalen Ziele unerreichbar, da Photovoltaik nur dann Strom liefert, wenn er ohnehin im Überfluss vorhanden ist. Ein Fokus auf PV erhöht den Netzausbauaufwand, den Bedarf nach Elektrolysekapazität und nach H₂-Speichern enorm. Dies sind vermeidbare Kosten, die u.a. die Industrie tragen müsste.

Nein zu Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuern: Österreich ist das Land mit der dritthöchsten Steuer- und Abgabenquote in der EU im Jahr 2023 und damit ein absolutes Hochsteuerland. Kapital in Österreich wird bereits durch viele verschiedene Steuern sehr hoch besteuert. Neue Steuern würden den Standort weiter schwächen. Inmitten wachsender wirtschaftlicher Herausforderungen braucht es statt neuer Steuern spürbare Entlastungen und einen wirksamen Investitionsanreiz in Form einer neuen Investitionsprämie, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken.

Qualifizierte Fachkräfte: Historisch gesehen ist der Arbeits- und Fachkräftemangel aktuell noch immer auf einem sehr hohen Stand. Bis zum Jahr 2040 werden laut Schätzungen österreichweit rund 363.000 Stellen in den Betrieben nicht besetzt werden können. Um dies abzufedern, gilt es gerade im Bereich der ausländischen Arbeits- und Fachkräfte das vorhandene Potenzial auszuschöpfen. Immerhin fast 60 Prozent der Industriebetriebe sind bereit, Personen aus Drittstaaten zu beschäftigen. Ein Großteil der Betriebe nimmt zudem als Vorteil wahr, dass demografisch bedingt mit Fachkräften aus Drittstaaten eine langfristige Personalplanung besser möglich ist.

Landesindustriessparte Salzburg

Anzahl der Mitglieder:¹⁶⁶ 386

Homepage: <http://wko.at/sbg/industrie>

Obmann: Mag. Dr. Peter UNTERKOFLENER

Geschäftsführerin: Mag. Anita WAUTISCHER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁶⁷

Beschäftigte:
19.023

Lehrlinge:
679

Personalaufwand:
1.314 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁶⁸
8.062 Mio. EUR

Produktionsschwerpunkte
(Industriegruppen):¹⁶⁹

- *Metalltechnische Industrie*
- *Holzindustrie*
- *Nahrungs- und Genussmittelindustrie*

Auslandsumsatz:
4.705 Mio. EUR

Exportintensität:
67,8%

¹⁶⁶

Mitgliederstatistik der WKÖ, aktive Spartenmitgliedschaften 2022

¹⁶⁷

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022.

¹⁶⁸

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁶⁹

Reihung nach dem Produktionswert (2021) abfallend auf Basis der Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Sämtliche Indikatoren zeigen, dass die Industrie mit einem Rückgang der Industrieproduktion – einer Rezession außerhalb von Krisenszenarien – zurechtkommen muss. Die Ursachen für die aktuelle Situation sind vielfältig: Das beginnt bei der im europäischen Vergleich nach wie vor überdurchschnittlich hohen Inflation, die sich für die heimischen Industriebetriebe, die im internationalen Wettbewerb bestehen müssen, als Klotz am Bein erweist. Dabei sind Faktoren ins Visier zu nehmen, die die Inflation weiter befeuern könnten: Lohn-Preis-Spirale (hohe Arbeitskosten zählen zu den größten Gefahren für die im internationalen Wettbewerb stehende heimische Industrie) sowie hohe Energiepreise.

Rahmenbedingungen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken, sind mehr denn je von signifikanter Bedeutung, um den Industriestandort abzusichern.

Das Themenfeld Arbeitskräfte hat die Industrie in den vergangenen Jahren sehr stark beschäftigt und wird es weiterhin tun. Hier braucht es praktikable Maßnahmen, um Arbeitskräfte länger im Arbeitsleben zu halten, sowie maßgebliche Verbesserungen bei qualitativer Zuwanderung.

In größerem Rahmen ist die EU gefordert, die europäische Industrie nicht mit überbordender Bürokratie zu fesseln. Mehr als 40 Gesetze, Verordnungen und Richtlinien rund um den Green Deal oder das geplante Lieferkettengesetz, stellen die europäische Industrie vor große Herausforderungen. Die Kontrolle der gesamten Wertschöpfungskette ist realitätsfremd und nicht machbar. Sie wird ein weiterer Hemmschuh für die europäische Industrie im internationalen Wettbewerb. Die Wettbewerbsfähigkeit kann darüber hinaus nur erhalten werden, wenn auch in der Zukunft der Fokus auf Forschung & Entwicklung gesetzt werden kann und den Entwicklungen mit Innovationen gegengesteuert werden kann.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Es braucht entsprechende Signale für die heimische Industrie – beispielsweise im Zusammenhang mit der grünen Transformation – hier ist die Politik dringend aufgefordert, den Betrieben Planungssicherheit zu geben. Die Industrie ist ein Vorreiter bei klimaschutzrelevanten Investitionen, sie braucht jedoch klare Rahmenbedingungen und Strategien, um ihre Projekte auch nachhaltig umsetzen zu können. Die Klimawende kann nur durch beschleunigte Genehmigungsverfahren geschafft werden. Weiters müssen auch Standortnachteile durch zu lange Verfahrensdauer bei Projekten hintangehalten werden. Der rasche Ausbau von erneuerbaren Energien ist auch für das Reduzieren von Abhängigkeiten von Strom- und Gaslieferungen aus dem Ausland dringend notwendig – ebenso wie für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Salzburg insgesamt.

Weitere Belastungen, wie Vermögens- und Erbschaftssteuern könnten in der aktuell schwierigen Situation langfristig eine Schrumpfung des Industriesektors bzw. eine schleichende Deindustrialisierung zur Folge haben. Die Auswirkungen dürfen nicht unterschätzt werden, denn im servointerindustriellen Bereich in Salzburg, der auch kleinere Zulieferunternehmen aus der Region umfasst, sind fast 60.000 Menschen beschäftigt.

Landesindustriessparte Steiermark

Anzahl der Mitglieder:¹⁷⁰ 959

Homepage: <http://wko.at/stmk/industrie>

Obmann: DI Dr. techn. Maximilian OBERHUMER

Geschäftsführer: Dr. Andreas FÖSSL

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁷¹

Beschäftigte:
79.132

Lehrlinge:
2.417

Personalaufwand:
5.499 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁷²
33.833 Mio. EUR

Produktionsschwerpunkte
(Industriegruppen):¹⁷³

- *Fahrzeugindustrie*
- *Metalltechnische Industrie*
- *Elektro- und Elektronikindustrie*

Auslandsumsatz:
23.690 Mio. EUR

Exportintensität:
73,7%

¹⁷⁰

Mitgliederstatistik der WKÖ, aktive Spartenmitgliedschaften 2022

¹⁷¹

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022.

¹⁷²

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁷³

Reihung nach dem Produktionswert (2021) abfallend auf Basis der Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Während der Corona-Pandemie konnte die steirische Industrie – unterstützt durch die staatlichen Maßnahmen – ihre Produktion weitgehend aufrechterhalten bzw. im Anschluss daran sogar ausbauen. Jedoch brachten in weiterer Folge bald die enorm gestiegenen Energiekosten, der Krieg in der Ukraine und nun auch im Nahen Osten sowie die Zinssteigerungen neue Herausforderungen.

Die aktuelle weltweite konjunkturelle Entwicklung zeigt aufgrund der starken Exportorientierung demgemäß auch in der Steiermark eine entsprechende Wirkung. Verschärft wird diese Situation durch Bürokratie und Regularien wie etwa die oft zitierte KIM-V (mit Auswirkungen im gesamten privaten Wohnbaubereich) oder – in die Zukunft geblickt – das geplante Lieferkettengesetz.

Die teilweise stark gesunkene Nachfrage induziert demgemäß entsprechende unternehmensinterne Maßnahmen. Es braucht daher einer umsichtigen, verantwortungsvollen, breit angelegten Standort- und Steuerpolitik, um die Attraktivität des produzierenden Gewerbes zu unterstützen, die Rahmenbedingungen hierfür modern und umsetzbar auszugestalten und so die Unternehmen auf ihrem Weg in die 4.0-Zukunft aktiv zu begleiten.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die weltweite konjunkturelle Situation wie auch die Zinspolitik stellen zusätzlich zu den Aufgaben zur Erreichung der Klimaziele die heimische Industrie vor große Herausforderungen. Der Fach-/Arbeitskräftemangel wird mit einem Anziehen der Konjunktur wieder allzu deutlich spürbar werden. Der Kampf um die „besten“ Köpfe wird damit noch intensiver werden.

Demgemäß arbeiten die Sparte gemeinsam mit der Industriellenvereinigung Steiermark mit der Initiative „Die Industrie“ weiter daran, unsere Jugend im Rahmen der „Lehrlingsinitiative“ für eine Ausbildung in der Industrie zu begeistern. Mit den „Spürnasenecken“ soll das Interesse für MINT-Themen bereits im Kindergartenalter geweckt werden – ein erster Pilot-Kindergarten ist in Vorbereitung. Ebenso mit anschaulichen Chemie-Versuchen in Schulen werden Jugendliche für dieses Thema begeistert und die beruflichen Möglichkeiten von Lehre bis Hochschule aufgezeigt.

Weitere Berufsinformationsprojekte oder die „Faszination-Technik-Initiative“ unterstützen unsere Betriebe, ihre offenen Stellen bzw. Lehrstellen besetzen zu können. Dabei gilt es immer stärker, den eigenen Betrieb – insbesondere auch mit den modernen Möglichkeiten von Social Media – bei den Jugendlichen in den Fokus zu bringen.

Landesindustriesparte Tirol

Anzahl der Mitglieder:¹⁷⁴ 485

Homepage: <http://wko.at/tirol/industrie>

Obmann: DI Max KLOGER

Geschäftsführer: Mag. Oswald WOLKENSTEIN

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁷⁵

Beschäftigte:
37.774

Lehrlinge:
1.175

Personalaufwand:
2.602 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁷⁶
14.413 Mio. EUR

Produktionsschwerpunkte
(Industriegruppen):¹⁷⁷

- *Metalltechnische Industrie*
- *Chemische Industrie*
- *NE-Metallindustrie*

Auslandsumsatz:
10.820 Mio. EUR

Exportintensität:
76,7%

¹⁷⁴

Mitgliederstatistik der WKÖ, aktive Spartenmitgliedschaften 2022

¹⁷⁵

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022.

¹⁷⁶

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁷⁷

Reihung nach dem Produktionswert (2021) abfallend auf Basis der Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Es gibt derzeit viele Herausforderungen für die Industrie bis 2030. Da man im internationalen Wettbewerb steht, werden die Standortfaktoren wie Energie, Verkehr, Arbeitskräfte aber auch Planbarkeit wichtiger denn je. Da es zu einer deutlichen Verschlechterung dieser Parameter in den letzten Jahren gekommen ist, wird es von zukünftigen Entscheidungen der Verantwortlichen abhängen, ob die Industrie in Europa gehalten werden kann oder nicht. Hierzu hat die Sparte Industrie eine Vielzahl an Lösungen erarbeitet, die den Standort mittelfristig absichern könnten. Immerhin generiert sich auch der Wohlstand in diesem Land auf Grundlage Industrieller Arbeit in diesem Land. Als Beispiel darf einmal mehr der Ausbau der erneuerbaren Energie genannt werden. Doch genau beim Thema Wasserkraft ist es unverständlich, dass man zehn und mehr Jahre braucht, um ökologisch vertretbare Projekte zur Genehmigung zu führen.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die Politik hat es selbst in der Hand, den industriellen Standort in Tirol abzusichern. Da zwei von drei Waren ins Ausland gehen, müssen unsere Unternehmen am Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Da wir nachweislich sehr hohe Lohnnebenkosten vorfinden, wäre hier eine Entlastung das Gebot der Stunde. Zusätzlich muss der Strompreis zumindest auf den Wert unsere Nachbarn abgesenkt werden, was nach Einschätzung unserer EVU nur geht, wenn mehr eigene Energie generiert wird. Zudem darf der Verkehr nicht zu sehr beschränkt werden. Gerade in einem rohstoffarmen Land wie Tirol ist es unerlässlich, dass die Halbfertigprodukte bei den Unternehmen auch ankommen. Dazu braucht die Industrie nach wie vor gut qualifizierte Arbeitskräfte, die es nach wie vor nicht in dieser Quantität gibt, die uns ein sorgenfreies Leben ermöglichen würde. Und die Bürokratie und Berichtswesen (Stichwort Lieferkettengesetz) lähmen unsere Unternehmen in einem Ausmaß, das das zumutbare Maß nun weit überschritten hat. An all diesen Stellschrauben werden wir drehen müssen, um die Industrie in diesem Land halten zu können.

Landesindustriesparte Vorarlberg

Anzahl der Mitglieder:¹⁷⁸ 392

Homepage: <https://www.wko.at/vlbg/industrie/start>

Obmann: Ing. Markus COMPLOJ, MBA

Geschäftsführer: Mag. Michael AMANN

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁷⁹

Beschäftigte:
31.436

Lehrlinge:
1.450

Personalaufwand:
2.235 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁸⁰
10.649 Mio. EUR

Produktionsschwerpunkte
(Industriegruppen):¹⁸¹

- *Metalltechnische Industrie*
- *Nahrungs- und Genussmittelindustrie*
- *Elektro- und Elektronikindustrie*

Auslandsumsatz:
9.040 Mio. EUR

Exportintensität:
78,4%

¹⁷⁸

Mitgliederstatistik der WKÖ, aktive Spartenmitgliedschaften 2022

¹⁷⁹

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022.

¹⁸⁰

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁸¹

Reihung nach dem Produktionswert (2021) abfallend auf Basis der Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Die Industrie ist der für den Wohlstand wichtigste Wirtschaftsfaktor. Die Stimmung in diesem maßgebenden Wirtschaftsbereich ist zum Jahreswechsel 2023/24 allerdings so schlecht wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die Wirtschaftslage der Industrie und ihre Einschätzung für die Zukunft sind ein deutliches Warnsignal. Was zählt, sind vernünftige Ergebnisse bei den nächsten KV-Verhandlungen. Überzogene Forderungen der Gewerkschaft sind fehl am Platz, auch die Arbeitnehmervertreter müssen sich der besonderen Rahmenbedingungen bewusst sein. Überzogene Abschlüsse bei uns, die höher sind als in anderen Ländern, bedeutet weniger Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet unseren Standort, und damit den Wohlstand von Bevölkerung und Betrieben sowie die Sicherheit der Arbeitsplätze.

Die zuständigen Stellen im Bund und im Land Vorarlberg sollten sich zudem dafür einzusetzen, die Energiewende in Österreich ohne ideologische Scheuklappen oder Verbote voranzutreiben, insbesondere durch die Gewährleistung von Technologieoffenheit, sowie positiven Anreizen und Rahmenbedingungen, vor allem durch ein Bekenntnis zu klimaneutralen Kraftstoffen, wie E-Fuels und Wasserstoff, Biotreibstoffen und Bio-Gas.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Die zuständigen Stellen im Bund sollten sich dafür einzusetzen, die qualifizierte Zuwanderung von Arbeitskräften aus Drittländern zu vereinfachen, insbesondere durch die Weiterentwicklung und Vereinfachung der Rot-Weiß-Rot-Karte, die Einführung eines Aufenthaltstitel für Lehrlinge aus Drittländern und einem privilegierten Arbeitsmarktzugang für EU-Beitrittskandidaten aus dem Balkan.

Die Senkung der Abgabenquote in Österreich, durch eine bessere Zielgenauigkeit und Wirkungsmessung öffentlicher Ausgaben, wäre eine weitere wichtige Stellschraube zur positiven Weiterentwicklung des österreichischen Staates.

Landesindustriessparte Wien

Anzahl der Mitglieder:¹⁸² 577

Homepage: <http://wko.at/wien/industrie>

Obmann: Mag. Stefan EHRlich-ADÁM

Geschäftsführerin: Mag. Michaela SCHUSTER

Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen¹⁸³

Beschäftigte:
40.525

Lehrlinge:
882

Personalaufwand:
3.288 Mio. EUR

Abgesetzte Produktion:¹⁸⁴
73.017 Mio. EUR

Produktionsschwerpunkte
(Industriegruppen):¹⁸⁵

- *Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen*
- *Chemische Industrie*
- *Metalltechnische Industrie*

Auslandsumsatz:
60.320 Mio. EUR

Exportintensität:
78,3%

¹⁸²

Mitgliederstatistik der WKÖ, aktive Spartenmitgliedschaften 2019

¹⁸³

Alle Kennzahlen entstammen der Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich, Sonderauswertung in der Kammersystematik, 2022.

¹⁸⁴

Abgesetzte Produktion = Summe aus Güterliste 1 und Güterliste 2 Produktbegleitende Umsätze.

¹⁸⁵

Reihung nach dem Produktionswert (2021) abfallend auf Basis der Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

Was der Industrie-Standort Österreich bis 2030 benötigt

Neben geopolitischen Krisen, unterbrochenen Lieferketten, fehlenden Rohstoffen, drückt vor allem die hohe Inflation – und die damit steigenden Kosten und Löhne – auf die Standortqualität. Eine Senkung der bestehenden Steuer- und Abgabenquote von derzeit 43,5 Prozent auf 40 Prozent ist bis 2030 konsequent umzusetzen.

Die Verfügbarkeit und Qualität von Fachkräften sind entscheidende Wettbewerbsfaktoren. Die Antragsmodalitäten der Rot-Weiß-Rot-Karte gilt es zu evaluieren und optimieren. Aus- und Weiterbildungs- sowie Förderkonzepte sind im Sinne der verstärkten Beschäftigung von älteren, weiblichen sowie jungen Talenten bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Die Infrastruktur, sowohl physisch als auch digital, muss auf dem neuesten Stand gehalten bzw. gebracht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industriebetriebe zu erhalten.

Die (politischen) Anforderungen in Umwelt- und Klimaschutz setzen ein adäquates Unterstützungsumfeld, aber auch Rechts- und Planungssicherheit als vernünftige Rahmenbedingungen voraus. Die Anpassungseffizienz auf sich ändernde Marktbedingungen und technologische Entwicklungen muss gezielt erhöht werden (Technologieoffenheit).

Eine Energieversorgung, welche die Synergien aus Nachhaltigkeit, Effizienz und Versorgungssicherheit in den Vordergrund stellt, ist anzustreben.

Die Souveränität in Forschung und Entwicklung von Schlüsseltechnologien (KI, Robotik, Erneuerbare) muss als Fundament zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit der (europäischen) Industrie verfolgt werden.

Zentrale Ansatzpunkte und Stellschrauben für die kommenden Jahre

Für Wien als modernen und attraktiven Industrie- und Technologiestandort sind ausreichend Fläche und eine effiziente Verkehrsanbindung wesentliche räumliche Rahmenfaktoren. Im Zuge der städtischen Wachstumsdynamik entsteht ein Flächenkonflikt zwischen Produktion und Wohnbau, aufgrund produktionsbedingter Immissionen (Lärm, Schmutz und Geruch). Ziel muss es sein, rund 5% der Gesamtfläche als Betriebsflächen zu sichern. Das Fachkonzept „Produktive Stadt“ räumt der Industrie in drei Betriebszonentypen den benötigten Platz ein, um divergierende Bedarfe einer Millionenstadt langfristig abzusichern.

Die Stadt Wien und die Wirtschaftskammer Wien arbeiten an der zukunftssicheren Transformation des Energiesystems, um die CO₂-Emissionen im erforderlichen Ausmaß zu reduzieren. Die Bereitstellung von grünem Gas ist wesentliches Zielbild einer klimaneutralen Zukunft. Damit auch die digitale Transformation gelingt, ist die Internetanbindung mit Glasfaser und Breitband unerlässlich.

Digitale Arbeitswelten ändern Prozesse, Berufsbilder und den vielfältigen Arbeitskräftebedarf; verstärkte Weiterbildungsstrukturen sind nötig, um den beruflichen Anschluss nicht zu verlieren. Der Erhalt der Arbeitsfähigkeit älterer, erfahrener Fachkräfte muss im Fokus stehen. Auch qualifizierter Zuzug wirkt dem Fachkräftemangel entgegen. Junge Talente gilt es gezielt für eine berufliche Zukunft in einem Industriebetrieb zu gewinnen. Schulstandorte sind zu modernisieren und Bildungsinhalte an einen modernen Kompetenzbedarf anzupassen.

Teil IV

Methoden- und Datenappendix

Grundlagen zur Betrachtung der Industrie Österreichs

Quellen, Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Ergänzende Zahlen, Daten und
Fakten zur Industrie Österreichs

Glossar

Stichwortverzeichnis

Bibliografie

Grundlagen zur Betrachtung der Industrie Österreichs

Im allgemeinen Verständnis scheint der Begriff „Industrie“ klar bestimmt zu sein. Die Industrieökonomie kennt jedoch je nach Aufgabenstellung, Forschungsfrage und Zielsetzung unterschiedliche Begriffsumfänge. Um die verschiedenen Dimensionen des Industriebegriffs und dessen Bedeutung für die statistische Erfassung ausführlich darzulegen, gibt das folgende Kapitel einen Überblick zu den verwendeten industrieespezifischen Begrifflichkeiten. Des Weiteren erfolgt eine kompakte Erläuterung des verwendeten Industriekonzepts sowie der beiden wesentlichen statistischen Quellen dieses Buches, der Leistungs- und Strukturerhebung (kurz: LSE) und der Konjunkturerhebung im Produzierenden Bereiche (kurz: KJE).

Was ist die Industrie Österreichs?

Der in Österreich gebräuchliche Industriebegriff der Wirtschaftskammersystematik (Industrie in der Definition der Fachverbände der Bundessparte Industrie der WKÖ) orientiert sich an institutionellen Gesichtspunkten. Ein Industriebetrieb lässt sich u.a. durch nachstehende Merkmale charakterisieren:¹⁸⁶

- hoher Einsatz von Anlage- und Betriebskapital
- Einsatz von Maschinen und technischen Einrichtungen überwiegend in räumlich oder organisatorisch zusammenhängenden Betriebsstätten
- serienmäßige Erzeugung, typisierte Verrichtungen
- weitgehende Arbeitsteilung im Rahmen eines vorbestimmten Arbeitsablaufes
- größere Zahl von ständig Beschäftigten oder automatisierte Betriebsweise
- organisatorische Trennung in eine technische und eine kaufmännische Führung

In der wirtschaftlichen Realität besteht in vielerlei Hinsicht jedoch häufig ein erheblicher Erfassungsspielraum. Dazu sorgen technologische Umwälzungen, die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung, oder externe Einflussfaktoren für strukturelle Anpassungen der Industrie sowie grundlegende Veränderungen in der globalen Arbeitsteilung und lassen die traditionellen Grenzen zwischen dem Sekundären und dem Tertiären Sektor zunehmend verschwinden. Im langfristigen Wachstumsprozess einer Marktwirtschaft drängt der Sekundäre Sektor den Anteil des Primären Sektors zurück um in weiterer Folge zugunsten einer Expansion des Tertiären Sektors an Bedeutung zu verlieren (Tertiärisierung).

Auf diesem Grundgedanken wird in vielen Untersuchungen des IWI bei der stufenweisen Abgrenzung des Industriebegriffes in NACE-Systematik aufgebaut, allerdings mit dem Unterschied, dass sich der Sekundäre und der Tertiäre Sektor ergänzen sowie gegenseitig bedingen und nicht die Entwicklung des einen Sektors zu „Lasten“ des anderen geht. Aufgrund der tiefgreifenden Veränderung des Tätigkeitsprofils der Industrie werden Aufgaben, die früher von der Industrie wahrgenommen wurden,

¹⁸⁶ Diese Auflistung gibt die wesentlichen Charakteristika eines Industriebetriebs auszugsweise wieder. Der traditionelle Begriff des Industriebetriebs im § 7 der Gewerbeordnung (GewO) definiert.

heute von spezialisierten Unternehmen des Dienstleistungssektors für die Industrie erfüllt.

Neben dem Industriebegriff gemäß der Wirtschaftskammersystematik¹⁸⁷ stehen drei Industriekonzepte nach der NACE¹⁸⁸-Systematik zur Verfügung, welche etwas breiter gedacht sind und neben Industrie- auch Gewerbeunternehmen berücksichtigen.¹⁸⁹

Die engste Abgrenzung der drei Industriekonzepte in der NACE-Systematik ist jene der Herstellung von Waren, die insgesamt 24 Branchen umfasst. Der Produzierende Bereich beinhaltet neben der Herstellung von Waren, den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, die Energieversorgung, die Wasserversorgung, die Abwasser- und Abfallentsorgung und die Beseitigung von Umweltverschmutzungen sowie den Bau. Das breiteste Industriekonzept inkludiert darüber hinaus industriennahe und produktionsorientierte Dienstleistungen und wird als Servoindustrieller Sektor bezeichnet. Folgende Abschnitte sind – anteilmäßig – Teil des Servoindustriellen Sektors: der Handel, der Verkehr und Lagerei, die Beherbergung und Gastronomie, die Information und Kommunikation, die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, das Grundstücks- und Wohnungswesen, die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, die Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen sowie die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.¹⁹⁰

Der Fokus in diesem Werk liegt jedoch auf dem Kernbereich der Industrie Österreichs und der Leistungskraft der einzelnen Industriegruppen, wobei stets das Zusammenspiel zwischen KMU und Großunternehmen eine wesentliche Rolle spielt. Im Hinblick darauf stellt die LSE die bevorzugte Datenbasis dar, da diese Statistik zum einen die strukturellen Entwicklungen der Industrie am besten erfasst und auch KMU-relevante Daten zur Verfügung stellt. Generell ist – abgesehen von gewissen Dienstleistungsbereichen in der NACE-Systematik – die Erfassung der Unternehmen des Wirtschaftskammerbereichs durch die Sonderauswertung gesichert.

Die Industrie in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)

Das Hauptaugenmerk im vorliegenden Industriebuch 2024 liegt auf der Sparte der Industrie in der Wirtschaftskammersystematik. Neben der Wirtschaftskammersystematik können einzelne Unternehmens- bzw. Betriebsaggregate prinzipiell auch mittels NACE-Systematik klassifiziert werden, allerdings unterscheidet diese in ihren Branchenauswertungen nicht zwischen Einheiten der Industrie bzw. des Gewerbes.

¹⁸⁷ Gemäß der Fachverbandseinteilung der Wirtschaftskammer Österreich. Der Begriffe 'Kammersystematik' wird synonym zum Terminus 'Wirtschaftskammersystematik' verwendet.

¹⁸⁸ NACE = Europäische Wirtschaftszweigklassifizierung. STATISTIK AUSTRIA bietet eine genaue Auflistung der einzelnen (Ö)NACE-(Unter)Abschnitte/Abteilungen auf mehrstufiger Ebene, vgl. <http://www.statistik.at>. Es wird überwiegend der Terminus NACE (Abkürzung für „Nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes“) verwendet; sofern die Daten österreichische Untersuchungsmerkmale betreffen, ist der Terminus NACE synonym zu ÖNACE.

¹⁸⁹ In der Folge wird das Konzept *Kernbereich der Industrie* als Industrie Österreichs bezeichnet. Im vorliegenden Industriebuch wird grundsätzlich dann auf die NACE-Systematik zurückgegriffen, wenn keine Daten in der Wirtschaftskammersystematik vorliegen bzw. wenn international verglichen wird.

¹⁹⁰ Ein detaillierter graphischer Vergleich der drei Industriekonzepte in der NACE-Systematik ist im Industriebuch 2016 zu finden.

Die österreichische Wirtschaft wird von Seiten der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) in sieben Sparten eingeteilt: Industrie, Gewerbe und Handwerk, Handel, Bank und Versicherung, Transport und Verkehr, Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Information und Consulting. Im Vergleich zu den anderen Sparten lässt sich Struktur und Größe der Industrie innerhalb der gesamten gewerblichen Wirtschaft gut einordnen. Die Unterscheidung zwischen Industrie und Gewerbe hierzulande ist einzigartig, kein anderes Land außer Österreich nimmt hier eine Differenzierung vor. Organisatorisch ist die Industrie Österreichs innerhalb der Industriesparte der WKÖ in 16 Fachverbände gegliedert.

Tab. 1: Klassifikationsübersicht der Industriegruppen nach Kammersystematik

Kammer-systematik	Fachverband	Kammer-systematik	Fachverband
KS 2010	Bergwerke und Stahl	KS 2100	Holzindustrie
KS 2020	Mineralölindustrie	KS 2110	Nahrungs- und Genussmittelindustrie
KS 2030	Stein- und keramische Industrie	KS 2120	Textil-, Bekl.-, Schuh-, u. Lederindustrie
KS 2040	Glasindustrie	KS 2130	Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
KS 2050	Chemische Industrie	KS 2150	NE-Metallindustrie
KS 2060	Papierindustrie	KS 2160	Metalltechnische Industrie
KS 2070	PROPAK Produkte aus Papier und Karton	KS 2170	Fahrzeugindustrie
KS 2090	Bauindustrie	KS 2180	Elektro- und Elektronikindustrie

Quelle: WI (2024) auf Basis der WKÖ Fachorganisationsordnung (FOO)

Statistische Datengrundlage

Die Beurteilung der Frage, wie sich die Industrie Österreichs in den vergangenen Jahren entwickelt hat und welchen volkswirtschaftlichen Stellenwert sie heute einnimmt bzw. ob sich die Industriestruktur in diesen Jahren strukturell verändert hat, kann prinzipiell nicht auf Basis einiger weniger Indikatoren beurteilt werden. Um den Fragestellungen gerecht werden zu können, sind vielmehr eine Vielzahl an Kennzahlen unterschiedlicher Herkunft heranzuziehen. Die Aussagen sind letztendlich dann von höchster Qualität, wenn die Datengrundlagen einander bezüglich Zeitraum, Umfang, Definition und Repräsentativität entsprechen, wenn also ein annähernd kohärentes Informationsangebot zur Verfügung steht.

Die wichtigsten Datenquellen für harmonisierte strukturelle und konjunkturelle Statistiken über Österreichs Industrie sind die Leistungs- und Strukturstatistik (kurz: LSE) sowie die Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich (kurz: KJE), die beide von der Statistik Austria erhoben werden. Die Leistungs- und Strukturstatistik erlaubt Aussagen über die Struktur, Tätigkeit, Beschäftigung, Investitionstätigkeit und Leistung der Industrieunternehmen zu treffen, wobei die wichtigsten Vorzüge in der hohen Repräsentativität zum einen und in der Gliederung nach Unternehmensgrößenklassen zum anderen liegt. Diese Einteilung erlaubt es, Daten der betreffenden KMU bzw. der Großunternehmen getrennt voneinander zu analysieren. Der Fokus der Konjunkturstatistik liegt hingegen in der Beschreibung der aktuellen wirtschaftlichen

Entwicklungen. Im Unterschied zur Leistungs- und Strukturstatistik wird diese wesentlich zeitnäher aktualisiert (die Daten werden in der Regel monatlich veröffentlicht). Die Leistungs- und Strukturhebung ist dafür umfangreicher in Bezug auf die Anzahl der Indikatoren.

Die Ursprungsdaten werden grundsätzlich auf Grundlage der NACE-Systematik ausgewiesen. In der Publikationsreihe Industriebuch des IWI wird jedoch auf Sonderauswertungen in der Kammersystematik zurückgegriffen.¹⁹¹ Dazu werden die Unternehmen im Rahmen gemäß ihrem ökonomischen Schwerpunkt der Kammersystematik zugeordnet. Konkret bedeutet das, dass jedes Unternehmen (trotz mehrerer möglicher Mitgliedschaften) genau einem Fachverband zugerechnet wird. Die statistischen Einheiten sind demnach nicht zwingend „fachverbandshomogen“.¹⁹² Europäische Vergleiche sind grundsätzlich nur in der EU-weit synchronisierten NACE-Systematik möglich.

Das verfügbare Datenmaterial der LSE reicht bis dato und aufgrund der zeitintensiven Erstellung der Statistik bis zum Jahr 2021. Um dem Anspruch der Aktualität Genüge zu leisten, wird weiters vorzugsweise auf Auswertungen der KJE zurückgegriffen. Die Ergebnisse der KJE beruhen auf einer Konzentrationsstichprobe, die mindestens 90% der Produktion in der jeweiligen Branche erfasst. Demzufolge bietet die KJE im Gegensatz zur LSE ein weniger umfassendes Abbild der Industrielandschaft, ihr Vorzug liegt hingegen in der zeitnahen Verfügbarkeit. Im vorliegenden Werk reicht der rezenteste Datenbestand der KJE bis zum Jahr 2022. Die Ergebnisse der KJE liegen nach einer Sonderauswertung ebenfalls in der Kammersystematik vor. Aus diesen beiden Datenquellen lassen sich in Summe relativ befriedigende Aussagen über den Umfang und die Struktur der Industrie ableiten.¹⁹³ Ausführliche Beschreibungen hinsichtlich der beiden Hauptdatenquellen (LSE und KJE) zur Industrie Österreichs können dem Industriebuch 2018 entnommen werden.¹⁹⁴

¹⁹¹ Statistik Austria, Sonderauswertungen der Konjunkturstatistik sowie der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik.

¹⁹² vgl. WKÖ, Erläuterungen zur Leistungs- und Strukturstatistik, http://wko.at/Statistik/Extranet/LSE/LSE_Erlaeuterungen.pdf.

¹⁹³ Beide Statistiken bieten überdies die Möglichkeit, regionalwirtschaftliche Daten auszuwerten und so einen Bundesländerbezug herzustellen.

¹⁹⁴ siehe Industriebuch 2018 des Industriewissenschaftlichen Instituts.

Quellen, Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Quellen

Literaturverzeichnis

- CAVAS, J.-P., KIM, K. (2007), Measurement and Sources of Economies of Scope. A Primal Approach. In: Journal of Institutional and Theoretical Economics (163 (3)), S. 411–427.
- DAMIANISCH, W., SCHNEIDER, H.W. (2007), Industriebuch 2007 des Industriewissenschaftlichen Instituts: IWI-Studie 131, Wien
- ENGELMANN, M., SCHNEIDER, H.W. (2009), Industriebuch 2009 des Industriewissenschaftlichen Instituts: IWI-Studie 151, Wien
- ENGELMANN, M., SCHNEIDER, H.W. (2013), Industriebuch 2013 des Industriewissenschaftlichen Instituts: IWI-Studie 183, Wien
- FACHVERBAND BAUINDUSTRIE (2023), Jahresbericht der Bauindustrie 2023, <https://www.wko.at/oe/gewerbe-handwerk/bau/jahresrueckblick-2023-bauinnung-spezial.pdf>, Wien
- FACHVERBAND BERGWERKE UND STAHL INDUSTRIE (2023), Branchendaten, <https://www.wko.at/oe/industrie/bergwerke-stahl/statistik>, Wien
- FACHVERBAND CHEMISCHEN INDUSTRIE ÖSTERREICHS (2023), Jahresbericht der Chemischen Industrie 2022, <https://www.fcio.at/media/20977/fcio-jahresbericht-2022.pdf>, Wien
- FACHVERBAND ELEKTRO- UND ELEKTRONIKINDUSTRIE (2023), Jahresbericht der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie 2022/23, <https://www.feei.at/wp-content/uploads/2023/07/feei-jahresbericht-2022-2023.pdf>, Wien
- FACHVERBAND FAHRZEUGINDUSTRIE (2023), DATENPROFIL 2022, https://www.fahrzeugindustrie.at/fileadmin/content/Zahlen___Fakten/Statistikjahrbuch/S-eite1.2.pdf, Wien
- FACHVERBAND GAS- UND WÄRMEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN (2023), Jahresbericht 2022, https://www.gaswaerme.at/media/medialibrary/2023/07/FGW_JB22_lo.pdf, Wien
- FACHVERBAND GIESSEREINDUSTRIE (2023), Jahresbericht 2022, <https://www.wko.at/oe/industrie/metalltechnische-industrie/giesserei/jahresbericht-giessereiindustrie-2022.pdf>, Wien
- FACHVERBAND GLASINDUSTRIE (2023), Jahresbericht 2022, <https://www.wko.at/oe/industrie/glasindustrie/jahresbericht-glasindustrie-2022.pdf>, Wien
- FACHVERBAND HOLZINDUSTRIE ÖSTERREICH (2023), Branchenbericht 2022/23, https://www.holzindustrie.at/media/3410/branchenbericht_2022_2023_web.pdf, Wien
- FACHVERBAND METALLTECHNISCHE INDUSTRIE (2023), FACTS & FIGURES 2023, https://www.metalltechnischeindustrie.at/fileadmin/content/Dokumente/Presse_Aktuelle_s/%C3%96sterreichs_st%C3%A4rkste_Branche_%E2%80%93_Daten_und_Fakten_2023.pdf, Wien

- FACHVERBAND MINERALÖLINDUSTRIE (2023), BRANCHENREPORT MINERALÖL 2022/23, <https://www.wko.at/oe/industrie/mineraloelindustrie/branchenreport-mineraloelindustrie-2022.pdf>, Wien
- FACHVERBAND NE-METALLINDUSTRIE (2024), Branchendaten, <https://www.wko.at/statistik/BranchenFV/b-215.pdf>, Wien
- FACHVERBAND PAPIERINDUSTRIE (2023), Branchenbericht 2022, <https://www.yumpu.com/de/document/view/67930205/branchenbericht-der-osterreichischen-papierindustrie>, Wien
- FACHVERBAND PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton (2023), Branchenreport 2022/23, https://www.propak.at/images/2023/propak_branchenreport2022-23.pdfWien
- FACHVERBAND STEIN- UND KERAMISCHEN INDUSTRIE (2022), Geschäftsbericht 2022/23, https://www.baustoffindustrie.at/app/uploads/2022/05/SteineKeramik_Web_230504.pdf, Wien
- FACHVERBAND TEXTIL-, BEKLEIDUNGS-, SCHUH- UND LEDERINDUSTRIE (2024), Branchendaten, <https://www.wko.at/statistik/BranchenFV/b-212.pdf>, Wien
- GRAEBER, D. (2018), Bullshit Jobs. A Theory, New York
- GUTENBERG, E. (1951), Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Die Produktion., 12. Auflage 1966, Berlin
- INDUSTRIE AKTUELL (DIV. JAHRGÄNGE), Industriewissenschaftliches Institut, Wien
- IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (div. Jahre), Verzeichnis aller IWI-Studien unter <http://www.iwi.ac.at/studien>, Wien
- MÖRK, A., SCHNEIDER, H.W. (2016), Industriebuch 2016 des Industriewissenschaftlichen Instituts: IWI-Studie 201, Wien
- MÖRK, A., SCHNEIDER, H.W. (2018), Industriebuch 2018 des Industriewissenschaftlichen Instituts: IWI-Studie 228, Wien
- MÖRK, A., SCHNEIDER, H.W. (2021), Industriebuch 2021 des Industriewissenschaftlichen Instituts: IWI-Studie 260, Wien
- OeNB (2023), PDI-Daten 2022, www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=9.3.41
- SAY, J.-B. (1803), Traité d'économie politique, 6. Auflage 1841
- SCHUMPETER, J. (1911), Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 7. Auflage 1987, Berlin
- SCHUMPETER, J. (1928), Unternehmer, Handwörterbuch der Staatswissenschaften
- SCHUMPETER, J. (1942), Capitalism, Socialism and Democracy, 5. Auflage 1980
- STATISTIK AUSTRIA (2023), Pressemitteilung 13 099-127/23, www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/06/20230628Aussenhandel2022.pdf
- STATISTIK AUSTRIA (2024): Forschung, Innovation, Digitalisierung. <https://www.statistik.at/statistiken/forschung-innovation-digitalisierung>
- WKÖ (2024), WKÖ-Wirtschaftsbarometer Winter 2023, <https://www.wko.at/oe/news/wirtschaftsbarometer-winter2023.pdf>, Wien
- WKÖ (2019), Wirtschaftskraft KMU 2018, <https://news.wko.at/news/oesterreich/wirtschaftskraft-kmu-summary.pdf>
- WKÖ (2023), Österreichs Außenhandelsergebnisse, Dezember 2023, Wien
- WKÖ (2024), Lohnstückkosten, Februar 2024, <https://www.wko.at/statistik/eu/europa-lohnstueckkosten.pdf>

Statistiken und Datenbanken

- EUROSTAT (2023), Gliederung des Bruttoinlandsprodukts und Einkommens nach A*10 Wirtschaftsbereichen
- SABINA (2023), Bilanzdatenbank
- STATISTIK AUSTRIA (2008), Systematik der Wirtschaftstätigkeiten ÖNACE 2008, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (2024), Konjunkturindikatoren (2015=100), Produktion und Dienstleistungen, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (2017), Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) im firmeneigenen Bereich, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (2023a), Demographisches Jahrbuch 2022, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (2023b), Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu Konjunkturindikatoren im Produzierenden Bereich, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (div. J.), Aufkommens- und Verwendungstabellen, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (div. J.), Europäischen Innovationserhebung – Community Innovation Survey, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (div. J.), Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (div. J.), Input-Output-Tabelle, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (div. J.), Regionale Gesamtrechnung, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (div. J.), Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammersystematik, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (div. J.), Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammersystematik, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (div. J.), Statistisches Jahrbuch, Wien
- STATISTIK AUSTRIA (div. J.), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Hauptergebnisse, Wien
- STATISTIK AUSTRIA, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik, Wien
- WKÖ – WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH (1995-2023), Pressekonferenzen der Bundessparte Industrie zur Industriekonjunktur (div. Quartale), Wien
- WKÖ – WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH (2024), Mitgliederstatistik der WKÖ, Wien
- WKÖ – WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH (div. Jahre), Österreichs Industrie – Kennzahlen, Wien

Internet

<https://bau.or.at>
<https://ec.europa.eu>
<https://wirtschaftslexikon.gabler.de>
<https://wko.at/bgld/industrie>
<https://wko.at/industrie>
<https://wko.at/ktn/industrie>
<https://wko.at/noe/industrie>
<https://wko.at/ooe/industrie>
<https://wko.at/sbg/industrie>
<https://wko.at/stmk/industrie>
<https://wko.at/tirol/industrie>
<https://wko.at/vlbg/industrie>
<https://wko.at/wien/industrie>
<https://www.austropapier.at>
<https://www.baustoffindustrie.at>
<https://www.bergbaustahl.at>
<https://www.dielebensmittel.at>
<https://www.fahrzeugindustrie.at>
<https://www.fcio.at>
<https://www.feei.at>
<https://www.fvglas.at>
<https://www.gaswaerme.at>
<https://www.holzindustrie.at>
<https://www.nemetall.at>
<https://www.metallbringts.at>
<https://www.metalltechnischeindustrie.at>
<https://www.oecd.org>
<https://www.oekb.at>
<https://www.oenb.at>
<https://www.oil-gas.at>
<https://www.ots.at>
<https://www.propak.at>
<https://www.statistik.at>
<https://www.tbsl.at>
<https://www.textilindustrie.at>
<https://www.wifo.ac.at>

Grafik-Kürzel der Industriegruppen

Tab. 2: Grafik-Kürzel der Industriegruppen

Abkürzung	Industriegruppe	Abkürzung	Industriegruppe
Berg u. Stahl	Bergwerke und Stahl	Holz	Holzindustrie
Mineralöl	Mineralölindustrie	Nahrung	Nahrungs- und Genussmittelindustrie
Stein u. Keramik	Stein- und keramische Industrie	Textil	Textil-, Bekl., Schuh-, und Lederindustrie
Glas	Glasindustrie	Gas u. Wärme	Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
Chemie	Chemische Industrie	NE Metall	NE-Metallindustrie
Papier	Papierindustrie	Metalltechnik	Metalltechnische Industrie
Propak	Produkte aus Papier und Karton	Fahrzeug	Fahrzeugindustrie
Bau	Bauindustrie	Elektro	Elektro- und Elektronikindustrie

Quelle: IWI (2024)

Tab. 3: Abkürzungsverzeichnis zur Bilanzkennzahlenanalyse

Industriegruppe	Zuteilung in der ÖNACE-Systematik
Bauindustrie	F41 <i>Hochbau</i> F42 <i>Tiefbau</i> F43 <i>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe</i>
Bergwerke und Stahlindustrie	C24.1 <i>Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen</i> C24.3 <i>Sonstige erste Bearbeitung von Eisen und Stahl</i>
Chemische Industrie	C20 <i>Herstellung von chemischen Erzeugnissen</i> C21 <i>Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen</i> C22 <i>Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren</i>
Elektro- und Elektronikindustrie	C26 <i>Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen</i> C27 <i>Herstellung von elektrischen Ausrüstungen</i> C29.31 <i>Herstellung elektrischer und elektronischer Ausrüstungsgegenstände für Kraftwagen</i>
Fahrzeugindustrie	C29.1 <i>Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren</i> C29.2 <i>Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern</i> C29.32 <i>Herstellung von sonstigen Teilen und sonstigem Zubehör für Kraftwagen</i> C30.3 <i>Luft- und Raumfahrzeugbau sowie C30.9 Herstellung von Fahrzeugen a.n.g.</i>
Glasindustrie	C23.1 <i>Herstellung von Glas und Glaswaren</i>
Holzindustrie	C16 <i>Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)</i> C31 <i>Herstellung von Möbeln</i>
Metalltechnische Industrie	C24.2 <i>Herstellung von Stahlrohren, Rohrform- Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl</i> C25 <i>Herstellung von Metallerzeugnissen</i> C28 <i>Maschinenbau</i> C30 <i>Sonstiger Fahrzeugbau</i> C33 <i>Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen</i>
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	C10 <i>Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln [ohne C10.11 Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel), ohne C10.12 Schlachten von Geflügel]</i>
Stein- und keramische Industrie	B08.1 <i>Gewinnung von Natursteinen, Kies, Sand, Ton und Kaolin</i> C23 <i>Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden, ohne C23.1 Herstellung von Glas und Glaswaren</i>

Anm.: Die Kategorien bezeichnen die Klassifikationen nach NACE Rev. 2.
Quelle: IWI (2024)

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

Abb. 1:	Produktionswert der Industrie (Entwicklung 2015-2021; indexiert).....	58
Abb. 2:	Industrie - Konzentrationsprozesse (Entwicklung 2015-2021; indexiert)	59
Abb. 3:	Wertschöpfung der Industrie (Entwicklung 2015-2021; indexiert)	60
Abb. 4:	Fertigungstiefe und Outsourcing der Industrie (Entwicklung 2015-2021; indexiert)	61
Abb. 5:	Industriegruppen – Leistung und Organisation der Produktion	63
Abb. 6:	Industriegruppen - Konzentrationsprozesse.....	65
Abb. 7:	Industriegruppen – KMU und Marktprozesse	67
Abb. 8:	Exporte – Auslandsumsätze der Industrie (Entwicklung 2015-2022; indexiert)	69
Abb. 9:	Industriegruppen – Erlöse und Exporte.....	70
Abb. 10:	Volumen der Ein- und Ausfuhren der Industrie je Kontinent im Jahr 2022	73
Abb. 11:	Kontinentale Außenhandelsstruktur nach Industriegruppen im Jahr 2022	75
Abb. 12:	Industriegruppen – Ertragskraft und Profitabilität	78
Abb. 13:	Industriegruppen – Liquidität und Rentabilität	80
Abb. 14:	Industrie – Wachstum und Beschäftigung (Entwicklung 2015-2021; indexiert).....	84
Abb. 15:	Industriegruppen – Beschäftigung, Produktivität und Wachstum	85
Abb. 16:	Industriegruppen – Lohnstückkosten	88
Abb. 17:	Industriegruppen – Lohntangente und Materialintensität.....	89
Abb. 18:	Industriegruppen – Beschäftigung und Personalaufwand.....	90
Abb. 19:	Eigen- und Fremdpersonal der Industrie (Entwicklung 2015-2022; indexiert)	92
Abb. 20:	Industriegruppen – Beschäftigung von Eigen- und Fremdpersonal.....	93
Abb. 21:	Entwicklung des Bestands von Eigen- und Fremdpersonal	94
Abb. 22:	Industriegruppen – Arbeitnehmerstruktur und Teilzeitquote	95
Abb. 23:	Gewerbliche Wirtschaft – Investitionsquoten der Sparten.....	98
Abb. 24:	Industrie – Investitionsquoten der Branchen	99
Abb. 25:	Industriegruppen – Finanzielle Aspekte der Investitionstätigkeit.....	100
Abb. 26:	Gewerbliche Wirtschaft – F&E-Aktivitäten.....	102
Abb. 27:	Industriegruppen – F&E-Aktivitäten	104
Abb. 28:	Industriegruppen – F&E-Finanzierung	105
Abb. 29:	Industriegruppen – Umweltschutzausgaben und Umsatzerlöse 2021	106
Abb. 30:	Industriegruppen – Wachstum und Umweltschutz.....	108
Abb. 31:	Grafik-Kürzel der Industriegruppen (Teil II)	172

Tabellen

Tab. 1:	Klassifikationsübersicht der Industriegruppen nach Kammersystematik	167
Tab. 2:	Grafik-Kürzel der Industriegruppen.....	172
Tab. 3:	Abkürzungsverzeichnis zur Bilanzkennzahlenanalyse	173
Tab. 4:	Anzahl der Unternehmen nach Sparten.....	177
Tab. 5:	Anzahl der Unternehmen nach Industriegruppen	178
Tab. 6:	Anzahl der Unternehmen der Industrie nach Bundesländern	179
Tab. 7:	Produktionswert nach Sparten.....	180
Tab. 8:	Produktionswert nach Industriegruppen.....	181
Tab. 9:	Produktionswert der Industrie nach Bundesländern	182
Tab. 10:	Abgesetzte Produktion nach Industriegruppen.....	183
Tab. 11:	Produktionsindex nach Industriegruppen.....	184
Tab. 12:	Index der unselbstständig Beschäftigten nach Industriegruppen	185

Tab. 13:	Produktivitätsindex nach Industriegruppen	186
Tab. 14:	Abgesetzte Produktion der Industrie nach Bundesländern	187
Tab. 15:	Waren- und Dienstleistungskäufe sowie Bruttowertschöpfung nach Sparten.....	188
Tab. 16:	Waren- und Dienstleistungskäufe nach Industriegruppen.....	189
Tab. 17:	Waren- und Dienstleistungskäufe sowie Bruttowertschöpfung der Industrie nach Bundesländern	190
Tab. 18:	Bruttowertschöpfung nach Industriegruppen.....	191
Tab. 19:	Umsatzerlöse und Beschäftigte im Jahresdurchschnitt nach Sparten.....	192
Tab. 20:	Umsatzerlöse nach Industriegruppen	193
Tab. 21:	Umsatzerlöse und Beschäftigte der Industrie nach Bundesländern	194
Tab. 22:	Exportintensität nach Industriegruppen.....	195
Tab. 23:	Auslandsumsatz nach Industriegruppen	196
Tab. 24:	Beschäftigte im Jahresdurchschnitt nach Industriegruppen	197
Tab. 25:	Unselbständig Beschäftigte und Personalaufwand nach Sparten.....	198
Tab. 26:	Unselbständig Beschäftigte nach Industriegruppen.....	199
Tab. 27:	Unselbständig Beschäftigte und Personalaufwand der Industrie nach Bundesländern	200
Tab. 28:	Eigenpersonal nach Industriegruppen	201
Tab. 29:	Eigenpersonal der Industrie nach Bundesländern.....	202
Tab. 30:	Fremdpersonal nach Industriegruppen	203
Tab. 31:	Fremdpersonalquote nach Industriegruppen.....	204
Tab. 32:	Fremdpersonal sowie Fremdpersonalquote der Industrie nach Bundesländern ...	205
Tab. 33:	Anzahl der Teilzeitbeschäftigten nach Industriegruppen	206
Tab. 34:	Teilzeitquote nach Industriegruppen.....	207
Tab. 35:	Anzahl der Teilzeitbeschäftigten sowie Teilzeitquote der Industrie nach Bundesländern	208
Tab. 36:	Anzahl der Angestellten nach Industriegruppen.....	209
Tab. 37:	Anzahl der Arbeiter nach Industriegruppen	210
Tab. 38:	Anzahl der Angestellten und Arbeiter der Industrie nach Bundesländern.....	211
Tab. 39:	Anzahl der Lehrlinge nach Industriegruppen.....	212
Tab. 40:	Anzahl der Lehrlinge der Industrie nach Bundesländern	213
Tab. 41:	Personalaufwand nach Industriegruppen.....	214
Tab. 42:	Personalaufwand pro unselbständig Beschäftigtem nach Industriegruppen.....	215
Tab. 43:	Personalaufwand pro unselbständig Beschäftigtem der Industrie nach Bundesländern	216
Tab. 44:	Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem nach Industriegruppen.....	217
Tab. 45:	Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem der Industrie nach Bundesländern	218
Tab. 46:	Lohnstückkosten nach Industriegruppen.....	219
Tab. 47:	Lohnstückkosten der Industrie nach Bundesländern	220
Tab. 48:	Anzahl der F&E-durchführenden Einheiten sowie F&E-Ausgaben nach Sparten .	221
Tab. 49:	Anzahl der F&E-durchführenden Einheiten nach Industriegruppen	222
Tab. 50:	F&E-Ausgaben nach Industriegruppen	223
Tab. 51:	Unternehmensfinanzierte F&E nach Industriegruppen	224
Tab. 52:	Anzahl der F&E-Beschäftigten nach Industriegruppen	225
Tab. 53:	Anzahl der F&E-Beschäftigten sowie Bruttoinvestitionen nach Sparten.....	226
Tab. 54:	Investitionen nach Industriegruppen	227
Tab. 55:	Investitionen der Industrie nach Bundesländern.....	228
Tab. 56:	Umweltschutzausgaben nach Industriegruppen.....	229
Tab. 57:	Außenhandelsstatistik nach Fachverbänden und Kontinenten - Einfuhren.....	230
Tab. 58:	Außenhandelsstatistik nach Fachverbänden und Kontinenten - Ausfuhren.....	231

Ergänzende Zahlen, Daten und Fakten zur Industrie Österreichs

Der Tabellenanhang ist thematisch aufgespannt und deckt konsequenterweise den Kern des in Teil II präsentierten Datenbogens ab. Zudem wird zahlenaffinen Lesern weiteres Datenmaterial in der Wirtschaftskammersystematik aufbereitet. Grundsätzlich wird das Zeitfenster ab 2015 jährlich jeweils bis zum letztverfügbaren Jahr abgedeckt, im Falle der Leistungs- und Strukturerhebung bis zum Jahr 2021, im Falle der Konjunkturstatistik bis zum Jahr 2022. Nebst Sparten werden alle 16 Industriegruppen im Detail abgebildet, zudem gibt es vereinzelt Auswertungen nach Bundesländern. Durchwegs werden den Zahlen auch die entsprechenden Werte der Industrie insgesamt gegenübergestellt. Die Tabellenblätter der Leistungs- und Strukturstatistik führen darüber hinaus auch KMU-Intensitäten in den Jahren 2015 sowie 2021 an. Das sind jene Anteilswerte, die KMU an den entsprechenden Kennzahlen beisteuern. Der Themenbogen erstreckt sich über die Industrie als ...

- *... Produzent mit dem Indikatorenbogen:*
Zahl der Unternehmen; Produktionswert; Abgesetzte Produktion; Produktivitätsindex (inkl. Produktionsindex sowie Index der unselbständig Beschäftigten); Umsatzerlöse; Waren- und Dienstleistungskäufe; Bruttowertschöpfung; Auslandsumsatz; Exportintensität, Außenhandel
- *... Arbeitgeber mit dem Indikatorenbogen:*
Beschäftigte (im Jahresdurchschnitt); unselbständig Beschäftigte; Personalaufwand; Fremdpersonal (inkl. Fremdpersonalquote); Eigenpersonal; Teilzeitbeschäftigte (inkl. Teilzeitquote); Arbeiter; Angestellte; Lehrlinge; Lohnstückkosten
- *... Zukunftsakteur mit dem Indikatorenbogen:*
F&E-durchführende Einheiten; F&E-Ausgaben; Unternehmensfinanzierte F&E; F&E-Beschäftigte; Bruttoinvestitionen; Umweltschutzausgaben

Tab. 4: Anzahl der Unternehmen nach Sparten

Unternehmen	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.
Gewerbe und Handwerk	75.944	99,7%	76.626	99,7%	80.664	99,7%	83.814	99,8%	85.260	99,8%	87.368	99,8%	155.844	99,8%	12,7%	12,7%
Industrie	3.599	88,3%	3.565	88,3%	3.518	87,6%	3.499	87,6%	3.405	87,6%	3.430	87,6%	3.551	87,6%	-0,2%	-0,4%
Handel	63.627	99,7%	63.308	99,7%	65.317	99,7%	67.320	99,7%	64.890	99,7%	65.761	99,7%	80.725	99,7%	4,0%	4,1%
Bank und Versicherung	758	91,4%	691	91,4%	651	91,4%	618	91,4%	596	91,4%	564	91,4%	551	91,4%	-5,2%	-5,9%
Transport und Verkehr	14.680	99,6%	14.718	99,6%	15.571	99,6%	16.315	99,6%	15.846	99,6%	15.728	99,6%	18.503	99,6%	3,9%	3,9%
Tourismus und Freizeitwirtschaft	40.537	99,9%	40.447	99,9%	42.246	99,9%	43.481	99,9%	40.754	99,9%	39.805	99,9%	50.255	99,9%	3,6%	3,6%
Information und Consulting	50.758	99,9%	51.307	99,9%	53.917	99,9%	56.432	99,9%	56.955	99,9%	59.332	99,9%	76.337	99,9%	7,0%	7,0%
Gewerbliche Wirtschaft	249.903	99,6%	250.662	99,6%	261.884	99,7%	271.479	99,7%	267.706	99,7%	271.988	99,7%	385.766	99,7%	7,5%	7,5%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 5: Anzahl der Unternehmen nach Industriegruppen

Unternehmen	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø, jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.
Bergwerke und Stahl	35	65,7%	34	35	35	36	35	35	35	35	35	35	34	61,8%	-0,5%	-1,5%
Mineralölindustrie	25	76,0%	24	24	24	23	25	23	25	24	24	24	22	81,8%	-2,1%	-0,9%
Stein- und keramische Industrie	213	93,9%	212	208	208	210	206	210	206	203	203	208	208	93,8%	-0,4%	-0,4%
Glasindustrie	28	85,7%	27	26	26	29	27	29	27	29	29	30	30	86,7%	1,2%	1,3%
Chemische Industrie	282	82,6%	280	279	279	279	269	279	269	266	266	268	268	78,7%	-0,8%	-1,6%
Papierindustrie	22	45,5%	22	22	22	22	22	22	22	24	24	24	24	45,8%	1,5%	1,6%
Propak Prod. aus Papier u. Karton	85	87,1%	84	82	82	81	82	81	82	83	83	83	83	88,0%	-0,4%	-0,2%
Bauindustrie	49	65,3%	50	48	48	49	49	49	49	50	50	46	46	67,4%	-1,0%	-0,5%
Holzindustrie	941	97,2%	918	920	920	900	881	900	881	878	878	927	927	96,5%	-0,2%	-0,4%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	252	87,3%	266	270	270	281	286	281	286	310	310	353	353	91,2%	5,8%	6,6%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	330	97,0%	314	302	302	293	276	293	276	274	274	282	282	96,5%	-2,6%	-2,7%
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	219	99,1%	219	209	209	208	197	208	197	207	207	220	220	98,6%	0,1%	0,0%
NE-Metallindustrie	27	66,7%	25	26	26	24	23	24	23	22	22	22	22	54,5%	-3,4%	-6,5%
Metallechnische Industrie	845	81,9%	843	830	830	828	796	828	796	785	785	793	793	81,2%	-1,1%	-1,2%
Fahrzeugindustrie	65	67,7%	66	63	63	61	58	61	58	58	58	58	58	55,2%	-1,9%	-5,2%
Elektro- und Elektronikindustrie	181	75,1%	181	174	174	175	173	175	173	182	182	181	181	71,3%	0,0%	-0,9%
Industrie	3.599	88,3%	3.565	3.518	3.518	3.499	3.405	3.499	3.405	3.430	3.430	3.551	3.551	87,6%	-0,2%	-0,4%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 6: Anzahl der Unternehmen der Industrie nach Bundesländern

Unternehmen	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	
Burgenland	102	102	97	98	92	94	93								-1,5%
Kärnten	267	259	259	253	244	243	249								-1,2%
Niederösterreich	676	670	663	665	653	657	695								0,5%
Oberösterreich	820	820	809	811	794	799	825								0,1%
Salzburg	239	236	237	238	228	240	250								0,8%
Steiermark	557	546	535	537	533	535	558								0,0%
Tirol	289	296	298	292	284	290	303								0,8%
Vorarlberg	347	336	332	322	308	308	311								-1,8%
Wien	302	300	288	283	269	264	267								-2,0%
Österreich	3.599	3.565	3.518	3.499	3.405	3.430	3.551								-0,2%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 7: Produktionswert nach Sparten

Produktionswert in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021		
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	
Gewerbe und Handwerk	79.502	79,7%	82.907	82,9%	88.969	88,9%	95.645	95,6%	98.916	98,9%	97.432	97,4%	111.684	111,7%	111.684	78,6%	5,8%
Industrie	155.210	36,7%	155.887	36,7%	168.743	36,7%	186.090	36,7%	187.933	36,7%	168.878	36,7%	206.275	37,3%	206.275	37,3%	4,9%
Handel	67.737	72,5%	69.909	72,5%	71.333	72,5%	75.328	72,5%	77.444	72,5%	75.731	72,5%	80.966	72,7%	80.966	72,7%	3,0%
Bank und Versicherung	29.176	36,4%	28.415	36,4%	28.320	36,4%	27.128	36,4%	31.011	36,4%	29.737	36,4%	27.373	31,4%	27.373	31,4%	-1,1%
Transport und Verkehr	23.179	61,1%	23.995	61,1%	25.144	61,1%	26.116	61,1%	27.287	61,1%	23.977	61,1%	27.424	63,1%	27.424	63,1%	2,8%
Tourismus und Freizeitwirtschaft	19.037	91,1%	20.039	91,1%	21.222	91,1%	22.420	91,1%	23.014	91,1%	16.965	90,9%	23.518	90,9%	23.518	90,9%	3,6%
Information und Consulting	36.440	74,9%	38.017	74,9%	40.248	74,9%	42.917	74,9%	45.584	74,9%	45.371	74,9%	49.875	79,4%	49.875	79,4%	5,4%
Gewerbliche Wirtschaft	410.281	58,2%	419.171	58,2%	443.980	58,2%	475.644	58,2%	491.191	58,2%	458.091	58,2%	527.115	58,9%	527.115	58,9%	4,3%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 8: Produktionswert nach Industriegruppen

Produktionswert in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.
Bergwerke und Stehl	7.793	(-)	7.058	(-)	7.308	(-)	8.911	(-)	8.702	(-)	7.843	(-)	7.523	(-)	-0,6%	(-)
Mineraliöindustrie	9.987	30,5%	9.611	30,5%	10.700	30,5%	12.466	30,5%	12.359	30,5%	8.166	30,5%	6.899	30,5%	-6,0%	-21,3%
Stein- und keramische Industrie	3.163	61,8%	3.151	61,8%	3.259	61,8%	3.373	61,8%	3.436	61,8%	3.320	61,8%	3.802	61,8%	3,1%	2,0%
Glasindustrie	1.123	(-)	1.132	(-)	1.102	(-)	1.197	(-)	1.266	(-)	1.028	(-)	1.105	(-)	-0,3%	(-)
Chemische Industrie	20.759	54,1%	20.661	54,1%	21.249	54,1%	22.286	54,1%	22.218	54,1%	20.130	54,1%	25.539	54,1%	3,5%	-11,7%
Papierindustrie	3.683	(-)	3.769	(-)	3.796	(-)	4.152	(-)	4.006	(-)	3.496	(-)	4.065	(-)	1,7%	(-)
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	2.237	43,8%	2.228	43,8%	2.313	43,8%	2.388	43,8%	2.400	43,8%	2.346	43,8%	2.522	43,8%	2,0%	2,1%
Bauindustrie	6.830	10,5%	6.933	10,5%	7.212	10,5%	7.780	10,5%	8.295	10,5%	8.215	10,5%	8.821	10,5%	4,4%	1,2%
Holzindustrie	7.424	52,8%	7.615	52,8%	7.946	52,8%	8.478	52,8%	8.498	52,8%	8.152	52,8%	10.385	52,8%	5,8%	4,9%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	9.436	42,9%	9.602	42,9%	9.759	42,9%	9.922	42,9%	10.054	42,9%	9.803	42,9%	10.422	42,9%	1,7%	1,3%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	3.068	(-)	2.960	(-)	2.937	(-)	3.045	(-)	2.777	(-)	2.480	(-)	2.822	(-)	-1,4%	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	12.715	(-)	12.410	(-)	16.883	(-)	21.750	(-)	22.129	(-)	17.658	(-)	37.299	(-)	19,6%	(-)
NE-Metalindustrie	4.082	20,1%	3.935	20,1%	4.391	20,1%	4.771	20,1%	4.593	20,1%	4.013	20,1%	5.364	20,1%	4,7%	-4,3%
Metalltechnische Industrie	36.042	29,6%	36.374	29,6%	38.493	29,6%	41.275	29,6%	41.267	29,6%	39.159	29,6%	44.267	29,6%	3,5%	3,6%
Fahrzeugindustrie	13.514	10,1%	13.760	10,1%	15.053	10,1%	17.454	10,1%	18.307	10,1%	15.499	10,1%	17.253	10,1%	4,2%	-8,4%
Elektro- und Elektronikindustrie	13.356	20,4%	14.688	20,4%	16.343	20,4%	16.842	20,4%	17.627	20,4%	17.571	20,4%	18.188	20,4%	5,3%	-0,8%
Industrie	155.210	36,7%	155.887	36,7%	166.743	36,7%	186.090	36,7%	187.933	36,7%	168.878	36,7%	206.275	36,7%	4,9%	5,1%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 9: Produktionswert der Industrie nach Bundesländern

Produktionswert in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	
Burgenland	2.162	2.381	2.511	2.667	2.732	2.732	2.732	2.732	2.732	2.732	2.212	2.337	2.337	1,3%	
Kärnten	8.871	9.246	10.377	11.521	12.052	12.052	12.052	12.052	12.052	12.052	11.257	12.521	12.521	5,9%	
Niederösterreich	26.362	25.697	27.938	30.707	29.992	29.992	29.992	29.992	29.992	29.992	25.201	28.967	28.967	1,6%	
Oberösterreich	37.182	37.943	39.330	42.428	42.494	42.494	42.494	42.494	42.494	42.494	39.665	44.476	44.476	3,0%	
Salzburg	5.294	5.361	5.543	5.808	5.879	5.879	5.808	5.808	5.879	5.879	5.340	6.101	6.101	2,4%	
Steiermark	21.983	21.746	23.674	27.105	28.381	28.381	27.105	27.105	28.381	28.381	25.631	27.814	27.814	4,0%	
Tirol	9.765	9.749	10.212	10.796	11.265	11.265	10.796	10.796	11.265	11.265	10.653	12.018	12.018	3,5%	
Vorarlberg	7.982	7.801	8.174	8.577	8.763	8.763	8.577	8.577	8.763	8.763	8.255	9.358	9.358	2,7%	
Wien	35.610	35.965	40.983	46.481	46.375	46.375	46.481	46.481	46.375	46.375	40.664	62.683	62.683	9,9%	
Österreich	155.210	155.887	168.743	186.090	187.933	187.933	186.090	186.090	187.933	187.933	168.878	206.275	206.275	4,9%	

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 10: Abgesetzte Produktion nach Industriegruppen

Abgesetzte Produktion in Mio. EUR (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	7.202	6.703	8.071	8.467	8.229	6.688	9.186	12.475	8,2%
Mineralölindustrie	8.097	7.228	8.319	10.170	9.688	6.145	8.529	10.875	4,3%
Stein- und keramische Industrie	3.189	3.187	3.362	3.367	3.399	3.301	3.751	4.053	3,5%
Glasindustrie	1.205	1.184	1.169	1.235	1.293	1.035	1.119	1.275	0,8%
Chemische Industrie	14.461	14.412	14.886	15.404	15.698	14.670	17.682	20.580	5,2%
Papierindustrie	3.530	3.501	3.507	3.836	3.730	3.187	3.751	5.152	5,5%
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	2.445	2.437	2.498	2.581	2.593	2.543	2.723	3.228	4,0%
Bauindustrie	5.644	5.807	6.735	6.998	7.770	7.514	8.359	8.988	6,9%
Holzindustrie	7.451	7.701	7.898	8.440	8.423	8.096	10.124	11.945	7,0%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	9.838	9.914	10.209	10.103	10.572	10.078	10.686	12.888	3,9%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	3.090	2.992	2.975	2.967	2.764	2.419	2.578	2.807	-1,4%
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	13.622	12.196	17.063	23.591	19.356	16.248	38.502	60.743	23,8%
NE-Metallindustrie	4.002	3.882	4.530	4.829	4.614	4.153	5.729	7.161	8,7%
Metalltechnische Industrie	35.965	35.431	37.015	39.914	39.563	36.334	44.416	49.606	4,7%
Fahrzeugindustrie	13.522	13.711	14.662	16.922	18.243	15.279	16.706	17.092	3,4%
Elektro- und Elektronikindustrie	14.480	16.182	17.662	17.456	17.761	17.794	20.030	24.446	7,8%
Industrie	147.743	146.469	160.560	176.279	173.695	155.486	203.871	253.314	8,0%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 11: Produktionsindex nach Industriegruppen

Index der Abgesetzten Produktion (2015=100) (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Bergwerke und Stahl	100,0	93,1	112,1	117,6	114,3	92,9	127,5	173,2
Mineralölindustrie	100,0	89,3	102,7	125,6	119,7	75,9	105,3	134,3
Stein- und keramische Industrie	100,0	100,0	105,4	105,6	106,6	103,5	117,6	127,1
Glasindustrie	100,0	98,2	97,0	102,5	107,3	85,9	92,9	105,8
Chemische Industrie	100,0	99,7	102,9	106,5	108,6	101,4	122,3	142,3
Papierindustrie	100,0	99,2	99,3	108,7	105,7	90,3	106,3	145,9
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	100,0	99,7	102,2	105,6	106,0	104,0	111,4	132,0
Bauindustrie	100,0	102,9	119,3	124,0	137,7	133,1	148,1	159,2
Holzindustrie	100,0	103,4	106,0	113,3	113,0	108,7	135,9	160,3
Nahrungs- u. Genussmittelind.	100,0	100,8	103,8	102,7	107,5	102,4	108,6	131,0
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	100,0	96,8	96,3	96,0	89,5	78,3	83,4	90,9
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	100,0	89,5	125,3	173,2	142,1	119,3	282,6	445,9
NE-Metallindustrie	100,0	97,0	113,2	120,7	115,3	103,8	143,2	178,9
Metalltechnische Industrie	100,0	98,5	102,9	111,0	110,0	101,0	123,5	137,9
Fahrzeugindustrie	100,0	101,4	108,4	125,1	134,9	113,0	123,5	126,4
Elektro- und Elektronikindustrie	100,0	111,8	122,0	120,6	122,7	122,9	138,3	168,8
Industrie	100,0	99,1	108,7	119,3	117,6	105,2	138,0	171,5

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 12: Index der unselbstständig Beschäftigten nach Industriegruppen

Index der unselbstständig Beschäftigten (2015=100) (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Bergwerke und Stahl	100,0	100,5	101,2	103,6	103,7	98,7	96,2	98,3
Mineralölindustrie	100,0	97,0	97,2	98,0	104,0	105,9	94,5	95,9
Stein- und keramische Industrie	100,0	99,1	99,1	97,2	97,7	95,8	96,6	98,5
Glasindustrie	100,0	96,9	97,3	97,0	98,7	96,8	84,5	81,8
Chemische Industrie	100,0	103,0	102,6	104,6	108,6	108,5	110,7	115,3
Papierindustrie	100,0	100,3	99,8	99,5	101,2	101,3	96,6	97,1
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	100,0	98,5	97,5	96,4	98,4	96,6	96,7	98,1
Bauindustrie	100,0	100,6	101,4	107,8	116,6	119,4	121,1	121,3
Holzindustrie	100,0	99,6	100,7	102,0	104,9	105,2	105,9	109,4
Nahrungs- u. Genussmittelind.	100,0	99,1	98,8	97,9	100,2	99,1	99,2	100,5
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	100,0	95,3	89,1	87,2	82,4	75,2	73,4	71,2
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	100,0	99,0	95,3	87,7	82,2	82,5	87,1	109,5
NE-Metallindustrie	100,0	100,6	101,3	104,2	106,7	108,9	110,2	113,3
Metalltechnische Industrie	100,0	100,6	102,8	107,0	106,9	105,8	106,4	107,6
Fahrzeugindustrie	100,0	103,9	111,2	127,5	128,7	125,4	120,9	119,3
Elektro- und Elektronikindustrie	100,0	101,9	104,1	103,4	110,4	117,7	119,7	128,7
Industrie	100,0	100,7	101,9	104,8	106,9	106,7	106,8	109,3

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 13: Produktivitätsindex nach Industriegruppen

Produktivitätsindex (2015=100) (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Bergwerke und Stahl	100,0	91,4	107,8	111,8	114,9	98,7	131,8	159,3
Mineralölindustrie	100,0	78,5	97,9	129,8	144,7	130,7	202,6	232,4
Stein- und keramische Industrie	100,0	101,6	106,0	108,4	110,5	107,7	124,9	130,4
Glasindustrie	100,0	104,3	98,7	103,9	112,2	84,1	103,4	125,9
Chemische Industrie	100,0	96,7	99,1	100,3	99,0	93,5	107,9	122,5
Papierindustrie	100,0	101,8	102,1	111,4	105,8	90,8	111,0	150,5
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	100,0	100,7	104,3	109,0	108,1	109,5	118,3	136,8
Bauindustrie	100,0	102,2	116,4	114,4	116,8	110,2	120,1	128,4
Holzindustrie	100,0	103,0	105,6	109,7	107,0	103,2	130,9	145,6
Nahrungs- u. Genussmittelind.	100,0	104,9	106,2	107,3	110,3	107,8	115,5	138,0
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	100,0	104,9	115,1	114,6	114,0	106,6	111,3	118,3
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	100,0	89,8	130,6	197,1	172,1	143,8	326,5	409,9
NE-Metalindustrie	100,0	102,9	115,3	113,2	106,2	95,5	131,8	153,0
Metalltechnische Industrie	100,0	100,3	103,0	107,5	106,0	98,0	120,1	137,6
Fahrzeugindustrie	100,0	99,6	98,6	100,8	105,7	91,3	103,1	108,9
Elektro- und Elektronikindustrie	100,0	111,9	119,4	121,5	115,3	111,4	126,6	145,4
Industrie	100,0	99,4	107,7	116,2	113,0	103,2	137,1	167,2

Anm.: Produktivitätsindex: Index der technischen Produktion an den unselbständig Beschäftigten
 Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)
 Quelle:

Tab. 14: Abgesetzte Produktion der Industrie nach Bundesländern

Abgesetzte Produktion in Mio. EUR (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Burgenland	(-)	(-)	3.326	(-)	3.445	2.963	3.254	(-)	(-)
Kärnten	7.319	7.972	8.901	(-)	9.655	9.197	11.520	(-)	(-)
Niederösterreich	28.449	27.602	29.812	32.402	32.108	27.099	33.117	39.869	4,9%
Oberösterreich	38.458	38.676	41.429	43.051	43.220	39.351	47.511	55.331	5,3%
Salzburg	5.952	6.051	6.377	6.902	6.742	6.022	6.700	8.062	4,4%
Steiermark	23.917	23.639	25.655	28.650	29.862	25.533	30.061	33.833	5,1%
Tirol	9.888	10.037	10.733	11.248	11.746	11.015	12.564	14.413	5,5%
Vorarlberg	(-)	(-)	8.134	(-)	8.899	8.169	9.652	10.649	(-)
Wien	22.811	21.291	26.195	32.478	28.018	26.137	49.491	73.017	18,1%
Industrie Österreich	147.743	146.469	160.560	176.279	173.695	155.486	203.871	253.314	8,0%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 15: Waren- und Dienstleistungskäufe sowie Bruttowertschöpfung nach Sparten

Waren- und Dienstleistungskäufe in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021		
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU	
Gewerbe und Handwerk	52.311	81,8%	53.852	81,2%	57.191	81,2%	62.448	81,2%	65.422	81,2%	64.865	81,2%	76.834	81,2%	76.834	6,6%	6,5%
Industrie	125.464	40,8%	123.279	40,8%	136.355	40,8%	153.280	40,8%	154.210	40,8%	137.875	40,8%	179.680	40,8%	179.680	6,2%	6,7%
Handel	191.405	75,3%	194.047	75,3%	206.231	75,3%	217.396	75,3%	222.887	75,3%	216.418	75,3%	250.844	75,3%	250.844	4,6%	4,8%
Bank und Versicherung	11.720	36,6%	11.783	36,6%	11.239	36,6%	11.177	36,6%	11.974	36,6%	11.487	36,6%	11.833	36,6%	11.833	0,2%	-6,2%
Transport und Verkehr	29.048	59,1%	29.586	59,1%	31.222	59,1%	33.996	59,1%	34.576	59,1%	32.249	59,1%	36.271	59,1%	36.271	3,8%	5,1%
Tourismus und Freizeitwirtschaft	14.099	87,4%	14.130	87,4%	14.793	87,4%	15.613	87,4%	15.810	87,4%	11.007	87,4%	13.244	87,4%	13.244	-1,0%	-0,4%
Information und Consulting	29.348	74,1%	30.187	74,1%	31.672	74,1%	34.119	74,1%	36.124	74,1%	35.547	74,1%	39.870	74,1%	39.870	5,2%	6,5%
Gewerbliche Wirtschaft	453.394	64,8%	456.864	64,8%	488.704	64,8%	528.030	64,8%	541.004	64,8%	509.446	64,8%	608.577	64,8%	608.577	5,0%	5,2%
Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in Mio. EUR	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU	
Gewerbe und Handwerk	36.081	38.169	41.289	43.641	44.455	43.887	49.497	5,1%	43.641	78,2%	44.455	78,2%	49.497	78,8%	49.497	5,4%	5,1%
Industrie	42.216	44.748	45.669	47.459	47.424	44.375	50.209	1,0%	47.459	27,5%	47.424	27,5%	50.209	24,6%	50.209	2,9%	1,0%
Handel	32.530	33.811	34.575	36.682	36.559	36.866	42.022	4,6%	36.682	68,9%	36.559	68,9%	42.022	70,0%	42.022	4,4%	4,6%
Bank und Versicherung	13.565	12.239	13.428	12.254	15.265	14.381	15.610	1,2%	12.254	39,5%	15.265	39,5%	15.610	36,9%	15.610	2,4%	1,2%
Transport und Verkehr	13.387	14.013	14.808	14.886	15.636	13.903	14.604	2,1%	14.886	57,5%	15.636	57,5%	14.604	59,6%	14.604	1,5%	2,1%
Tourismus und Freizeitwirtschaft	9.429	10.008	10.599	11.217	11.565	9.830	12.593	4,7%	11.217	91,4%	11.565	91,4%	12.593	90,3%	12.593	4,9%	4,7%
Information und Consulting	20.610	21.918	23.213	24.223	26.024	26.032	27.998	6,0%	24.223	74,8%	26.024	74,8%	27.998	78,2%	27.998	5,2%	6,0%
Gewerbliche Wirtschaft	167.818	174.905	183.579	190.361	196.929	189.274	212.534	4,0%	190.361	59,2%	196.929	59,2%	212.534	60,0%	212.534	4,0%	4,2%

Anm.: Doppelzählungen bei Waren- und Dienstleistungskäufe im Rahmen der Erfassung der Vorleistungen möglich.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 16: Waren- und Dienstleistungskäufe nach Industriegruppen

Waren- und Dienstleistungskäufe in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.
Bergwerke und Stahl	5.658	(-)	5.068	(-)	5.408	(-)	6.588	(-)	6.604	(-)	5.868	(-)	5.918	(-)	0,8%	(-)
Mineralölindustrie	9.045	37,4%	7.954	37,4%	9.030	37,4%	12.147	37,4%	10.905	37,0%	6.762	37,0%	9.269	37,0%	0,4%	0,2%
Stein- und keramische Industrie	2.299	63,3%	2.289	63,3%	2.347	63,3%	2.483	63,3%	2.531	63,3%	2.415	63,3%	2.987	63,3%	4,5%	3,0%
Glasindustrie	717	(-)	723	(-)	655	(-)	727	(-)	803	(-)	699	(-)	696	(-)	-0,5%	(-)
Chemische Industrie	16.841	58,5%	15.991	58,5%	16.936	58,5%	18.243	58,5%	18.081	58,5%	16.092	58,5%	21.023	58,5%	3,8%	-11,2%
Papierindustrie	3.851	(-)	3.807	(-)	3.997	(-)	4.034	(-)	4.010	(-)	4.425	(-)	5.988	(-)	7,6%	(-)
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	1.786	43,9%	1.738	43,9%	1.846	43,9%	1.928	43,9%	1.910	43,9%	1.779	43,9%	1.990	43,9%	1,8%	0,6%
Bauindustrie	4.887	10,4%	4.759	10,4%	5.164	10,4%	5.646	10,4%	6.332	10,4%	5.892	10,4%	6.455	10,4%	4,7%	2,5%
Holzindustrie	6.036	53,5%	6.045	53,5%	6.353	53,5%	6.794	53,5%	6.610	53,5%	6.309	53,5%	8.062	53,5%	4,9%	4,7%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	7.922	43,6%	8.055	43,6%	8.271	43,6%	8.339	43,6%	8.458	43,6%	8.115	43,6%	8.920	43,6%	2,0%	2,4%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	2.432	(-)	2.317	(-)	2.354	(-)	2.486	(-)	2.239	(-)	2.055	(-)	2.222	(-)	-1,5%	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	12.312	(-)	11.315	(-)	16.276	(-)	21.195	(-)	21.617	(-)	17.174	(-)	37.046	(-)	20,2%	(-)
NE-Metallindustrie	3.655	26,3%	3.571	26,3%	4.064	26,3%	4.330	26,3%	4.202	26,3%	3.687	26,3%	5.182	26,3%	6,0%	2,2%
Metalltechnische Industrie	26.144	31,4%	26.284	31,4%	27.990	31,4%	29.963	31,4%	29.941	31,2%	29.063	31,2%	33.526	31,2%	4,2%	4,1%
Fahrzeugindustrie	11.190	9,9%	11.584	9,9%	12.650	9,9%	14.438	9,9%	15.286	9,9%	12.931	9,9%	14.538	9,9%	4,5%	-9,3%
Elektro- und Elektronikindustrie	10.685	23,4%	11.780	23,4%	13.417	23,4%	13.940	23,4%	14.680	23,4%	14.608	23,4%	15.860	23,4%	6,8%	-4,6%
Industrie	125.464	40,8%	123.279	40,8%	136.355	40,8%	153.280	40,8%	154.210	40,8%	137.875	40,8%	179.680	40,8%	6,2%	6,7%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt. Doppelzählungen im Rahmen der Erfassung der Vorleistungen möglich.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 17: Waren- und Dienstleistungskäufe sowie Bruttowertschöpfung der Industrie nach Bundesländern

Waren- und Dienstleistungskäufe in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	
Burgenland	2.224	2.452	2.600	2.789	2.790	2.229	2.470	1,8%							
Kärnten	6.634	6.841	7.823	8.719	9.032	8.340	10.111	7,3%							
Niederösterreich	21.339	20.007	21.847	25.613	23.708	19.563	24.824	2,6%							
Oberösterreich	28.412	28.702	30.148	32.436	32.901	30.568	35.603	3,8%							
Salzburg	3.964	3.988	4.142	4.475	4.502	4.137	4.782	3,2%							
Steiermark	18.258	17.939	19.718	22.485	23.306	22.133	25.209	5,5%							
Tirol	7.174	7.388	7.847	8.204	8.620	8.437	9.711	5,2%							
Vorarlberg	6.050	6.162	6.143	6.434	6.625	6.236	7.152	2,8%							
Wien	31.407	29.799	36.088	42.126	42.726	36.231	59.818	11,3%							
Österreich	125.464	123.279	136.355	153.280	154.210	137.875	179.680	6,2%							
Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in Mio. EUR	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021							
Burgenland	620	685	710	738	716	572	577	-1,2%							
Kärnten	2.702	2.825	2.934	3.273	3.324	3.238	3.771	5,7%							
Niederösterreich	6.849	6.998	7.521	7.387	7.992	6.799	8.273	3,2%							
Oberösterreich	10.959	11.479	11.635	12.667	12.356	11.825	13.153	3,1%							
Salzburg	1.739	1.817	1.831	1.830	1.887	1.671	1.737	0,0%							
Steiermark	6.284	6.546	7.096	7.485	7.718	7.140	7.763	3,6%							
Tirol	3.429	3.338	3.508	3.756	3.837	3.682	4.077	2,9%							
Vorarlberg	3.031	2.886	3.202	3.280	3.257	3.081	3.558	2,7%							
Wien	6.604	8.174	7.232	7.043	6.337	6.366	7.280	1,6%							
Österreich	42.216	44.748	45.669	47.459	47.424	44.375	50.209	2,9%							

Anm.: Doppelzählungen im Rahmen der Erfassung der Vorleistungen möglich.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 18: Bruttowertschöpfung nach Industriegruppen

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021			
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.		
Bergwerke und Stahl	2.158	(-)	1.990	(-)	2.099	(-)	2.453	(-)	2.173	(-)	1.996	(-)	1.953	(-)	1.978	(-)	-1,7%	(-)
Mineralölindustrie	1.382	24,1%	1.470	24,1%	1.616	24,1%	1.356	24,1%	2.041	24,1%	920	24,1%	1.663	24,1%	1.663	24,1%	3,1%	-3,2%
Stein- und keramische Industrie	1.173	59,6%	1.175	59,6%	1.255	59,6%	1.238	59,6%	1.261	59,6%	1.255	59,6%	1.317	59,6%	1.317	59,6%	1,9%	1,0%
Glasindustrie	533	(-)	548	(-)	571	(-)	595	(-)	590	(-)	446	(-)	534	(-)	534	(-)	0,0%	(-)
Chemische Industrie	5.755	30,2%	6.645	30,2%	6.240	30,2%	6.220	30,2%	6.101	30,2%	6.113	30,2%	7.304	30,2%	7.304	30,2%	4,1%	-3,6%
Papierindustrie	1.064	(-)	1.131	(-)	1.111	(-)	1.368	(-)	1.282	(-)	1.122	(-)	1.047	(-)	1.047	(-)	-0,3%	(-)
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	794	41,3%	821	41,3%	836	41,3%	825	41,3%	843	41,3%	859	41,3%	865	41,3%	865	41,3%	1,4%	2,7%
Bauindustrie	2.070	10,6%	2.294	10,6%	2.155	10,6%	2.296	10,6%	2.195	10,6%	2.556	10,6%	2.697	10,6%	2.697	10,6%	4,5%	-2,4%
Holzindustrie	2.023	49,7%	2.211	49,7%	2.269	49,7%	2.478	49,7%	2.595	49,7%	2.580	49,7%	3.322	49,7%	3.322	49,7%	8,6%	8,3%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	2.629	36,4%	2.740	36,4%	2.703	36,4%	2.711	36,4%	2.741	36,4%	2.678	36,4%	2.740	36,4%	2.740	36,4%	0,7%	0,9%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	990	(-)	1.020	(-)	962	(-)	909	(-)	886	(-)	835	(-)	1.044	(-)	1.044	(-)	0,9%	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	992	(-)	1.328	(-)	1.145	(-)	1.030	(-)	913	(-)	982	(-)	881	(-)	881	(-)	-1,9%	(-)
NE-Metalindustrie	665	14,9%	707	14,9%	778	14,9%	841	14,9%	787	14,9%	694	14,9%	834	14,9%	834	14,9%	3,8%	1,9%
Metallechnische Industrie	12.228	26,3%	12.625	26,3%	13.461	26,3%	14.043	26,3%	13.950	26,3%	12.630	26,3%	14.164	26,3%	14.164	26,3%	2,5%	2,8%
Fahrzeugindustrie	2.984	11,9%	2.964	11,9%	3.184	11,9%	3.689	11,9%	3.720	11,9%	3.480	11,9%	3.959	11,9%	3.959	11,9%	4,8%	-5,9%
Elektro- und Elektronikindustrie	4.775	20,1%	5.080	20,1%	5.283	20,1%	5.407	20,1%	5.346	20,1%	5.227	20,1%	5.885	20,1%	5.885	20,1%	3,5%	0,1%
Industrie	42.216	27,5%	44.748	27,5%	45.669	27,5%	47.459	27,5%	47.424	27,5%	44.375	27,5%	50.209	27,5%	50.209	27,5%	2,9%	1,0%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 19: Umsatzerlöse und Beschäftigte im Jahresdurchschnitt nach Sparten

Umsatzerlöse in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.
Gewerbe und Handwerk	86.586	80,7%	90.489	96,518	103.352	108.303	106.244	122.022	122.022	106.244	108.303	106.244	122.022	122.022	5,9%	5,7%
Industrie	167.198	38,6%	169.166	182.635	200.991	203.994	183.826	224.498	224.498	203.994	203.994	183.826	224.498	224.498	5,0%	5,1%
Handel	222.809	74,8%	227.959	241.378	254.478	261.054	254.810	288.659	288.659	261.054	261.054	254.810	288.659	288.659	4,4%	4,5%
Bank und Versicherung	50.868	37,7%	47.942	46.889	47.444	48.825	46.463	41.946	41.946	48.825	48.825	46.463	41.946	41.946	-3,2%	-8,8%
Transport und Verkehr	40.615	60,4%	42.102	44.576	47.229	48.455	43.845	47.778	47.778	48.455	48.455	43.845	47.778	47.778	2,7%	3,8%
Tourismus und Freizeitwirtschaft	23.341	89,2%	24.074	25.382	26.784	27.332	18.541	21.221	21.221	27.332	27.332	18.541	21.221	21.221	-1,6%	-1,5%
Information und Consulting	47.772	75,1%	50.914	53.746	57.183	60.836	60.290	66.710	66.710	60.836	60.836	60.290	66.710	66.710	5,7%	6,6%
Gewerbliche Wirtschaft	639.190	62,8%	652.646	691.125	737.461	758.799	714.018	812.834	812.834	758.799	758.799	714.018	812.834	812.834	4,1%	4,2%
Beschäftigte (im JahresØ)																
Gewerbe und Handwerk	735.769	79,0%	754.288	792.182	821.581	827.707	816.603	958.630	958.630	827.707	827.707	816.603	958.630	958.630	4,5%	4,6%
Industrie	421.543	30,8%	425.801	430.166	443.177	453.612	454.936	455.924	455.924	453.612	453.612	454.936	455.924	455.924	1,3%	-1,1%
Handel	582.868	61,7%	584.882	597.103	609.678	605.269	601.300	631.801	631.801	605.269	605.269	601.300	631.801	631.801	1,4%	1,5%
Bank und Versicherung	100.092	30,5%	97.935	96.787	96.552	96.381	95.111	95.760	95.760	96.381	96.381	95.111	95.760	95.760	-0,7%	-3,1%
Transport und Verkehr	202.785	60,7%	206.061	212.452	219.890	219.630	214.134	223.289	223.289	219.630	219.630	214.134	223.289	223.289	1,6%	1,7%
Tourismus und Freizeitwirtschaft	295.743	93,3%	301.651	313.567	321.083	316.726	273.102	339.382	339.382	316.726	316.726	273.102	339.382	339.382	2,3%	2,1%
Information und Consulting	251.212	79,7%	253.585	264.170	274.892	283.055	286.072	316.672	316.672	283.055	283.055	286.072	316.672	316.672	3,9%	4,6%
Gewerbliche Wirtschaft	2.590.012	65,6%	2.624.203	2.706.427	2.786.853	2.802.380	2.741.258	3.021.458	3.021.458	2.802.380	2.802.380	2.741.258	3.021.458	3.021.458	2,6%	2,9%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 20: Umsatzerlöse nach Industriegruppen

Umsatzerlöse in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.
Bergwerke und Stahl	7.731	(-)	7.001	(-)	7.298	(-)	8.583	(-)	8.659	(-)	8.043	(-)	7.603	(-)	-0,3%	(-)
Mineralölindustrie	14.501	41,5%	13.346	41,5%	15.021	41,5%	17.949	41,5%	17.073	41,5%	11.572	34,1%	10.832	34,1%	-4,7%	-7,8%
Stein- und keramische Industrie	3.335	62,4%	3.399	62,4%	3.510	62,4%	3.637	62,4%	3.725	62,4%	3.640	57,9%	4.196	57,9%	3,9%	2,6%
Glasindustrie	1.233	(-)	1.240	(-)	1.202	(-)	1.291	(-)	1.351	(-)	1.118	(-)	1.239	(-)	0,1%	(-)
Chemische Industrie	22.000	52,5%	21.957	52,5%	22.493	52,5%	23.623	52,5%	23.888	52,5%	21.953	22,1%	27.258	22,1%	3,6%	-10,3%
Papierindustrie	4.811	(-)	4.902	(-)	5.080	(-)	5.342	(-)	5.286	(-)	5.514	(-)	6.959	(-)	6,3%	(-)
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	2.526	43,0%	2.535	43,0%	2.664	43,0%	2.720	43,0%	2.753	43,0%	2.624	41,8%	2.814	41,8%	1,8%	1,4%
Bauindustrie	6.499	9,9%	6.852	9,9%	6.849	9,9%	7.994	9,9%	8.132	9,9%	7.781	9,7%	8.563	9,7%	4,7%	4,3%
Holzindustrie	7.727	53,9%	8.099	53,9%	8.526	53,9%	9.135	53,9%	9.152	53,9%	8.810	52,0%	11.051	52,0%	6,1%	5,5%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	10.464	41,9%	10.723	41,9%	11.033	41,9%	11.133	41,9%	11.287	41,9%	10.766	42,6%	11.381	42,6%	1,4%	1,7%
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	3.330	(-)	3.279	(-)	3.260	(-)	3.352	(-)	3.128	(-)	2.892	(-)	3.176	(-)	-0,8%	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	13.492	(-)	12.848	(-)	17.534	(-)	22.312	(-)	22.766	(-)	18.359	(-)	37.881	(-)	18,8%	(-)
NE-Metallindustrie	4.290	24,6%	4.137	24,6%	4.736	24,6%	5.076	24,6%	4.912	24,6%	4.322	20,5%	5.781	20,5%	5,1%	2,0%
Metallechnische Industrie	36.749	30,3%	38.468	30,3%	39.968	30,3%	42.721	30,3%	43.377	30,3%	40.853	29,9%	46.471	29,9%	4,0%	3,8%
Fahrzeugindustrie	13.832	10,2%	14.249	10,2%	15.324	10,2%	17.594	10,2%	18.830	10,2%	16.180	4,5%	18.026	4,5%	4,5%	-8,8%
Elektro- und Elektronikindustrie	14.677	22,5%	16.130	22,5%	18.137	22,5%	18.529	22,5%	19.676	22,5%	19.401	12,3%	21.265	12,3%	6,4%	-3,8%
Industrie	167.198	38,6%	169.166	38,6%	182.635	38,6%	200.991	38,6%	203.994	38,6%	183.826	38,7%	224.498	38,7%	5,0%	5,1%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 21: Umsatzerlöse und Beschäftigte der Industrie nach Bundesländern

Umsatzerlöse in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	
Burgenland	2.767	3.057	3.242	3.493	3.514	2.729	2.862	0,6%							
Kärnten	9.153	9.715	10.378	11.456	12.246	11.258	13.577	6,8%							
Niederösterreich	30.009	28.758	31.625	34.969	33.670	28.395	32.096	1,1%							
Oberösterreich	38.109	39.456	40.909	43.989	44.480	41.947	47.150	3,6%							
Salzburg	5.482	5.655	5.917	6.149	6.450	5.736	6.279	2,3%							
Steiermark	24.074	24.417	26.248	29.240	31.061	28.693	32.415	5,1%							
Tirol	10.194	10.214	11.083	11.598	12.216	11.966	13.270	4,5%							
Vorarlberg	8.567	9.145	9.123	9.447	9.759	9.082	10.597	3,6%							
Wien	38.843	38.750	44.110	50.651	50.599	44.019	66.253	9,3%							
Österreich	167.198	169.166	182.635	200.991	203.994	183.826	224.498	5,0%							
Beschäftigte (im Jahres Ø)	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
Burgenland	7.622	7.779	7.937	8.186	8.367	7.786	7.249	-0,8%							
Kärnten	28.761	29.026	29.090	29.232	30.986	30.885	31.394	1,5%							
Niederösterreich	66.670	66.307	67.313	70.054	71.087	70.784	71.712	1,2%							
Oberösterreich	109.754	110.879	112.291	115.307	120.056	123.197	124.067	2,1%							
Salzburg	17.695	17.347	17.542	17.696	18.123	18.031	17.397	-0,3%							
Steiermark	67.713	69.389	71.201	75.797	76.762	77.605	76.567	2,1%							
Tirol	34.490	34.787	35.514	36.248	37.105	37.012	36.784	1,1%							
Vorarlberg	29.861	30.787	30.857	31.904	32.651	32.316	32.450	1,4%							
Wien	58.977	59.500	58.421	58.753	58.475	57.320	58.304	-0,2%							
Österreich	421.543	425.801	430.166	443.177	453.612	454.936	455.924	1,3%							

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 22: Exportintensität nach Industriegruppen

Exportintensität (Konjunkturstatistik, Unternehmen)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	57,6%	57,6%	57,7%	57,9%	59,4%	58,9%	56,2%	56,1%	-0,4%
Minerabüindustrie	5,6%	7,3%	15,0%	17,1%	18,1%	18,3%	17,3%	16,4%	16,6%
Stein- und keramische Industrie	24,6%	24,3%	25,4%	24,6%	23,2%	21,9%	21,4%	22,2%	-1,5%
Glasindustrie	40,6%	42,2%	42,6%	42,8%	42,1%	45,9%	47,2%	50,3%	3,1%
Chemische Industrie	72,4%	73,1%	73,4%	74,1%	73,8%	73,0%	72,5%	71,6%	-0,2%
Papierindustrie	87,8%	86,8%	87,7%	88,0%	88,4%	87,5%	86,7%	87,2%	-0,1%
Propak Produkte aus Papier u. Karton	58,7%	60,3%	60,2%	60,6%	59,8%	58,6%	57,4%	56,6%	-0,5%
Bauindustrie	4,6%	3,7%	5,0%	4,3%	4,3%	5,2%	4,9%	4,7%	0,4%
Holzindustrie	52,2%	53,8%	53,4%	54,7%	55,3%	56,0%	57,0%	57,8%	1,5%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	39,7%	41,8%	41,7%	42,9%	42,6%	44,2%	46,2%	47,9%	2,7%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	73,9%	72,8%	74,6%	77,0%	76,7%	75,8%	77,6%	79,2%	1,0%
Gas- und Wärmeversorgung	66,0%	74,6%	68,0%	73,2%	76,1%	74,1%	81,4%	85,2%	3,7%
NE-Metallindustrie	70,1%	69,4%	69,1%	70,1%	70,8%	72,7%	73,6%	72,1%	0,4%
Metalltechnische Industrie	74,3%	75,0%	75,5%	74,1%	77,0%	74,3%	75,7%	74,8%	0,1%
Fahrzeugindustrie	85,4%	85,0%	84,5%	85,7%	86,6%	85,8%	85,0%	84,0%	-0,2%
Elektro- und Elektronikindustrie	79,3%	79,0%	80,5%	82,1%	82,3%	82,2%	83,5%	83,4%	0,7%
Industrie	62,8%	64,3%	64,1%	65,1%	66,1%	65,7%	68,1%	69,3%	1,4%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 23: Auslandsumsatz nach Industriegruppen

Auslandsumsatz in Mio. EUR (Konjunkturstatistik, Unternehmen)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	4.220	3.927	4.740	4.994	4.985	4.025	5.261	7.107	7,7%
Mineralölindustrie	454	530	1.246	1.736	1.768	1.124	1.473	1.785	21,6%
Stein- und keramische Industrie	782	774	846	824	783	717	813	922	2,4%
Glasindustrie	492	503	500	531	546	477	530	632	3,7%
Chemische Industrie	11.015	11.055	11.366	11.928	12.261	11.398	13.517	15.530	5,0%
Papierindustrie	3.088	3.028	3.066	3.370	3.285	2.779	3.243	4.483	5,5%
Propag Produkte aus Papier u. Karton	1.477	1.496	1.534	1.607	1.595	1.522	1.587	1.857	3,3%
Bauindustrie	259	218	339	303	333	388	405	422	7,3%
Holzindustrie	3.870	4.125	4.202	4.590	4.637	4.503	5.738	6.867	8,5%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	4.050	4.285	4.469	4.624	4.666	4.543	5.053	6.362	6,7%
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	2.314	2.203	2.246	2.316	2.147	1.853	2.021	2.241	-0,5%
Gas- und Wärmeversorgungsw.	8.344	8.195	9.153	16.128	13.766	11.018	30.165	50.110	29,2%
NE-Metallindustrie	2.912	2.759	3.207	3.470	3.357	3.063	4.287	5.245	8,8%
Metalltechnische Industrie	27.046	26.849	28.280	30.025	31.089	27.470	33.813	37.510	4,8%
Fahrzeugindustrie	11.734	11.824	12.581	14.668	15.896	13.215	14.342	14.588	3,2%
Elektro- und Elektronikindustrie	11.444	12.741	14.118	14.155	14.370	14.458	17.489	20.890	9,0%
Industrie	93.503	94.513	101.892	115.270	115.462	102.550	139.737	176.552	9,9%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 24: Beschäftigte im Jahresdurchschnitt nach Industriegruppen

Beschäftigte (im Jahres Ø)	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU-Int.	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU
Bergwerke und Stahl	16.906	(-)	17.124	17.172	17.545	17.793	17.517	16.672	(-)	-0,2%	(-)					
Mineraliöindustrie	4.255	21,6%	4.045	4.016	4.071	4.302	4.561	4.188	17,2%	-0,3%	-4,0%					
Stein- und keramische Industrie	13.481	59,7%	13.245	13.154	13.171	13.170	12.963	13.073	54,9%	-0,5%	-1,9%					
Glasindustrie	7.453	(-)	7.245	7.247	7.221	7.372	7.433	6.458	27,3%	-2,4%	(-)					
Chemische Industrie	46.041	30,4%	46.449	46.630	47.699	48.023	47.943	49.681	25,5%	1,3%	-1,6%					
Papierindustrie	7.486	(-)	7.407	7.409	7.356	7.386	7.364	7.207	14,0%	-0,6%	(-)					
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	9.231	50,2%	9.077	9.060	8.896	9.144	8.951	8.913	51,7%	-0,6%	-0,1%					
Bauindustrie	25.170	7,0%	25.631	25.949	27.315	28.884	29.638	30.337	6,2%	3,2%	0,9%					
Holzindustrie	27.837	53,4%	27.697	28.136	28.500	29.169	29.565	30.058	48,8%	1,3%	-0,2%					
Nahrungs- u. Genussmittelind.	28.420	41,9%	29.670	29.148	28.986	29.653	29.607	29.354	39,0%	0,5%	-0,7%					
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	16.260	(-)	15.518	15.076	14.800	14.109	13.312	15.168	(-)	-1,2%	(-)					
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	3.305	(-)	3.231	3.026	2.959	2.822	3.020	3.346	73,9%	0,2%	(-)					
NE-Metalindustrie	6.394	16,4%	6.479	6.519	6.653	6.756	6.958	7.186	10,4%	2,0%	-5,6%					
Metalltechnische Industrie	132.965	31,4%	135.479	137.562	142.794	145.193	143.772	142.229	28,9%	1,1%	-0,3%					
Fahrzeugindustrie	28.298	16,6%	28.946	30.639	34.630	35.246	35.114	34.405	7,9%	3,3%	-8,7%					
Elektro- und Elektronikindustrie	48.041	21,7%	48.558	49.423	50.581	54.590	57.218	57.649	17,4%	3,1%	-0,7%					
Industrie	421.543	30,8%	425.801	430.166	443.177	453.612	454.936	455.924	26,7%	1,3%	-1,1%					

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 25: Unselbständig Beschäftigte und Personalaufwand nach Sparten

Unselbständig Beschäftigte	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU
Gewerbe und Handwerk	669.329	76,9%	686.421	720.800	720.800	747.490	752.249	734.469	801.631	75,6%	3,1%	2,8%				
Industrie	420.205	30,6%	424.453	428.802	441.839	452.315	453.351	453.601	453.601	26,4%	1,3%	-1,2%				
Handel	524.418	57,4%	526.176	536.318	544.800	537.334	550.609	56,5%	0,8%	0,6%						
Bank und Versicherung	100.077	30,5%	97.920	96.773	96.534	95.095	95.742	26,4%	-0,7%	-3,1%						
Transport und Verkehr	188.742	57,8%	191.753	197.269	203.930	204.101	198.212	204.226	57,3%	1,3%	1,2%					
Tourismus und Freizeitwirtschaft	255.582	92,3%	261.114	271.193	277.613	229.236	285.825	90,6%	1,9%	1,6%						
Information und Consulting	203.833	75,0%	205.107	213.369	221.733	229.283	229.089	241.351	77,6%	2,9%	3,5%					
Gewerbliche Wirtschaft	2.362.186	62,3%	2.392.944	2.464.524	2.536.084	2.555.134	2.476.786	2.632.985	61,7%	1,8%	1,7%					
Personalaufwand in Mio. EUR																
Gewerbe und Handwerk	26.526	75,1%	27.745	29.591	31.752	33.253	32.911	36.758	74,0%	5,6%	5,3%					
Industrie	27.547	27,4%	28.330	28.787	30.652	32.259	31.734	33.092	23,8%	3,1%	0,7%					
Handel	20.850	61,1%	21.462	22.129	23.232	23.873	23.736	25.263	60,3%	3,3%	3,0%					
Bank und Versicherung	8.587	27,0%	8.169	7.492	7.872	8.145	7.901	8.177	23,8%	-0,8%	-2,9%					
Transport und Verkehr	8.412	46,2%	8.770	9.055	9.622	9.828	9.672	10.328	49,9%	3,5%	4,8%					
Tourismus und Freizeitwirtschaft	6.370	90,1%	6.714	7.080	7.507	7.780	6.468	8.794	87,2%	5,5%	4,9%					
Information und Consulting	11.566	69,4%	11.589	12.218	13.023	14.029	14.111	15.364	73,7%	4,8%	5,9%					
Gewerbliche Wirtschaft	109.857	54,8%	112.781	116.352	123.661	129.168	126.534	137.777	55,5%	3,8%	4,1%					

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 26: Unselbständig Beschäftigte nach Industriegruppen

Unselbständig Beschäftigte	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.	absolut	KMU-Int.
Bergwerke und Stahl	16.899	(-)	17.118	(-)	17.165	(-)	17.537	(-)	17.785	(-)	17.512	(-)	16.654	(-)	-0,2%	(-)
Mineralindustrie	4.248	21,6%	4.037	21,6%	4.010	21,6%	4.065	21,6%	4.296	21,6%	4.555	21,6%	4.184	17,2%	-0,3%	-4,0%
Stein- und keramische Industrie	13.426	59,5%	13.197	59,5%	13.109	59,5%	13.118	59,5%	13.119	59,5%	12.914	59,5%	12.962	54,5%	-0,6%	-2,0%
Glasindustrie	7.446	(-)	7.236	(-)	7.238	(-)	7.210	(-)	7.363	(-)	7.423	(-)	6.441	27,1%	-2,4%	(-)
Chemische Industrie	45.984	30,3%	46.385	30,3%	46.572	30,3%	47.647	30,3%	47.973	30,3%	47.896	30,3%	49.568	25,4%	1,3%	-1,7%
Papierindustrie	7.484	(-)	7.405	(-)	7.407	(-)	7.354	(-)	7.384	(-)	7.361	(-)	7.201	14,0%	-0,6%	(-)
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	9.217	50,1%	9.061	50,1%	9.048	50,1%	8.885	50,1%	9.133	50,1%	8.941	50,1%	8.877	51,5%	-0,6%	-0,2%
Bauindustrie	25.157	7,0%	25.620	7,0%	25.940	7,0%	27.308	7,0%	28.877	7,0%	29.631	7,0%	30.309	6,1%	3,2%	0,9%
Holzindustrie	27.160	52,2%	27.029	52,2%	27.467	52,2%	27.848	52,2%	28.541	52,2%	28.705	52,2%	29.115	47,2%	1,2%	-0,5%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	28.345	41,7%	29.579	41,7%	29.040	41,7%	28.868	41,7%	29.529	41,7%	29.440	41,7%	29.086	38,5%	0,4%	-0,9%
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	16.098	(-)	15.358	(-)	14.915	(-)	14.643	(-)	13.956	(-)	13.162	(-)	14.972	(-)	-1,2%	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	3.228	(-)	3.154	(-)	2.925	(-)	2.877	(-)	2.734	(-)	2.920	(-)	3.197	72,8%	-0,2%	(-)
NE-Metalindustrie	6.390	16,4%	6.475	16,4%	6.513	16,4%	6.650	16,4%	6.755	16,4%	6.957	16,4%	7.183	10,3%	2,0%	-5,6%
Metalltechnische Industrie	132.821	31,3%	135.339	31,3%	137.426	31,3%	142.652	31,3%	145.062	31,3%	143.629	31,3%	141.890	28,8%	1,1%	-0,3%
Fahrzeugindustrie	28.293	16,6%	28.936	16,6%	30.631	16,6%	34.623	16,6%	35.239	16,6%	35.108	16,6%	34.382	7,9%	3,3%	-8,8%
Elektro- und Elektronikindustrie	48.009	21,7%	48.524	21,7%	49.396	21,7%	50.554	21,7%	54.569	21,7%	57.197	21,7%	57.580	17,3%	3,1%	-0,7%
Industrie	420.205	30,6%	424.453	30,6%	428.802	30,6%	441.839	30,6%	452.315	30,6%	453.351	30,6%	453.601	26,4%	1,3%	-1,2%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 27: Unselbständig Beschäftigte und Personalaufwand der Industrie nach Bundesländern

Unselbständig Beschäftigte	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	
Burgenland	7.593	7.751	7.911	8.162	8.346	7.762	7.203	-0,9%							
Kärnten	28.669	28.937	28.999	29.146	30.906	30.775	31.238	1,4%							
Niederösterreich	66.454	66.082	67.080	69.833	70.869	70.509	71.276	1,2%							
Oberösterreich	109.472	110.588	111.987	114.997	119.754	122.807	123.521	2,0%							
Salzburg	17.606	17.257	17.450	17.603	18.033	17.919	17.218	-0,4%							
Steiermark	67.513	69.200	71.017	75.614	76.575	77.370	76.204	2,0%							
Tirol	34.343	34.629	35.357	36.098	36.962	36.850	36.561	1,0%							
Vorarlberg	29.672	30.606	30.668	31.722	32.475	32.126	32.205	1,4%							
Wien	58.883	59.403	58.333	58.664	58.395	57.233	58.175	-0,2%							
Österreich	420.205	424.453	428.802	441.839	452.315	453.351	453.601	1,3%							
Personalaufwand in Mio. EUR	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021							
Burgenland	398	415	423	465	474	425	412	0,6%							
Kärnten	1.860	1.936	1.931	2.054	2.253	2.257	2.361	4,1%							
Niederösterreich	4.197	4.220	4.328	4.697	4.770	4.757	4.939	2,7%							
Oberösterreich	7.137	7.351	7.495	7.934	8.497	8.459	8.952	3,8%							
Salzburg	1.104	1.088	1.121	1.108	1.205	1.173	1.173	1,0%							
Steiermark	4.276	4.418	4.560	5.012	5.325	5.232	5.467	4,2%							
Tirol	2.090	2.165	2.218	2.384	2.531	2.516	2.546	3,3%							
Vorarlberg	1.901	1.977	2.028	2.156	2.261	2.225	2.370	3,7%							
Wien	4.584	4.761	4.684	4.844	4.944	4.693	4.874	1,0%							
Österreich	27.547	28.330	28.787	30.652	32.259	31.734	33.092	3,1%							

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammersystematik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 28: Eigenpersonal nach Industriegruppen

Beschäftigte (Eigenpersonal) (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	16 674	16 753	16 877	17 279	17 288	16 452	16 048	16 386	-0,2%
Mineralindustrie	2 309	2 239	2 245	2 264	2 403	2 446	2 183	2 214	-0,6%
Stein- und keramische Industrie	12 961	12 846	12 846	12 596	12 662	12 426	12 519	12 765	-0,2%
Glasindustrie	7 416	7 183	7 217	7 190	7 319	7 182	6 265	6 066	-2,8%
Chemische Industrie	43 476	44 760	44 628	45 490	47 201	47 178	48 138	50 140	2,1%
Papierindustrie	7 466	7 492	7 449	7 427	7 556	7 565	7 211	7 250	-0,4%
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	8 588	8 455	8 374	8 278	8 452	8 296	8 301	8 421	-0,3%
Bauindustrie	24 831	24 979	25 170	26 769	28 943	29 644	30 075	30 116	2,8%
Holzindustrie	26 061	25 947	26 224	26 570	27 333	27 398	27 568	28 480	1,3%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	27 386	27 141	27 054	26 804	27 426	27 151	27 152	27 514	0,1%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	14 907	14 203	13 285	12 997	12 287	11 211	10 946	10 611	-4,7%
Gas- und Wärmeversorgungsunt	5 041	4 990	4 805	4 421	4 144	4 160	4 391	5 521	1,3%
NE-Metalindustrie	6 258	6 293	6 342	6 524	6 678	6 814	6 899	7 089	1,8%
Metalltechnische Industrie	128 038	128 855	131 640	137 060	136 926	135 517	136 211	137 812	1,1%
Fahrzeugindustrie	27 701	28 771	30 799	35 313	35 652	34 729	33 488	33 042	2,6%
Elektro- und Elektronikindustrie	46 191	47 051	48 104	47 781	51 009	54 358	55 279	59 430	3,7%
Industrie	405 304	407 958	413 058	424 762	433 277	432 528	432 673	442 858	1,3%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 29: Eigenpersonal der Industrie nach Bundesländern

Beschäftigte (Eigenpersonal) (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Burgenland	(-)	(-)	7.820	(-)	8.138	7.860	7.846	(-)	(-)
Kärnten	25.148	25.505	25.446	(-)	25.855	25.780	26.242	(-)	(-)
Niederösterreich	67.937	68.814	69.416	71.312	73.526	73.051	72.303	74.938	1,4%
Oberösterreich	110.348	110.966	112.878	114.981	116.559	119.532	121.973	125.084	1,8%
Salzburg	18.169	18.363	18.497	19.001	19.199	19.086	18.699	19.023	0,7%
Steiermark	70.958	71.565	74.336	79.335	80.818	78.885	78.022	79.132	1,6%
Tirol	35.570	36.156	36.923	37.776	38.657	38.155	37.592	37.774	0,9%
Vorarlberg	(-)	(-)	29.426	(-)	30.839	30.537	30.714	31.436	(-)
Wien	40.959	40.274	38.317	38.611	39.687	39.642	39.281	40.525	-0,2%
Industrie Österreich	405.304	407.958	413.058	424.762	433.277	432.528	432.673	442.858	1,3%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 30: Fremdpersonal nach Industriegruppen

Beschäftigte (Fremdpersonal) (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	1 174	1 045	1 045	1 076	965	733	832	1 032	-1,8%
Mineraliöindustrie	16	9	11	13	16	19	20	23	5,6%
Stein- und keramische Industrie	182	196	229	232	209	208	333	271	5,8%
Glasindustrie	97	121	131	144	114	53	92	82	-2,4%
Chemische Industrie	1 911	1 908	2 119	1 985	1 862	1 760	1 892	1 924	0,1%
Papierindustrie	160	175	158	155	141	163	185	179	1,6%
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	277	227	249	233	244	210	241	251	-1,4%
Bauindustrie	716	870	1 059	1 172	1 295	1 089	1 218	1 310	9,0%
Holzindustrie	912	866	944	1 029	963	733	876	988	1,1%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	532	541	667	597	700	628	686	777	5,6%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	135	110	121	169	110	76	159	101	-4,1%
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	283	250	288	246	217	209	197	184	-6,0%
NE-Metalindustrie	245	208	244	275	273	180	214	247	0,2%
Metalltechnische Industrie	9 291	8 941	10 489	12 475	10 615	8 740	10 546	11 431	3,0%
Fahrzeugindustrie	3 798	4 387	4 736	5 256	4 941	3 804	4 438	4 908	3,7%
Elektro- und Elektronikindustrie	4 358	4 715	5 349	4 996	5 445	4 832	5 573	6 138	5,0%
Industrie	24 085	24 569	27 838	30 052	28 108	23 436	27 501	29 844	3,1%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 31: Fremdpersonalquote nach Industriegruppen

Fremdpersonalquote (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	7,0%	6,2%	6,5%	6,5%	5,9%	4,7%	5,5%	6,6%	-0,8%
Mineralölindustrie	0,7%	0,4%	0,5%	0,6%	0,7%	0,8%	0,9%	1,1%	6,5%
Stein- und keramische Industrie	1,4%	1,5%	1,8%	1,9%	1,7%	1,7%	2,7%	2,2%	6,4%
Gasindustrie	1,3%	1,7%	1,9%	2,1%	1,6%	0,8%	1,5%	1,4%	0,8%
Chemische Industrie	4,4%	4,3%	4,9%	4,5%	4,0%	3,8%	4,0%	3,9%	-1,6%
Papierindustrie	2,1%	2,3%	2,2%	2,2%	1,9%	2,3%	2,7%	2,6%	2,7%
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	3,2%	2,7%	3,1%	2,9%	3,0%	2,6%	3,0%	3,1%	-0,7%
Bauindustrie	2,9%	3,5%	4,3%	4,5%	4,6%	3,8%	4,2%	4,5%	6,7%
Holzindustrie	3,5%	3,3%	3,7%	4,0%	3,6%	2,8%	3,3%	3,6%	0,3%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	1,9%	2,0%	2,5%	2,3%	2,6%	2,4%	2,6%	2,9%	5,8%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	0,9%	0,8%	0,9%	1,3%	0,9%	0,7%	1,5%	1,0%	1,0%
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	5,6%	5,0%	6,2%	5,7%	5,4%	5,2%	4,6%	3,4%	-6,8%
NE-Metalindustrie	3,9%	3,3%	4,0%	4,4%	4,3%	2,8%	3,2%	3,6%	-1,1%
Metalltechnische Industrie	7,3%	6,9%	8,3%	9,5%	8,1%	6,8%	8,1%	8,7%	2,6%
Fahrzeugindustrie	13,7%	15,2%	16,0%	15,4%	14,3%	11,3%	13,7%	15,4%	1,6%
Elektro- und Elektronikindustrie	9,4%	10,0%	11,4%	10,7%	11,0%	9,1%	10,4%	10,6%	1,7%
Industrie	5,9%	6,0%	7,0%	7,3%	6,7%	5,6%	6,6%	7,0%	2,3%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 32: Fremdpersonal sowie Fremdpersonalquote der Industrie nach Bundesländern

Beschäftigte (Fremdpersonal) (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Burgenland	(-)	(-)	289	(-)	257	158	311	(-)	(-)
Kärnten	2.329	2.211	2.321	(-)	2.507	2.199	2.512	(-)	(-)
Niederösterreich	2.676	2.858	3.314	3.431	3.139	2.633	2.989	3.466	3,8%
Oberösterreich	7.837	7.493	8.496	9.716	8.750	7.631	9.117	9.943	3,5%
Salzburg	925	951	1.091	1.353	1.216	828	1.048	1.195	3,7%
Steiermark	5.333	5.973	6.943	7.307	6.599	5.268	6.311	6.486	2,8%
Tirol	1.646	1.655	1.747	1.918	1.764	1.478	1.651	1.851	1,7%
Vorarlberg	(-)	(-)	1.069	(-)	1.038	731	851	957	(-)
Wien	2.048	2.215	2.568	2.489	2.837	2.511	2.713	3.160	6,4%
Industrie Österreich	24.085	24.569	27.838	30.052	28.108	23.436	27.501	29.844	3,1%

Fremdpersonalquote (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Burgenland	(-)	(-)	3,7%	(-)	3,2%	2,0%	4,0%	(-)	(-)
Kärnten	9,3%	8,7%	9,1%	(-)	9,7%	8,5%	9,6%	(-)	(-)
Niederösterreich	3,9%	4,2%	4,8%	4,8%	4,3%	3,6%	4,1%	4,6%	2,3%
Oberösterreich	7,1%	6,8%	7,5%	8,4%	7,5%	6,4%	7,5%	7,9%	1,6%
Salzburg	5,1%	5,2%	5,9%	7,1%	6,3%	4,3%	5,6%	6,3%	3,0%
Steiermark	7,5%	8,3%	9,3%	9,2%	8,2%	6,7%	8,1%	8,2%	1,2%
Tirol	4,6%	4,6%	4,7%	5,1%	4,6%	3,9%	4,4%	4,9%	0,8%
Vorarlberg	(-)	(-)	3,6%	(-)	3,4%	2,4%	2,8%	3,0%	(-)
Wien	5,0%	5,5%	6,7%	6,4%	7,1%	6,3%	6,9%	7,8%	6,6%
Industrie Österreich	5,9%	6,0%	6,7%	7,1%	6,5%	5,4%	6,4%	6,7%	1,8%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 33: Anzahl der Teilzeitbeschäftigten nach Industriegruppen

Teilzeitbeschäftigte (Angestellte u. Arbeiter) (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	2 606	2 877	3 165	3 276	3 454	3 520	3 643	3 859	5,8%
Mineralindustrie	79	110	100	101	124	136	104	103	3,9%
Stein- und keramische Industrie	951	988	996	1 036	1 085	1 056	1 092	1 155	2,8%
Glasindustrie	993	955	1 028	1 097	1 155	1 173	989	960	-0,5%
Chemische Industrie	5 009	5 513	6 146	6 705	7 509	7 728	7 825	8 276	7,4%
Papierindustrie	374	393	427	473	578	562	545	572	6,3%
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	604	592	603	628	673	672	689	706	2,3%
Bauindustrie	754	823	870	988	1 096	1 139	1 165	1 236	7,3%
Holzindustrie	2 162	2 187	2 269	2 391	2 559	2 634	2 656	2 878	4,2%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	2 737	2 866	3 024	3 066	3 158	3 160	3 140	3 230	2,4%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	2 433	2 427	2 317	2 287	2 235	2 069	2 142	2 198	-1,4%
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	360	381	400	408	367	392	432	397	1,4%
NE-Metalindustrie	318	334	335	357	376	388	392	411	3,7%
Metalltechnische Industrie	8 042	8 680	9 393	10 483	11 072	11 338	11 556	12 163	6,1%
Fahrzeugindustrie	1 350	1 569	1 607	2 004	2 164	2 120	2 119	2 354	8,3%
Elektro- und Elektronikindustrie	4 745	5 083	5 524	5 837	6 548	6 864	6 984	7 716	7,2%
Industrie	33 516	35 778	38 203	41 107	44 153	44 951	45 470	48 213	5,3%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 34: Teilzeitquote nach Industriegruppen

Teilzeitquote (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	16,6%	18,2%	19,8%	19,9%	21,0%	22,6%	24,0%	24,9%	6,0%
Mineralindustrie	3,6%	5,2%	4,7%	4,6%	5,3%	5,7%	4,9%	4,8%	4,1%
Stein- und keramische Industrie	7,5%	7,9%	7,9%	8,4%	8,8%	8,7%	8,9%	9,3%	3,1%
Glasindustrie	13,7%	13,6%	14,6%	15,7%	16,2%	16,8%	16,3%	16,2%	2,4%
Chemische Industrie	11,8%	12,6%	14,1%	15,1%	16,3%	16,8%	16,7%	16,9%	5,2%
Papierindustrie	5,3%	5,5%	6,0%	6,7%	8,0%	7,8%	7,9%	8,3%	6,7%
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	7,3%	7,2%	7,4%	7,8%	8,2%	8,3%	8,5%	8,6%	2,5%
Bauindustrie	3,1%	3,4%	3,6%	3,7%	3,9%	4,0%	4,0%	4,3%	4,6%
Holzindustrie	8,6%	8,7%	8,9%	9,3%	9,7%	9,9%	9,9%	10,4%	2,8%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	10,2%	10,8%	11,4%	11,6%	11,7%	11,9%	11,8%	12,0%	2,3%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	16,7%	17,5%	17,9%	18,1%	18,7%	18,9%	20,0%	21,1%	3,4%
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	7,3%	7,8%	8,6%	9,5%	9,1%	9,7%	10,1%	7,4%	0,1%
NE-Metalindustrie	5,3%	5,5%	5,5%	5,7%	5,9%	6,0%	5,9%	6,0%	1,8%
Metalltechnische Industrie	6,6%	7,0%	7,4%	8,0%	8,4%	8,8%	8,9%	9,2%	5,0%
Fahrzeugindustrie	5,1%	5,7%	5,4%	5,9%	6,3%	6,3%	6,5%	7,4%	5,4%
Elektro- und Elektronikindustrie	10,6%	11,1%	11,8%	12,5%	13,2%	13,0%	13,0%	13,3%	3,4%
Industrie	8,6%	9,1%	9,6%	10,0%	10,5%	10,8%	10,9%	11,3%	4,0%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 35: Anzahl der Teilzeitbeschäftigten sowie Teilzeitquote der Industrie nach Bundesländern

Teilzeitbeschäftigte (Angestellte u. Arbeiter) <small>(Konjunkturstatistik)</small>	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Burgenland	(-)	(-)	759	(-)	856	829	837	(-)	(-)
Kärnten	1.749	1.806	1.963	(-)	2.182	2.127	2.024	(-)	(-)
Niederösterreich	4.756	5.157	5.352	5.667	6.010	6.060	6.034	6.448	4,4%
Oberösterreich	11.470	12.391	13.423	14.443	15.637	16.332	16.906	17.979	6,6%
Salzburg	1.368	1.484	1.536	1.635	1.661	1.669	1.650	1.720	3,3%
Steiermark	4.680	5.032	5.540	6.226	6.701	6.636	6.664	7.043	6,0%
Tirol	3.537	3.715	3.982	4.275	4.532	4.582	4.425	4.671	4,1%
Vorarlberg	(-)	(-)	2.458	(-)	2.914	2.964	3.108	3.348	(-)
Wien	3.109	3.218	3.192	3.332	3.660	3.753	3.823	3.990	3,6%
Industrie Österreich	33.516	35.778	38.203	41.107	44.153	44.951	45.470	48.213	5,3%

Teilzeitquote <small>(Konjunkturstatistik)</small>	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Burgenland	(-)	(-)	9,9%	(-)	10,8%	10,8%	11,0%	(-)	(-)
Kärnten	7,3%	7,4%	8,0%	(-)	8,8%	8,6%	8,0%	(-)	(-)
Niederösterreich	7,2%	7,7%	7,9%	8,2%	8,4%	8,6%	8,6%	8,9%	3,0%
Oberösterreich	10,8%	11,6%	12,4%	13,1%	14,0%	14,2%	14,4%	14,9%	4,7%
Salzburg	7,8%	8,4%	8,6%	8,9%	9,0%	9,1%	9,2%	9,4%	2,6%
Steiermark	6,8%	7,3%	7,7%	8,1%	8,6%	8,7%	8,8%	9,2%	4,3%
Tirol	10,3%	10,6%	11,1%	11,7%	12,1%	12,4%	12,2%	12,8%	3,2%
Vorarlberg	(-)	(-)	8,8%	(-)	9,9%	10,2%	10,6%	11,2%	(-)
Wien	7,7%	8,1%	8,5%	8,8%	9,4%	9,7%	9,9%	10,1%	3,8%
Industrie Österreich	8,6%	9,1%	9,6%	10,0%	10,5%	10,8%	10,9%	11,3%	4,0%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 36: Anzahl der Angestellten nach Industriegruppen

Angestellte (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	4 687	4 778	4 823	4 981	5 015	4 871	4 803	4 906	0,7%
Mineralindustrie	1 441	1 435	1 457	1 481	1 581	1 638	1 411	1 404	-0,4%
Stein- und keramische Industrie	4 673	4 652	4 657	4 572	4 567	4 530	4 626	4 748	0,2%
Glasindustrie	2 770	2 761	2 811	2 842	2 903	2 855	2 425	2 328	-2,5%
Chemische Industrie	22 740	23 890	23 798	24 510	25 635	26 075	26 859	28 370	3,2%
Papierindustrie	2 050	2 099	2 096	2 109	2 191	2 233	2 011	2 043	0,0%
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	2 867	2 863	2 832	2 778	2 865	2 842	2 869	2 943	0,4%
Bauindustrie	7 934	7 987	8 109	8 609	9 268	9 494	9 690	9 886	3,2%
Holzindustrie	7 440	7 551	7 565	7 610	7 886	7 986	8 042	8 342	1,6%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	9 884	10 073	10 008	9 873	10 123	10 041	9 947	10 094	0,3%
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	6 156	6 019	5 565	5 463	5 283	4 903	4 752	4 628	-4,0%
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	3 653	3 721	3 514	3 622	3 416	3 414	3 661	4 554	3,2%
NE-Metallindustrie	1 999	2 017	1 975	2 012	2 060	2 140	2 157	2 244	1,7%
Metalltechnische Industrie	54 262	55 359	57 197	60 673	61 323	61 297	62 659	63 393	2,2%
Fahrzeugindustrie	8 992	9 531	10 061	12 349	12 685	12 706	12 224	12 370	4,7%
Elektro- und Elektronikindustrie	26 339	26 780	27 579	27 731	30 690	32 883	33 261	36 568	4,8%
Industrie	167 885	171 516	174 046	181 213	187 491	189 908	191 395	198 822	2,4%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 37: Anzahl der Arbeiter nach Industriegruppen

Arbeiter (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	11 019	11 057	11 185	11 453	11 422	10 727	10 391	10 610	-0,5%
Mineralindustrie	760	702	694	698	744	739	712	761	0,0%
Stein- und keramische Industrie	7 998	7 910	7 918	7 753	7 815	7 621	7 603	7 717	-0,5%
Glasindustrie	4 463	4 255	4 237	4 165	4 216	4 130	3 660	3 581	-3,1%
Chemische Industrie	19 639	19 741	19 698	19 891	20 432	19 950	20 125	20 596	0,7%
Papierindustrie	5 074	5 066	5 039	5 006	5 035	4 998	4 866	4 873	-0,6%
Propak Prod. aus Papier u. Karton	5 458	5 342	5 305	5 282	5 358	5 225	5 204	5 250	-0,6%
Bauindustrie	16 226	16 338	16 355	17 361	18 718	19 080	19 198	19 013	2,3%
Holzindustrie	17 811	17 632	17 924	18 183	18 625	18 580	18 699	19 319	1,2%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	16 990	16 572	16 578	16 460	16 793	16 586	16 675	16 899	-0,1%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	8 415	7 856	7 393	7 195	6 699	6 056	5 973	5 783	-5,2%
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	1 248	1 134	1 160	677	621	636	623	801	-6,1%
NE-Metallindustrie	3 982	4 009	4 094	4 235	4 333	4 380	4 463	4 570	2,0%
Metalltechnische Industrie	68 152	68 111	69 080	70 775	69 738	68 146	67 574	68 514	0,1%
Fahrzeugindustrie	17 513	18 035	19 538	21 762	21 773	20 830	20 124	19 592	1,6%
Elektro- und Elektronikindustrie	18 471	18 939	19 233	18 788	18 954	19 937	20 490	21 240	2,0%
Industrie	223 220	222 697	225 429	229 683	231 275	227 621	226 381	229 118	0,4%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 38: Anzahl der Angestellten und Arbeiter der Industrie nach Bundesländern

Angestellte (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Burgenland	(-)	(-)	2.710	(-)	2.826	2.704	2.736	(-)	(-)
Kärnten	9.827	10.092	10.392	(-)	11.181	11.153	11.410	(-)	(-)
Niederösterreich	26.477	27.437	27.657	28.468	29.766	29.955	29.437	30.758	2,2%
Oberösterreich	43.410	44.257	45.404	46.601	47.389	49.458	51.269	53.260	3,0%
Salzburg	7.739	7.927	8.026	8.249	8.228	8.091	7.808	7.954	0,4%
Steiermark	24.432	25.158	26.191	28.877	30.482	30.434	30.609	31.805	3,8%
Tirol	14.797	15.230	15.515	15.957	16.506	16.466	16.275	16.595	1,7%
Vorarlberg	(-)	(-)	15.756	(-)	17.109	17.119	17.271	17.819	(-)
Wien	23.836	23.529	22.395	23.174	24.004	24.529	24.581	25.884	1,2%
Industrie Österreich	167.885	171.516	174.046	181.213	187.491	189.908	191.395	198.822	2,4%
Arbeiter (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Burgenland	(-)	(-)	4.924	(-)	5.109	4.943	4.898	(-)	(-)
Kärnten	14.290	14.426	14.090	(-)	13.625	13.507	13.886	(-)	(-)
Niederösterreich	39.492	39.483	39.903	40.978	41.721	40.915	40.619	41.887	0,8%
Oberösterreich	62.402	62.307	63.097	63.949	64.633	65.328	65.984	67.069	1,0%
Salzburg	9.755	9.776	9.811	10.082	10.288	10.313	10.188	10.375	0,9%
Steiermark	44.100	44.110	45.867	48.089	47.832	45.934	44.906	44.890	0,3%
Tirol	19.612	19.774	20.235	20.603	20.902	20.452	20.095	19.979	0,3%
Vorarlberg	(-)	(-)	12.265	(-)	12.204	11.871	11.923	12.152	(-)
Wien	16.292	15.976	15.237	14.766	14.961	14.359	13.882	13.744	-2,4%
Industrie Österreich	223.220	222.697	225.429	229.683	231.275	227.621	226.381	229.118	0,4%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 39: Anzahl der Lehrlinge nach Industriegruppen

Lehrlinge (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Bergwerke und Stahl	968	916	869	845	850	854	854	870	-1,5%
Mineralindustrie	109	103	94	85	77	68	60	49	-10,6%
Stein- und keramische Industrie	282	273	261	261	270	264	279	289	0,4%
Glasindustrie	146	136	142	158	175	178	168	146	0,0%
Chemische Industrie	1.088	1.120	1.124	1.086	1.131	1.150	1.151	1.171	1,0%
Papierindustrie	342	327	313	312	329	333	334	333	-0,4%
Propak Prod. aus Papier u. Karton	256	244	230	212	224	222	221	222	-2,0%
Bauindustrie	671	654	706	800	957	1.070	1.187	1.216	8,9%
Holzindustrie	733	686	666	710	749	763	766	757	0,5%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	493	480	452	453	493	507	517	510	0,5%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	281	276	275	282	250	207	178	160	-7,7%
Gas- und Wärmeversorgungsunt	141	135	131	123	107	110	107	166	2,4%
NE-Metallindustrie	278	267	274	277	285	294	279	276	-0,1%
Metalltechnische Industrie	5.587	5.344	5.301	5.539	5.796	6.012	5.921	5.855	0,7%
Fahrzeugindustrie	1.197	1.205	1.200	1.202	1.194	1.193	1.140	1.080	-1,4%
Elektro- und Elektronikindustrie	1.372	1.324	1.286	1.256	1.361	1.533	1.523	1.616	2,4%
Industrie	13.941	13.490	13.322	13.598	14.247	14.759	14.685	14.715	0,8%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 40: Anzahl der Lehrlinge der Industrie nach Bundesländern

Lehrlinge (Konjunkturstatistik)	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2022
Burgenland	(-)	(-)	186	(-)	203	213	212	(-)	(-)
Kärnten	995	955	933	(-)	1.020	1.095	921	(-)	(-)
Niederösterreich	1.950	1.878	1.841	1.851	2.026	2.168	2.237	2.279	2,3%
Oberösterreich	4.477	4.342	4.299	4.347	4.451	4.663	4.644	4.682	0,6%
Salzburg	647	633	633	643	657	659	687	679	0,7%
Steiermark	2.408	2.274	2.259	2.350	2.482	2.496	2.486	2.417	0,1%
Tirol	1.100	1.098	1.123	1.170	1.202	1.199	1.195	1.175	0,9%
Vorarlberg	(-)	(-)	1.380	(-)	1.507	1.530	1.504	1.450	(-)
Wien	820	759	668	649	701	736	800	882	1,0%
Industrie Österreich	13.941	13.490	13.322	13.598	14.247	14.759	14.685	14.715	0,8%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 41: Personalaufwand nach Industriegruppen

Personalaufwand in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.
Bergwerke und Stahl	1.331	(-)	1.219	(-)	1.273	(-)	1.339	(-)	1.426	(-)	1.330	(-)	1.318	(-)	-0,2%	(-)
Mineralindustrie	637	16,3%	607	16,3%	621	16,3%	725	16,3%	618	15,1%	665	15,1%	613	15,1%	-0,6%	-1,9%
Stein- und keramische Industrie	831	58,7%	848	58,7%	863	58,7%	877	58,7%	905	58,7%	879	58,7%	932	58,7%	1,9%	-0,6%
Glasindustrie	426	(-)	423	(-)	425	(-)	445	(-)	506	(-)	473	(-)	428	(-)	0,1%	(-)
Chemische Industrie	3.219	29,5%	3.415	29,5%	3.402	29,5%	3.580	29,5%	3.757	29,5%	3.661	29,5%	3.930	29,5%	3,4%	-0,6%
Papierindustrie	567	(-)	590	(-)	564	(-)	609	(-)	651	(-)	615	(-)	590	(-)	0,7%	(-)
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	539	46,0%	535	46,0%	545	46,0%	555	46,0%	585	46,0%	575	46,0%	576	46,0%	1,1%	1,9%
Bauindustrie	1.782	7,2%	1.851	7,2%	1.894	7,2%	2.019	7,2%	2.216	7,2%	2.308	7,2%	2.469	7,2%	5,6%	2,6%
Holzindustrie	1.353	46,4%	1.383	46,4%	1.423	46,4%	1.490	46,4%	1.575	46,4%	1.571	46,4%	1.672	46,4%	3,6%	2,0%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	1.611	38,1%	1.681	38,1%	1.654	38,1%	1.702	38,1%	1.799	38,1%	1.756	38,1%	1.773	38,1%	1,6%	1,5%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	717	(-)	704	(-)	691	(-)	688	(-)	678	(-)	632	(-)	729	(-)	0,3%	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	291	(-)	283	(-)	262	(-)	279	(-)	261	(-)	264	(-)	293	(-)	0,1%	(-)
NE-Metallindustrie	414	15,6%	442	15,6%	440	15,6%	464	15,6%	485	15,6%	482	15,6%	513	15,6%	3,6%	-3,4%
Metalltechnische Industrie	8.580	29,0%	8.904	29,0%	9.124	29,0%	9.752	29,0%	10.161	29,0%	9.839	29,0%	10.340	29,0%	3,2%	1,8%
Fahrzeugindustrie	1.866	14,1%	1.952	14,1%	2.070	14,1%	2.426	14,1%	2.550	14,1%	2.434	14,1%	2.477	14,1%	4,8%	-6,1%
Elektro- und Elektronikindustrie	3.381	20,3%	3.491	20,3%	3.536	20,3%	3.701	20,3%	4.086	20,3%	4.250	20,3%	4.439	20,3%	4,6%	1,4%
Industrie	27.547	27,4%	28.330	27,4%	28.787	27,4%	30.652	27,4%	32.259	27,4%	31.734	27,4%	33.092	27,4%	3,1%	0,7%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 42: Personalaufwand pro unselbständig Beschäftigtem nach Industriegruppen

Personalaufwand pro unselbständig Beschäftigtem in 1.000 EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021		
	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	Int.
Bergwerke und Stahl	79	(-)	71	(-)	74	(-)	76	(-)	80	(-)	76	(-)	79	(-)	2,1%	(-)	(-)
Mineralölindustrie	150	113	150	113	155	113	178	144	144	144	146	129	147	3,5%	(-)	(-)	
Stein- und keramische Industrie	62	61	64	61	66	61	67	69	69	68	68	67	72	2,5%	2,5%	2,5%	
Glasindustrie	57	(-)	58	(-)	59	(-)	62	59	62	64	64	58	66	2,4%	3,3%	3,3%	
Chemische Industrie	70	68	74	68	73	68	75	78	78	76	76	73	79	2,9%	2,9%	2,9%	
Papierindustrie	76	(-)	80	(-)	76	(-)	83	88	88	83	83	81	82	2,8%	(-)	(-)	
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	59	54	59	54	60	54	63	64	64	64	64	61	65	2,5%	(-)	(-)	
Bauindustrie	71	73	72	73	73	73	74	77	77	78	78	81	81	2,8%	3,0%	3,0%	
Holzindustrie	50	44	51	44	52	44	54	55	55	55	55	51	57	2,7%	2,6%	2,6%	
Nahrungs- u. Genussmittelind.	57	52	57	52	57	52	59	61	61	60	60	60	61	1,9%	2,4%	2,4%	
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	45	(-)	46	(-)	46	(-)	47	49	49	48	48	(-)	49	2,6%	(-)	(-)	
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	90	(-)	90	(-)	90	(-)	97	95	95	91	91	89	92	4,2%	(-)	(-)	
NE-Metalindustrie	65	62	68	62	68	62	70	72	72	69	69	71	71	2,6%	(-)	(-)	
Metalltechnische Industrie	65	60	66	60	66	60	68	70	70	69	69	68	73	2,8%	2,8%	2,8%	
Fahrzeugindustrie	66	56	67	56	68	56	70	72	72	69	69	67	72	2,7%	2,5%	2,5%	
Elektro- und Elektronikindustrie	70	66	72	66	72	66	73	75	75	74	74	75	77	2,5%	2,7%	2,7%	
Industrie	66	59	67	59	67	59	69	71	71	70	70	66	73	2,8%	2,7%	2,7%	

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 43: Personalaufwand pro unselbständig Beschäftigtem der Industrie nach Bundesländern

Personalaufwand pro unselbständig Beschäftigtem in 1.000 EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	
Burgenland	52	54	53	57	57	55	57	57	57	57	55	57	57	57	1,5%
Kärnten	65	67	67	70	73	73	70	73	73	73	73	73	76	76	2,6%
Niederösterreich	63	64	65	67	67	67	67	67	67	67	67	67	69	69	1,6%
Oberösterreich	65	66	67	69	71	69	69	71	71	69	69	69	72	72	1,8%
Salzburg	63	63	64	63	67	65	63	67	67	65	65	65	68	68	1,4%
Steiermark	63	64	64	66	70	68	66	70	70	68	68	68	72	72	2,1%
Tirol	61	63	63	66	68	68	66	68	68	68	68	68	70	70	2,3%
Vorarlberg	64	65	66	68	70	69	68	70	70	69	69	69	74	74	2,3%
Wien	78	80	80	83	85	82	83	85	85	82	82	82	84	84	1,2%
Österreich	66	67	67	69	71	70	69	71	71	70	70	70	73	73	1,8%

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 44: Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem nach Industriegruppen

Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem in 1.000 EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021		
	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	absolut	KMU	Int.
Bergwerke und Stahl	128	(-)	116	(-)	122	140	122	140	122	114	117	114	117	114	117	3,3%	(-)
Mineralölindustrie	325	361	363	402	402	333	475	333	475	202	397	202	397	202	397	2,6%	(-)
Stein- und keramische Industrie	87	87	89	95	95	94	96	94	96	97	101	97	101	97	101	2,0%	2,1%
Glasindustrie	72	(-)	76	79	79	82	80	82	80	60	83	60	83	60	83	1,5%	2,1%
Chemische Industrie	125	124	143	134	134	130	127	130	127	128	147	128	147	128	147	2,6%	0,8%
Papierindustrie	142	(-)	153	150	150	186	174	186	174	152	145	152	145	152	145	2,7%	(-)
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	86	71	90	92	92	93	92	93	92	96	97	96	97	96	97	1,3%	(-)
Bauindustrie	82	124	89	83	83	84	76	84	76	86	89	86	89	86	89	1,2%	0,9%
Holzindustrie	73	68	80	81	81	87	89	87	89	87	111	87	111	87	111	3,3%	3,3%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	93	81	92	93	93	94	92	94	92	90	93	90	93	90	93	1,3%	2,1%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	61	(-)	66	64	64	61	63	61	63	63	69	63	69	63	69	2,6%	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	300	(-)	411	378	378	348	324	348	324	325	263	325	263	325	263	6,3%	(-)
NE-Metallindustrie	104	94	109	119	119	126	116	126	116	100	116	100	116	100	116	3,3%	(-)
Metalltechnische Industrie	92	77	93	98	98	98	96	98	96	88	100	88	100	88	100	2,9%	2,6%
Fahrzeugindustrie	105	76	102	104	104	107	106	107	106	99	115	99	115	99	115	2,2%	2,4%
Elektro- und Elektronikindustrie	99	92	105	107	107	107	98	107	98	91	102	91	102	91	102	2,8%	3,1%
Industrie	100	89	105	106	106	107	105	107	105	98	110	98	110	98	110	2,6%	2,6%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 45: Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem der Industrie nach Bundesländern

Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem in 1.000 EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	
Burgenland	81	88	89	90	86	74	80	-0,3%							
Kärnten	94	97	101	112	107	105	120	4,2%							
Niederösterreich	103	106	112	105	112	96	115	2,0%							
Oberösterreich	100	104	104	110	103	96	106	1,0%							
Salzburg	98	105	104	103	104	93	100	0,3%							
Steiermark	93	94	100	99	101	92	102	1,5%							
Tirol	99	96	99	104	103	99	111	1,8%							
Vorarlberg	102	94	104	103	100	95	110	1,3%							
Wien	112	137	124	120	108	111	125	1,8%							
Österreich	100	105	106	107	105	98	110	1,6%							

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 46: Lohnstückkosten nach Industriegruppen

Verhältnis des Personalaufwands pro unselbstständig Beschäftigtem zur Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem ("Lohnstückkosten")	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KIMU	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	KMU- Int.	absolut	KIMU
Bergwerke und Stahl	61,7%	(-)	61,3%	60,7%	54,6%	65,6%	66,6%	67,6%	67,6%	66,6%	66,6%	67,6%	(-)	-1,1%	(-)	
Mineralölindustrie	46,2%	31,3%	41,4%	38,5%	53,5%	30,3%	72,4%	36,9%	36,9%	30,3%	72,4%	36,9%	34,0%	0,9%	(-)	
Stein- und keramische Industrie	71,1%	70,2%	72,5%	69,0%	71,1%	72,0%	70,3%	71,4%	71,4%	72,0%	70,3%	71,4%	64,4%	0,4%	0,3%	
Glasindustrie	80,1%	(-)	77,2%	74,5%	74,9%	85,9%	106,1%	80,3%	80,3%	85,9%	106,1%	80,3%	79,3%	0,9%	1,2%	
Chemische Industrie	56,0%	55,0%	51,5%	54,6%	57,6%	61,6%	59,9%	53,9%	53,9%	61,6%	59,9%	53,9%	66,1%	0,4%	2,0%	
Papierindustrie	53,3%	(-)	52,2%	50,8%	44,5%	50,8%	54,8%	56,4%	56,4%	50,8%	54,8%	56,4%	62,1%	0,1%	(-)	
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	68,0%	76,0%	65,3%	65,3%	67,4%	69,4%	67,1%	66,9%	66,9%	69,4%	67,1%	66,9%	72,8%	1,2%	(-)	
Bauindustrie	86,1%	59,1%	80,7%	87,9%	88,0%	101,0%	90,3%	91,6%	91,6%	101,0%	90,3%	91,6%	79,7%	1,6%	2,0%	
Holzindustrie	68,5%	65,3%	64,1%	64,3%	61,6%	62,0%	62,7%	52,0%	52,0%	62,0%	62,7%	52,0%	46,3%	-0,6%	-0,7%	
Nahrungs- u. Genussmittelind.	61,4%	64,5%	61,5%	61,4%	63,0%	65,9%	66,0%	65,3%	65,3%	65,9%	66,0%	65,3%	67,7%	0,6%	0,3%	
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	73,1%	(-)	69,8%	72,6%	76,5%	77,4%	76,6%	70,8%	70,8%	77,4%	76,6%	70,8%	(-)	0,1%	(-)	
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	30,1%	(-)	21,8%	23,7%	27,8%	29,5%	27,8%	34,8%	34,8%	29,5%	27,8%	34,8%	32,5%	-2,0%	(-)	
NE-Metallindustrie	62,3%	65,7%	62,6%	56,6%	55,2%	61,7%	69,5%	61,6%	61,6%	61,7%	69,5%	61,6%	47,9%	-0,7%	(-)	
Metallechnische Industrie	70,2%	77,6%	70,6%	67,8%	69,5%	72,9%	78,0%	73,2%	73,2%	72,9%	78,0%	73,2%	73,7%	-0,1%	0,1%	
Fahrzeugindustrie	62,6%	74,3%	65,9%	65,0%	65,8%	68,6%	70,0%	62,6%	62,6%	68,6%	70,0%	62,6%	73,5%	0,5%	0,1%	
Elektro- und Elektronikindustrie	70,9%	71,6%	68,8%	67,0%	68,5%	76,5%	81,3%	75,5%	75,5%	76,5%	81,3%	75,5%	77,8%	-0,3%	-0,4%	
Industrie	65,5%	65,6%	63,5%	63,2%	64,8%	68,2%	71,8%	66,2%	66,2%	68,2%	71,8%	66,2%	65,0%	0,1%	0,1%	

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 47: Lohnstückkosten der Industrie nach Bundesländern

Verhältnis des Personalaufwands pro unselbstständig Beschäftigtem zur Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem ("Lohnstückkosten")	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	
Burgenland	64,4%	60,8%	59,7%	63,2%	66,4%	74,4%	71,8%	1,8%							
Kärnten	69,1%	68,7%	66,0%	62,9%	67,9%	69,9%	62,9%	-1,5%							
Niederösterreich	61,5%	60,5%	57,8%	63,8%	59,9%	70,2%	60,1%	-0,4%							
Oberösterreich	65,3%	64,2%	64,6%	62,8%	68,9%	71,8%	68,4%	0,8%							
Salzburg	63,8%	60,2%	61,6%	60,9%	64,2%	70,6%	68,3%	1,1%							
Steiermark	68,2%	67,7%	64,4%	67,1%	69,2%	73,5%	70,6%	0,6%							
Tirol	61,2%	65,2%	63,5%	63,7%	66,2%	68,6%	62,8%	0,4%							
Vorarlberg	63,1%	68,9%	63,7%	66,1%	69,8%	72,6%	67,1%	1,0%							
Wien	69,5%	58,3%	64,9%	68,9%	78,1%	73,8%	67,1%	-0,6%							
Österreich	65,5%	63,5%	63,2%	64,8%	68,2%	71,8%	66,2%	0,2%							

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 48: Anzahl der F&E-durchführenden Einheiten sowie F&E-Ausgaben nach Sparten

F&E-durchführende Einheiten im Unternehmenssektor	2015	2017	2019	2021	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
Gewerbe und Handwerk	888	876	1.076	1.030	2,5%
Industrie	795	780	786	745	-1,1%
Handel	336	319	319	335	0,0%
Bank und Versicherung	5	4	4	4	-3,7%
Transport und Verkehr	27	29	29	34	3,9%
Tourismus und Freizeitwirtschaft	13	18	18	16	3,5%
Information und Consulting	980	981	981	1.169	3,0%
Gewerbliche Wirtschaft	3.044	3.007	3.213	3.333	1,5%

F&E-Ausgaben im Unternehmenssektor in Mio. EUR	2015	2017	2019	2021	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
Gewerbe und Handwerk	1.236	1.299	1.551	1.676	5,2%
Industrie	4.501	4.964	5.490	5.305	2,8%
Handel	395	381	381	527	4,9%
Bank und Versicherung	9	2	2	2	-21,6%
Transport und Verkehr	19	10	10	16	-2,5%
Tourismus und Freizeitwirtschaft	3	7	7	3	-1,7%
Information und Consulting	862	830	830	1.092	4,0%
Gewerbliche Wirtschaft	7.026	7.493	8.270	8.622	3,5%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 49: Anzahl der F&E-durchführenden Einheiten nach Industriegruppen

F&E-durchführende Einheiten im Unternehmenssektor	2015	2017	2019	2021	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
Bergwerke und Stahl	19	19	19	18	-0,9%
Mineralölindustrie	5	4	6	3	-8,2%
Stein- und keramische Industrie	43	39	40	38	-2,0%
Glasindustrie	9	8	9	10	1,8%
Chemische Industrie	118	118	107	100	-2,7%
Papierindustrie	12	13	15	13	1,3%
Propag Produkte aus Papier u. Karton	11	12	11	10	-1,6%
Bauindustrie	6	8	5	8	4,9%
Holzindustrie	40	40	33	32	-3,7%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	48	43	45	44	-1,4%
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	30	29	29	28	-1,1%
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	1	3	3	4	26,0%
NE-Metallindustrie	16	16	14	15	-1,1%
Metalltechnische Industrie	307	292	313	292	-0,8%
Fahrzeugindustrie	31	35	31	31	0,0%
Elektro- und Elektronikindustrie	99	101	106	99	0,0%
Industrie	795	780	786	745	-1,1%

Anm.: Der Unternehmenssektor umfasst den kooperativen Bereich und den firmeneigenen Bereich.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 50: F&E-Ausgaben nach Industriegruppen

F&E-Ausgaben im Unternehmenssektor in Mio. EUR	2015	2017	2019	2021	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
Bergwerke und Stahl	78,6	85,7	131,8	97,3	3,6%
Mineralölindustrie	21,8	28,5	28,1	47,5	13,8%
Stein- und keramische Industrie	56,8	53,0	52,7	38,5	-6,3%
Glasindustrie	48,2	51,0	51,3	36,3	-4,6%
Chemische Industrie	824,6	875,8	796,8	696,6	-2,8%
Papierindustrie	15,6	21,8	23,6	24,6	7,9%
Propag Produkte aus Papier u. Karton	4,8	5,0	8,3	6,6	5,6%
Bauindustrie	36,7	46,1	21,4	18,0	-11,2%
Holzindustrie	43,7	41,7	28,7	29,6	-6,3%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	28,4	29,6	29,6	32,5	2,3%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	G	G	51,0	27,0	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	G	G	1,7	7,5	(-)
NE-Metallindustrie	59,4	72,4	65,3	72,2	3,3%
Metalltechnische Industrie	1.574,8	1.571,6	1.927,0	1.865,3	2,9%
Fahrzeugindustrie	594,4	765,7	768,2	732,5	3,5%
Elektro- und Elektronikindustrie	1.090,7	1.270,4	1.504,1	1.573,2	6,3%
Industrie	4.501,4	4.963,5	5.489,6	5.305,1	2,8%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 51: Unternehmensfinanzierte F&E nach Industriegruppen

Anteil der durch den Unternehmenssektor finanzierten F&E im Unternehmenssektor	2015	2017	2019	2021	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
Bergwerke und Stahl	85,3%	95,9%	95,4%	94,3%	1,7%
Mineralölindustrie	93,0%	91,6%	88,7%	91,6%	-0,3%
Stein- und keramische Industrie	86,6%	95,9%	97,3%	94,5%	1,5%
Glasindustrie	95,7%	96,3%	94,1%	97,7%	0,4%
Chemische Industrie	77,6%	86,0%	83,4%	76,6%	-0,2%
Papierindustrie	94,8%	99,3%	99,4%	97,1%	0,4%
Propag Produkte aus Papier u. Karton	89,6%	90,7%	93,7%	90,0%	0,1%
Bauindustrie	89,8%	99,9%	100,0%	100,0%	1,8%
Holzindustrie	92,3%	98,9%	99,6%	99,9%	1,3%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	84,6%	99,6%	87,5%	90,7%	1,2%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	G	G	99,2%	96,3%	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	G	G	84,0%	64,4%	(-)
NE-Metallindustrie	86,8%	95,6%	97,5%	96,9%	1,9%
Metalltechnische Industrie	58,5%	66,8%	64,7%	65,4%	1,9%
Fahrzeugindustrie	86,1%	96,8%	89,2%	78,9%	-1,4%
Elektro- und Elektronikindustrie	58,0%	61,1%	67,1%	72,2%	3,7%
Industrie	68,4%	76,3%	74,3%	73,2%	1,1%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 52: Anzahl der F&E-Beschäftigten nach Industriegruppen

F&E-Beschäftigte (VZA) im Unternehmenssektor	2015	2017	2019	2021	Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
Bergwerke und Stahl	451	471	462	410	-1,5%
Mineralölindustrie	100	92	127	102	0,3%
Stein- und keramische Industrie	281	266	304	258	-1,4%
Glasindustrie	397	439	459	310	-4,0%
Chemische Industrie	3.588	3.974	3.610	3.512	-0,4%
Papierindustrie	75	84	88	94	3,9%
Propag Produkte aus Papier u. Karton	56	53	58	63	2,1%
Bauindustrie	75	102	73	55	-5,2%
Holzindustrie	306	331	275	272	-2,0%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	238	248	276	282	2,8%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	G	G	392	266	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	G	G	8	27	(-)
NE-Metallindustrie	317	351	321	357	2,0%
Metalltechnische Industrie	9.767	10.258	11.856	11.990	3,5%
Fahrzeugindustrie	2.975	3.618	4.094	4.063	5,3%
Elektro- und Elektronikindustrie	6.740	7.859	9.062	10.582	7,8%
Industrie	25.596	28.511	31.465	32.644	4,1%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 53: Anzahl der F&E-Beschäftigten sowie Bruttoinvestitionen nach Sparten

F&E-Beschäftigte (VZÄ) im Unternehmenssektor	2015		2017		2019		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	
Gewerbe und Handwerk	2 984	83,4%	3 168	3 391	3 778	3 965	4 031	5 301	10,1%
Industrie	6 370	32,5%	6 886	7 190	7 917	7 985	7 496	8 530	5,0%
Handel	3 406	61,4%	3 639	3 580	3 741	4 013	4 162	4 536	4,9%
Bank und Versicherung	1 787	11,4%	1 684	1 952	2 067	2 315	2 096	2 706	18,9%
Transport und Verkehr	3 455	67,2%	4 058	3 721	3 868	4 107	3 804	4 557	4,7%
Tourismus und Freizeitwirtschaft	1 246	93,4%	1 368	1 512	1 588	1 711	1 378	1 921	7,5%
Information und Consulting	7 751	78,2%	8 543	8 999	9 785	10 588	9 761	7 732	0,0%
Gewerbliche Wirtschaft	26 999	60,7%	29 345	30 346	32 744	34 683	32 728	35 282	4,6%
Gewerbliche Wirtschaft	46 489		49 217	56 585	57 072				3,5%

Investitionen insgesamt in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	
Gewerbe und Handwerk	2 984	83,4%	3 168	3 391	3 778	3 965	4 031	5 301	10,1%						
Industrie	6 370	32,5%	6 886	7 190	7 917	7 985	7 496	8 530	5,0%						
Handel	3 406	61,4%	3 639	3 580	3 741	4 013	4 162	4 536	4,9%						
Bank und Versicherung	1 787	11,4%	1 684	1 952	2 067	2 315	2 096	2 706	18,9%						
Transport und Verkehr	3 455	67,2%	4 058	3 721	3 868	4 107	3 804	4 557	4,7%						
Tourismus und Freizeitwirtschaft	1 246	93,4%	1 368	1 512	1 588	1 711	1 378	1 921	7,5%						
Information und Consulting	7 751	78,2%	8 543	8 999	9 785	10 588	9 761	7 732	0,0%						
Gewerbliche Wirtschaft	26 999	60,7%	29 345	30 346	32 744	34 683	32 728	35 282	4,6%						
Gewerbliche Wirtschaft	46 489		49 217	56 585	57 072				3,5%						

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der F&E-Vollerhebung in der Kammerstatistik, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 54: Investitionen nach Industriegruppen

Investitionen insgesamt in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2021			
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.		
Bergwerke und Stahl	490	(-)	466	(-)	424	397	443	451	410	451	443	451	410	451	443	451	-2,9%	(-)
Mineralölindustrie	447	32,8%	366	32,8%	435	472	493	366	479	493	366	479	493	366	479	493	1,1%	-8,9%
Stein- und keramische Industrie	158	58,5%	177	58,5%	232	287	327	254	334	327	254	334	327	254	334	327	13,3%	14,1%
Glasindustrie	121	(-)	144	(-)	148	195	104	83	106	104	83	106	104	83	106	104	36,4%	(-)
Chemische Industrie	948	29,4%	897	29,4%	982	1.076	1.293	1.238	1.265	1.293	1.238	1.265	1.293	1.238	1.265	1.293	4,9%	0,7%
Papierindustrie	205	(-)	176	(-)	269	216	253	218	279	253	218	279	253	218	279	253	6,9%	(-)
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	110	38,9%	106	38,9%	152	92	105	121	149	105	121	149	105	121	149	105	48,7%	9,1%
Bauindustrie	133	7,7%	132	7,7%	163	197	228	225	252	228	225	252	228	225	252	228	11,2%	4,1%
Holzindustrie	279	48,8%	273	48,8%	313	414	438	511	580	438	511	580	438	511	580	438	56,3%	15,6%
Nahrungs- u. Genussmittelind.	458	45,5%	526	45,5%	476	541	582	599	605	582	599	605	582	599	605	582	41,5%	3,2%
Textil-, Bekl-, Schuh- u. Lederind.	101	(-)	130	(-)	102	90	77	84	130	77	84	130	77	84	130	77	4,3%	(-)
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	420	(-)	489	(-)	557	602	407	372	438	407	372	438	407	372	438	407	81,4%	(-)
NE-Metalindustrie	142	14,4%	253	14,4%	157	124	142	127	170	142	127	170	142	127	170	142	14,5%	3,2%
Metallechnische Industrie	1.329	34,1%	1.261	34,1%	1.502	1.645	1.620	1.388	1.659	1.620	1.388	1.659	1.620	1.388	1.659	1.620	27,4%	0,0%
Fahrzeugindustrie	431	11,2%	564	11,2%	610	568	568	519	644	568	519	644	568	519	644	568	4,7%	-7,7%
Elektro- und Elektronikindustrie	597	21,8%	925	21,8%	668	1.000	905	939	1.032	905	939	1.032	905	939	1.032	905	9,5%	-4,6%
Industrie	6.370	32,5%	6.886	32,5%	7.190	7.917	7.985	7.496	8.530	7.985	7.496	8.530	7.985	7.496	8.530	7.985	5,0%	2,2%

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 55: Investitionen der Industrie nach Bundesländern

Investitionen insgesamt in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021
	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	
Burgenland	103	94	124	116	109	69	91	-1,9%							
Kärnten	447	656	447	512	645	794	905	12,5%							
Niederösterreich	1 174	1 172	1 278	1 462	1 615	1 289	1 553	4,8%							
Oberösterreich	1 681	1 834	2 074	2 053	1 931	1 942	2 009	3,0%							
Salzburg	207	149	183	243	238	277	304	6,7%							
Steiermark	997	1 253	1 198	1 224	1 201	1 191	1 464	6,6%							
Tirol	572	571	689	677	730	688	752	4,7%							
Vorarlberg	421	458	511	577	567	502	565	5,0%							
Wien	768	698	686	1 053	951	744	887	2,4%							
Österreich	6 370	6 886	7 190	7 917	7 985	7 496	8 530	5,0%							

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 56: Umweltschutzausgaben nach Industriegruppen

Umweltschutzausgaben in Mio. EUR	2015		2016		2017		2018		2019		2020		2021		Ø. jährl. Wachstumsrate 2015-2021	
	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU- Int.	absolut	KMU
Bergwerke und Stahl	222	(-)	216	(-)	211	224	246	261	259	(-)	2,6%	(-)				
Mineralölindustrie	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	72	82	101	(-)	(-)	(-)				
Stein- und keramische Industrie	16	40,0%	20	18	19	38	37	14,9%	(-)							
Glasindustrie	8	(-)	7	7	8	6	(-)	-6,0%	(-)							
Chemische Industrie	93	18,8%	99	84	92	108	2,4%	(-)								
Papierindustrie	41	(-)	40	35	42	71	41	-0,1%	(-)							
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	7	27,9%	7	7	5	6	6	-1,7%	(-)							
Bauindustrie	1	40,5%	1	1	0	1	1	48,6%	(-)							
Holzindustrie	8	37,0%	8	8	10	11	16	13,7%	(-)							
Nahrungs- u. Genussmittelind.	32	38,6%	42	41	43	46	47	6,7%	(-)							
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	10	(-)	9	9	7	10	7	0,0%	(-)							
Gas- und Wärmeversorgungsunt.	7	(-)	4	4	2	2	1	2,2%	(-)							
NE-Metalindustrie	14	2,7%	14	15	17	19	25	10,5%	(-)							
Metalltechnische Industrie	37	27,1%	39	42	44	53	6,2%	(-)								
Fahrzeugindustrie	7	17,1%	7	8	8	10	10	6,0%	(-)							
Elektro- und Elektronikindustrie	18	8,8%	21	21	24	26	192	48,0%	(-)							
Industrie	572	12,8%	589	576	622	639	718	929	8,4%	(-)						

Anm.: Unplausible und der Geheimhaltung unterliegende Werte werden nicht explizit angeführt.
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 57: Außenhandelsstatistik nach Fachverbänden und Kontinenten - Einführen

Einführen in Mio. EUR	Summe					Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022	nach Kontinenten 2022					
	2018	2019	2020	2021	2022		Afrika	Amerika	Asien	Europa	Ozeanien	Sonstige
	Bergwerke und Stahl	5 204	4 783	4 148	6 861		8 260	440	664	285	6 727	144
Mineralindustrie	10 877	10 424	6 887	11 449	21 147	1 072	254	2 272	17 548	2	-	
Stein- und keramische Industrie	965	1 037	992	1 207	1 256	4	21	146	1 083	2	-	
Glasindustrie	965	986	868	1 015	1 087	3	21	134	930	0	-	
Chemische Industrie	26 738	27 633	26 436	32 209	34 578	135	3 487	3 560	27 384	12	-	
Papierindustrie	1 944	1 844	1 637	1 917	2 386	5	158	19	2 205	0	-	
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	1 335	1 345	1 247	1 373	1 629	1	23	73	1 532	0	-	
Holzindustrie	3 538	3 531	3 524	4 386	4 416	2	31	221	4 161	0	-	
Nahrungs- u. Genussmittelind.	12 179	12 735	12 766	13 884	16 215	193	611	496	14 882	34	-	
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	13 892	14 355	13 530	14 234	16 266	266	188	8 258	7 550	4	-	
NE-Metallindustrie	4 227	4 347	3 976	5 746	7 142	25	79	372	6 663	4	-	
Metalltechnische Industrie	25 797	26 235	23 829	29 113	32 950	32	995	4 701	27 211	12	-	
Fahrzeugindustrie	12 599	13 056	10 281	11 797	11 870	174	940	1 190	9 566	0	-	
Elektro- und Elektronikindustrie	17 791	18 277	17 201	20 747	24 172	104	757	9 177	14 111	23	-	
Rest- Nichtindustrie	24 620	23 516	22 823	29 203	39 274	129	1 762	5 051	32 263	69	-	
Summe Kontinente:	162 663	164 106	150 145	185 140	222 647	2 584	9 991	35 952	173 815	306	0	
						8,2%						

Anm.: Ozeanien inkl. Polargebiete, Sonstige Regionen umfassen Hohe See sowie Bordvorräte von Drittstaaten; Bauindustrie sowie Gas- und Wärmeversorgungsunt. werden aufgrund fehlender Daten nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Außenhandelsstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Tab. 58: Außenhandelsstatistik nach Fachverbänden und Kontinenten - Ausfuhren

Ausfuhren in Mio. EUR	Summe					Øl. jährl. Wachstumsrate 2015-2022	nach Kontinenten 2022					
	2018	2019	2020	2021	2022		Afrika	Amerika	Asien	Europa	Ozeanien	Sonstige
	Bergwerke und Stahl	6 704	6 260	5 159	7 190		9 299	96	1 030	287	7 849	37
Mineralindustrie	2 064	2 074	1 452	2 155	2 640	1	3	7	2 628	0	0	
Stein- und keramische Industrie	1 083	1 071	961	1 051	1 215	36	75	100	991	13	0	
Glasindustrie	974	1 000	788	932	1 019	6	92	163	752	6	-	
Chemische Industrie	25 753	27 412	27 488	31 229	34 723	289	2 667	2 983	28 651	143	0	
Papierindustrie	3 724	3 598	3 141	3 577	4 852	68	215	209	4 336	24	-	
Propag. Prod. aus Papier u. Karton	1 903	1 885	1 843	2 021	2 374	50	108	201	2 008	7	-	
Holzindustrie	5 266	5 223	4 991	6 598	6 772	25	350	530	5 833	34	-	
Nahrungs- u. Genussmittelind.	11 515	12 294	12 752	13 840	16 158	205	1 200	757	13 870	127	-	
Textil-, Bekl.-, Schuh- u. Lederind.	7 336	7 737	6 967	7 277	8 335	320	226	190	7 580	20	-	
NE-Metalindustrie	4 275	4 016	3 787	4 838	6 205	11	247	174	5 764	9	-	
Metalltechnische Industrie	32 365	33 487	30 822	36 340	41 424	336	5 404	4 394	30 761	530	0	
Fahrzeugindustrie	14 814	16 212	13 010	14 682	16 322	297	2 707	1 959	11 038	321	-	
Elektro- und Elektronikindustrie	17 433	16 867	15 565	17 338	19 824	203	1 725	2 983	14 738	175	0	
Rest- Nichtindustrie	21 333	20 948	19 689	23 126	31 393	192	2 680	1 834	26 462	108	116	
Summe Kontinente:	156 542	160 086	148 415	172 203	202 555	2 133	18 720	16 771	163 262	1 554	116	
						6,7%						

Anm.: Ozeanien inkl. Polargebiete, Sonstige Regionen umfassen Hohe See sowie Bordvorräte von Drittstaaten; Bauindustrie sowie Gas- und Wärmeversorgungsunt. werden aufgrund fehlender Daten nicht ausgewiesen
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Außenhandelsstatistik in der Kammerstatistik, IWI-Berechnungen (2024)

Glossar

Abgesetzte Produktion

(Quelle: KJE)

Als Abgesetzte Produktion ist die im Berichtszeitraum vom produzierenden Betrieb veräußerte (fakturierte) Menge der in den Güterlisten 1 und 2 (Haupt- und Nebentätigkeiten) definierten Güter und Leistungen zu klassifizieren. Als Wert ist der fakturierte Betrag (ohne Umsatzsteuer) der innerhalb des Berichtszeitraumes abgesetzten (veräußerten) Menge der in den Güterlisten definierten Güter und Leistungen anzusetzen (keine unternehmensinternen Lieferungen und Leistungen). Der Verkauf an Haushalte (z.B. Werksverkauf) stellt ebenfalls eine Abgesetzte Produktion im Sinne der Definition dar. In den meisten Fällen entspricht die Abgesetzte Produktion der im Berichtszeitraum für den Absatz bestimmten Eigenproduktion.

Betrieb

(Quelle: LSE)

Der Betrieb, als fachliche Einheit, fasst innerhalb eines Unternehmens sämtliche Teile zusammen, die zur Ausübung einer Tätigkeit auf der Ebene der (vierstelligen) Klasse der Systematik der Wirtschaftstätigkeiten (ÖNACE 2008) beitragen. Es handelt sich um eine Einheit, die einer oder mehreren operationellen Unterabteilungen des Unternehmens entspricht. Das Unternehmen muss über ein Informationssystem verfügen, das es ermöglicht, für jeden Betrieb zumindest den Wert der Produktion und der Vorleistungen, die Personalkosten und den Betriebsüberschuss sowie Beschäftigung und Bruttoanlageinvestitionen festzustellen oder zu berechnen.

Betriebserfolg (Ergebnis vor Finanzerfolg, EBIT)

(Quelle: Bilanzkennzahlenanalyse)

Der Betriebserfolg stellt das Ergebnis vor Finanzerfolg dar und wird oft auch als EBIT bezeichnet. EBIT bedeutet "Earnings Before Interest and Tax" und ist das englische Äquivalent, das bereits Eingang in viele heimische Bilanzen gefunden hat. Berechnet wird der Betriebserfolg ausgehend

von der Betriebsleistung, von welcher der Materialeinsatz bzw. Handelswareneinsatz und die Fremdleistungen abgezogen werden. Als Zwischensumme resultiert der Rohertrag, zu welchem die sonstigen betrieblichen Erträge zugezählt und von welchem weiters der anteilige Personalaufwand, der kalkulatorische Unternehmerlohn, die Abschreibungen und geringwertigen Wirtschaftsgüter sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen subtrahiert werden.

Beschäftigte, insgesamt

(Quelle: LSE)

Die Beschäftigten (insgesamt) umfassen die unselbständig Beschäftigten, die tätigen Inhaber (auch Mitinhaber und Pächter) sowie die mithelfenden Familienangehörigen eines Landes. Die Anzahl der Beschäftigten (Beschäftigungsverhältnisse) wird (im Gegensatz zu früheren Leistungs- und Strukturstatistiken, in denen jeweils die Stichtagsbeschäftigten zum 31. Dezember des Berichtsjahres herangezogen wurden) seit dem Berichtsjahr 2002 als jährlicher Durchschnittswert berechnet und ausgewiesen.

Beschäftigte, unselbständig

(Quelle: LSE, WKÖ)

Als „unselbständig Beschäftigte“ gelten Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Heimarbeiter, welche in einem aufrechten Arbeitsverhältnis zum Unternehmen gestanden sind und von diesem Lohn oder Gehalt (bzw. Lohn- oder Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall) bezogen haben. Einbezogen sind alle Personen, die dem Unternehmen angehörten, ohne Rücksicht darauf, ob sie innerhalb oder außerhalb des Unternehmens tätig waren (z.B. vorübergehend im Ausland Tätige, Personal auf Montagestellen, solange die Bezugsauszahlung vom Unternehmen erfolgte). Ebenfalls inkludiert sind Erkrankte, im Urlaub befindliche Personen, Personen, die vorübergehend Übungen beim Bundesheer leisteten, im Mutterschutz befindliche Frauen, Saison- und Aushilfskräfte, Personen, welche Ferialpraktika absolvierten, Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte. Nicht zu den Beschäftigten zählten zum Grundwehr- bzw.

Zivildienst Einberufene, Personen in Karenz (auch wenn sie in einem aufrechten Dienstverhältnis zum Unternehmen standen), Wochengeldbezieher bzw. Bezieher von Krankengeld, unternehmensfremde Arbeitskräfte (wie z.B. Leasingpersonal, Leihpersonal, selbständige Vertreter, Personen mit Werk- oder freien Dienstverträgen) und Aufsichtsräte.

Beschäftigte, unselbständig

(Quelle: KJE)

Zu den unselbständig Beschäftigten zählen alle Personen (Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Heimarbeiter), welche am Ende des Berichtsmonats auf Grundlage eines Arbeitsvertrages in einem aufrechten Arbeitsverhältnis oder Ausbildungsverhältnis zum Unternehmen gestanden sind und von diesem ein Entgelt in Form von Lohn oder Gehalt, Provision, Stücklohn oder Sachbezüge, auch Lohn- oder Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Lehrlingsentschädigung bzw. Heimarbeiterentgelt bezogen haben. In die unselbständig Beschäftigten mit einzubeziehen waren auch (solange das Arbeitsverhältnis oder ein bestehender Vertrag nicht gelöst ist): entgeltlich tätige Eigentümer; Erkrankte; Urlauber; Personen, die lediglich Übungen beim Bundesheer leisten; im Mutterschutz befindliche Frauen; Streikende oder von einer Aussperrung Betroffene; Saison- und Aushilfsarbeiter, Ferienpraktikanten und Studenten, die im Rahmen einer Vereinbarung gegen Vergütung und/oder Ausbildungsleistung einen Beitrag zum Produktionsprozess des Unternehmens leisten; Teilzeitbeschäftigte und Kurzarbeiter (dazu zählen auch Altersteilzeitbeschäftigte und Arbeitnehmer mit Gleitpension für die gesamte Dauer der Altersteilzeit bzw. Gleitpension, da sie bis zum endgültigen Übertritt in die Pension im Personalstand der Einheit geführt werden); geringfügig Beschäftigte (im Sinne der Tages- oder Monats-Geringfügigkeitsgrenze gem. ASVG); Personal auf Bau- und Montagestellen; vorübergehend im Ausland Tätige (solange die Bezugsauszahlung vom meldenden Unternehmen erfolgt); in der Meldeeinheit geführtes Personal, das in anderen Unternehmen tätig ist. Nicht zu melden waren unter

dieser Position: Selbständige; zum Grundwehr- bzw. Zivildienst Einberufene; in Karenz befindliche Personen (auch wenn sie in einem aufrechten Dienstverhältnis zum Unternehmen stehen); Aufsichtsräte; Personen mit Werkverträgen; Arbeitnehmer, die vor dem Ende des Berichtsmonats ihr Arbeitsverhältnis zum Unternehmen gelöst haben; langfristig Erkrankte (sofern nicht vom Unternehmen weiterbezahlt); sonstige unbefristet abwesende Personen; Personen, die für andere Unternehmen im betreffenden Unternehmen Installations-, Reparatur-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten durchführen; freiwillig Beschäftigte (wie z.B. im Sozialbereich Tätige); tätiges Fremdpersonal anderer Unternehmen (wie z.B. Leasing- oder Leihpersonal).

Bruttobetriebsüberschuss

(Quelle: LSE)

Der Bruttobetriebsüberschuss ist der durch die betriebliche Geschäftstätigkeit geschaffene Überschuss nach erfolgter Vergütung der eingesetzten Menge des Produktionsfaktors Arbeit. Er lässt sich auch aus der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten abzüglich der Personalaufwendungen ermitteln.

Bruttoinvestitionen

(Quelle: LSE)

Die Bruttoinvestitionen umfassen laut Leistungs- und Strukturhebung alle steuerlich aktivierbaren Anschaffungen zum Sachanlagevermögen (einschließlich der mit betriebseigenen Kräften durchgeführten Investitionen) sowie sämtliche Investitionen in Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte im Berichtsjahr. Dies inkludiert sowohl geleistete Anzahlungen als auch in Bau befindliche Anlagen, werterhöhenden Erweiterungen, Umbauten, Zubauten, Verbesserungen und Reparaturen, welche die normale Nutzungsdauer verlängern oder die Produktivität der bestehenden Anlagen erhöhen sowie die mittels Finanzierungsleasing beschafften Sachanlagen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

(Quelle: LSE)

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ist eine bedeutende Leistungsgröße, da sie die Feststellung der Beiträge einzelner Wirtschaftszweige am Bruttoinlandsprodukt ermöglicht. Als solche kommen die Umsatzerlöse nicht in Frage, da sie Vorleistungen anderer Unternehmen beinhalten und durch Summierung der Erlöse Doppel- bzw. Mehrfachzählungen verursacht würden. Ein grobes Schema, wie ausgehend von den Erlösen die Unternehmensleistungen (Wertschöpfung) ermittelt werden, lautet: Umsatzerlöse minus Vorleistungen = Leistung des Unternehmens. Durch Addition der Subventionen und durch Subtraktion der indirekten Steuern und Abgaben ergibt sich die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten. Für Finanzdienstleistungen, Versicherungen und Pensionskassen wurde eine gesonderte Berechnungsmethode verwendet.

Eigenpersonal

(Quelle: KJE)

Als Eigenpersonal sind alle im Unternehmen selbständig und unselbständig Beschäftigten (sofern sie vom meldenden Unternehmen bezahlt und im Personalstand geführt werden) zu verstehen, unabhängig davon, ob dieses Personal im meldepflichtigen Unternehmen bzw. Betrieb oder in dessen Auftrag in einem anderen Unternehmen tätig ist. Grundsätzlich ist hierbei die sozialversicherungsrechtliche Stellung in der Meldeeinheit maßgeblich. Aufsichtsräte sowie Personen, die auf der Grundlage von Werkverträgen für das Unternehmen tätig sind, zählen weder zu den Selbständigen noch zu den unselbständig Beschäftigten und sind daher nicht berücksichtigt.

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)

(Quelle: Bilanzkennzahlenanalyse)

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, kurz EGT, fügt den Betriebserfolg mit dem Finanzerfolg zusammen, wobei letzterer die Finanzierungskosten (Finanzierungsaufwendungen – wie beispielsweise Zinsaufwendungen – und kalkulatorische Eigenkapitalzinsen) den Finanzerträgen

(z.B. Zinsen aus Forderungen oder Bankguthaben) gegenüberstellt. Anders ausgedrückt berechnet sich das EGT aus dem Betriebsergebnis abzüglich der Wertberichtigungen.

Exportintensität

(Quelle: KJE)

Diese betriebswirtschaftliche Kennzahl weist den Anteil des Exportumsatzes am Gesamtumsatz aus und ist insbesondere für die Investitionsgüter produzierenden Branchen von Bedeutung. Sie zeigt, in welchem Maße Unternehmen einer bestimmten Branche von der Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes abhängig sind. Somit ist die Exportintensität einerseits ein Wachstumsindikator, andererseits aber auch ein Indikator für die Intensität der absatzwirtschaftlichen Aktivitäten einer Branche.

Finanzergebnis

(Quelle: Bilanzkennzahlenanalyse)

Das Finanzergebnis setzt sich aus den Finanzerträgen, den Finanzaufwendungen und den kalkulatorischen Eigenkapitalkosten zusammen.

Forschungs- und Entwicklungs-(F&E) Ausgaben

(Quelle: Statistik Austria)

Als F&E-Ausgaben werden all jene Ausgaben bezeichnet, die im Zusammenhang mit den Gesamtausgaben für innerbetriebliche F&E (Investitionen und Aufwendungen) sowie mit der Zahl der Beschäftigten, die in F&E tätig sind (im Jahresdurchschnitt), stehen. In der Übereinstimmung mit den Richtlinien des Frascati-Handbuches 2002 der OECD wird F&E als schöpferische Tätigkeit definiert, die auf systematische Weise unter Verwendung wissenschaftlicher Methoden mit dem Ziel durchgeführt wird, den Stand des Wissens zu vermehren sowie neue Anwendungen dieses Wissens zu erarbeiten. Im Gegensatz zu Produktionstätigkeiten können hier grundsätzlich alle Tätigkeiten, deren primäres Ziel die weitere technische Verbesserung des Produktes oder Verfahrens ist, der Forschung und Entwicklung zugeordnet werden.

Forschungs- und Entwicklungs-(F&E) Einheiten

(Quelle: Statistik Austria)

Als F&E-Einheit ist die kleinste homogene (organisatorische) Einheit heranzuziehen, die in einem der sechs Wissenschaftszweige tätig ist und auf deren Ebene ein komplettes Datenset betreffend F&E-Aktivitäten im Berichtsjahr (Beschäftigtendaten, Ausgaben- und Finanzierungsdaten) erhoben werden kann. Einrichtungen und Institutionen wie beispielsweise Forschungsförderungs-fonds, die ausschließlich F&E finanzieren, sind demnach keine Erhebungseinheiten im Sinne der F&E-Erhebung.

Fremdpersonal

(Quelle: KJE)

Unter Fremdpersonal ist das im meldenden Unternehmen zum Stichtag tätige Personal anderer Unternehmen (wie z.B. Leasing- oder Leihpersonal) zu verstehen, welches vom Unternehmen im Produktionsprozess oder einer sonstigen unternehmensbezogenen Tätigkeit eingesetzt, jedoch vom bereitstellenden Unternehmen bezahlt und in dessen Lohn-/Gehaltsliste geführt wird.

Industriebetrieb

(Quelle: Gewerbeordnung 1994)

§ 7. (1) Ein Gewerbe wird in der Form eines Industriebetriebes ausgeübt, wenn für den Betrieb im Wesentlichen nachfolgende Merkmale bestimmend sind:

1. Hoher Einsatz von Anlage- und Betriebskapital;
2. Verwendung andersartiger als der dem Handwerk und den gebundenen Gewerben gemäßen Maschinen und technischen Einrichtungen oder Verwendung einer Vielzahl von Maschinen und technischen Einrichtungen gleichen Verwendungszweckes;
3. Einsatz von Maschinen und technischen Einrichtungen überwiegend in räumlich oder organisatorisch zusammenhängenden Betriebsstätten;
4. Serienmäßige Erzeugung, typisierte Vorrichtungen;
5. Weitgehende Arbeitsteilung im Rahmen eines vorbestimmten Arbeitsablaufes;

6. Größere Zahl von ständig beschäftigten Arbeitnehmern und Überwiegen der nur mit bestimmten regelmäßig wiederkehrenden Teilverrichtungen beschäftigten Arbeitskräfte oder automatisierte Betriebsweise;
7. Organisatorische Trennung in eine technische und eine kaufmännische Führung, wobei sich die Mitarbeit des Gewerbetreibenden im Wesentlichen auf leitende Tätigkeiten beschränkt.

Personalaufwand

(Quelle: LSE)

Der Personalaufwand umfasst die Bruttogehälter der Angestellten, die Bruttolöhne der Arbeiter, die Bruttoentschädigungen der Lehrlinge, die Heimarbeiterentgelte, die gesetzlichen Pflichtbeiträge des Arbeitgebers sowie die sonstigen Sozialaufwendungen. Die gesetzlichen Pflichtbeiträge des Arbeitgebers sind Beiträge der Dienstgeber zur Sozialversicherung (Kranken-, Pensions-, Unfall-, Arbeitslosenversicherung), der Zuschlag nach dem Insolvenzentgelt-sicherungsfonds, der Wohnbauförderungsbetrag, die Kommunalsteuer, die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds einschließlich Zuschlag, die Dienstgeber-abgaben für den U-Bahnbau in Wien sowie die Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen. Die sonstigen Sozialaufwendungen umfassen Aufwendungen für die Altersversorgung und sonstige Sozialaufwendungen, wie Beiträge an Pensionskassen, Zuweisungen an Pensionsrückstellungen (Dotierung inner- oder außerbetrieblicher Pensionsfonds), Pensionszahlungen an ehemalige Beschäftigte und ihrer Hinterbliebenen, wenn keine Pensionsrückstellung dotiert wurde, freiwillige Versicherungsprämien (Kranken-, Unfall-, Lebensversicherungen) zugunsten aktiver oder ehemaliger beschäftigter Personen oder ihre Hinterbliebenen (Krankenunterstützungen, Sterbegelder u. Ä.) und sonstige freiwillige Sozialaufwendungen wie z.B. Aufwendungen für Betriebsausflüge, Weihnachtsgeschenke, Kosten von Betriebsveranstaltungen etc.

Produktionsindex

(Quelle: KJE)

Die Berechnung des Produktionsindex erfolgt seit der Basis 2010 ausschließlich auf Grundlage von deflationierten Produktionswerten, wobei hauptsächlich, wie auch in der Vergangenheit, die Technische Gesamtproduktion, d.h. die für den Absatz sowie für unternehmensinterne Lieferungen und Leistungen bestimmte Eigenproduktion zuzüglich der durchgeführten Lohnarbeit, herangezogen wird. Bei nicht erhobener Eigenproduktion geht ersatzweise die Abgesetzte Produktion in die Berechnung ein; das gilt für alle Güter des Bauhilfs- und Baunebengewerbes sowie für die ÖNACE-2008-Abteilungen *Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen* und für die Güterliste 2 (produktbegleitende Dienstleistungen).

Produktionswert

(Quelle: LSE)

Der Produktionswert misst den tatsächlichen Produktionsumfang einer Einheit auf der Grundlage von in der Leistungs- und Strukturstatistik erhobenen Posten. Für die Bereiche „Kredit- und Versicherungswesen“ wurden gesonderte Berechnungsmethoden verwendet. Im Produzierenden Bereich erfolgt die Berechnung des Produktionswertes je Unternehmen nach folgendem Schema: Die Erlöse aus Waren eigener Erzeugung und Leistungen, die Erlöse (Umsatz) aus Handelstätigkeiten, die Erlöse aus durchgeführten Reparaturen, Montagen und Instandhaltungsarbeiten sowie aus sonstigen Dienstleistungstätigkeiten, die Erträge aus der Aktivierung von Eigenleistungen, der Lagerbestand an Handelswaren zum Ende des Berichtsjahres sowie der Lagerbestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen zum Ende des Berichtsjahres werden aufsummiert und abzüglich des Bezugs von Handelswaren zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand, des Bezugs von Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand (ohne Ausgangsfrachten), des Lagerbestands an Handelswaren zum Ende des Vorjahres sowie des Lagerbestands an fertigen und unfertigen Erzeug-

nissen zum Ende des Vorjahres als Produktionswert ausgewiesen.

Produktivitätsindex

(Quelle: KJE)

Der Produktivitätsindex gilt als Quotient aus arbeitstägig bereinigten Produktionsindex und dem Index der unselbständig Beschäftigten und misst die Veränderung der isolierten Arbeitsproduktivität.

Teilzeitbeschäftigte

(Quelle: KJE)

Teilzeitbeschäftigung liegt vor, wenn die normale Tages-, Wochen- oder Monatsarbeitszeit unselbständig Beschäftigter kürzer als die reguläre (kollektivvertragliche, tarifliche) Arbeitszeit ist (z.B. Halbtagsbeschäftigung, Beschäftigungen an einem, zwei oder drei Tagen in der Woche – in Österreich regelmäßig entweder eine wöchentliche Normalarbeitszeit von max. 35 Stunden oder weniger erbracht wird). Zu den Teilzeitbeschäftigten zählen auch geringfügig Beschäftigte. Vom Vorliegen einer Teilzeitbeschäftigung bei einer kollektivvertraglichen Arbeitszeit von weniger als 35 Stunden ist auszugehen, wenn die Normalarbeitszeit weniger als 90% der kollektivvertraglichen Arbeitszeit beträgt.

Umsatzerlöse

(Quelle: LSE)

Die Umsatzerlöse beinhalten die Summe der im Unternehmen während des Berichtszeitraumes für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer), welche dem Verkauf und/oder der Nutzungsüberlassung von Erzeugnissen und Waren bzw. gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen nach Abzug der Erlösschmälerungen (Skonti, Kundenrabatte etc.) entsprechen. Bei Einnahmen-Ausgaben-Rechnern war der Zeitpunkt des Zahlungseinganges maßgeblich. In die Umsatzerlöse eingeschlossen waren alle Steuern (mit Ausnahme der Umsatzsteuer) und Abgaben, die auf den vom Unternehmen in Rechnung gestellten Waren und Dienstleistungen lagen (z.B. NoVA, Mineralölsteuer) sowie alle anderen Aufwendungen (Transport, Porto, Verpackung

usw.), die den Kunden berechnet wurden, selbst wenn diese getrennt in Rechnung gestellt wurden. Eigenverbrauch war wie Verkauf zu behandeln.

Umweltschutzausgaben

(Quelle: LSE)

Umweltschutz im Sinne der Leistungs- und Strukturhebung umfasst alle jene Maßnahmen, welche zur Reinhaltung der Umwelt (Luft, Wasser und Boden) durch Verminderung, Beseitigung oder Verhinderung von Emissionen, Verschmutzungen und Lärm im Zusammenhang mit der Produktion (Unternehmertätigkeit) dienen. Ihr primärer Zweck ist die Vermeidung und Verminderung von Schadstoffeinträgen oder die nachsorgende Behandlung von Umwelt schädigenden Stoffen und Materialien. Messung und Kontrolle von Schadstoffen gehörten ebenso dazu wie die damit verbundenen Verwaltungs- und Managementaufgaben. Nicht darunter zu subsumieren sind Maßnahmen mit ausschließlichem Dienstnehmerschutzcharakter.

Unternehmen

(Quelle: LSE)

Das Unternehmen entspricht einer rechtlichen Einheit, welche eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder an mehreren Standorten aus. Unternehmen gleich sind gemäß Verordnung auch Arbeitsgemeinschaften sowie Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften öffentlichen Rechts.

Vollzeitäquivalent (VZÄ)

(Quelle: Statistik Austria)

Ein VZÄ entspricht einer Person, die ganzjährig vollbeschäftigt tätig ist (Personenjahr).

Waren- und Dienstleistungskäufe, insgesamt

(Quelle: LSE)

Die „Waren- und Dienstleistungskäufe insgesamt“ umfassen alle Waren und Dienstleistungen, die während des Berichtszeitraumes für den Wiederverkauf oder für die Verwendung im Produktions- oder Dienstleistungsprozess gekauft bzw. eingesetzt wurden (= „Vorleistungen“). Dazu zählen Handelswaren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand bzw. dem Kunden weiterverrechnete Dienstleistungen, Ausgangsfrachten, Material zur Be- und Verarbeitung (Roh- und Hilfsstoffe inkl. Einbauteile und zugekaufte Halbfabrikate), Aufwand für vergebene Reparaturen und Instandhaltungen, Aufwand für vergebene Lohnarbeiten und Unteraufträge, Aufwand für unternehmensfremde Arbeitskräfte, Aufwand für Brenn- und Treibstoffe sowie von elektrischer Energie und Fernwärme, Aufwand für Mieten und Operating Leasing, sonstige betriebliche Aufwendungen, wie z.B. Büromaterialien, Patent- und Lizenzgebühren, Aufwendungen für in Anspruch genommene Wirtschaftsdienste (z.B. Rechts- und Steuerberatung), Bankspesen, Versicherungsprämien, Reisekosten, Aufwand für Werbung, Post- und Telekommunikationsgebühren, Müllabfuhr sowie alle anderen Aufwendungen für sonst nicht genannte Lieferungen und Leistungen von Dritten. Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Tabellen in die Waren- und Dienstleistungskäufe inkludiert. Unter dem Begriff „Waren- und Dienstleistungskäufe, insgesamt“ werden in der Leistungs- und Strukturstatistik alle Waren und Dienstleistungen, welche während eines Berichtszeitraumes für den Wiederverkauf oder die Verwendung im Zuge des Produktions- oder Dienstleistungsprozesses käuflich erworben/verwendet wurden, subsumiert.

Stichwortverzeichnis

Arbeitsproduktivität 87f
Auslandsumsatz 68f, 88, 112ff, 196
Außenhandel 72ff, 230ff
Beschäftigte 86, 112ff, 160ff, 192, 194, 197ff
Beschäftigung 11, 16f, 57, 82ff, 89ff, 108, 113, 127, 143, 145, 147, 161, 167
Betriebserfolg, EBIT 77ff, 88
Betriebsergebnis, EGT 80
Bildung 13ff, 17, 18, 96, 139
Bruttoinvestitionen 99, 226ff
Bruttowertschöpfung 36, 188ff, 217ff
Export 72f, 127, 133
Exportintensität 112ff, 146ff, 195
Forschung und Entwicklung, F&E 6, 19f, 20, 33, 96, 101ff, 117, 121, 151, 221ff
Forschung, Technologie und Innovation, FTI 18
Herstellung von Waren 166
Industriegruppe 58, 62ff, 93ff, 99f, 104ff, 111ff, 167, 172ff, 178ff
Investitionsquote 22, 33, 96f, 99
KMU 19, 20, 57, 58ff, 66ff, 78ff, 86f, 89, 96f, 99f, 106, 143, 166f
Konjunktur 19, 20, 57, 58ff, 66ff, 78ff, 86f, 89, 96f, 99f, 106, 143, 166
Lehrlinge 82, 95, 112ff, 144ff, 212f
Lohnstückkosten 12, 82, 86ff, 145, 219f
Personalaufwand 82ff, 89f, 94, 112ff, 144ff, 198, 200, 214ff
Produktion 11ff, 33f, 41ff, 57ff, 81ff, 122ff, 144ff, 183f, 187
Produktionswert 57ff, 111, 180ff
Produktivität 5, 83, 85ff, 96f, 186
Teilzeit(arbeit) 33, 42, 44, 94f, 206ff

Umsatzerlöse 68, 70, 79, 88, 96ff, 102f, 106, 192ff
Umwelt 43f, 45ff
Umweltschutzausgaben 101, 106f, 229
Vorleistungen 60f, 188ff

Bibliografie

Mag. Philipp BRUNNER ist stellvertretender Geschäftsführer des Industriewissenschaftlichen Instituts.

Peter LUPTACIK ist Researcher am Industriewissenschaftlichen Institut.

Mag. Siegfried MENZ ist Obmann der Bundessparte Industrie und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Ottakringer Getränke AG.

Mag. Andreas MÖRK ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie.

Ronald SCHEUCHER, MA ist Managing Partner von Mainland Economics und Kooperationspartner des Industriewissenschaftlichen Instituts.

FH-Hon. Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER ist Geschäftsführer des Industriewissenschaftlichen Instituts.